



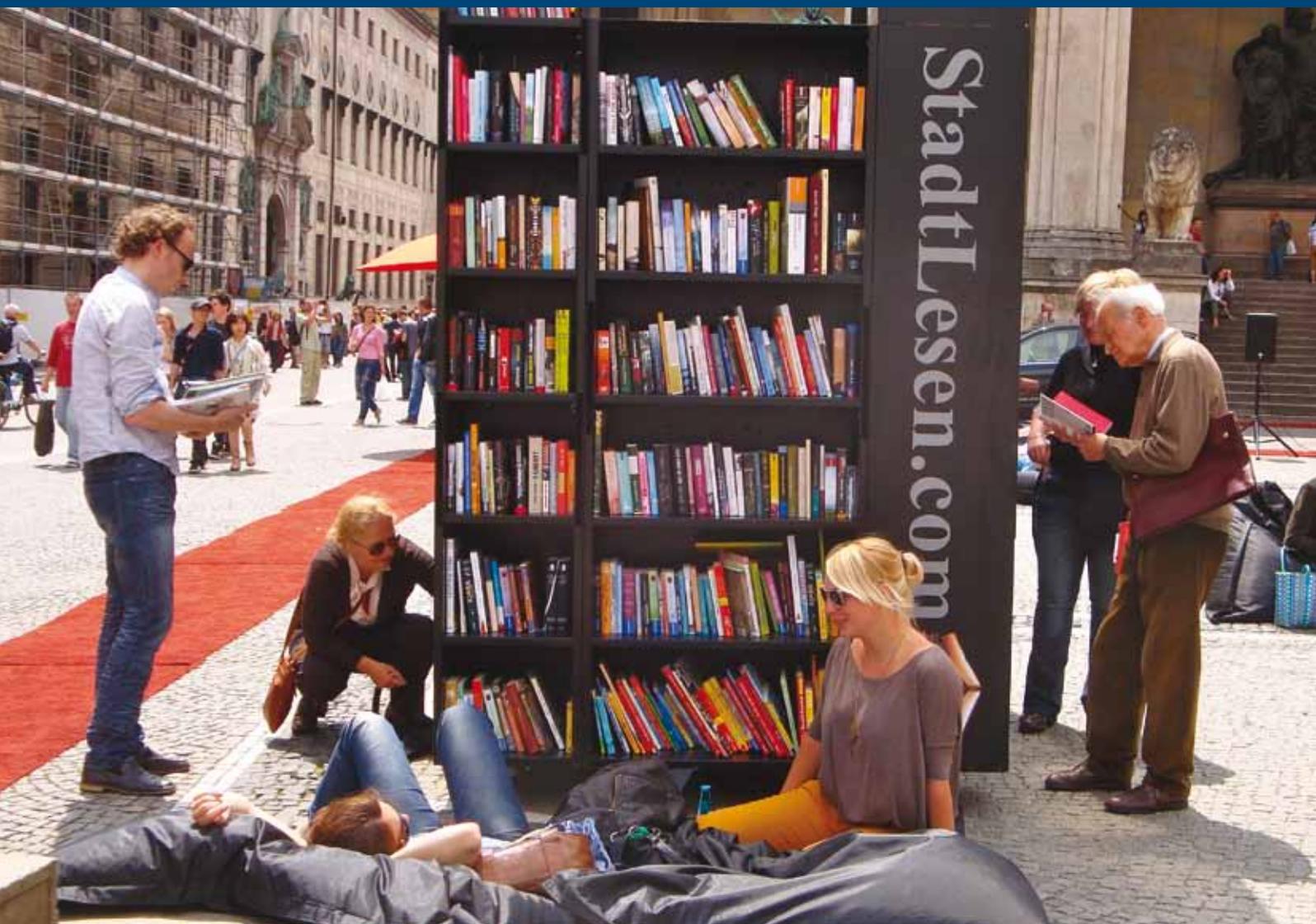
Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Urbane Energien

Positionen des Kuratoriums zur
Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2012





Urbane Energien

Positionen des Kuratoriums zur
Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2012

Berlin, im September 2012

Vorwort

Unsere Städte und Gemeinden stehen vor komplexen gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen. Zu deren Bewältigung steht ein umfangreiches rechtliches und fördertechnisches Instrumentarium zur Verfügung, mit dem Bund, Länder und Gemeinden kontinuierlich ihrer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden. Gemeinsames Ziel sind lebenswerte und funktionsfähige Städte und damit eine leistungsfähige und sozial ausgewogene Gesellschaft. Das Grundprinzip der Zusammenarbeit stützt sich dabei auf ein integriertes, fachübergreifendes Denken und Handeln – auch über nationale Grenzen hinweg.

Mit der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ wurde 2007 ein zentrales Dokument zur städtischen Entwicklung verabschiedet. Die Leipzig Charta fordert die Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik – unter breiter Beteiligung von Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgergesellschaft. In diesem Jahr jährt sich die Annahme der Leipzig-Charta zum fünften Mal.

Auch die Nationale Stadtentwicklungspolitik, die als Reaktion auf die Leipzig-Charta auf den Weg gebracht wurde, würdigt dieses Jubiläum mit der internationalen Konferenz „Städtische Energien“. Den Mitgliedern des Kuratoriums bin ich sehr dankbar, dass sie sich überaus aktiv und engagiert in die Vorbereitung dieser großen Veranstaltung eingebracht haben. Dazu zählen nicht zuletzt die Beiträge der einzelnen Mitglieder in dieser Broschüre, in denen sich die ganze Bandbreite stadtentwicklungspolitischer Themen widerspiegelt. Der Titel „Urbane Energien“ ist dabei bewusst in doppelter Bedeutungsrichtung angelegt. Gemeint sind die aktuellen Handlungsfelder Energieeffizienz und Klimaschutz ebenso wie die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Energien, die von unseren Städten ausgehen und die sie prägen.

Stadtentwicklung hat viele Facetten und viele unterschiedliche Akteure – auch das lässt sich in den vorliegenden Beiträgen ablesen. Ob Wirtschaft, Architektenverbände, Kirchen, Stiftungen, der Handel, der Sport, die Wohnungswirtschaft, die Wissenschaft, Kommunen oder Länder – um nur einige zu nennen –, sie alle haben eigene Sichtweisen und Standpunkte. Wir sind gut beraten, dieses wertvolle Wissen und Engagement zu nutzen, um unsere Städte und Gemeinden für die Herausforderungen der Zukunft zu stärken. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik lebt vom Zusammenspiel der unterschiedlichen Partner, die wir zusammenbringen, um fachübergreifende Strategien für



unsere Städte zu entwickeln. Die Beiträge in dieser Publikation liefern hierzu wichtige Anstöße. Besonders dankbar bin ich für die „Blicke von außen“. Denn oftmals öffnen uns gerade die Meinungen von außerhalb Deutschlands die Augen dafür, was in unseren Städten und Gemeinden gut funktioniert oder wo es Anregungen gibt, wie man Dinge besser machen kann. Ich bin zudem sicher, dass diese Veröffentlichung dazu beiträgt, den Dialog der Nationalen Stadtentwicklungspolitik weiter zu intensivieren. In diesem Sinne wünsche ich eine Lektüre mit vielen Denkanstößen und Anregungen!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Ramsauer', written in a cursive style.

Dr. Peter Ramsauer, MdB
Bundesminister für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Inhalt

Vorwort

Peter Ramsauer	Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5
----------------	------------------------------------------------------	---

Einleitung

Oda Scheibelhuber	Wirklichkeit zeigen, Themen setzen, Meinung bilden	9
Peter Zlonicky	Fragen an das Kuratorium	12

1. Stadt und Energie

Monika Bachmann	Komplexe Aufgaben mit breiten Bündnissen bewältigen	15
Brigitte Dahlbender	Neues Denken in der Stadtentwicklungspolitik	16
Thomas Dilger	Urbanität als Daseinsform	17
Michael Frielinghaus	Aktivierung urbaner Energien	18
Andrea Gebhard	Für eine ganzheitliche Lebensqualität	20
Harald Herrmann	Grenzüberschreitendes Denken und Handeln	21
Michael Krautzberger	Klimaschutz und historische Städte	22
Thomas Mager	Lebensverhältnisse gestalten	24
Christoph Mäckler	Mehr Aufmerksamkeit für den Stadtraum	25
Franz Pesch	Zwei Säulen der Stadtentwicklung	26
Josef Sanktjohanser	Handel und Stadtentwicklung	30
Roland Schäfer	Die Kommunen stärken!	31
Albert Speer	Strategisches Bewusstsein schaffen	32
Christian Ude	Städtische Energien – Lob und Antrieb zugleich	37
Julian Wékel	Mobilisierung regionaler Energien	40
Peter Zlonicky	Neue Energien in Zeiten des Umbruchs	41
Martin zur Nedden	Leipziger Strategien	43

2. Infrastruktur und Mobilität

Klaus Beckmann	Inkubatoren gesellschaftlicher Energie	51
Michael Braum	Für eine Kultur der Mobilität	57
Hans Jörg Duppré	Klimaschutz fängt im Kopf an	58
Hans Hermann Junge	Informationen können Verhalten ändern	59
Jens Karstedt / Jörg Schlaich	Wir brauchen eine Energierevolution	63
Barbara Kux	Technologien stellen die Weichen	65

August Ortmyer / Tine Fuchs	Smart Cities	66
Holger Schwannecke	Städtische Energien – lokal aktivieren	67
Hans Georg Wagner	Neues Bauen für die Stadt	69

3. Identität und Integration

Adolf Bauer	Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung	73
Sebastian Braun	Bürgerschaftliches Engagement als Ressource	74
Eckart Drosse	Gestaltung des demografischen Wandels	75
Michael Fraas	Gesellschaftliche Teilhabe – stadtwirtschaftliche Vernunft	76
Paul Gans	Klimaschutz, Wirtschaft, soziale Verantwortung	77
Axel Gedaschko	Stadtquartiere in der Energiewende	78
Karl Jüsten	Werte für die Stadt	80
Ralf Meister	Verantwortung für den Ort und die Gemeinschaft	84
Elisabeth Merk /Regula Lüscher	Gemischte Stadt neu denken	89
Sigurd Trommer	Stadt als Ressource	95
Michael Vesper	Integration durch Sport	100
Hans Georg Vogel	Mehr Raum für soziale, kulturelle und ästhetische Belange	101

4. Der Blick von außen

Hilmar von Lojewski	Nationale Stadtentwicklungspolitik Syrien	105
Klaus Johannis	Kultur als städtische Energie	109
Emmanuel Moulin	Prozesse für einen gesellschaftlichen Konsens	115
Franz Oswald	Offen sein für den Anderen	120
Ron Shiffman	Investition in die Menschen	124

5. Botschaften des Kuratoriums

Peter Zlonicky	Das Kuratorium – ein Forum für die Stadt	133
----------------	------------------------------------------	-----

6. Perspektiven der Stadtentwicklungspolitik

Ulrich Hatzfeld	Nationale Stadtentwicklungspolitik – Weiter denken, weiter gehen	139
-----------------	------------------------------------------------------------------	-----

Bildnachweis – Impressum

Einleitung

Oda Scheibelhuber

Ministerialdirigentin, Abteilungsleiterin für Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht

Wirklichkeit zeigen, Themen setzen, Meinung bilden. Kooperation leben und Kurs halten.

Die Rolle des Kuratoriums bei der inhaltlichen Ausrichtung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Die Wirklichkeit des täglichen Lebens in unseren Städten und Gemeinden ist äußerst vielfältig. Sie ist an Personen gebunden, die sich in vielen Zusammenhängen und Netzwerken bewegen. Verschiedenheit und Vielfalt stehen für die Menschen in Stadt und ländlichem Raum genauso wie für die Individualität der Stadt- und Dorfbilder in unserem Land. Sie berichten von vielen Wirklichkeiten, von Dynamik und Stabilität, die mitunter sogar direkt nebeneinander ohne die Kenntnis übereinander in Nachbarschaft leben können.

Eine Politik für Städte und Gemeinden sucht Gemeinsamkeiten und findet Individuelles. Kooperation ist das Instrument, das aus beiden die Energie schöpft, die Herausforderungen anzunehmen und sich Handlungsspielräume zur Problemlösung zu erarbeiten. Das Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik stellt eine Brücke dar, Lebenswelten, Wirklichkeiten und Handlungsdruck näher an die Politik zu transportieren. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik nimmt diese Hinweise auf, um sie in die Umsetzung politischen Handelns zu integrieren.

Das Kuratorium stellt einen geschützten Raum dar, in dem verschiedene Standpunkte diskutiert werden können. Es trägt durch seine Vielfalt in der Besetzung vom Propst der evangelischen Kirche bis zur privaten Immobilienwirtschaft zur Meinungsbildung bei und ist in der Lage, Themen der Diskussion zunächst noch im kleinen Kreis, dann im größeren Zusammenhang wachsen zu lassen. Für die Politik und das Kuratorium bedeutet es, kontinuierlich im Gespräch zu bleiben und bei allen unterschiedlichen Standpunkten und Zugängen zum Thema eine sachliche Ebene des Austauschs und der Einbindung zu pflegen.

Neben den Trägern der Initiative – also Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände, die hier auf Minister bzw. Präsidentenebene vertreten sind – bildet das Kuratorium mit seinen 40 Mitgliedern die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppierungen ab. Berufsverbände, Spitzenverbände der Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften, zahlreiche Einzelpersonlichkeiten aus Wissenschaft und gesellschaftlichem Leben beteiligen sich an der Aufgabenstellung und Programmierung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Deutschland setzt die Leipzig-Charta mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik um. Diese Initiative – von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragen – baut auf ein umfangreiches Instrumentarium auf, mit dem den Herausforderungen der Stadtentwicklung begegnet und Chancen aktiv genutzt werden. Bund, Länder und Gemeinden stellen sich so kontinuierlich ihrer gemeinsamen



Verantwortung für lebenswerte und funktionsfähige Städte und damit eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Ist also alles gut in Deutschland? Bedeutet die weitgehende Abwesenheit einer Diskussion zu Stadtentwicklungsthemen in der medialen Öffentlichkeit, dass nichts mehr zu tun ist? So wie die intensive Diskussion in anderen Staaten, z.B. in Frankreich zu Zeiten der nächtelangen Unruhen in brennenden Banlieues auf Missstände und Handlungsbedarf hindeutet? Es liegt in der Natur des komplexen *Systems Stadt*, dass es auf solche Fragen keine eindeutigen Antworten gibt.

In der Tat ist die Ausgangssituation deutscher Städte und Gemeinden im internationalen Vergleich nicht schlecht. Aber die Rahmenbedingungen werden auch hierzulande schwieriger. Auch in Deutschland führen Europäisierung und Globalisierung dazu, dass die Handlungsebenen von kommunaler Politik und örtlicher Gesellschaft und die der wirtschaftlichen Akteure immer weiter auseinanderdriften. Der örtliche Unternehmer, der gemeinsam mit der städtischen Politik Zukunftsfragen seiner Gemeinde diskutiert und der sich, auch jenseits rein betriebswirtschaftlicher Gewinnerwartungen, langfristig engagiert, wird seltener. Auch in Deutschland werden die Spielräume staatlichen Handelns geringer. Die Risiken, die der Staat als Folge der Eurokrise trägt und die sehr schnell alle Rahmenbedingungen ändern können, sind hier nur ein Beispiel.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann auf diese Herausforderungen natürlich keine Patentrezepte liefern. Sie kann versuchen, Wege aufzuzeigen. Und sie kann versuchen, neue Allianzen für unsere Städte zu schmieden, bestehende zu festigen oder neu zu definieren. Ein Schlüssel liegt in der vielfältig geübten Kooperation unterschiedlicher Partner mit ähnlich gerichteten Interessenlagen. Dies entspricht ihrem Charakter als einer Gemeinschaftsinitiative, die nicht auf Vorgaben und Forderungen sondern auf Freiwilligkeit beruht. Und dies entspricht den Forderungen der Leipzig-Charta.

Zur vierten Sitzung des Kuratoriums im Januar 2012 hat Minister Dr. Peter Ramsauer MdB neue Mitglieder berufen. Neben den Vertretern der Kammern und Verbände sind Persönlichkeiten aus dem Themenfeld Stadtentwicklung gefragt, ihre jeweilige Erfahrungswelt, ihre Kenntnisse und Kompetenzen in die Diskussion einzubringen. 2012 wurden dazu auch Mitglieder der Initiative Architektur und Baukultur eingeladen, um die Kompetenzen des Kuratoriums weiter zu verstärken. Es geht auch darum, die internationalen Verflechtungen der Partner für die Initiative nutzbar zu machen. Im Gegenzug sollen Mitglieder des Kuratoriums auch im Ausland deutsche Expertise präsentieren können.

Das Kuratorium hat sich mit den anstehenden Aufgaben befasst und eigene Aufträge für die weitere Ausrichtung der Initiative formuliert. So betonte es, dass die zukünftigen Herausforderungen nach wie vor nur durch ein integriertes, fachübergreifendes Denken und Handeln zu meistern sind. Im Hinblick auf den integrierten Ansatz forderte das Kuratorium fachlich die stärkere Berücksichtigung städtebaulicher Qualitäten und politisch den noch stärkeren Blick über nationale Grenzen hinweg. Das Kuratorium begrüßte in dieser letzten Sitzung deswegen auch ausdrücklich die damit verstärkte internationale Ausrichtung des jährlichen Kongresses 2012. Um die Erkennbarkeit der Initiative in einer breiteren Öffentlichkeit zu sichern, regt das Kuratorium an, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik künftig jährlich ein Thema in den Vordergrund

stellt. 2012 soll das Schwerpunktthema *Städtische Energien/Urban Energies* bearbeitet werden.

Die Diskussion 2012 hat dazu geführt, dass das Kuratorium – spontan im Verlauf der Sitzung – den Beschluss fasste, die eigene Publikation *Positionen* von 2008 durch eine neue Publikation zu ergänzen. Diese soll die oben beschriebenen Fragestellungen und Anregungen aufnehmen und die aktive Rolle unterstreichen, die die Mitglieder des Kuratoriums bei der Vorbereitung des internationalen Kongresses *Städtische Energien/Urban Energies* spielen wollen. Dies hat das Kuratorium auch auf vielfältige Weise umgesetzt, z.B. bei der aktiven Mitwirkung an der Erarbeitung des Memorandums *Städtische Energien*.

Die aktive Rolle des Kuratoriums erlaubt es, den fachlichen Blick auf die anstehenden gesellschaftlichen und politischen Aufgaben neu zu justieren. Hier ist das Kuratorium ein bedeutsames und hervorragend geeignetes Gremium gegen eine zu starke Routine der täglichen Arbeit. Und wir hoffen darauf, dass seine Arbeit eine weitere wichtige Facette der Umsetzung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik darstellen wird. Nicht zuletzt sind sie aber zuallererst Gesprächs- und Kooperationspartner, mit denen das Gemeinschaftswerk Nationale Stadtentwicklungspolitik weiterhin erfolgreich umgesetzt werden kann. Kooperation leben und Kurs halten.



Peter Zlonicky

Fragen an das Kuratorium

Das Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik hat angeregt, in jedem Jahr ein Thema in den Mittelpunkt der Beratungen zu setzen. In diesem Jahr soll es – den Vorbereitungen des Ministeriums zum nächsten Stadtentwicklungskongress 2012 folgend – die Diskussion um *Städtische Energien* sein. Die Mitglieder des Kuratoriums wollen dieses Anliegen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützen.

Wenn die Umsetzung der Energiewende die Städte und Gemeinden vor neue Dimensionen ihrer Entwicklung stellt, so müssen vor Ort *urbane Energien* mobilisiert werden: Initiativen der Zivilgesellschaft, der öffentlichen wie auch der privaten Institutionen, der Wirtschaft und der Kultur, der Forscher und Erfinder. Diese Mobilisierung braucht den Austausch von Erfahrungen, auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Vermitteln können das die Kuratorinnen und Kuratoren als Botschafter der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Parallel zu dieser Initiative hat eine Expertengruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Lütke Daldrup ein Memorandum *Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte* entwickelt. Das Memorandum setzt sich mit der lokalen und regionalen Umsetzung der Energiewende auseinander und nennt die großen Aufgabenfelder der Stadtentwicklung: den behutsamen ökologischen Umbau von Quartieren, die Erneuerung der Infrastrukturen, die Entwicklung einer neuen Mobilität und die gesellschaftliche Integration. Das Memorandum appelliert an die städtischen Akteure, Bündnisse zu schließen und mit ihrem Engagement die Entwicklung nachhaltiger Städte zu unterstützen. Auch dieses Memorandum wird beim Stadtentwicklungskongress im Oktober 2012 vorgestellt.

Das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mir den Auftrag gegeben, die Positionen der Kuratorinnen und Kuratoren zu den *Urbanen Energien* vorzubereiten und zu dokumentieren. Die Mitglieder des Kuratoriums hatten die Möglichkeit, jeweils einen Text zu schreiben oder in einem Interview ihre persönlichen, fachlichen und institutionellen Einschätzungen zu vermitteln. Für die Strukturierung der Gespräche standen zunächst Fragen zur Stadtentwicklungspolitik und zum persönlichen oder ins-

titutionellen Beitrag zu den Lebensverhältnissen in Städten und Gemeinden im Vordergrund.

Im Schwerpunkt ging es jedoch um drei zentrale Einschätzungen:

- Welche Energien können oder sollten für die Gestaltung der Lebensverhältnisse mobilisiert werden?
- Ließe sich die Aktivierung städtischer Akteure besser organisieren? Was fördert, was hindert die Motivation neuer Partner?
- Können Sie ein Projekt aus Ihrem Arbeitsbereich nennen?

Wenn nun in den folgenden Abschnitten die Positionen der Kuratorinnen und Kuratoren – beteiligt haben sich 39 von 40 Mitgliedern des Kuratoriums – dokumentiert werden, so ist uns auch die internationale Diskussion um die Entwicklung nachhaltiger Städte wichtig. Wissenschaftler, Planer und Politiker aus Europa und den USA haben sich in eingehenden Gesprächen zu einem *Blick von außen* bereit erklärt. Die Interviews wurden in Abstimmung mit ihren Verfassern redigiert.

Dank

Die vorliegende Dokumentation ist im Dialog mit Herrn Dr. Ulrich Hatzfeld im Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung entstanden. Für zahlreiche Gespräche danke ich insbesondere Herrn Dr. Oliver Weigel und seinen Mitarbeitern im Referat Stadtentwicklung. Unterstützt wurde die Arbeit auch von Stephan Willinger im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Die Beratung des Konzepts und die sorgfältige Textbearbeitung verdanke ich Elke Wendt-Kummer, die Gestaltung des Layouts Didier Vancutsem.

Vor allem gilt der Dank jedoch den Mitgliedern des Kuratoriums. Sie haben sich Zeit für ihre schriftlichen Ausarbeitungen, vor allem viel Zeit für die vertiefenden Gespräche genommen. Ich hoffe sehr, dass ihre Positionen in der Weiterentwicklung der nationalen Stadtentwicklungspolitik fruchtbar werden.

München, im Sommer 2012



StadtLesen.com

1

Stadt und Energie

Monika Bachmann

Ministerin für Inneres und Sport des Saarlandes – Vorsitzende der Bauministerkonferenz

Komplexe Aufgaben mit breiten Bündnissen bewältigen

Als derzeitige Vorsitzende der Bauministerkonferenz sehe ich aus Sicht der Länder vielfältige Handlungsfelder in unseren Städten und Regionen, denen wir uns stellen müssen. Eines der vordringlichsten Themen, dessen sich das Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik in diesem Jahr angenommen hat, ist der Klimawandel.

Die Stadt wandelt das Klima – das Klima wandelt die Stadt – dieser Satz verdeutlicht die Raumbedeutsamkeit des Klimawandels. Klimaschutz und Klimaanpassung sind daher feste Begriffe in der Stadt- und Raumplanung geworden.

Die Länder stehen dabei einerseits im Spannungsfeld zwischen lokalen und regionalen Initiativen sowie bürgerschaftlichen Interessen und andererseits zwischen den weltweiten, europäischen und staatlichen Rahmenbedingungen und Vorgaben. Der Ausstieg aus der Atomkraft und die beschlossene Energiewende forcieren eine Umstellung auf erneuerbare Energien. Nicht nur die technische Infrastruktur, sondern auch unsere Stadt- und Landschaftsbilder werden sich verändern. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden wir uns stärker als bisher mit dem Umbau unserer Städte, mit intelligenten Umnutzungen und mit der energetischen Erneuerung des Gebäudebestandes auseinandersetzen müssen.

Die Stadt wandelt das Klima – das Klima wandelt die Stadt.

Im Saarland beschäftigen wir uns zum Beispiel seit vielen Jahren mit dem Strukturwandel in der Montanindustrie und aktuell mit den Folgen des Ausstiegs aus dem Steinkohlebergbau. Das letzte Bergwerk hat Ende Juni 2012 in Ensdorf seine Tore geschlossen. Damit ist eine Ära zu Ende gegangen, die Wirtschaft, Kultur, Natur und die Menschen in der Region geprägt hat. Wenn man die Bergbaustandorte als Energiestandorte der Vergangenheit versteht – immerhin wurden hier jahrzehntelang fossile Brennstoffe gefördert – so müssen wir uns im Kontext des wirtschaftlichen Strukturwandels unserer Region mit Bergbaufolgelandschaften auseinandersetzen, die eine Mobilisierung städtischer bzw. regionaler Energien erfordern. Dabei muss man auch den Mut haben, Stadtlandschaft als Entwicklungsressource für künftige Generationen zu verstehen, wenn es um Flächen geht, denen konkrete Nutzungsperspektiven fehlen. Die Planungsprozesse müssen flexibel und individuell, transparent und integriert sein und erfordern breite gesellschaftliche Bündnisse.



Beim nachhaltigen Umbau unserer Städte kommt der öffentlichen Hand eine Schlüsselrolle zu. Politik und Verwaltung müssen geeignete Prozesse in Gang setzen und Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Planung, Verbänden und Bürgerschaft vernetzen, um integrierte zukunftsfähige Stadtentwicklungskonzepte zu erarbeiten und diese auch umzusetzen. Programme und Projekte sollten langfristig gedacht und flexibel sein, auch Raum für strategische Korrekturen nach Evaluationen bieten. Der öffentliche Dialog spielt in transparenten Verfahren eine zunehmend wichtige Rolle, die Bürger müssen zu aktiven Gestaltern werden. Das Bewusstsein der Bevölkerung für einen verantwortungsvollen Umgang mit knappen Ressourcen gilt es zu stärken.

In allen Städten, Gemeinden, Regionen werden auf verschiedenen Ebenen integrierte Planungen und Konzepte erstellt, verstärkt auch auf der Ebene der Regionalplanung. Sind aber diese Konzepte wirklich integriert? Da kann es auch vorkommen, dass *integrierte* Tourismuskonzepte neben *integrierten* Energiekonzepten erarbeitet werden, die wiederum mit *integrierten* Standortkonzepten von Wirtschaftsunternehmen nicht vernetzt sind oder diesen sogar widersprechen. Welche Strukturen und Instrumente, welche Methoden, welche Energien sind notwendig, um die sektorale Trennung von Stadtentwicklung, Verkehrsentwicklung und Infrastrukturplanung zu überwinden und wirklich themenübergreifende und abgestimmte Zukunftskonzepte aufzustellen, die konsensfähig und bezahlbar sind?

In der Planung ist interdisziplinäre Zusammenarbeit schon lange Praxis, sie erfordert Respekt und Verständnis füreinander, aber auch Kompromissbereitschaft und komplexes Denken und Handeln. Die Zahl der berührten Disziplinen steigt, die Ebenen überlagern sich. Das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung entwickelt sich von einer technischen Disziplin immer mehr zu einem

Querschnittsthema, das zunächst widerwillig, jetzt aber selbstverständlich in den Köpfen der Akteure verankert ist. Dem Kuratorium Stadtentwicklung möchte ich aus Sicht

der Länder ein herzliches Dankeschön sagen, dass es seine persönlichen Energien in diesen Diskurs einbringt.

Nicht nur die technische Infrastruktur, sondern auch unsere Stadt- und Landschaftsbilder werden sich verändern.

Dr. Brigitte Dahlbender

Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Neues Denken in der Stadtentwicklungspolitik

Eine nachhaltige Energieversorgung aufzubauen ist eine der zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft insgesamt, insbesondere aber für die Städte und Gemeinden. Im dicht besiedelten Raum sind die Kapazitäten regenerativer Energieerzeugung bislang gering, der Energieverbrauch dagegen ist hoch. Beim Thema *Urbane Energien* darf der Fokus jedoch nicht nur auf der Energiebereitstellung liegen. Genauso wichtig ist es, den Energieverbrauch zu reduzieren und benötigte Energien so effizient wie möglich einzusetzen.

Europaweit entfallen etwa 40 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs auf Gebäude, also auf Heizung, Warmwasser und Beleuchtung. Der überwiegende Teil aller Gebäude in Deutschland wurde vor der ersten Wärmeschutzverordnung errichtet. Allein die potenzielle Energieeinsparung durch Sanierung der Gebäudehülle auf Niedrigenergie- oder Passivhausstandard ist daher enorm. Hier muss auch die Stadtentwicklungspolitik ansetzen, um die Sanierungsraten deutlich zu erhöhen. Gegebenenfalls ist auch ein Abriss in Verbindung mit einem energieeffizienten Neubau, der heutige Ansprüche und Standards erfüllt, die bessere Variante. Das muss in Einzelfallbetrachtungen beurteilt werden.

Werden ganze Stadtquartiere im Passivhaus- oder sogar Plusenergiestandard errichtet oder entsprechend saniert, sollten für die Bereitstellung von Warmwasser und Strom objektbezogene Lösungen der regenerativen Energieerzeugung ausreichen. Insbesondere Solaranlagen auf Dachflächen und an Fassaden könnten hier genutzt werden, bei größeren Wohn- und Geschäftseinheiten wäre zusätzlich ein Blockheizkraftwerk oder eine Kleinwindkraftanlage anzudenken. Ausgehend von solchen Einzelprojekten muss ein gesamtstädtischer Sanierungsleitfaden entwickelt werden, bei dem auch Partner aus der Wohn- und

Die nachhaltige Energieversorgung ist eine zentrale Herausforderung für die Gesellschaft.



Immobilienwirtschaft mit einbezogen werden. Beispiele hierfür sind sozialverträgliche Sanierungsmodelle im Mietwohnungsbau, die mit Wohnungsbaugesellschaften und Investoren umgesetzt werden können. An die Quartiersplanung werden – auch durch die Erderwärmung bedingt – neue Anforderungen gestellt werden. Um teure Klimaanlage zu vermeiden, sollten Verschattungen z. B. durch den Bau von Arkaden, aber auch Frischluftkorridore, Grünflächen und Baumbestände verstärkt eingeplant werden. Auch die solare Kühlung wird zukünftig verstärkt eingesetzt werden müssen.

Bei der Energiebereitstellung wird die Sonnenenergienutzung, sowohl in solarthermischen als auch in Photovoltaikanlagen, künftig im urbanen Raum eine größere Rolle spielen. Neben den klassischen, nachträglichen Aufbauten werden zunehmend dach- und fassadenintegrierte Anlagen genutzt oder Photovoltaik in semitransparente Bauelemente, etwa in Treppenhäuser integriert. Auch innovative Projekte wie zum Beispiel kleine Pumpspeicherkraftwerke im Trinkwassersystem oder die Wärmenutzung aus Abwässern sind weitere Anwendungen, die, heute als Pilotanlagen gebaut, immer häufiger Anwendung finden werden. In einem Leitfaden hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zusammengestellt, welche Instrumente und Handlungsspielräume es in Sachen Klimaschutz in der

kommunalen Planung gibt. Eine kompakte Checkliste ermöglicht es Planern wie interessierten Bürgerinnen und Bürgern, eine rasche Bewertung von Planungen vorzunehmen. Die Potenziale, die das bestehende Regelwerk bietet, werden heute noch viel zu wenig ausgeschöpft, obgleich die Kommunen den Belangen des Klimaschutzes im Rahmen der bauplanerischen Abwägung besonderes Gewicht geben könnten.

Neben der Gebäudesanierung sollte Stadtentwicklungspolitik auch umweltfreundlicher Mobilität – Fuß- und Radverkehr sowie öffentlichem Personennahverkehr – ernsthaft den Vorrang einräumen und dessen Infrastruktur verbessern. In einem weiteren Schritt sind Angebote, sich ein Auto zu teilen oder Fahrradverleihsysteme zu etablieren, energiesparende Anreize für den Umstieg auf energiesparende Varianten. Wohnungsgesellschaften könnten bei großen Wohnprojekten als Partner ähnliche Projektstationen

anbieten. Aber auch große Unternehmen und Verwaltungen könnten beteiligt werden oder sogar eigene betriebliche Mobilitätskonzepte entwickeln, damit ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Weg zur Arbeit möglichst umweltfreundlich zurücklegen. Nicht zuletzt wirkt das Vorbild, das die Stadtverwaltung selbst abgibt, als ein erheblicher Motivationsfaktor, die lokale Energiewende im urbanen Raum erfolgreich zu gestalten.

Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich für eine lokale Energiewende – durch Investitionen auf dem eigenen Hausdach, durch die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften oder die Mitarbeit in Agenda-Gruppen und anderen Initiativen. Den städtischen Akteuren steht quasi ein großer Pool von Expertinnen und Experten zur Verfügung, die sie in Planungs- und Ausgestaltungsprozesse einbeziehen können. Entscheidend für das Gelingen ist, dass es sich dabei um echte Mitgestaltungsmöglichkeiten handelt.

Nicht zuletzt wirkt das Vorbild, das die Stadtverwaltung selbst abgibt, als ein erheblicher Motivationsfaktor, die lokale Energiewende im urbanen Raum erfolgreich zu gestalten.

Professor Thomas Dilger

Dipl. Ing. Architekt, Zentraler Immobilien-Ausschuss e.V., Leitender Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt

Urbanität als Daseinsform

2008 war das Jahr der urbanen Wende, seither wohnen weltweit erstmals mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen rechnet mit fünf Milliarden Städtern im Jahr 2030.

Damit ist die Stadt zum Modell menschlichen Zusammenlebens avanciert. Sie gilt als die bestmögliche Organisationsform und als Idealfall der Verdichtung – sowohl unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und Energieeffizienz als auch in ihrer Funktion als Epizentrum intellektueller, wirtschaftlicher und kultureller Energie, die weit in das Umland ausstrahlt.

Als Epizentrum ist sie auch entstanden. Der begrenzte physische Raum verlangte von Anbeginn eine besondere Form der Koexistenz. Es ist genau diese, nur in einer Stadt auffindbare hohe Interaktionsdichte und ihre daraus resultierende Energie, die den Begriff der Urbanität definiert und charakterisiert. *Die Stadt macht frei!* Galt dies im Mittelalter nur für Leibeigene, die nach einem Jahr Stadtluft von der Leibeigenschaft ihres auf dem Lande residierenden Dienstherrn freigesprochen wurden, so hat das Leben in der Stadt heute weit größere Auswirkungen.



Bis 2070 werden 70 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben und dort rund 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts erwirtschaften. Die Zukunft unseres Planeten wird von Städten und Mega-Cities bestimmt werden.

Urbanität muss neu definiert werden – als positiver Katalysator innovativer Energien.

Städte entscheiden über das Klima

Stadtplaner, Architekten, Politiker und Ökonomen stehen weltweit vor enormen Herausforderungen. Der Kampf um das Klima wird in den Städten entschieden. 80 Prozent der CO₂-Emissionen resultieren aus Städten, sie resultieren aus drei Vierteln des globalen Energieverbrauchs.

Im Rahmen der Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll hat die Bundesregierung erklärt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent senken zu wollen. Energetische Modernisierungen an Gebäuden sind langfristig jedoch nur dann effektiv, wenn sie in einen unternehmerisch legitimierten, ökonomischen und sozialen Gesamtzusammenhang eingebettet sind.

Heute betrachtet man die energetische Bilanz zunehmend in der Gesamtheit eines Quartiers und nicht die einzelner Gebäude losgelöst vom städtebaulichen Kontext. Die erfolgreiche Moderation und Kooperation sämtlicher privater und öffentlicher Investoren sowie lokaler Akteure spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Konzentrierte Interaktion: Ressourcen, Humanität, Urbanität

Ausschlaggebend für den Erfolg der Stadt wird in Zukunft

sein, die Bürger zu aktivieren und privates Engagement zu generieren. So werden neue Chancen erzeugt und sozialer Zusammenhalt gewahrt. Die neuzeitliche Herausforderung der Stadtentwicklung ist es im Grunde, Raum für die Zivilgesellschaft zu gestalten.

Der Bürger – ob Privatperson oder Geschäftsmann – erkennt sich als verantwortlicher und kontinuierlicher Akteur und Gestalter städtischen Lebens. Seine Energie ist in sämtliche Bereiche einer zeitgemäßen und bürgernahen Stadtentwicklung als Instrumentarium zu integrieren. Seine aktive Beteiligung in Foren oder Arbeitsgruppen wird immer gebraucht.

Parallel dazu ist es unumgänglich, von nationalen und internationalen Investoren Energien zu fordern und ihnen die erwartete finale Win-Win-Situation zu bieten. Ob im Dialog der Wettbewerbe oder beim energieeffizienten Quartiersmanagement: Aspekte der Humanität, der Urbanität und der Ökonomie verbinden sich hier sinnvoll. Städtische Energie ist ein kontinuierlich neu gestaltetes facettenreiches Zusammenspiel unterschiedlichster Akteure und Komponenten.

Urbanität muss neu definiert werden – als positiver Katalysator innovativer Energien.

Städtische Energie ist ein kontinuierlich neu gestaltetes facettenreiches Zusammenspiel unterschiedlichster Akteure und Komponenten.

Michael Frielinghaus

Dipl. Ing. Architekt, Präsident Bund Deutscher Architekten BDA

Aktivierung urbaner Energien

Steigende Energiekosten, entvölkerte Dörfer, soziale Spannungen und Verdrängungseffekte in Ballungsräumen machen deutlich: Unsere Städte und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Gebäude, Infrastruktur und öffentliche Räume sind den Anforderungen unserer alternen Gesellschaft und den raschen Zu- oder Abwanderungsbewegungen vielerorts nicht mehr gewachsen. Große Teile des Gebäudebestands verbrauchen zu viel Energie. Der auf das einzelne Gebäude fokussierte Dämmeifer allerdings droht gewachsene Stadtbilder optisch zu uniformieren.

Städte sind in vielerlei Hinsicht heterogen – sozial, kulturell, funktional und auch gestalterisch. Nur das Weiterdenken dieser Vielschichtigkeit kann ganzheitliche Planungsstrategien hervorbringen, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Weitsichtige Stadtentwicklungspolitik nimmt dafür eine übergeordnete Perspektive ein und betrachtet beispielsweise die energetische Sanierung auf Quartiersebene oder den Stadtbau im Zeichen der Schrumpfung als regionale Aufgabe.



Neben gesellschaftlichen Herausforderungen konzentrieren sich in unseren Städten auch vielfältige Potenziale und Energien. Die Aktivierung dieser *Urban Energies* entsprechend dem aktuellen Thema des Kuratoriums ist für die Stadtentwicklung von zentraler Bedeutung. Welche Anstrengungen hierfür notwendig sind, zeigt die begrifflich verankerte Parallele zur *Energiewende*, also der Umstellung

des Energiemarktes auf regenerative Energiequellen: Wie Wind und Sonne sind auch die *Urban Energies* fast unbegrenzt vorhanden, doch es muss auch verstanden werden, sie zu nutzen: Wirtschaft, Hochschulen, Stiftungen, Forschungsinstitute und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger sind für die gemeinsamen Ziele zu sensibilisieren und stärker in die kreative Gestaltung ihres zukünftigen Lebensumfeldes einzubeziehen. Um diese Energien einfangen zu können, müssen aber zunächst analog zu Windrädern und Photovoltaikmodulen geeignete Methoden entwickelt und durch Forschung und passende Förderinstrumente stetig effizienter gemacht werden. Außerdem müssen die Netze zur Bündelung und zum Transport der gesammelten Energien ausgebaut werden.

Hier spielt die Kompetenz von Architekten und Stadtplanern eine Schlüsselrolle. Ihre Fähigkeit zur integrativen Zusammenführung verschiedener Ansätze zu ganzheitlichen und gestalterisch anspruchsvollen Lösungen sollte von Politik und Verwaltung stärker eingefordert und eingesetzt werden.

Wie Wind und Sonne sind auch urbane Energien fast unbegrenzt vorhanden, doch muss man auch verstehen, sie zu nutzen.

Es reicht nicht, Städte als technoiden Großstrukturen in ihren funktionalen Abläufen zu optimieren – sie müssen als lebenswerte und sinnlich ansprechende Orte weiterentwickelt werden. In diesem Sinne können die aktuellen Herausforderungen Impulse zu neuen planerischen Konzepten und architektonischen Ausdrucksformen geben. Ein wesentliches Instrument zum Aufspüren entsprechender Ideen ist der Planungswettbewerb. Von der öffentlichen Hand als Auslober ist hier eine Vorbildfunktion zu erwarten: Wettbewerbe sollten transparent, fair und offen ausge-

schrieben werden, um auch die kreativen Energien junger Büros zu aktivieren.

Der Bund Deutscher Architekten BDA baut am Netz der *Urban Energies* tatkräftig mit. Auf verschiedenen Ebenen knüpfen wir Bündnisse mit verwandten Disziplinen, der Politik und der Bauherrenseite. Die zahlreichen thematischen Publikationen und Veranstaltungen des BDA wie beispielsweise das Symposium *Neues Leben in der Stadt – Wohnkonzepte und Wohnformen für morgen* in Zusammenarbeit mit dem BMVBS, die Tagung *StadtRegion. Raum für neue Ideen* zur künftigen Ausrichtung des Stadtbbaus Ost oder die gemeinsam mit Verbänden und Kammern der Ingenieure, Landschafts- und Innenarchitekten ausgerichteten Folgeveranstaltungen zum Klimamanifest *Vernunft für die Welt* setzen wichtige Impulse für den Fachdiskurs. Im Fokus der letzten Jahre standen dabei vorrangig die Themen Stadt und klimagerechtes Bauen. Andere Formate wie Ausstellungen, Wettbewerbe und Preise – beispielsweise der Deutsche Bauherren Preis – haben zum Ziel, diese Themen sowie ein besseres Verständnis für Gestaltungsqualität einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Hierbei spielt auch das vom BDA getragene Deutsche Architektur Zentrum DAZ eine wichtige Rolle: Als Think Tank des BDA bringt es mit einem interdisziplinären Ansatz unterschiedlichste Akteure aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Raumplanung, Kunst und partizipative Planung zusammen.

Auch in den kommenden beiden Jahren wird der BDA seinen inhaltlichen Schwerpunkt auf die integrative Betrachtung der anstehenden Herausforderungen der Städte setzen. Durch thematische Vernetzung wollen wir neue Perspektiven und Impulse zu einem gesamtverantwortlichen Weiterbauen unserer Städte vermitteln.

Wettbewerbe sollten transparent, fair und offen ausgeschrieben werden, um auch die kreativen Energien junger Büros zu aktivieren.

Andrea Gebhard

Dipl. Ing. Freie Landschaftsarchitektin, Präsidentin des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten

Für eine ganzheitliche Lebensqualität

Die aktuelle Debatte über städtische Energien – sei es Energieproduktion oder bürgerschaftliches Engagement – bietet die große Chance, die viel beschworene interdisziplinäre Zusammenarbeit auszubauen und zu verstetigen. Nur wenn die verschiedenen Ressortansprüche ganzheitlich und querschnittsorientiert im Sinne der Nachhaltigkeit abgeglichen werden, können sich Städte und Gemeinden zukunftsfähig entwickeln.

Das Modell der europäischen Stadt hat die größten Potenziale für Energieeinsparung und Energieerzeugung. Die größte Herausforderung für die Entwicklung der Städte und Gemeinden ist es, vorhandene Zentren ganzheitlich für alle Daseinsgrundfunktionen zu stärken. Eine Verdichtung von Zentren kann nur bei gleichzeitiger Erhaltung und Entwicklung von quantitativ ausreichenden, funktionsfähigen und gut gestalteten Freiflächen – sowohl zur privaten als auch öffentlichen Nutzung – die Akzeptanz der Bevölkerung finden.

Bei allen Entwicklungsentscheidungen muss die Frage nach sinnvollen, den energetischen Anforderungen entsprechenden Größenordnungen gestellt werden. Der derzeitige Gradmesser der Entwicklung, das Bruttoinlandsprodukt, wird inzwischen auch von führenden Volkswirten angezweifelt. Wenn eine Zerstörung von Strukturen sich zum Beispiel als positiv für das BIP erweist, kann das kein allgemein gültiger Maßstab für den Erfolg einer Stadtentwicklung sein.

Meine Erwartungen an die Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundes betreffen daher in erster Linie die **Qualitätsmaßstäbe** für Strukturen und Planungen im Hinblick auf eine ganzheitliche Lebensqualität. Dabei kann zum Beispiel ein neuer Trend aus den USA hilfreich sein, in dem die Lebensqualität daran gemessen wird, ob sich ein Kind allein ein Eis kaufen und vor Ort verzehren kann. Das bedeutet folgendes: Ist der öffentliche Raum so gestaltet, dass Kinder sich darin sicher bewegen können? Gibt es Läden in erreichbarer Nähe? Ist der öffentliche Raum geeignet, sich dort aufzuhalten? Hier wird der öffentliche Raum zu einem entscheidenden Gradmesser für die Bewertung der Stadtqualität.

Eine Freiflächengestaltungssatzung, wie sie die Stadt München hat, ist ein Mittel, diese Qualität einzufordern. Zu erinnern ist an Fritz Schumacher (1932): *Bauflächen entstehen, auch wenn man sich nicht um sie kümmert. Freiflächen verschwinden, wenn man sich nicht um sie kümmert.*

Die aktuelle Debatte über urbane Energien bietet die große Chance, die Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen auszubauen.



Energien für die Gestaltung zukünftiger Lebensverhältnisse können die in einer Stadt erwirtschafteten finanziellen Ressourcen sein, aber auch die Energien einer Bürgergesellschaft, die ihre Stadt gestaltet.

Das Modell der europäischen Stadt hat die größten Potenziale für Energieeinsparung und Energieerzeugung.

Um die Möglichkeiten der Produktion physikalischer Energie aufzuzeigen, sollten für jedes Gemeindegebiet Energienutzungspläne erarbeitet werden, die im Rahmen einer neuen Landschaftsplanung als Grundlage für die weitere Entwicklung von Städten und Gemeinden dienen.

Finanzielle Ressourcen zur Gestaltung der Stadt können mit der Produktion von Energie und auch mit Einnahmen aus naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen (siehe Berlin) sowie aus der sozialgerechten Bodenordnung (siehe München) gewonnen werden. Da sich Fragen der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs wie deren Auswirkungen nicht auf Gemeindegebiete beschränken, sollten **Regionalpläne** als vorausschauendes Instrument weiterentwickelt werden. Es ist sinnvoll, neue Konzepte im Zusammenhang mit großen Projekten der Stadtentwicklung zu erarbeiten, da bei solchen Ereignissen die ökonomischen und politischen Energien gebündelt werden.

Mit gut vorbereiteten und gut moderierten Verfahren können städtische Akteure besser in die Planungen eingebunden werden. Ein Beispiel, bei dem die unterschiedlichsten Akteure zusammen gearbeitet und ihre Energien gemeinsam eingesetzt haben, war die Bundesgartenschau 2005 in München.

Prof. Harald Herrmann

Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Grenzüberschreitendes Denken und Handeln

Unsere Städte und Gemeinden können sich nur dann zukunftsfähig und nachhaltig entwickeln, wenn es ihnen gelingt, knapper werdende Ressourcen kreativ zu nutzen und gewinnbringend für alle Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es integrierter Strategien und Aktivitäten. Dabei sind Städte und Gemeinden ebenso auf ihre Region und ihr Umland angewiesen wie auf ihre starken Zentren. Neue Formen der Partnerschaft zwischen Stadt und Land bilden die Grundlagen. Unsere Städte und Gemeinden werden künftig nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sondern vor allem die Energiewende mit Effizienz und Umweltfreundlichkeit meistern müssen. Damit das gelingt, müssen Akteure der Stadt- und Gemeindeentwicklung, Einzelpersonen wie private Initiativen zu Trägern dieser Entwicklung werden, nicht nur im nationalen Kontext. Grenzüberschreitendes europäisches Denken und Handeln sind für die zukünftige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden unabdingbar. Die Kooperation lokaler Gebietskörperschaften ist dies- und jenseits unserer Grenzen bereits gelebte Realität.

Europäisches Denken und Handeln sind unabdingbar für die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden.

Ich erwarte, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik sich weiterhin innovativ ausrichtet und Programme der Politikberatung mit integrierendem Ansatz, eingebettet in den europäischen Kontext, weiterentwickelt. Nur so können unsere Städte und Gemeinden lernen und wir als Bundesforschungsinstitut sie in diesem Lernprozess unterstützen.

Wir selbst mobilisieren Energien für eine lebenswerte Gestaltung unserer Städte und Gemeinden, indem wir vor allem gute Praxisbeispiele auf lokaler und regionaler Ebene fördern und die Ergebnisse für den Wissenstransfer aufbereiten. Wir sehen uns dabei als Informationsvermittler.

Der Begriff Energie hat in diesem Kontext eine doppelte, sich ergänzende Bedeutung. Einerseits geht es um den klimagerechten und energieeffizienten Umbau unserer Städte und Gemeinden, andererseits gilt es, die gesellschaftlichen Energien und Dynamiken der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen und sinnvoll in Einklang zu bringen, damit sich unsere Städte und Gemeinden nachhaltig und zukunftsfähig entwickeln können.

Es geht um klimagerechten, energieeffizienten Umbau unserer Städte und Gemeinden und es gilt, die gesellschaftlichen Energien und Dynamiken zu nutzen.



Städtische Akteure können nur dann als Träger der Stadtentwicklung gewonnen werden, wenn sie sich als Teil einer Bewegung engagieren. Als Denk- und Aktionsraum unterstützen wir das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bei der Vorbereitung der diesjährigen internationalen Konferenz *Städtische Energien / Urban Energies*. Wir werden den Bürgermeisterdialog und den Austausch mit den Bundesländern, unseren europäischen und internationalen Nachbarn sowie unseren Partnern in der Zivilgesellschaft mit unserer Fachexpertise unterstützen.

Diese Expertise speist sich aus hochkarätigen Forschungsprojekten und ist in den Forschungsprogrammen des Bundes (ExWoSt, MORO, NSP und Ressortforschung) verankert. Neue Projektergebnisse werden kontinuierlich integriert. Und – um den europäischen Faden aufzugreifen – wir werden die städtische Dimension in der kommenden Strukturperiode der Europäischen Union von 2014 an mit unseren akteursbezogenen Forschungserkenntnissen mit gestalten.

Beispielhaft sind folgende zwei Projekte. In der Stadt Leutkirch fördern wir im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprozesses die Erarbeitung des *Leitbild im Dialog* mit dem örtlichen Energieversorger. Mit Hilfe einer interaktiven Wissensplattform wird ein verbindlicher politischer Beschluss des Stadtrates vorbereitet, der die von der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar beeinflussbaren Bereiche *Klimaschutz und Energieeffizienz* formuliert. Im zweiten Projekt *Energetisch innovative Neubaugebiete in München-Freiham* setzt die Stadt München in Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort das integrierte Quartierskonzept für die energiegerechte Stadtentwicklung konkret um.

Prof. Dr. Michael Krautzberger

Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Stiftung Denkmalschutz

Klimaschutz und historische Städte

Klimaschutz nur für den Neubau?

Der primäre Bezug der europäischen Klimarichtlinien führte zu einer Klimaschutzpolitik, die sich in den Anfängen ausschließlich auf den Neubau von Gebäuden bezog. Das ändert sich, aber auf Grund starker Lobbyinteressen nur allmählich. Um den historischen Baubestand, die Baudenkmale und die stadtbildprägenden Gebäude zukunftsfähig zu machen, bedarf es umfassender Strategien und Planungen für eine klimagerechte Stadt.

Während die energetischen Anforderungen an den Neubau in absehbarer Zeit zu *Passiv-*, *Nullenergie-* oder gar *Plusenergiehäusern* führen werden, bleibt der Altbaubestand, das heißt die große Mehrheit der Gebäude hinter dem neuen Standard zurück. Am Ende könnte der Ruf nach dem Rückbau der alten Bausubstanz stehen, was einen dramatischen Verlust an europäischer Tradition und urbanem Erbe nach sich zöge. Die Gefahr solcher Szenarien sollte man nicht unterschätzen. In den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts erhofften sich Planer, Architekten, interessierte Kreise und zunächst auch eine breite Öffentlichkeit von *Flächensanierungen* schon einmal einen Modernisierungsschub für die Gebäudestandards.

Ungeachtet der Möglichkeiten energetischer Sanierung lässt sich nach jetzigem technischem Stand der Altbaubestand nicht an die Neubaustandards heranführen, was – Attraktivität, Kosten, Vermietbarkeit und die generelle Marktfähigkeit betreffend – mittel- und langfristig zu einer Abwertung dieser Bestände führen kann.

Perspektiven

Einerseits kann das in den Städten und Gemeinden zu unerwünschten Veränderungen des Stadtbilds, sozialen und ökonomischen Folgewirkungen führen. Vielleicht würde man sich eines Tages gar zur Vergabe von Abrissprämien entschließen, um Altbauten durch *Plusenergiehäuser* zu ersetzen.

Andererseits sind über das Einzelgebäude hinausgehende energetische Maßnahmen durchaus auch im Bestand möglich: gebietsbezogene Maßnahmen etwa für Quartiere, Blockheizkraftwerke, Photovoltaik im Gemeindegebiet, Fernheizung. Dies kann vielfach gemeinsame Lösungen erforderlich machen.

Es kann daher zu Erneuerungsstrategien unserer Städte kommen, die das, was an Einzelgebäuden nicht energetisch saniert werden kann, durch gemeinsame Anlagen der energetischen Versorgung für das Quartier ausgleichen.



Bedeutung des Klimawandels für die Städte

Der Klimawandel führt selbst bei erfolgreicher CO₂-Minderung zu einer globalen Erderwärmung. Neben der Treibhausgasreduzierung müssen daher auch Strategien zur Anpassung an den Klimawandel entwickelt werden. Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Tempo und aus den notwendigen Veränderungen von Systemen und Investitionen. Urbane Verdichtungsräume reagieren aufgrund ihrer Bebauung und der Intensität der wirtschaftlichen Tätigkeit besonders sensibel auf einzelne Elemente des Klimawandels. Starkregen und Hochwasser treten beispielsweise häufiger auf, aber auch hochsommerliche Hitzeperioden.

Was an Einzelgebäuden sich nicht energetisch sanieren lässt, kann durch gemeinsame Anlagen der energetischen Versorgung für das Quartier ausgeglichen werden.

Die Städte heizen sich durch die Speicherfähigkeit ihrer Bausubstanz und die eigene Wärmeproduktion stärker auf als ihr Umland. Minimierung der Wärmeabsorption und Maximierung von Verschattung werden daher wichtiger. Bestimmte Regionen und Standorte müssen sich stärker auf künftige Risiken einstellen. Das gilt vor allem für Bebauungen und Infrastrukturen in Hochwassereinzugsgebieten, in Hanglagen, an Standorten unter Grundwassereinfluss oder Staunässe. Überdies wird eine stärkere Anpassung an Trockenheit, höhere Sommertemperaturen und längere Hitzeperioden mit erhöhtem Kühlungsbedarf notwendig. Zunehmend wird man sich auch mit klimatischen Extremereignissen befassen müssen wie ausgeprägte Hitzewellen im Sommer und Zunahme von Stürmen oder Begleiterscheinungen wie Hagel und heftige Windböen.

Bewährte und neue Leitbilder der Stadtentwicklung

Planerische Vorsorge ist daher unabdingbar. Für einen erfolgreichen und nachhaltigen politischen Umgang mit dem Klimawandel sind integrierte Konzepte geboten, die sowohl das einzelne Gebäude als auch die Quartiers- und Stadtentwicklung ganzheitlich im Blick behalten. Beim Klimaschutz sind die Städte bereits einen guten Schritt vorgekommen. Nun gilt es die Widerstandsfähigkeit gegen die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels zu stärken. Dabei geht es nicht nur um technische Maßnahmen, sondern auch um städtebauliche Konzepte: klimaoptimierte maßvolle Verdichtung, Vernetzung von Grünsystemen zum Abbau von Hitzestress durch Frischluftkorridore und extensive Grünanlagen als Kälteinseln. So lassen sich nicht nur gesundheitliche Belastungen und Risiken reduzieren, sondern auch zusätzlicher Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß von Klimalanlagen vermeiden.

Kompakte Strukturen und durchgrünte urbane Strukturen sind kein Widerspruch.

Deutsche Stadtentwicklungspolitik zielt auf eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Stadt. In räumliche Modelle übersetzt entspricht diesem Ziel das Modell einer kompakten Stadt der *kurzen Wege*, die im Stadtverkehr zur Einsparung von Primärenergie beitragen

und damit auch die Umwelt entlasten kann. Zu diesem Zweck sollten die in den Stadtteilen reichlich vorhandenen Brachflächen in den Flächenkreislauf einbezogen und neu genutzt werden. Die Politik der Städtebauförderung ist ein Leitprogramm für die Zukunft, sie trägt maßgeblich zur Stärkung der Innenentwicklung bei.

Aufgaben der Stadtentwicklung

Angesichts der Klimakrise muss das Leitbild der *kompakten Stadt* mit neuen Inhalten gefüllt werden. Kompakte Strukturen und durchgrünte urbane Strukturen sind kein Widerspruch, sie ergänzen sich vielmehr. Gerade für eine langfristige Vorsorge und Anpassung braucht es Konzepte, mit denen die Städte gegen die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels widerstandsfähiger gestaltet werden. Dazu sollten z.B. die Grünsysteme vernetzt werden, um Hitzestress durch Frischluftkorridore abzubauen und extensive Grünanlagen als Kälteinseln wirken zu lassen. Was in den historischen Quartieren am einzelnen Gebäude nicht geleistet werden kann, lässt sich durch gebietsbezogene Maßnahmen wie Blockheizkraftwerke, Nutzung von Erdwärme und Windenergie in städtischen Zusammenhängen erreichen. Darauf muss die städtebauliche Praxis noch weiter vorbereitet werden. Das ist auch die Stunde der Forschung, des städtebaulichen Experiments und städtebaulicher Modellvorhaben, um Wissen zu generieren und Erfahrungen weiter zu verbreiten.

Das ist die Stunde der Forschung, des Experiments und städtebaulicher Modellvorhaben, um Wissen zu generieren und Erfahrungen weiter zu verbreiten.



Thomas J. Mager

Dipl. Geograph, Stadtplaner, Vorsitzender der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V.

Lebensverhältnisse gestalten

Herausforderungen für die Entwicklung der Städte in Deutschland sind die Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum wie auch das Sichern der sozialen Kohäsion innerhalb einer sich stark differenzierenden Stadtgesellschaft – räumlich verortet in infrastrukturell unterschiedlich ausgestatteten Regionen, in den Großstädten als Inseln des Wachstums ebenso wie innerhalb der Städte selbst.

Der Erhalt der europäischen Stadt, die (Neu-) Definition von Dichte und Nähe und die Weiterentwicklung von Baukultur und ihrer Identitäten stehen nach wie vor auf der Tagesordnung planerischen Handelns.

Während sich die Folgen der gesellschaftlichen Umbrüche in Stadt und Land in unterschiedlicher Ungleichheit manifestieren, muss die Verkehrswende bei wachsenden Anforderungen an Mobilität ebenso geplant und organisiert werden wie die Energiewende mit ihren Erfordernissen an Klimaschutz und -anpassung. Dabei sind die Spielräume einer eigenständigen kommunalen Planung und die Organisation der Lebensverhältnisse auf Grund der dauerhaft desolaten Finanzlage der Städte gering.

Mit einer integrierten und ressortübergreifenden Planung auf allen Ebenen – als Säule einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik – kann den Herausforderungen begegnet werden. Dabei gilt es, die Finanzkraft der Kommunen so umzubauen, dass sie wieder handlungsfähig werden können und darüber hinaus eine nachhaltige, steuernde Bodenvorratspolitik betreiben. Die bürgerschaftlichen Fähigkeiten zur Gestaltung der Lebensverhältnisse sind zu stärken. Dabei sollten Staat und Zivilgesellschaft sich in der Zusammenarbeit und gegenseitigen Verantwortlichkeit respektieren und sich stets am Gemeinwohl städtischen Zusammenlebens orientieren.

Der Erhalt der europäischen Stadt und die Weiterentwicklung von Baukultur stehen auf der Tagesordnung planerischen Handelns.

Um städtische Akteure in die Gestaltung einer Stadt und ihrer Lebensräume verbindlich einzubeziehen, braucht es eine realitätsnahe Aufbruchstimmung und Bilder vom Leben in einer nicht allzu fernen Zukunft, die Antworten auf die Herausforderungen geben. Städtische Akteure brauchen echte Mitgestaltungsspielräume mit erlebbaren, zeitnahen Erfolgen. In Gebieten der Städtebauförderung,



insbesondere denen der Sozialen Stadt, sind positive Erfahrungen sowohl mit integrierter Planung als auch mit der Aktivierung und Verstetigung von bürgerschaftlichem Engagement vorhanden. Auch Kooperation und Kommunikation konnten positiv zur Gestaltung der Lebensverhältnisse wie auch zur Sicherung von Qualitäten in Stadt- und Verkehrsplanung, im Städtebau, in den Freiräumen und der Versorgungsstruktur beitragen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte eine Strukturpolitik initiieren, die Städte und Gemeinden befähigt, die Qualitäten der europäischen Stadt mit den Herausforderungen der gesellschaftlichen Umbrüche weiter zu entwickeln. Sie soll bewerten, kommunizieren und sich polarisierende Lebensbedingungen zum Ausgleich bringen.

Als Berufsverband aller Planenden setzt sich die SRL seit ihrer Gründung 1969 in Ausbildung und Praxis für eine Planungskultur in gesellschaftlicher Verantwortung ein. Sie soll die Prinzipien integrierter Stadtentwicklungs- und Strukturpolitik anwenden, zu sozialer Kohäsion und zu einer umfassenden Baukultur in Städten und Regionen verpflichtet sein. Sie muss die Planungserfordernisse aufnehmen, die sich aus der Verkehrs- und Energiewende ergeben.

Mit ihren knapp 2.000 Mitgliedern leistet die SRL sowohl einen aktiven Beitrag zur Weiterentwicklung der Planungskultur in Deutschland als auch einen unverzichtbaren Beitrag, unsere Umwelt durch verantwortlich umgesetzte räumliche Planung zukunftssicher zu gestalten. Die Mitglieder der SRL sehen in der Gestaltung der Umwelt und der verantwortlichen Umsetzung räumlicher Planungen einen Beitrag zur Zukunftssicherung und eine Voraussetzung für ein *gutes Leben* kommender Generationen.

Stadtentwicklungspolitik sollte integrierte Planungs- und Steuerungsverfahren zur Schaffung von ausgeglichenen Lebensverhältnissen kommunizieren.

Prof. Christoph Mäckler

Dipl. Ing. Architekt, Technische Universität Dortmund, Deutsches Institut für Stadtbaukunst

Mehr Aufmerksamkeit für den Stadtraum

Die Entwicklung der Städte und Gemeinden in Deutschland muss sich künftig wieder stärker an den Prinzipien der Stadtbaukunst orientieren. In der Planung ist auch die Schönheit städtischer Räume zu berücksichtigen, die nur entstehen kann, wenn wir in städtischen Einheiten statt in Einzelhäusern denken. Dazu gehört es, die Mischung städtischer Funktionen – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen usw. – nicht nur zu gewährleisten, sondern zu fördern. Der Gestaltung des Stadtraums muss wieder mehr Aufmerksamkeit zukommen. Dabei ist auch die Frage von geschlossenen Innenhöfen, die ein familiengerechtes, innerstädtisches Wohnen ermöglichen, von großer Wichtigkeit.

Der Gestaltung des Stadtraums muss mehr Aufmerksamkeit zukommen.

Eine weitere zentrale Rolle spielt die Wahrnehmung der Geschichte und Kultur des Ortes als Grundlage für den Erhalt von Urbanität. Am Deutschen Institut für Stadtbaukunst in Dortmund widmen wir uns diesen Themen auf vielfältige Art. Das Institut will die in den letzten Jahrzehnten auseinander gedrifteten Disziplinen Architektur, Stadtplanung, Raumplanung, Grünplanung, Verkehrsplanung und Tiefbau wieder zusammenführen. Auf einer *Konferenz zur Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt* treffen sich jedes Jahr Vertreter aus vielen Disziplinen und Berufsfeldern, um über Architektur und Stadt zu diskutieren. Dieser Austausch von Architekten, Städtebauern, Ingenieuren sowie Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ist das, was die Stadt benötigt, wenn sie auch zukünftigen Generationen als Lebens- und Kulturraum dienen soll.

Praktisch setzen wir diesen Anspruch in Forschungsprojekten um, die sich sowohl mit historischen Stadtstrukturen und Typologien als auch mit aktuellen Anforderungen an Konstruktion und Energieeffizienz auseinandersetzen. So bauen wir gemeinsam mit einem lokalen Wohnungsunternehmen drei Musterhäuser in einem Dortmunder Siedlungsgebiet der 1950er Jahre. Mit einem ganzheitlichen



Blick auf das Projekt erneuern wir die alten Gebäude und ergänzen sie um neue Gebäude mit unterschiedlichen Konstruktionsarten im Wandaufbau, deren energetische Effizienz wir über drei Jahre testen und auswerten werden. Damit möchten wir herausfinden, ob die Werte, die heute von der Industrie zum Erreichen der Energieeinsparungsverordnung (EnEV) angegeben werden, richtig sind.

Ähnlich gehen wir bei der Siedlung Riederwald in Frankfurt am Main vor, bei der wir einige der ursprünglichen städtebaulichen Ideen von Ernst May wieder aufnehmen. Wir erweitern dort Häuser, die für heutige Anforderungen des Immobilienmarktes zu klein sind, durch Anbauten. Gleichzeitig entwickeln wir die Außenfassade energetisch. So verbessern wir die Wohnqualität, den städtischen Raum und die Architektur der Gebäude.

Solche multidisziplinären Modellprojekte können in vielfacher Hinsicht Impulse für die zukünftige Entwicklung unserer Städte geben. Erreichen können wir diese Ziele nur durch Veränderungen auf politischer Ebene, etwa durch eine Baunutzungsverordnung, die den heutigen Anforderungen der Stadt gerecht wird, indem sie Nutzungsmischung und eine höhere Dichte zulässt.

Von Stadtentwicklungspolitik erwarte ich die Förderung einer Architektur, die Städte nicht zerstört, sondern ergänzt und stärkt.

Prof. Dr.-Ing. Franz Pesch

Dipl. Ing. Stadtplaner und Architekt, Professor für Stadtplanung und Entwerfen am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart, im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Zwei Säulen der Stadtentwicklung

Franz, was verstehst du unter urbanen Energien?

Der Begriff *Urbane Energien* ist von anregender Doppeldeutigkeit. Einerseits eröffnet er dem Thema *Energiewende* neue Dimensionen und Handlungsfelder – nicht die bisher vorherrschende sektorale und technologische Perspektive steht im Vordergrund, sondern eine integrierte und stadtkulturell verankerte Sicht, die uns herausfordert, beim klimagerechten Umbau der Städte neue Fragen zu stellen. Wie wirken sich zum Beispiel die technologischen Anpassungsprozesse auf das Stadtleben aus? Wie kann verhindert werden, dass die Kosten der thermischen Sanierung die Belastungen privater Haushalte erhöhen und die soziale Balance noch weiter gefährden? Wie kann es gelingen, die neuen Technologien so in Stadt und Landschaft einzubauen, dass die Schönheit der europäischen Stadtlandschaft bewahrt wird?

Andererseits steht der Begriff *Urbane Energien* auch für die soziale und mentale Antriebskraft der Stadtgesellschaft. Die europäische Geschichte lehrt uns, wie die Stadt von freien Bürgern mit großer Kunstfertigkeit aufgebaut, gestaltet und verteidigt wurde. Heute scheinen sich Stadt und Bürger auseinander gelebt zu haben, wie es Helmut Böhme einmal formuliert hat. Mit bürgerlichen Tugenden wie der Verantwortung für Stadt und Gemeinde ist es nicht mehr so weit her. Gewöhnt an delegierte Zuständigkeiten und eine Rundumversorgung im Gemeinwesen neigen wir dazu, bei jeder Störung, jedem Konflikt nach der Obrigkeit zu rufen, sie möge es gefälligst richten. Ob Sauberkeit im öffentlichen Raum, die Neugestaltung einer Fußgängerzone oder die soziale Versorgung im Wohnquartier – während die Bürger für sich selbst ein Maximum an Individualität verlangen, bürden sie Gemeinschaftsprojekte zur Gänze der Kommune oder sozialen Institutionen auf. Bürgerliche Identität und Verantwortung für das Gemeinschaftsprojekt Stadt zurück zu gewinnen, das wäre für mich die zweite Lesart des Begriffs *Urbane Energien*.

Das Engagement der Bürger für das Gemeinschaftsprojekt Stadt ist Kern urbaner Energie.

„Stadt verteidigen, zurück gewinnen“ ist ein schönes Stichwort, das eine Frage aufwirft, die uns heute bewegt: Wie schützen wir die europäische Stadt gegen aktive Zerstörung – sei es durch die Ansiedlung von Einkaufszentren außerhalb der Stadt, sei es durch ungebremste Gentrifizierung, sei es durch Preisgabe urbaner Qualitäten, die wir bisher hoch geschätzt haben? Was muss geschehen, um zerstörerische Kräfte von der Stadt fernzuhalten und Stadt zurück zu gewinnen?



Ich nehme mal Stuttgart als Beispiel. Bei der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts zeigte sich, dass so mancher die Stadt aufwühlender Konflikt mit großen Bauprojekten sich lösen ließe, wäre die Bürgerschaft in eine perspektivische Diskussion eingebunden und könnte sich mit den vereinbarten Zielen identifizieren. Bei unverträglichen Projekten könnte der Oberbürgermeister dann mit Rückendeckung der Öffentlichkeit sagen: *Dafür gibt es in meiner Stadt keine Akzeptanz*. Schon eine so lapidare Äußerung würde die Diskussion von ökonomischen und investitionstechnischen Fragen auf die Ebene von Stadtidentität und Stadtkultur heben.

Ein Bewusstsein für städtische Kultur, um Gefahren zu erkennen und nicht jeder Investition hinterherzulaufen.

Es geht aber um weit mehr als die Abwehr von kontraproduktiven Projekten. In einer Stadt mit extrem angespanntem Wohnungsmarkt und Tendenzen zur Gentrifizierung geht es vor allem um die Sicherung preiswerten Wohnraums und sozialer Mischung. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn bei allen Bauprojekten – auch den neuen innerstädtischen Wohnquartieren – öffentlich geförderte Mietwohnungen, Grundstücke für Starterhaushalte oder Baugruppen reserviert werden. Auf den Markt ist da kein Verlass.

Für mich ist das Hauptthema der Stadtentwicklung heute die Verständigung auf Ziele nachhaltiger Stadtentwicklung: Auf breiter Basis ein Bewusstsein für städtische Kultur zu schaffen, um Gefahren rechtzeitig erkennen zu können und nicht jeder Investition hinterherzulaufen. *Der OB sagt also den Investoren: „Was Ihr da wollt, das könnt ihr bei uns nicht machen, dafür sind unsere Leute zu sensibilisiert.“ Was aber mobilisiert die Leute? Sind es bestimmte*

Gruppen, bestimmte Institutionen, die Laut geben, sobald es um Stadtverträglichkeit geht?

Ich beobachte eine zunehmende Sensibilisierung für städtische Entscheidungen, aber in der Breite noch kein perspektivisches Nachdenken über die Stadt. Es ist ausgesprochen schwer, die Mehrheit der Bevölkerung zu bewegen, sich mit langfristigen Entwicklungen zu befassen. Dazu bedarf es erheblicher Anstrengungen der Politik und der professionellen Stadtplanung.

Dabei ist die Sensibilisierung für städtebauliche Entwicklungen allorts sichtbar. Stuttgart 21 ist nur ein Beispiel unter anderen. Die Bürgerbegehren zur Heidelberger Stadthalle und zur Startbahn 3 des Münchener Flughafens, die aktuellen Proteste gegen Shopping Center in Gotha oder Kaiserslautern stehen in der Kontinuität neuer Bürgerproteste. Es besteht aber immer noch eine große Diskrepanz zwischen dem Engagement gegen Projekte, die aus dem Ruder laufen oder als Bedrohung wahrgenommen werden, und einer regelmäßigen Beteiligung an Zukunftsthemen.

Woran liegt das?

Wir Stadtplaner machen die Erfahrung, dass ein Interesse an Fragen langfristiger Stadtentwicklung schwieriger in Gang kommt als bei Protesten gegen Großprojekte, wie wir sie jetzt landauf landab erleben.

Das hat seine Gründe; die verhandelten Zeithorizonte und die Fachsprache sind ein erstes Hindernis. In der Fachwelt geläufige Begriffe wie *Urbanität* oder *Stadtraum*, aber auch die Welt des Planungsrechts und der Verfahren bieten den meisten Menschen kaum Anknüpfungspunkte, sich zu beteiligen. Wenn ich mich frage, wie wir die Menschen für die Gestaltung der urbanen Zukunft begeistern können, komme ich zu der scheinbar widersprüchlichen Antwort, dass Stadtentwicklung anschaulicher werden müsste, dass deutlicher werden sollte, was die formulierten Ziele für das Wohnquartier, die Freiräume und die Versorgung eigentlich bedeuten. Ich glaube, die Menschen lassen sich für Stadtentwicklung mobilisieren, sobald sie sich die Projekte vorstellen können. Stadtentwicklung muss aber auch offener werden; Bürgerbewusstsein ist nur zurück zu gewinnen, wenn bereits die Formulierung der Entwicklungsziele offen für Mitgestaltung ist.

Was müsste eine Nationale Stadtentwicklungspolitik tun, um offene Bürgerbeteiligung zu fördern?

Als Bundesprogramm ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik zunächst relativ weit von den Bürgern entfernt. Sie richtet sich an Länder und Kommunen, an Wirtschaft und soziale Träger, an Berufsverbände, Hochschulen und Initiativen. Auf lokaler Ebene können die politischen Initiativen des Bundes mit ihren Modellprojekten etwas anstoßen und neue Standards begründen. Zur Zeit gibt es wichtige Anstöße zur Förderung einer Beteiligungskultur, die über den *Dienst nach Vorschrift* hinausgeht und auf Mitverant-

wortung setzt. Mit den 15 Pilotprojekten – von übrigens 230 Bewerbungen (!) – des Projektauftrags *Bürgerbeteiligung* wird eine wichtige Weichenstellung vorgenommen, die sichtbar gewordene Beteiligungsdefizite beseitigen kann. Die Projekte lassen Anstöße zu einer Öffnung der Planungsprozesse zur Mitgestaltung erwarten. In klassischen Beteiligungsverfahren neigen die Planer dazu, der Öffentlichkeit weitgehend fertige Pläne vorzulegen. Bestenfalls spricht man in solchen Verfahren davon, die *Bürger mitnehmen* zu wollen. Die Alternative, aus der Bürgerschaft heraus Projekte zu entwickeln, hat man bisher noch viel zu wenig ausprobiert.

Zwei-Säulen: der klassische Beteiligungsprozess nach Baugesetzbuch und als zweite Säule Projekt- und Stadtentwicklungsideen aus der Bürgerschaft.

Mit den Anstößen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erhöht sich die Chance, das Dilemma der rechtlich formalisierten Beteiligung zu überwinden, mit mehr Transparenz, aber auch mehr Verbindlichkeit in den Ergebnissen und Entscheidungen.

Das Dilemma rührt wohl auch daher, dass Kommunen eine aktivierende Beteiligung von Bürgergruppen nicht immer schätzen. Wie könnte sich das ändern?

Ich könnte mir ein Zwei-Säulen-Modell vorstellen. Einmal klassische Verfahren nach Baugesetzbuch – hier ginge es darum, Alternativen in die Beteiligung einzubringen. Daneben sollte es aber eine zweite Säule kooperativer Entscheidungsfindungen geben, die für Ideen aus der Bürgerschaft offen ist. Wie man die beiden Säulen miteinander in Beziehung setzt, ist nach dem wachsenden Misstrauen gegenüber Planungsprozessen ein dringend zu lösendes Problem, will man bei den demnächst anstehenden großen Infrastrukturprojekten – etwa den Leitungstrassen für Solarstrom – nicht wieder Schiffbruch erleiden. In diesen dualen Beteiligungsprozessen enthalten die neuen Medien – das Internet insgesamt, aber auch spezielle Formate wie Facebook oder Twitter – vielfältige Angebote, die Kommunikation zu verstetigen.

Das geht weit über die formale Bürgerbeteiligung hinaus.

Fest gefahrene Planungsprozesse zeigen landauf landab, dass die formalisierte Beteiligung nicht ausreicht, bei wichtigen landes- und kommunalpolitischen Entscheidungen breiten Konsens herbei zu führen. Maßgebliche Konflikte sind schon auf der Zielebene angelegt – es geht also um eine Öffnung der Zieldebatte in den Kommunen für bürgerschaftliche Mitverantwortung, wie Volker Hassemer und die Stiftung Berlin sie vorgeschlagen haben.

Wie führe ich die sich im Internet bildende Bürgermeinung in den Planungsprozess ein?

Was du als notwendige Mobilisierung der lokalen Gesellschaften beschreibst, ist auf regionaler Ebene noch viel schwieriger auf den Weg zu bringen. Wie ließe sich die nötige Kooperation bei regionalen Projekten gestalten?

In den globalstatistischen Daten kommt nur unzureichend zum Ausdruck, wie sehr die Entwicklungslinien in der Bundesrepublik auseinander laufen. Prosperierenden Räumen wie München, Hamburg oder der Rheinschiene und starken Ober- und Mittelzentren stehen in den neuen Bundesländern große stagnierende bzw. schrumpfende Räume gegenüber – im Ruhrgebiet, im Saarland oder in der Oberpfalz.

Phantasie entwickeln an Stelle von Wachstumsprozessen, die auf Kosten der nächsten Generation gehen.

Aber auch die Binnenstruktur der Regionen ist von starken räumlichen Disparitäten geprägt. So wurde etwa der historische Stadtkern von Günzburg in mehreren Jahrzehnten erfolgreich saniert, aber heute umgibt ihn dreimal so großes Innenstadtrandgebiet, in dem Investitionen ausblieben und alles Kapital entweder in den Kern oder darüber hinweg in die Peripherie floss. Oder im Ruhrgebiet: Obwohl die Zentren und Nebenzentren es dort angesichts der relativ geringen Kaufkraft schon schwer genug haben, entsteht da ein Shopping Center nach dem anderen, und die gewachsenen Versorgungsstrukturen bleiben im Konkurrenzkampf der Dinosaurier auf der Strecke.

Ich bin überzeugt, dass sich die mit den Entleerungstendenzen verbundenen Probleme – regional wie lokal – nicht durch die Anstrengungen lokaler Akteure und die Mobilisierung endogener Potentiale allein werden beheben lassen. Nur eine Stärkung der stadtreionalen Zusammenarbeit und der Regionalplanung wird Lösungen ermöglichen. Diese Entscheidungen werden zu einer Zerreißprobe für die interkommunale Solidarität; letztendlich wird man politisch nicht an einem Bekenntnis zu regionalen Unterschieden – räumlichen Schwerpunkten, Förderräumen und Entleerungsräumen – herunkommen.

Aber selbst da, wo man nicht weiter auf Wachstum setzt, kann doch etwas Neues entstehen!

Die Internationalen Bauausstellungen der letzten Jahrzehnte – von der IBA EmscherPark bis zur IBA Fürst Pückler-Land und der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt – geben vielfältige Anregungen für einen Wandel ohne Wachstum. Voraussetzung ist jedoch eine realistische Wahrnehmung der Veränderungspotentiale.

Ich habe einen Vortrag über Militärkonversionen gehalten, als gerade die nächste Welle der Militärflächen auf den Markt kam. Obwohl ein Großteil der Grundstücke peripher gelegen ist und die Kommunen in dieser Größenordnung keine Nachfrage haben, wollen sie diese Flächen als Bau-

land vermarkten. Mit etwas mehr Offenheit für die Perspektiven und eine vorgeschaltete Eignungsprüfung könnte der Automatismus der Bebauung peripher gelegener Konversionsflächen gestoppt werden. Ein Perspektivwechsel könnte diese Flächen zu Schlüsselgrundstücken der nachhaltigen Stadtentwicklung machen – sei es für sanften Regionaltourismus, urbane Landwirtschaft, für regenerative Energien, den Bau von Solarkraftwerken oder als Ausgleichs- und Naturschutzflächen. Das bedeutet, Phantasie zu entwickeln anstatt zusätzliche Wachstumsprozesse zu generieren, die – wie Karl Ganser in Verbindung mit der IBA EmscherPark schon vor Jahren anmerkte – immer auf Kosten der nächsten Generation gehen. Umgedacht wird zurzeit offensichtlich in der Region um Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen. Bei rund 1.000 ha frei werdender Militärfläche setzt sich in diesen drei Städten die Erkenntnis durch, dass man große Areale für die Verbesserung des Stadtklimas in Freiräume zurückbauen kann.

Diese Einsicht scheint noch nicht sehr weit verbreitet zu sein. Wer kann sie befördern? Die Hochschulen?

In den letzten Jahren waren die Hochschulen sehr mit sich selbst beschäftigt, die Bachelor/Master-Studiengänge einzuführen. Das hat ihre Außenwirkung fraglos eingeschränkt. Dennoch wirken sie mit praxisnahen Studien- und Forschungsprojekten in die Kommunen hinein. Wir haben an der Universität Stuttgart versucht, uns vor Ort zum Thema Stadtentwicklung zu positionieren. Zwei Diskussionstränge stehen dabei im Vordergrund: Beim neuen Stadtquartier Stuttgart 21 machen wir uns für mehr Urbanität stark. Wir wollen die dem Entstehungsprozess innewohnende Tendenz zur großen Monostruktur offen legen und soziale Mischung, Nutzungsvielfalt und lebendige öffentliche Räume befördern. Nicht minder wichtig ist uns die Re-Urbanisierung des in den 1960er und 70er Jahren entstandenen Uni Campus Vaihingen. Auch der Campus Innenstadt hat viele Defizite. Die Fakultät bringt ihr architektonisches und städtebauliches Wissen in die städtebauliche Weiterentwicklung dieser beiden Standorte ein. Überdies ist das symbiotische Verhältnis von Stadt und Universität ein Forschungsthema der Fakultät. Auch positionieren sich Professoren der Fakultät zu aktuellen Themen der Stadtentwicklung, um aus der Warte einer unabhängigen Universität der Stadt- und Baukultur mehr Öffentlichkeit zu verschaffen. In der Forschung ist die Fakultät breit aufgestellt, mit einem Schwerpunkt im Bereich ressourcenbewusstes Planen und Bauen.

Mein Eindruck ist, dass bei den neuen Technologien für Klimaschutz, Energieversorgung und Mobilität viel zu wenig vernetzt und quer gedacht wird.

An Architektur- und Stadtplanungsfakultäten besteht die große Chance, diese Dinge im Zusammenhang zu thematisieren und den städtischen Raum als Ort zu betrachten, an dem die disziplinären Themen zu integrierten Konzepten verbunden werden können. Auch sollten die Fakultäten –

jenseits von Forschungsaufträgen – die Herausforderung annehmen, die städtische Gesellschaft und die gebaute Stadt weiter zu denken: Wie werden wir künftig in den Städten leben? Wie lässt sich das Miteinander gestalten? Wie werden Quartiere der Zukunft aussehen? Es geht vor allem um von der Politik noch nicht wahrgenommene Fragen, die folglich in der klassischen Auftragsforschung auch noch nicht vorkommen. Mit ihrem Potenzial an Studierenden und akademischen Mitarbeitern kann die Universität ihre Unabhängigkeit dazu nutzen, etwas zu bewegen.

Raum verbindet alle urbanen Aspekte und forciert vernetztes Denken.

Eines der wichtigen Anliegen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist die Kooperation mit den Hochschulen, deren Mobilisierung sich jährlich einmal im Hochschultag manifestiert. Was waren diesmal Deine Eindrücke? Kommt das Thema Nationale Stadtentwicklungspolitik bei den Hochschulen und vor allem bei den Studierenden an?

Der positive Verlauf des dritten Hochschultags hat viele von uns motiviert, das Projekt weiter zu führen. Mich hat gefreut, dass wir zum ersten Mal eine große Zahl von Studierenden dabei hatten. So konnten wir glaubwürdig die Perspektiven aller Gruppen aufgreifen: der Studierenden, des wissenschaftlichen Nachwuchses und der arrivierten Wissenschaftler.

Meine Position zur Zukunft des Hochschultags ist eindeutig: Wir haben mehr als sechzig Ausbildungsstätten in der Bundesrepublik, die sich mit Stadt, Stadtplanung, Stadtentwicklung beschäftigen; deshalb macht es Sinn, wenn die Hochschulen sich einmal im Jahr treffen, sich über anstehende Zukunftsaufgaben und Forschungsthemen und die Frage austauschen, wie sie die städtebauliche Praxis durch Forschung unterstützen können. In erster Linie, um die Stadtforschung aus der Ecke der Feuilletons und Fachjournale herauszuholen und in öffentlichen Medien zu platzieren. In der Diskussion um die Aufgaben der nächsten zehn, zwanzig Jahre ist die Stimme der Hochschulen in der städtebaulichen, aber auch in der allgemeinen politischen Diskussion unverzichtbar.

In Berlin hatten wir den Eindruck, dass die Mobilisierung der Studierenden Früchte getragen hat, besonders bei ihrem lebendigen Vortrag über ihr integrierendes Projekt zur ressourceneffizienten Stadt. Wie kann man so etwas verstärken? Die Präsentation der Sommerschule war das Highlight der Veranstaltung. Als Spiegel der aktuellen Stadtentwicklungsdebatte könnte sie mit wechselnden Themen, Orten und Lehrstühlen zu einem wichtigen Format künftiger Hochschultage werden.

Hast du eine Empfehlung, was die Nationale Stadtentwicklungspolitik vorrangig weiter entwickeln sollte?

Es gibt Probleme und Themen, die den Kommunen auf den Nägeln brennen, aber nicht so viel Beachtung finden wie der klimagerechte Umbau der Städte und Gemeinden. Zum Beispiel die Zukunft des Wohnens in historischen Stadtkernen, die liegen gebliebenen Innenstadtränder, die erodierenden Randlagen der Einkaufsbereiche, aber auch die Entwicklung peripherer Wohnstandorte, ob Dorflagen in den Entleerungsräumen oder Einfamilienhausgebiete aus den 1950er und 60er Jahren, deren Fortbestand angesichts sich ändernder Standortpräferenzen längst noch keine ausgemachte Sache ist.

Stadterneuerung ist eine Daueraufgabe ohne Dauerlösung – wie Du es vor Jahren einmal auf den Begriff gebracht hast. Eine der vornehmsten Aufgaben der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wäre es aus meiner Sicht, in Forschung und experimenteller Praxis neue Lösungswege für Zukunftsaufgaben auszuloten und in die Kommunen hineinzutragen.

Franz, Deine Überlegungen zur Kooperation von Politik und Hochschulen können neue Energien in den Städten wecken. Wir danken Dir für dieses Gespräch!



Die fast unsichtbaren Veränderungen in den Städten müssen stärkere Beachtung finden.

Josef Sanktjohanser

Diplom-Kaufmann, Präsident des Handelsverbandes Deutschland

Handel und Stadtentwicklung

Der Facettenreichtum der Städte garantiert der Nationalen Stadtentwicklungspolitik immerwährende Aktualität. Unterscheiden sich die Städte doch in ihrer Lage im Raum, ihrer Geschichte, ihren sozialen und demographischen Kennziffern, ihrer Grundriss- und Aufrissstruktur, ihren politischen Mehrheiten und auch in ihrem Charakter. Eines aber ist allen Städten gemein: Sie stehen fortwährend vor der Herausforderung, sich mit ihren über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen den neuen Ansprüchen ihrer Bürger und Gäste, ihrer Nutzer also, zu stellen. Das ist umso schwieriger, als eine Stadt angesichts veränderter Wertvorstellungen oder technischer Innovationen nicht immer gleich von Grund auf neu geplant werden kann. Man kann eine Stadt nicht wie ein unrentables oder nicht mehr marktfähiges Produkt einfach aus dem Sortiment nehmen. Städtebauliche Entscheidungen haben eine lange Bindungswirkung und sollten daher nicht leichtfertig dem Zeitgeist oder Partikularinteressen geschuldet sein.

Deutsche Handelsunternehmen investieren in zukunftsweisende Projekte.

Viele Beispiele haben gezeigt, dass Städte im Bestand angepasst und baulich erweitert werden können. Neugründungen jedoch eher die Ausnahme sind. Vielmehr gehört es zum Grundcharakter der mitteleuropäischen Stadt, dass sie sich aus dem Bestand weiter entwickelt und sich den jeweils neuen Erfordernissen anpasst.

Neue Herausforderungen sind heute die klimagerechte Stadtsanierung und die integrierte Stadtentwicklung. Hierzu sind sämtliche Politikbereiche gefragt, da die Verursacher von Emissionen überall in der Stadt anzutreffen sind wie zum Beispiel im Verkehr, bei der Telekommunikation, der Produktion oder auch beim Wohnen.

In jüngster Vergangenheit sind energetische Sanierungen und klimagerechte Neubauten immer mehr in den öffentlichen Blick geraten. Die richtige Gewichtung der Maßnahmen – bei der Wärmedämmung zum Beispiel – und ein vernünftiges Augenmaß werden künftig immer wichtiger, da wir sonst Gefahr laufen, dass unsere Städte durch zu viel gut gemeinten Aktionismus hinter Verblendungen und energetisch hochmodernen Verschaltungen verschwinden. Wollen wir in Zukunft als die Generation dastehen, die den baukulturellen Niedergang bewirkte, weil sie dem Klimaschutz alle weiteren Facetten der Stadtentwicklung untergeordnet hat?

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik steht allerdings vor erheblichen Herausforderungen, will sie die Zukunftsfähigkeit der mitteleuropäischen Stadt sichern. Gerade Städten mit Ambiente wird eine größere Zukunftsfähigkeit



beigemessen, auch aufgrund der ihrer Aufenthaltsqualitäten, die es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt. Wir erleben heute, dass neue Technologien – sowohl für die Energieerzeugung als auch für den Verbrauch – äußerst dynamisch erforscht werden. Der Handel steht dem technischen Fortschritt traditionell aufgeschlossen gegenüber, es ist geradezu Teil seines Wesens, sich stetig weiter zu entwickeln und unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit neue Trends und Innovationen für sich zu beanspruchen.

Im Lebensmittelhandel fallen rund 44% der Stromkosten für Kühlung und rund 28% für Beleuchtung an. In den anderen Handelsbereichen entstehen rund 65% der Kosten für Beleuchtung und 21% bei der Klimatisierung der Ladenlokale. So zwingt die Entwicklung der Strompreise geradezu dazu, den Energieverbrauch zu senken. Jede Optimierung bedeutet daher nicht nur eine Verbesserung der Betriebskosten, sondern zugleich eine Verringerung der CO₂-Emissionen. Beim Deutschen Einzelhandel gehen Umweltschutz und Kostensenkung Hand in Hand.

Deutsche Handelsunternehmen investieren in zukunftsweisende Projekte wie CO₂-neutrale Supermärkte und entwickeln Möglichkeiten, die Stromversorgung ihrer Standorte zu einem möglichst großen Anteil aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Mehrere große Handelsunternehmen treiben den Bau von Solaranlagen auf den Dächern ihrer Standorte voran. Für ihr Engagement zeichneten Umweltorganisationen wie die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) sie aus und die EU-Kommission nominierte sie sogar für den *Sustainable Energy Europe Award 2010*. Nicht zufällig ist Deutschlands größter Nutzer von Ökostrom ein Handelsunternehmen.

Der Klimaschutz ist zu einem Management-Thema geworden, das neben den monetären Aspekten künftig auch verstärkt das Image eines Unternehmens gestalten wird. So bleibt der Handel wie eh und je ein starker Partner für die Nationale Stadtentwicklungspolitik.

Städtebauliche Entscheidungen haben eine lange Bindungswirkung – sie sollten daher nicht leichtfertig dem Zeitgeist oder Partikularinteressen geschuldet sein.

Roland Schäfer

Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Die Kommunen stärken!

Auf die deutschen Städte und Gemeinden konzentrieren sich wie in einem Brennglas gesellschaftliche Herausforderungen, aber auch mögliche Lösungsansätze. Die künftige demografische Entwicklung, der zufolge die Deutschen *weniger, älter und bunter* werden sollen, ist in den Städten und Gemeinden am deutlichsten spürbar. Das zeigt sich bei den nötigen Änderungen der technischen Infrastrukturen (Abwasser, Wasser, Verkehr etc.), aber auch an den Veränderungen im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie bei der für unsere Zukunft zentralen Bildung. Die Kommunen müssen die demografische Entwicklung annehmen, gestalten und *neue Potenziale* wie etwa die Aktivierung älterer Menschen für das Gemeinwohl nutzen.

Die zweite Herausforderung ist der Ressourcen- und Klimaschutz sowie die Umsetzung der Energiewende in den Städten und Gemeinden. Dezentralität und der Ausbau erneuerbarer Energien sind zwei wichtige Elemente der Energiewende, deren Erfolg ohne die Städte und Gemeinden und ihre Stadtwerke nicht möglich ist. Insofern gilt der Grundsatz *Global denken, lokal handeln!*

Die Verantwortung der Bürger setzt innovative Dialogformen voraus.

Eine dritte Herausforderung für die Städte und Gemeinden liegt darin, den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken und die Zivilgesellschaft zu aktivieren. Allein sind die Städte und Gemeinden überfordert, die Zukunft zu bewältigen. Neben einer finanziell ausreichenden Unterstützung durch Bund und Länder, mit der die Kommunen ihre Gestaltungsaufgaben erst wahrnehmen können, ist insbesondere die Bürgerschaft gefordert, verstärkt Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Die Verantwortung der Bürger bedingt umgekehrt eine stärkere Öffnung von Politik und Verwaltung für innovative Dialogformen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundes ist ohne die Kommunen nicht machbar. Die kommunale Forderung an den Bund ist daher die Umsetzung des Schlussappells der Leipzig Charta: *Europa braucht starke Städte!* Die Kommunen als Hauptakteure der Stadtentwicklung müssen gestärkt und ihre Gestaltungsfähigkeit sollte erhöht werden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt über seine Mitgliedsverbände die Interessen von ca. 11 000



Städten und Gemeinden in Deutschland. Die aktuellen Herausforderungen und Lösungsansätze werden daher vom DStGB in einem ständigen Dialog seiner Mitglieder mit den verantwortlichen Ebenen in Europa und Deutschland thematisiert und eingefordert. Grundvoraussetzung ist, dass die Gestaltungsmöglichkeit der Städte und Gemeinden als bürgernächste Ebene insbesondere bei der Stadtentwicklung und der Energiewende gestärkt wird, auch durch eine ausreichende Finanzausstattung des Bundes bei der Städtebauförderung und den energetischen Sanierungsprogrammen. Starke, anpassungsfähige, schöne Städte und Gemeinden sind ohne die aktive Einbeziehung der Bürgerschaft und der örtlichen Wirtschaft nicht möglich. Denn nur gemeinsam erreichen wir soziale, ökonomische, ökologische, technologische und kulturelle Fortschritte.

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss mit einem Gewinn für die Kommune und die Bürger verbunden sein.

Eine aktive Beteiligung der Bürgerschaft sowie anderer privater Akteure führt in den überschaubaren Mittel- und Kleinstädten zu einer stärkeren Identifikation und damit auch zur Durchsetzung breit akzeptierter Entscheidungen. Die städtischen Akteure lassen sich am besten motivieren, wenn ein Mehrwert für alle damit verbunden ist.

Insoweit kann der erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien (Windkraft, Photovoltaik, Biomasse etc.) nur gelingen, wenn hiermit ein *Gewinn* für die lokale Ebene und für die Bürgerschaft einhergeht. Auch für andere Bereiche der Stadtentwicklung kann die Aktivierung von privaten Initiativen ein beispielhafter Weg sein.

Die kommunale Forderung an den Bund ist die Umsetzung des Schlussappells der Leipzig Charta: Europa braucht starke Städte!

Prof. Albert Speer, Frankfurt/Main

Dipl. Ing. Architekt und Stadtplaner, emeritierter Professor an der Universität Kaiserslautern
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Strategisches Bewusstsein schaffen

Urbane Energien: Was bewegt die Städte? Was müsste man mobilisieren, um neue Energien in den Städten wirksam werden zu lassen?

Die Hauptfrage: Wie gelingt es uns, dass dieses Thema nicht nur ein stadtplanerisches Thema bleibt, sondern zu einem gesellschaftlichen Thema wird? Wenn man mit dem gesellschaftlichen Thema anfängt, dann befinden wir uns ja in einem rasanten Wandel von Lebensstilen und Zukunftsvorstellungen. Das hängt alles intensiv mit den neuen Medien zusammen, mit dem Internet und den anderen Kommunikationsmöglichkeiten. Das hängt natürlich auch mit der sich ändernden Altersstruktur zusammen. Das sind Riesenfelder, die wir in der Stadt anders sehen müssten, wenn wir uns mit der Zukunft beschäftigen. Dazu gehören unter anderem auch die städtischen Infrastrukturen, die Energie und die Mobilität.

Wie gelingt es uns, das stadtplanerische Thema Urbane Energien zu einem gesellschaftlichen Thema zu machen?

Wie können wir diese Themen öffentlich machen?

Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklung gesehen sollten wir viel stärker Schwerpunkte bilden. Im Augenblick wird alles diskutiert und alles geht wild durcheinander. Wenn das Kuratorium jährlich Schwerpunkte setzen will, dürften die aber nicht nur am Anfang einmal diskutiert werden – wir treffen uns ja nur einmal im Jahr – sondern müssten innerhalb des Jahres, in welcher Form auch immer, noch einmal öffentlich gemacht werden. In Deutschland gibt es ja auch gute Beispiele, wie die Städte mit geringerem Flächenwachstum auskommen, wie sie nicht mehr auf die grüne Wiese bauen und mit ökologisch nachhaltigen Ansätzen umgehen, aber richtig bekannt ist das eigentlich alles nicht. Man kennt Freiburg, aber weiß auch nicht so genau, was die da machen.

Für die Arbeit Ihres Büros haben Sie Prinzipien entwickelt. Sie haben sehr viel in Frankfurt gearbeitet – wie konnten Sie Ihre Prinzipien hier konkret in Planungen umzusetzen?

Ich glaube, entscheidend ist, dass wir wieder mehr von strategischer Stadtentwicklung, von Stadtplanung reden und sehr viel weniger von Städtebau. Das ist eine Aufgabe, die Architekturbüros in der Regel nicht leisten. Eine Stadt wie Frankfurt hat sich, ob nun mit uns oder mit anderen – hier waren wir es in den letzten fünfunddreißig Jahren – ständig beraten lassen und war immer offen für Ideen von außen. Das ist nicht nur eine Fachfrage, es ist auch eine Frage der



Gesellschaft und vor allen Dingen der Wirtschaft.

In Frankfurt ist es uns immer wieder gelungen, zur Finanzierung von Ideen und Überlegungen auch die Wirtschaft mit hinzu zu ziehen. Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass strategische Stadtentwicklungskonzepte unter Einbeziehung der Bürger und der interessierten Öffentlichkeit Geld kosten, Zeit kosten und über einen längerfristigen Zeitraum organisiert sein wollen.

Für den Kölner Masterplan zum Beispiel, 2008 entstanden, gibt es eine Lenkungsgruppe. Wir sind ständig dabei und führen das Projekt fort. Das ist ein mühsamer Prozess, bei dem wir keine großen Lorbeeren ernten können, aber er ist notwendig.

Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklung sollten wir viel stärker Schwerpunkte setzen.

Köln ist eine Initiative der Unternehmensverbände, die eine Vision, ein integrierendes Konzept für die Entwicklung ihrer Stadt vermisst hatten....

Ja, genau.

...und nun mit Ihnen beispielhaft einen Prozess in Gang gesetzt haben, mit einem breit angelegten öffentlichen Moderationsverfahren. Sie konnten das Kölner Interesse so weit wecken, dass die Stadt tatsächlich aktiv geworden ist.

Inzwischen ist es so, dass alle mitmachen und dass der Masterplan auch politisch akzeptiert ist. Der ist selbstverständlich nicht die Bibel, sondern ein Regiebuch, mit dem man arbeiten kann und muss. Dabei kommen unterschiedliche Lösungen heraus. In Köln ist uns gelungen, dass sowohl die Bürgerschaft wie die interessierten Verbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften von allem Anfang an

dabei waren. Selbstverständlich haben wir Entscheidungen dem Stadtrat überlassen, wo sie auch hingehören.

Ein gutes Beispiel für die Mobilisierung urbaner Energien...

Genau, das ist es, Energien, und wie!

... weil es diese Gruppierungen sind, die die gesellschaftlichen Verhältnisse vor Ort kennen, die Gesellschaft tragen und die Stadt weiter entwickeln können.

Wenn Sie finden, man sollte die wichtigsten Themen setzen und nicht alles zu breit diskutieren: gelten denn für verschiedene Städte nicht auch verschiedene Strategien, welche Ressourcen, welche Energien sie jeweils am besten aktivieren können?

Ja, das ist für jede einzelne Stadt auch ein individueller Prozess. Jede Stadt ist anders, jede Stadt hat eine andere Gesellschaft. Wir machen zurzeit einen Masterplan für Tuttlingen. Das ist die Stadt des deutschen Weltmarktführers für Medizintechnik. Das weiß keiner. Da haben wir natürlich eine völlig andere Öffentlichkeit.

Was ich mit dem Schwerpunktsetzen meine, bezieht sich auf das Kuratorium und auf die Nationale Stadtentwicklungspolitik. Da sollte man Schwerpunkte bilden und sie dann in die Öffentlichkeit tragen.

Was wären für Sie aktuell die dringlichsten Schwerpunkte in Deutschland?

Das Thema Energiewandel und alles, was damit zusammenhängt – Mobilität, Lebensstile – das steht auf jeden Fall im Vordergrund. Und zweitens handeln wir – unsere Gerichte bestätigen das tagtäglich aufs Schlimmste – immer noch so, als wäre die Charta von Athen unser Vorbild. Dabei haben wir die Charta von Leipzig, die in unsere Gesetzgebung überhaupt noch nicht eingegangen ist. Es gibt jetzt vorsichtige Veränderungen der Baunutzungsverordnung, die bei weitem nicht ausreichen. Die veränderten Verhältnisse müssten radikal auch in die Gesetze Eingang finden. Einerseits finde ich die Verrechtlichung unseres ganzen Planungswesens zwar richtig, denn wir leben in einem Rechtsstaat. Andererseits entsprechen die Planungsgesetze aber überhaupt nicht mehr unseren heutigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, emotionalen Verhältnissen.

Juristen nehmen ja zuallererst historische Rechts-Tatbestände auf, aber das aktuell und zukünftig Notwendige können sie nicht immer ausreichend beurteilen. Wie erreichen wir dann aber, dass die Leipzig-Charta, die auf europäischer Ebene von 27 Staaten unterschrieben wurde, endlich auch in ihren Verpflichtungen eingelöst wird – nämlich integrierte Stadtentwicklung zu befördern?

Entwicklung nach innen und nicht nach außen, das geht ja weiter. In Berlin läuft gerade wieder die Diskussion, wegen der hohen Benzinpreise die Pendlerpauschale zu erhöhen.

Das ist doch genau das Gegenteil von dem, was die Bundesrepublik in ihrer Stadtentwicklung braucht!

Das ist natürlich auch eine Frage an eine integrierende Politik des BMVBS innerhalb seiner Abteilungen.

Es geht nicht nur um die Koordination innerhalb des Ministeriums, es geht darüber hinaus auch um die Koordination der Ministerien untereinander. Das gilt nicht nur fürs Inland, das gilt in besonderem Maße auch für das Ausland. Wir sind jetzt in China in einem Verkehrsforschungsvorhaben mit dabei, das die Deutsche Raumfahrtbehörde in München macht. Das läuft über das Forschungsministerium, das Bauministerium kümmert sich auch ein bisschen – aber da wäre wirklich fachübergreifende Koordination vonnöten.

Entscheidend ist, dass wir wieder mehr von strategischer Stadtentwicklung reden.

Dasselbe gilt für die planende Verwaltung. In Köln haben wir erlebt, dass sich mit unseren ersten Gesprächen zum Masterplan die unterschiedlichen Dezernatszuständigen zum ersten Mal begegnet sind. Das ist halt so. Aber gerade bei unseren vielfältigen technologischen Möglichkeiten der Kommunikation ist das persönliche Gespräch nach wie vor unverzichtbar. Viele finden, wir hätten das ja auch am Telefon machen können – nein, eben nicht! Aber der Behördenverkehr untereinander, da leben wir nach wie vor im Mittelalter!



Sollten die Behörden Externe beauftragen, sie auf dem Weg zu einer ressortübergreifenden Kommunikation beratend zu unterstützen?

Nein, in einer funktionierenden Planungsverwaltung wie in München geht das ja. Es ist ein menschliches Problem, ein persönliches Problem, ein Problem von Prestige, von Machtausübung, Macht, besonders in Entwicklungsländern, aber auch hier: *Information ist Macht und die gebe ich nicht weiter!*

In München können ja die verschiedenen Fraktionen und auch die Dezernate über vernünftige Stadtentwicklungen meist fachlichen Konsens herstellen. Womit kann das zu tun haben?

Es ist natürlich ein Unterschied, ob Sie eine städtische Bevölkerung in Süddeutschland oder im Ruhrgebiet ansprechen, das sind einfach andere Charaktere. Die Kölner zum Beispiel sind von allem, was man ihnen vorschlägt, sofort zweihundertprozentig begeistert, aber dann passiert nichts.

Das ist meine Kölner Erfahrung auch. (lacht)

Offen, jawohl, ach toll! Und dann ist die Luft raus.

In Köln haben Sie mit Ihrem Projekt neue Partnerschaften gestiftet. Nicht nur die Unternehmen haben mit der Stadt zusammen gearbeitet, sondern auch die Kirchen und Verbände.

Auch hier in Frankfurt haben Sie neue Partnerschaften mobilisiert, indem Sie es in Zusammenarbeit mit der Oberbürgermeisterin geschafft haben, Entwicklungen zu koordinieren, die in anderen Städten nicht so gut laufen. Sie haben sich hier selbst auch mit einer Stiftung engagiert. Wie machen Sie das?



Ich glaube, das liegt in einem ganz großen Ausmaß an persönlichem Engagement, persönlicher Neugier. Ich sehe uns immer mehr als Politikberater und immer weniger als Plänemacher, obwohl wir das durchaus nicht ungern tun. Ich glaube, dass viele von unseren Kollegen nach wie vor viel zu unpolitisch denken und meinen, das alles ginge sie nichts an, das sollten mal die anderen machen – ich bin ja nur der Fachmann, der das hübsch intelligent und nachhaltig zu Papier bringt! Aber ob das Wirkungen zeigt oder nicht, bleibt offen. Pläne machen können viele, auch sehr schöne Pläne. Nur aus sehr vielen schönen Plänen wird nichts, wenn die nicht kontinuierlich über einen längeren Zeitraum und mit großer Ausdauer immer wieder vorgebracht, diskutiert, eingebracht werden in kleinen oder größeren Gesprächen. Netzwerke sind wichtig. Architekten lernen an den Hochschulen natürlich nichts über Kommunikation. Das ist auch ein ganz wichtiges Thema.

Die Planungsgesetze entsprechen nicht mehr unseren heutigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und emotionalen Verhältnissen.

Kommunikation, Kontinuität auch im Dialog, Vertrauen bilden...

...ja, Vertrauen bilden können, auch für ungewöhnliche Verfahren. Wir haben in München die Vorbereitungen zum Wettbewerb für die neue Hauptverwaltung von Siemens gemacht. Da hatte ich die Idee, alle zwölf Architekten an einem Abend einzuladen, sich öffentlich vorzustellen und über ihre Arbeit – nicht über München – zu reden. Also wenn Sie den Abend erlebt hätten, wie sich diese zwölf zum Teil internationalen Architekten auf das Unterschiedlichste, von primitiv bis hervorragend, vorgestellt haben. Darunter sind große Architekten, die vor ihrem Plan stehen und aufzählen: Da sehen Sie dies und da sehen Sie das, anstatt mal zu erklären, worauf sie hinauswollen. Und die anderen übertreiben es in die andere Richtung. Hervorragend!

Ich möchte Sie nach Ihren Auslandserfahrungen fragen. Wenn Sie aus einer globalen Sicht heraus die Dinge hierzulande betrachten: Was läuft hier gut und was läuft hier schlecht und was müsste man hier ändern?

Ehrlich gesagt leben wir im Vergleich zu dem, was anderswo läuft, auf einer Insel der Seligen. Es geht uns insgesamt so gut, dass wir uns ungeheuer viel Blödsinn leisten. Dazu gehört unsere Planungsgesetzgebung, dazu gehört die viel zu dicke Verwaltung, die nicht gut zusammenarbeitet. Es gibt nach wie vor in Europa und in Deutschland einen unvergleichlichen Reichtum. Ob Sie China nehmen oder Afrika oder Ägypten – da arbeiten wir im Augenblick mit größten Schwierigkeiten – wenn Sie erleben, wie not-

Ich glaube, dass viele von unseren Kollegen nach wie vor viel zu unpolitisch denken.

wendig da Prinzipien wären, wie wir sie in unserem Buch beschrieben haben – Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Nutzungsmischung und Dichte – da stoßen Sie ganz schnell auf Grundsatzfragen, die mit Stadtplanung nichts zu tun haben, zum Beispiel: Wem gehört das Land? Wer bestimmt, wer da was macht? Das sind am wenigsten die Planer, sondern irgendwelche vom Staat eingesetzte Investoren oder unterschiedliche Ministerien. In vielen Ländern herrschen nach wie vor hohe Korruptionsraten (was uns nicht betrifft – weil das bisschen, was wir da für ein Gutachten verlangen, das bringt's nicht). Aber bei allem, was mit Grundstücksgeschäften zu tun hat, geht es gleich um Millionen. Besser organisiert ist es in China, weil in China eben alles staatlich ist. Die Kommunen leben dort überwiegend davon, dass sie Flächen in Erbpacht verkaufen. Letztlich behalten sie es in der Hand, aber mit Nutzungsrechten von 60 oder 80 Jahren.

Ich glaube, wir als Deutsche, als Europäer, könnten sehr viel mehr tun, wenn wir in diesen Ländern präsenter wären. Büros wie meins gibt es in Deutschland halt ganz wenige oder fast keins. Es gibt große Architekturbüros, die bauen und die bauen auch gut. Wir müssen uns viel mehr den Problemen stellen. Das tun wir Deutschen zwar auf industriellem Sektor, da sind wir nicht umsonst Weltmarktführer, aber nur auf dem Hardware-Sektor. Da sind wir die Größten. Auf dem Sektor der Ideen, der Innovationen, der intelligenten Lösungen, da sind wir keine Weltmarktführer.

Wenn Sie ‚präsent sein‘ sagen, meinen Sie, dass Sie zum Beispiel in China auch ein Büro haben sollten?

Muss nicht unbedingt sein, es geht überhaupt um die Bereitschaft, in diesen Ländern zu arbeiten. Das ist mit Risiko verbunden. Wir haben ja jetzt schon über 45 Jahre eine Tradition, im Ausland zu arbeiten. Wir gehören zu denen, die man kennt und die man einlädt. Mit deutschem Wissen über nachhaltige Stadtentwicklung, Energietechnologien, angepasste Technologien sind wir intelligent genug, das regional anzupassen. Ich bin der Überzeugung, dass da ein viel größeres Engagement notwendig wäre, auch ein Engagement der Ministerien.

Das vermisste ich auch. Die Bereitschaft, sich im Ausland zu engagieren, ist bei uns begrenzt und relativ unterentwickelt.

Und dabei leben wir ja davon!

Ja, vom Export unserer Ideen und Innovationen. Auch vom Import – ich schätze immer das umgekehrte Lernen. Wenn ich im Ausland gearbeitet habe und zurückkomme, sehe ich die Dinge, die ich hier betreibe, in einem anderen Licht. Wir machen viele Luxusprojekte im Vergleich zu dem, was dort getan werden müsste. Diese Balance von Erfahrungen in Deutschland auf der einen und im Ausland auf der anderen Seite ist für mich ein persönlicher Gewinn.

In vielen Ländern gibt es inzwischen eine Dynamik – nicht nur, weil die Bevölkerungsentwicklung dazu zwingt – eine Dynamik, die die Geschwindigkeit der Veränderungen mit einbezieht. In Deutschland habe ich immer das Gefühl, wir stehen voll auf der Bremse. Hier sind Entwicklung und Veränderung ein Thema, über das man langfristig zwar redet, aber möglichst vermeidet, dass es irgendetwas mit der Realität zu tun bekommt.

Das ist von einer unglaublichen Schwerfälligkeit, bis Sie mal irgendwo irgendwas koordiniert kriegen. Kein Wunder, dass nach fünfzehn Jahren kein Mensch mehr *Stuttgart 21* hören kann. So was darf eben keine 15 Jahre dauern. Ich habe ja mal den – nicht ganz unironischen – Vorschlag gemacht: Wenn ein Großprojekt nach fünf Jahren nicht genehmigt ist und mit dem Bauen nicht begonnen wurde, sollte man das Projekt abbrechen, eine Generation warten und gucken, ob und wie es dann weitergeht.

Auf dem Sektor der Ideen, der Innovationen, der intelligenten Lösungen, da sind wir keine Weltmarktführer.

Absolut richtig. Da ist das Schweizer Modell vernünftig: vor einer Grundsatzentscheidung eine breite Beteiligung zu installieren und erst dann zu entscheiden, ob und wie man mit dem Projekt verfährt.



Aber diese Grundsatzentscheidung will auch vorbereitet sein. Sie können nicht, wie viele jetzt meinen, Bürger beteiligen, indem man abfragt: *Was hätten ihr denn gern?* Das ist keine Bürgerbeteiligung. Es müssen schon Fragestellungen formuliert und diskutiert werden, über die man dann auch verantwortungsvoll reden kann. In Köln haben wir es so gemacht. Wir haben alle Beteiligten von allem Anfang an systematisch in die zentralen Themen eingeführt. Dann konnten wir mit ihnen auch darüber reden.

Mit der Rückendeckung durch den Stadtrat. Dieses Zusammenspiel ist wichtig: die grundsätzliche Ratsentscheidung zu haben, mit den Leuten zu reden, die Ergebnisse zurück-

zubringen in den Rat, mit den Leuten weiter zu diskutieren, Ergebnisse zu präzisieren...

Und dazwischen hatten wir Wahlen... na ja, so ist das eben, das gehört dazu.

Sie haben in ihrem Manifest den Zusammenhang von Theoriebildung auf der einen und konkreter Umsetzung auf der anderen Seite als etwas beschrieben, das für unseren Beruf typisch und notwendig ist und in anderen Disziplinen viel weniger vorkommt. Mobilisierung von Energien in Wissenschaft und Forschung – wie beurteilen Sie da den Beitrag der Hochschulen?



Ich bin schon seit 1997 nicht mehr in der Lehre aktiv. Deshalb kann ich die neueren Entwicklungen in den Hochschulen nicht sehr konkret beurteilen. Ich bin der Meinung, dass die Hochschulen sich generell nicht ausreichend mit den gesellschaftlichen Auswirkungen von Planungen beschäftigen. Außerdem wird die enge Verflechtung zwischen Entwicklungen in Deutschland und den großen Ländern wie China oder dem arabischen Raum nicht genügend thematisiert. Planen in anderen Weltregionen muss ein wesentlicher Bestandteil der Architekten- und Planerausbildung werden, weil sich auch hier die Arbeitsplätze der Zukunft befinden werden.

Herr Speer, wir wünschen uns sehr, dass Ihre Botschaften in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, in den Städten und in den Hochschulen ankommen und danken Ihnen für das Gespräch.

Planen in anderen Weltregionen muss ein wesentlicher Bestandteil der Architekten- und Planerausbildung werden.

Christian Ude

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Präsident des Deutschen Städtetages

Städtische Energien – Lob und Antrieb zugleich

Mit den *Städtischen Energien* ist den Kongressmachern ein wirklich treffendes Wortspiel eingefallen – keine Stadt wird sich dem innewohnenden Lob und Preis verschließen können, jede fühlt sich darin bestätigt, Ausgangs- und Zielpunkt städtischer Energien zu sein. Die Städte sind es, in denen ein großer Teil der Energiewende stattfindet und weiterhin stattfinden muss. Gerne werden sie als Verursacher des Treibhausproblems hingestellt, obgleich sie relativ gesehen gegenüber dem ländlichen Raum gut dastehen. Gerne wird dabei aber übersehen, dass sie dafür auch liefern – die 15 größten Städte Deutschlands allein ein Viertel, die knapp 110 kreisfreien Städte Deutschlands fast die Hälfte des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Nur über die Städte und mit den Städten kann die Energiewende erfolgreich auf den Weg gebracht werden.

Aber das dem Titel der Konferenz eigene Lob auf die Energien der Städte verstellt schnell den Blick darauf, dass die Städte als Antriebsstoff neben den ihnen eigenen Stärken auch Zufuhr von Energie von außen benötigen, um sie in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mehrwert umzusetzen. Das soll Anlass genug sein, ein kurzes wie realistisches Schlaglicht auf die aktuelle Verfasstheit der Städte in gesellschaftlicher, umweltpolitischer und wohnungsbaulicher Hinsicht geworfen werden.

Stadtgesellschaft ist partizipative Gesellschaft

Kein Zweifel, die Städte bleiben die maßgebliche Plattform für alle Arten gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Kommunale Demokratie erfährt durch verbesserte Bürgerbeteiligung eine Stärkung, ohne die politischen Gremien zu schwächen. Wir müssen uns immer fragen, ob wir vorhandene Instrumente besser nutzen und zusätzliche Instrumente schaffen sollten. Dazu gehört eine frühere und bessere Information, die tatsächlich alle Zielgruppen der Gesamtbevölkerung erreicht, eine Herstellung von Öffentlichkeit in Zukunftsfragen und eine Dialogbereitschaft, bevor die Würfel fallen. *Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!* war das Motto der Mitgliederversammlung 2011 in Stuttgart. Die Übereinstimmung in der Frage *Noch mehr Demokratie zu wagen!* war bei der Versammlung von über 1000 Mandatsträgern überwältigend. Stärkere Bürgerbeteiligung darf aber nicht zu einer Lähmung der Arbeit der gewählten Mandatsträger und politischen Gremien führen. Ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte, die demokratisch gewählt sind und sich jahrelang sachkun-

Nur über die Städte und mit den Städten kann die Energiewende erfolgreich auf den Weg gebracht werden.



dig machen, werden noch viele Tausende Entscheidungen zu treffen haben, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch neue Kinderkrippen und Schulerweiterungen, Wohnungsbauten und Verwaltungsgebäude, öffentliche Verkehrsmittel und soziale Leistungen und kulturelle Angebote zu befriedigen. Diese sollen mit Selbstbewusstsein arbeiten können.

Die Kommunen haben deutlich unter Beweis gestellt: Die Energiewende auf der lokalen Ebene ist machbar.

Energiewende nur mit und in den Städten

Die Kommunen haben deutlich unter Beweis gestellt: Die Energiewende auf der lokalen Ebene ist machbar. Die Städte haben ganz überwiegend planerisch, konzeptionell und baulich geliefert. Hiervon zeugen zahlreiche kommunale Klimaschutzprogramme, die bereits umgesetzt werden, herausragende energetische Sanierungen im kommunalen Wohnungs-, Bildungs- und Verwaltungsbau und zahlreiche Maßnahmen, Initiativen und neue Vertrags- und Trägerformen zum Energiemanagement. Die Städte fördern bis zur eigenen finanziellen Erschöpfung den ÖPNV, privilegieren e-Mobilität, initiieren Maßnahmen, die Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe zu steigern, reformieren das Beschaffungswesen und befördern sogar eine zweite Blüte des Agenda21-Engagements in der Bürgerschaft. Die eine oder andere erfolgreiche Re-Kommunalisierung von Energieerzeugung und -verteilung rundet das Bild ab.

Das Angebot an kreditfinanzierten Förderprogrammen stellt fraglos einen Trittstein auf dem langen Weg dar, die klimapolitischen Ziele der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Dennoch, ohne einen maßgeblichen *Energietransfer* seitens des Bundes in Form von Zuschüssen wird es nicht gehen. Das klingt ambitioniert, ist aber nicht minder

ambitioniert, als die gesamte Energiewende ohne ein in sich schlüssiges Finanzierungs- und Umsetzungskonzept auf den Weg zu bringen. Die Kommunen haben bereits unter Beweis gestellt, dass sie den Umgang mit Zuschüssen, die in einem beschränkten Zeitraum zur Verfügung stehen, beherrschen und klimapolitisch relevante Ergebnisse liefern können. Das kommunale Investitionsprogramm des Konjunkturprogramms II des Bundes war eine Erfolgsgeschichte, an die angeknüpft werden muss, wenn die ambitionierten Klimaziele Bestand haben sollen. Die Städte werden alle Energien einsetzen, um die Bundesrepublik Deutschland in die Lage zu versetzen, die klimapolitischen Ziele einzuhalten.

Der Status Quo dafür ist durchaus ermutigend. Die deutschen *green cities* sind in Europa führend: Sie verbrauchen bereits heute im Mittel 20 % weniger Energie als ihre europäischen Nachbarn. Auch bei der Energieeffizienz haben die deutschen Städte die Nase vorn. Nachgearbeitet werden muss jedoch beim Thema Mobilität. Deutsche Städte haben zwar ein besseres Radwegenetz und auch einen dichteren ÖPNV als der europäische Durchschnitt, aber noch fast die Hälfte der Beschäftigten nutzt das eigene Auto für den Arbeitsweg. Unschlagbar sind die deutschen Städte jedoch wiederum beim niedrigen Wasserverbrauch und beim Müllsortieren – hier liegt die Quote dreimal höher als im europäischen Vergleich.

Ohne einen maßgeblichen Energietransfer seitens des Bundes in Form von Zuschüssen wird es nicht gehen.

Wo liegen für die deutschen Städte nun klimapolitisch die größten Herausforderungen? Am problematischsten sind die CO₂-Emissionen, die im europäischen Vergleich am höchsten sind. Dies liegt an dem immer noch zu geringen Anteil an erneuerbaren Energien; die Kommunen leisten hierzu bereits einen erheblichen Beitrag mit ihren kommunalen Unternehmen, Energie- und Klimakonzepten, ein Umstand, der zu weiteren Anstrengungen bei der Re-Kommunalisierung ermutigt.



Am problematischsten sind die CO₂-Emissionen, die im europäischen Vergleich am höchsten sind.

Wohnen für alle Einkommensgruppen

Ein deutliches Mehr an *Energiezufluss* in die Städte erfordert die soziale Wohnraumförderung: In vielen Städten werden Wohnungen nach Jahren der Stagnation wieder knapp und teuer. Insbesondere in den Großstädten steigen die Mieten. 2011 betrug der Preisanstieg im Vergleich zum Vorjahr in vielen prosperierenden Städten 5 bis 10 Prozent. 2012 ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. In den fünf teuersten Städten liegen die durchschnittlich verlangten Mieten für freien Wohnraum je Quadratmeter aktuell bei 9 bis 12 Euro. Dieser Wert ist nur der gesamtstädtischen Betrachtung geschuldet; die innerstädtischen Lagen sind deutlich teurer. Die steigenden Mieten bringen vor allem Geringverdiener und einkommensschwache Familien in Schwierigkeiten. Haushalte mit niedrigem Einkommen haben zunehmend Probleme, sich mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Deshalb muss das Angebot an bezahlbaren Wohnungen verbessert werden.

Die Situation ist auch deshalb schwierig, weil der Bestand an Sozialwohnungen seit 2002 um rund ein Drittel zurückgegangen ist. Der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtbestand beträgt aktuell nur noch etwas mehr als 7 %. Gleichzeitig wächst die Anzahl der Anspruchsberechtigten. In einigen Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages wären nach ihrem Einkommen bis zu 50 Prozent der Haushalte zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigt.

Die Städte haben alle Register gezogen: Baulandbereitstellung, Nachverdichtung, sozialgerechte Bodennutzung, städtebauliche Verträge, Wohnungsbindung über Sanierungsmaßnahmen, Unterstützung von Genossenschaften und punktuell auch hohen Einsatz, um das Portfolio preiswerter Wohnungen im kommunalen Eigentum über den Erwerb von Wohnungen von Bund und Ländern zu mehren, die unverändert einem mehr als zweifelhaften Primat der Ertragsmaximierung folgen.

Es bleibt das Ziel der Städte, das Wohnen für einkommensschwache Haushalte erschwinglich zu halten – trotz steigender Mieten und eines sinkenden Sozialwohnungsbestandes. Die Kommunen sind jedoch nur mit Hilfe finanziell angemessen ausgestatteter Wohnraumförderprogramme der Länder und hinreichender Ausgleichsmittel des Bundes in der Lage, das Wohnen bezahlbar zu halten. Die Wohnraumförderprogramme sind umso wichtiger, weil neben dem Wohnungsneubau auch erhebliche Investitionen in den Wohnungsbestand nötig sind. Maßgeblich sind hier die energetische Sanierung der Gebäude, der altengerechte Umbau des Wohnungsbestandes und die gewünschte Durchmischung von Wohnvierteln mit unterschiedlichen Einkommensgruppen.

Für die Wohnraumförderung erhalten die Länder nach der Föderalismusreform 2006 Kompensationszahlungen des Bundes als Ausgleich für den Rückzug des Bundes aus der Finanzierungsverantwortung für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Die Zahlungen sind noch bis 2013 zweckgebunden. Der Deutsche Städtetag hält es mit Blick auf die aktuelle Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt aber für zwingend erforderlich, die Kompensationszahlungen über das Jahr 2013 hinaus auf dem bisherigen Niveau fortzuführen und die Mittel auch in Zukunft zweckgebun-

den einzusetzen. Bei den Kompensationszahlungen des Bundes geht es um 518 Millionen Euro – das Äquivalent von ca. 20 Autobahnkilometern. Diese Mittel stellen zumindest bis zum Jahr 2019 zusammen mit den Aufstockungsmitteln der Länder den wichtigsten Hebel dar, neuralgische Bereiche im Wohnungsbau gezielt zu fördern. Das ist ein Input an *Energie* des Bundes und der Länder, der sich ganz unmittelbar auf den Anspruch nach angemessenem Wohnraum zu angemessenen Preisen in allen Städten auswirkt.

Haushalte mit niedrigem Einkommen finden kaum noch angemessenen Wohnraum. Das Angebot an bezahlbaren Wohnungen muss verbessert werden.



Prof. Julian Wékel

Dipl. Ing. Stadtplaner, Professor für Entwerfen und Regionalentwicklung Technische Universität Darmstadt

Mobilisierung regionaler Energien

Es ist allgemeiner Konsens, dass die aktuellen Herausforderungen nachhaltiger städtischer Entwicklung – von Klimawandel über Energiewende bis zu sozialer Integration und den Umbrüchen in Wirtschaft und Demografie – nur mit breiten Bündnissen gesellschaftlicher Akteurskonstellationen gemeistert werden können.

Weniger im Focus steht dabei eine Differenzierung des räumlichen Bezugsrahmens, in dem die städtischen und gesellschaftlichen Energien optimal zur Wirkung gelangen könnten.

Die politische wie zivilgesellschaftliche Handlungsebene von Quartier und Nachbarschaft mag sich gegenüber der Gesamtstadt durch die erfolgreichen Programme der Sozialen Stadt und des Stadtumbaues etabliert haben.

Die systematische Erweiterung der traditionellen kommunalen Arena auf den metropolitanen Raum und damit auf übergemeindliche Kooperationen und auf bürgerschaftliche Aktionen jenseits administrativer Gliederungen bleibt demgegenüber weiterhin eine in ihrem Potential unterschätzte Option.

Ich plädiere für eine Übertragung urbaner Energien auf metropolitane Räume.

Dabei müsste offensichtlich sein, dass unter dem Postulat der Schaffung kleinräumiger funktionaler Zusammenhänge schon die Distanz zwischen den Standorten der Produktion erneuerbarer Energien – egal ob Wind- oder Solarenergie – und den räumlichen Schwerpunkten ihres Konsums nur durch gemeinsames Handeln der Nachbargemeinden zu überbrücken sein wird.

Gleiches lässt sich anhand der Relevanz des regionalen Rahmens für Effekte veränderten Mobilitätsverhaltens



aufzeigen – von den steigender Pendlerzahlen bis zur politisch-planerischen Einflussnahme auf Standortentwicklungen adressatenferner Großeinrichtungen der Distribution. Daher mein Plädoyer für eine Übertragung städtischer Energien auf metropolitane Räume.

Dabei mag das vielerorts neu erwachte Interesse der städtischen Gesellschaft an regionaler Identität, das sich in der Regel über kulturelle wie landschaftliche Qualitäten jenseits des heimatgemeindlichen Horizontes vermittelt, hilfreich sein, um einer in kommunaler Begrenzung verharrenden Politik neue Perspektiven gemeinsamen Handelns zu eröffnen. Um den oben erwähnten planungsstrategischen Ansatz nochmals aufzugreifen: Wie die teilräumlichen Strategien und Projekte der Sozialen Stadt und des Stadtumbaues die Einordnung in integrierte gesamtstädtische Entwicklungsplanungen brauchen, wird die Mobilisierung urbaner Energien nur dann nachhaltige Wirkungen entfalten, wenn sie auch im regionalen Maßstab als Chance für neu zu gestaltende Zusammenhänge begriffen wird.

Urbane Energien auf Regionen zu übertragen mag für das vielerorts neu erwachte Interesse der städtischen Gesellschaft an regionaler Identität hilfreich sein.

Prof. Peter Zlonicky

Dipl. Ing. Stadtplaner und Architekt, em. Professor der TU Dortmund, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung München

Neue Energien in Zeiten des Umbruchs

Die Energiewende lokal zu gestalten ist die größte Herausforderung für die Städte – seit dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg, seit *Kaputte Stadt retten!* in den 1980er Jahren und seit der Wiedervereinigung.

Die Produktion und Verteilung regenerativer Energien wird unsere Städte und Landschaften stärker verändern als es die Bilder erwarten lassen, die wir bisher im Kopf hatten. Der Eingriff in freie Landschaftsräume, der Umbau des Bestandes in den Städten stößt schon heute an die Grenzen kultureller Akzeptanz. Der technische Umbau der Infrastrukturen wird weniger sichtbar als wirksam sein: Überall in unserem Alltag werden die *Smart Infrastructures*, die neuen intelligenten Netze, unser Leben beeinflussen. Neue Formen der Mobilität werden unser Verhalten verändern, intelligente Angebote werden die Schnittstellen von Individual- und öffentlichem Verkehr vervielfachen.

Die Energiewende erfordert ein radikales Umdenken auf allen Ebenen. Und sie kostet Geld. Mit den begrenzten öffentlichen Budgets allein sind Klimawandel und Energiewende nicht zu bewältigen. Die Handlungsspielräume der Kommunen sind schon jetzt extrem eng. Die steigenden Kosten für Energie und Umbau werden die privaten Haushalte unterschiedlich belasten – wobei die einkommensschwachen Schichten immer am stärksten betroffen sind. Die Diskussion um eine gerechte Verteilung der öffentlichen Mittel und der Kosten gewinnt an Schärfe.

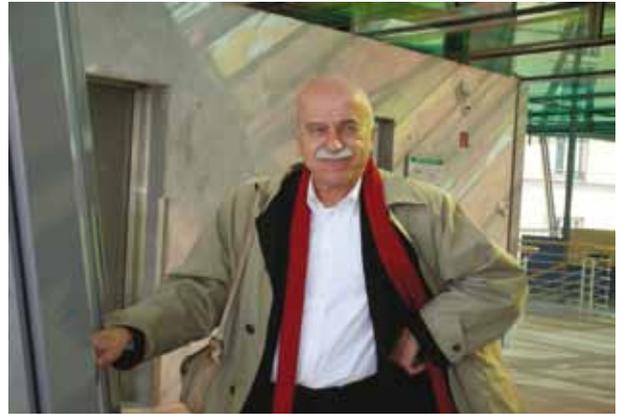
Die Energiewende erfordert ein radikales Umdenken auf allen Ebenen.

Auf der Suche nach Orientierungen

Akteure wie Betroffenen, allen, die Verantwortung übernehmen und sich dazu orientieren wollen – bereitwillig oder notgedrungen – stellt sich eine Vielzahl neuer, drängender Fragen:

Wie können wir andere Formen von Energie mobilisieren? Welche Rolle fällt den lokalen Akteuren bei der Energiewende zu? Wie lässt sich eine gute Zusammenarbeit von Wirtschaft und Stadt fördern?

Was muss geschehen, damit die Kreativität junger Menschen Energie erzeugt? Wie schafft man attraktive urbane Milieus für Jugendliche? Welche Voraussetzungen brauchen ältere Stadtbewohner, damit sie ihre Erfahrungen in lokale Energien umsetzen?



Welche Städte ermöglichen neben der funktionalen auch eine soziale Mischung? Wie erreichen Städte ein gutes Miteinander unterschiedlicher ethnischer Kulturen? Welche Städte sichern ihren sozialen Wohnungsbau im Bestand und entwickeln ihn auch weiter?

Was vermag die Gentrifizierung von Stadtteilen auf Kosten älterer Bewohner und Handwerksbetriebe einzugrenzen? Kann es bei der Energiewende gerecht zugehen, wenn Entwicklungen nicht im Zusammenhang mit der Sozialen Stadt geplant werden?

Wenn es noch keinen Regelfall guter Praxis gibt, geben kann – welche Experimentierfelder der Stadtentwicklung ermöglichen es den Städten, *voneinander zu lernen*?

Experimentelle Stadtentwicklung

In Deutschland gibt es eine Tradition experimenteller Stadtentwicklung. Meist boten Krisen, die sich im Raum einer Stadt ausbildeten, Anlässe zum Experiment. Welche regionalen Strategien, welche städtebaulichen Projekte leisten einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme?

Exemplarisch im Ruhrgebiet: Von der Internationalen Bauausstellung EmscherPark ausgehend sind Erfahrungen mit der Krisenbewältigung – so unabgeschlossen und immer neu herausfordernd sie auch sind – fest im Selbstverständnis der Region verankert. *Grabe wo du stehst* hieß ein Aufruf zur historischen Selbstvergewisserung der Region und zur kulturellen Mobilisierung ihrer Bewohner. *Energie statt Kohle* lautete die Botschaft zum Umbau der alten Montanregion. Die industrielle Wüstung wurde mit dem Motto *Das haben nur wir!* zur Europäischen Kulturhauptstadt.

Die Diskussion um eine gerechte Verteilung der öffentlichen Mittel und der Kosten gewinnt an Schärfe.

Heute wird das Modell der *IBA* auf die *REGIONALEN* übertragen, die über alle kommunalen und regionalen Grenzen hinweg Kooperationen in Gang setzen. Sie realisieren Projekte lokal, die eine ganze Region mobilisieren können – zum Beispiel mit der Umwandlung einer Großdeponie im Bergischen zu einem Zentrum für Rohstoffe und Energie.

Experimentierfelder der Stadtentwicklung haben Energien mobilisiert, die weit über bisherige Erwartungen hinausweisen.

Oder in Hamburg, das mit seiner Internationalen Bauausstellung 2013 neue Maßstäbe setzt. Im lange vernachlässigten Raum der Elbinsel werden zentrale Fragen der Stadtentwicklung angepackt, die über die Stadt Hamburg hinausweisen: Umbau der technischen Infrastrukturen; Integration einer bunten Stadtgesellschaft über neue Wohnformen, neue Arbeitsplätze und eine offene multikulturelle Schule. Diese urbanen Energien und die regenerativen Energieproduktionen über Sonne und Geothermie lassen erwarten, dass in Wilhelmsburg 2013 das wichtigste Experimentierfeld bundesrepublikanischer Stadtentwicklung zu besichtigen sein wird.

Experimentierfelder der Stadtentwicklung haben Energien weit über bisherige Erwartungen hinaus mobilisiert. Sie zeigen beispielhaft, wie auch die lokale Energiewende zu gestalten ist: nicht mehr von einzelnen Disziplinen, sondern nur mehr von einer integrierenden Stadtentwicklungspolitik lassen sich die notwendigen Ziele erreichen.

Kultivierung von Verfahren

Urbane Energien werden zu einem unverzichtbaren Bestandteil der lokalen Energiewende. Es geht darum, die Energiewende und die Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihren Zusammenhängen neu zu denken, in Kooperationen neue Energien freizusetzen. Kultur- und Kreativwirtschaft können neue Freiräume schaffen. Kirchen können sich als zivilgesellschaftliche Akteure in sozialen, kulturellen und ökologischen Netzwerken der Stadtentwicklung engagieren, wie zum Beispiel mit *Kirche findet Stadt*. Hochschulen können Verantwortung für ihren Standort übernehmen. Ressortübergreifende kommunale Planung kann mit offenen Verfahren lokales Engagement mobilisieren.

Aber kein Experiment der Stadtentwicklung kann Erfolg haben ohne intellektuelle Freiheit, ohne vom bisher Gängigen abzuweichen. Das bedeutet, dass der Umbau der Städte in Zeiten der Energiewende erheblich mehr Planung als gewohnt verlangt – mehr Kreativität, bessere Qualitäten der Verfahren, mehr Bildung von Vertrauen und Mitbestimmung.

Städte sind Lernorte. Nur im Dialog wird es möglich sein, gesellschaftliche Herausforderungen in Politik und Planung gerecht auszuhandeln und umzusetzen. Dies gilt auch für die Mobilisierung urbaner Energien. Im Prozess des Umgangs mit Krisen muss auf allen Seiten und Ebenen gelernt werden. Dabei ist nicht unwichtig, was die Städte tun, aber viel wichtiger noch, wie sie es tun.

Der Umbau der Städte in Zeiten der Energiewende verlangt erheblich mehr Planung, mehr Kreativität, bessere Verfahrensqualitäten, mehr Mitbestimmung, mehr Bildung von Vertrauen.

Martin zur Nedden

Dipl. Ing. Architekt und Stadtplaner, Bürgermeister der Stadt Leipzig und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau, im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Leipziger Strategien

Es ist unglaublich, was sich hier in der Stadt in zwanzig Jahren entwickelt hat! Und welche Energien dazu beigetragen haben, dass die Stadt auf einmal ein Vorbild für die Entwicklung von anderen großen Städten ist. Was sind Ihrer Einschätzung nach die wichtigsten urbanen Stärken, die Leipzig bewegen, und was hat zum Erfolg beigetragen?

Leipzig ist wirklich ein Paradebeispiel für die Qualitäten der europäischen Stadt. Es ist eine kompakte Stadt; bei über 500 000 Einwohnern eine Stadt der kurzen Wege. Wir haben nach wie vor eine gute Durchmischung, sowohl in den Sozialstrukturen als auch in den Funktionen.

Wir haben – und da sind wir bei den urbanen Energien in ihrer doppelten Bedeutung – sehr engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich in vielfältiger Weise einbringen. Ihre Beteiligung hat in Leipzig Tradition, nach der friedlichen Revolution von Niels Gormsen und Engelbert Lütke Daldrup wieder aufgenommen. Wir setzen sie in veränderten Formen fort.

Hätten wir nicht Leute in dieser Stadt, die auch mal sagen: 'ich mach das jetzt, ich probiere das jetzt!' – bis hin zur Selbstausbeutung – wären wir noch lange nicht so weit.

Angesichts der Leipziger Baustrukturen stehen wir aber auch weiter vor Herausforderungen – und da wäre ich dann bei der zweiten Bedeutung der urbanen Energien: wir müssen die für die Stadt bestimmenden Bestände im Hinblick auf die Klimawende weiter entwickeln. Das kann nur in einer ganzheitlichen Betrachtungsweise geschehen. Für wesentliche Teile von Leipzig ist es angesichts der wertvollen Bausubstanz völlig undenkbar, objektbezogen irgendwelche Dämmungen an die Wände zu klatschen und damit Energieeinsparziele zu verfolgen. Um zukunftsfähig zu werden brauchen wir für die Stadt, für das Quartier integrierte Ansätze.

Wie setzen Sie das konkret um, wenn Sie quartiersbezogen und nicht nur gebäudebezogen arbeiten wollen?

Da sind wir noch ziemlich am Anfang. Wir haben uns jetzt zwei Pilotgebiete vorgenommen, Schönefeld und einen Bereich in Grünau, wo wir sämtliche Wohnungsmarktakteure am Tisch haben. Die haben sich mit den Stadtwerken

Wenn wir nicht viele Leute in der Stadt hätten, die auch mal sagen, ich mach das jetzt, ich probiere das jetzt, bis hin zur Selbstausbeutung, dann wären wir noch lange nicht so weit.



zu einer gemeinsamen Aktion zusammengetan. Wir entwickeln zusammen ein Konzept, um auf Quartiersebene zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Da jetzt die Fördersituation bei der energetischen Sanierung relativ günstig ist, haben wir sie schnell genutzt.

Wir müssen unsere Bestände im Hinblick auf den Klimawandel weiterentwickeln. Das kann angesichts der sehr bedeutenden Altbausubstanz nur ganzheitlich erfolgen.

Mit Leipzig verbinden wir in seiner jüngeren Geschichte Aufbruch, Wendezeit, bürgerschaftliches Engagement. Die Leipziger Demonstrationen haben die Wende eingeleitet. Das war Mobilisierung durch bürgerschaftliches Engagement – wie gehen Sie heute mit diesen urbanen Energien um?

Wichtig ist, dass man Entwicklungsimpulse immer wieder neu anstößt, das war schon immer so in Leipzig. Im Moment beobachten wir hier manchmal die Tendenz: Was wir jetzt haben, das haben wir, da ändern wir noch ein bisschen was, und dann war' s das. Das ist aber der falsche Weg. Es geht um stetige behutsame Entwicklung; Kontinuität in der Stadtentwicklung ist für mich ein ganz zentrales Moment. Aber es muss auch eine wirkliche Weiterentwicklung sein.

Das versuchen wir deutlich zu machen mit Projekten wie dem neuen Quartier am Lindenauer Hafen. Da wird aber schon gefragt, warum wir hier investieren, obwohl die Schulen dringlich saniert werden müssten. Darauf antworten wir, dass die Schulsanierung zweifellos eine zentrale Aufgabe ist, aber dass wir auch dafür sorgen müssen, dass langfristig noch Schüler da sind, die diese Schulen besuchen. Dazu brauche ich solche Projekte. Ich muss immer prüfen, wie ich die Stadt an sich verändernde Rahmenbedingungen anpasse und die Entwicklungsdynamik erhalte.

Sie fördern neue Formen von Mobilität und verbinden das mit einem Beteiligungsprozess – das ist neu. Wie setzen Sie diesen Prozess in Gang? Und wie entwickeln Sie ein Bewusstsein für einen anderen Umgang mit dem Verkehr?

Bürgerbeteiligung hat in Leipzig schon immer eine große Rolle gespielt. Die von Bürgern organisierte Volksbaukonferenz 1990 war ein zentrales Datum. Der noch immer gültige Stadtentwicklungsplan Verkehr-Öffentlicher Raum ist in Bürgerbeteiligung entstanden. Heute müssen wir aber neue Formen entwickeln, um das Wissen der Bürger einzubeziehen und eine stärkere Transparenz für Entscheidungen zu erreichen. Da betreten wir mit dem nun laufenden Prozess auch teilweise Neuland.

Wir machen zum Beispiel einen Bürgerwettbewerb. Wer immer Ideen hat, wie er sich in seinem Quartier bestimmte Entwicklungen im Verkehrsbereich vorstellt, ist eingeladen. Die Ideen sollen von einer Jury ausgewertet werden, die dann empfehlen wird, welche dieser Vorschläge weiter verfolgt werden sollen. Parallel dazu gibt es einen Runden Tisch Verkehr, den Erhart Pfothenhauer moderiert. Er soll keine Beschlüsse fassen, aber die Themen diskutieren. Wir wollen – immer begleitet vom Runden Tisch – eine Reihe von Gutachten zu einzelnen Themenschwerpunkten erstellen. All das wollen wir dann mit der Bürgerschaft diskutieren und 2014 in einen neuen Stadtentwicklungsplan münden lassen.

Diese intensiven Formen der Beteiligung sind lohnend, wengleich man damit nicht alle Konflikte bewältigen kann. Wir versuchen der Politik immer deutlich zu machen, dass sie – wenn auch auf anderer Grundlage – nach

wie vor Entscheidungen treffen muss, die manchmal nicht einfach sind.

Mobilität wird 2014 ein integrierter Bestandteil des Stadtentwicklungsplans?

Wir haben zwölf Themen im Stadtentwicklungsplan, Verkehr ist eines der zentralen Themen.

Bürgerbeteiligung bindet. Hindert sie auch?

Sie nimmt Zeit in Anspruch. Ein Bürgermeister hat mir aber vor vielen Jahren einmal gesagt: Im Vorfeld einer Entscheidung hat man immer keine Zeit, aber wenn dann eine Bürgerinitiative kommt, hat man auf einmal ganz viel Zeit. Da ist natürlich was dran. Unsere Entscheidungen werden heute häufiger hinterfragt. Man muss für Transparenz sorgen und erklären, warum. Denn Entscheidungen können durchaus auch mal gegen eine Bürgerinitiative sein. Manchmal müssen sie das sogar. Man kann dann aber deutlich machen, dass man Hinweise und Kritik ernst nimmt, sich intensiv damit auseinandersetzt, aus bestimmten Gründen aber trotzdem zu einer anderen Entscheidung kommt. Von solcher Offenheit erhoffe ich mir, dass wir zu einer anderen Diskussionskultur finden.

Das Problem ist, dass unsere Rahmenbedingungen immer schwieriger werden. Es kommen immer neue Entwicklungen auf uns zu, die wir nicht beeinflussen können. Die Materie wird immer komplexer und ist selbst unter Fachleuten manchmal kaum noch zu durchschauen. Das den Bürgern begreiflich zu machen ist eine zusätzliche Herausforderung.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, von den Gewerbetreibenden bis hin zu großen Unternehmen?

Der Kontakt mit den Wirtschaftsträgern ist für die Stadt von zentraler Bedeutung. Aufgrund der Folgen der wirtschaftlichen Strukturbrüche Anfang der 1990er Jahre müssen wir wieder tragfähige Strukturen aufbauen. Das versuchen wir auch im Rahmen des Stadtumbaus zu unterstützen.

Angefangen hat das mit dem Urban II - Prozess, wo wir gezielt Wirtschaftsförderung in einem breiten Spektrum betrieben haben, um ansässige Unternehmen zu stärken und kleinere Betriebe, aber auch neue Initiativen zu unterstützen. Das hat damals ungefähr 1000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen.

Wir nehmen das Thema sehr ernst, weil Stadtentwicklung ohne Wirtschaftsentwicklung nicht funktioniert. Auch da müssen wir für Transparenz sorgen und erklären, warum wir bestimmte Dinge tun; weshalb wir etwa ein Einzelhandelskonzept erlassen, das steuert auch im Interesse von Investoren, aber manchmal bei einem Investor den Eindruck erweckt, gegängelt zu werden. Wir versuchen deutlich zu machen, dass es einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung letztendlich dient, wenn wir ein Konzept aufstellen



und dadurch auch aufzeigen, wo die Stadt hin will und wo sie sich Einzelhandel vorstellt.

Das ist wohl besonders schwierig in einer Stadt, die eine so harte Konkurrenz mit großen, nicht integrierten Zentren im Umland hat. Wie wirkt sich das in der Innenstadt aus? Kann der Einzelhandel sich im Zentrum halten?

Die Innenstadt hat sich in den letzten zwanzig Jahren positiv entwickelt, auch wenn wir gegenüber vergleichbaren westdeutschen Städten immer noch Defizite haben. Unsere Kaufkraftbindung liegt knapp über hundert, was für ein Oberzentrum nicht befriedigend ist. Ich sehe mit großer Sorge, dass in großem Maßstab neue Outlet Center entstehen, die fast ausschließlich Textilien anbieten, das sind Schlüsselsortimente für unsere Innenstadt. Wenn die Innenstadt geschwächt wird, tut uns das weh.

Die Materie wird immer komplexer und ist selbst unter Fachleuten manchmal kaum noch zu durchschauen. Das den Bürgern begreiflich zu machen ist eine echte Herausforderung.

Angesichts dieser Gefährdung verstehe ich nicht, dass die Landes- und Regionalplanung nicht stärker eingreift, weil das nicht nur Leipzig, sondern die Region insgesamt schädigt.

Regional ist in die Stärkung der Innenstädte eine millionenhohe Förderung geflossen, die obsolet zu werden droht.

Wir tun vieles, um die Innenstadt attraktiv zu machen und vieles gelingt uns auch. Gerade bei den Passagen, die ein besonderes Merkmal von Leipzig sind, versucht insbesondere mein Dezernat Qualitäten zu sichern und bewusst zu machen.

Mit der Eröffnung des City-Tunnels werden wir die Erreichbarkeit der Leipziger Innenstadt aus der Region erheblich verbessern. Aber bei allen Erfolgen – die Leipziger Innenstadt ist von ihrer Einkaufsatmosphäre ziemlich unvergleichlich – müssen wir noch weiter daran arbeiten, dass sie an Bedeutung gewinnt.

Zu den anderen Energien, die Stadt bewegen: Wofür steht die Stadt? Für uns als Besucher steht Leipzig vor allem für Kultur und Kunst, die wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Stadt wieder so attraktiv geworden ist. Beide Bereiche haben am ehesten mit Kürzungen zu rechnen. Wie schätzen Sie die Perspektive ein, Kultur als Movers, als Energie für die Entwicklung der Stadt zu nutzen?

Unser Haushalt hat den zweithöchsten Pro-Kopf-Betrag für Kultur der Bundesrepublik, was ihren hohen Stellenwert zeigt. Da sind einmal die großen Einrichtungen, allen voran das Gewandhaus, die Oper: Das Gewandhausorchester und der Thomanerchor, der in diesem Jahr sein 800jähriges

Jubiläum feiert, sind ganz wichtige Botschafter für Leipzig. Der Rat hat vor kurzem beschlossen, dass auch für die Basiskultur fünf Prozent der Kulturausgaben in den Haushalt einzustellen sind.

Noch ein anderer Bereich ist uns wichtig: Dass die berühmten Kreativen bei unserer Stadtentwicklung mittun – nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern als aktiv Mitwirkende, die neue Ideen einbringen.

Das kann auch Konflikte bringen. Wir diskutieren auch in Leipzig, ob die Kreativen Gentrifizierung auslösen. Natürlich wollen wir vermeiden, dass Verdrängungsprozesse überhand nehmen. Wir versuchen in solchen Bereichen mit Hilfe neuer Formen des Hauserwerbs und niederschwelliger Sanierung dafür zu sorgen, dass auch einkommensschwächere Bewohner langfristig bleiben können.

Plagwitz war mal Europas größte Baumwollspinnerei. Mitte der 1990er Jahre abgewickelt, hat sie brachgelegen bis sich Anfang dieses Jahrtausends ein Investor gefunden hat, der das Areal mit Augenmaß entwickelt. Heute findet man da Galerien und Ateliers namhafter Künstler wie Neo Rauch, aber auch anderer, die diesen Bekanntheitsgrad noch nicht haben. Plagwitz war ein erster Impuls. Als ich 2006 nach Leipzig kam, war die Karl-Heine-Straße noch ziemlich tot. Inzwischen hat sie sich gut entwickelt, auch die links und rechts davon gelegenen Bereiche, wobei die Kreativwirtschaft in ihrer ganzen Bandbreite und Vielfalt eine zentrale Rolle spielt.



Auch im Leipziger Osten entfalten sich zunehmend gute Aktivitäten. Auch hier ist auf längere Sicht ein Verdrängungsprozess nicht auszuschließen. Wir müssen uns frühzeitig damit auseinandersetzen wie wir dem entgegenwirken können.

Beim Kreativbereich handelt es sich ja im Übrigen um keine homogene Gruppe, sondern um ganz unterschiedliche Leute. Als Einzelhändler, Galerist, Künstler will ich am Markt auch was verkaufen. Dazu brauche ich Kunden mit dem entsprechenden Einkommen. Aber es gibt auch andere Gruppen mit niedrigerem Einkommen, die Aktivitäten entfalten, aber die Sorge haben, dass sie, nachdem sie ein paar Jahre Bahnbrecher waren, letztendlich die Verlierer sind.

Muss man das nicht differenziert sehen? Arrivierte Künstler sind zum Beispiel mobiler als ältere Handwerker, die ihren festen Kundenkreis haben. Und Bewohner mit geringem Einkommen?

Wir müssen neue Formen der Beteiligung entwickeln, um die Bürger in den Erarbeitungsprozess einzubinden und eine stärkere Transparenz für Entscheidungen zu erreichen.

Das ist so. Wir müssen auch soziale Integration gewährleisten. Ältere mit geringem Einkommen dürfen nicht vertrieben, Entmischung muss vermieden werden. Dabei spielt der demografische Wandel eine wichtige Rolle, der höhere Anteil älterer Mitbürger mit unterschiedlichen Einkommen und Wohnbedürfnissen.

Nutzen Sie dafür neue Instrumente?



Wir haben unter anderem in unserem Arbeitskreis der Wohnungsmarkttakteure ein Positionspapier *Altersgerechtes Wohnen* entwickelt mit einer Liste von Maßnahmen, die wir verabredet und mit Unterschriften besiegelt haben.

Das Positionspapier ist aus meiner Sicht eine neue Herangehensweise. Daran war der Seniorenbeirat beteiligt und wir beteiligen auch weiterhin die Bevölkerung. Dieses Instrument eröffnet uns auch bei der Quartiersentwicklung neue Möglichkeiten. Auch in der Innenstadt gibt es inzwischen altersgerechtes Wohnen.

Ich würde gern beim Thema der sozialen Integration bleiben. Wie steht es mit den Ausländern? Ein erheblicher Anteil an vietnamesischen Bewohnern hat sich in der DDR-Tradition assimiliert und hier ein Eigenleben entwickelt, Initiativen gebildet und investiert. Wie sieht die Bereitschaft aus, damit positiv umzugehen und diese Gruppe wirklich als einen Teil der Stadt zu akzeptieren?

Da wir – verglichen mit westdeutschen Städten – lang einen sehr geringen Ausländeranteil von etwa 8% haben, ist das in den meisten Quartieren kein Thema; eher im Leipziger Osten mit seiner relativen Konzentration von etwa 30%. Die Vietnamesen sind nach meiner Einschätzung weitgehend akzeptiert.

Insbesondere im Leipziger Osten haben wir unter Zuhilfenahme von EU-Projekten Integrationsprojekte gestartet. Die müssen weiter laufen und sind ein wichtiges Thema im Rahmen unserer Stadtumbau-Strategien vor Ort.

Gibt es außer dem Einzelhandel keine anderen Impulse der Ausländer für die Quartiers- und Stadtentwicklung? Im Ruhrgebiet leben ganze Stadtteile von ihren Investitionen.

Wir stellen gerade im Leipziger Osten in Ansätzen schon fest, dass Migranten zunehmend Häuser kaufen und sanieren. Das ist eine positive Entwicklung, aber es hat nicht die Bedeutung wie im Westen.

Zum Thema Hochschulen: Leipzig steht auch für die Wissenschaften. Studenten sind ein wesentlicher Teil dessen, was eine Stadt bewegt und sich in ihren Kulturszenen abbildet. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Stadt? Bilden sich da Energien, die die Stadt befördern?

Schon allein der räumliche Vorteil, dass die Universität mitten in der Stadt liegt, befördert vieles. Rund 40 000 Studenten – 8% der Bevölkerung – sind ein ganz wichtiger Faktor für eine lebendige Innenstadt.

Regional ist in die Stärkung der Innenstädte eine Millionen hohe Förderung geflossen, die jetzt durch kontraproduktive Investitionen in der Peripherie obsolet zu werden droht.

Wir legen sehr großen Wert auf die Kooperation mit der Universität und den anderen Ausbildungsstätten. Beim Oberbürgermeister wurde ein Referat für Wissenschaftskontakte eingerichtet. Es gibt gemeinsame Sitzungen der Spitze der Universität mit der Verwaltungsspitze. Für die Weiterentwicklung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts hatten wir eine Stadtwerkstatt organisiert, sämtliche Ausbildungsstätten an einen Tisch geholt und mit ihnen diskutiert, wie wir gemeinsame Initiativen starten können. Das wird jetzt Stück für Stück umgesetzt. Auch die Wirtschaftsförderung pflegt da intensive Kontakte. Der medizinische und biologische Bereich an der Leipziger Universität ist beispielsweise stark und wir geben uns viel Mühe, gute Startbedingungen für Ausgründungen von Universitätsabsolventen und Mitarbeitern zum Beispiel auf der alten Messe zu schaffen.

Die berühmten Kreativen sind Akteure unserer Stadtentwicklung, nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern auch als Mitwirkende, die immer neue Ideen einbringen.

Wir haben außerdem die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, mit der wir als Baudezernat Kontakte pflegen und uns mit den Studenten und Professoren austauschen. Das ist ein zentraler Faktor sowohl im Hinblick auf die Stadtentwicklung als auch auf die Wirtschaftsentwicklung. Bedeutsam ist natürlich auch die Hochschule für Grafik und Buchkunst.

Kontakte zu den Ausbildungsstätten kann es gar nicht genug geben, weil wir diejenigen, die ihr Studium abschließen, behalten wollen, damit sie das, was sie bei uns gelernt haben, auch hier anwenden, eine Beschäftigung finden oder selbst Startups gründen. Gerade in den Stadtumbauquartieren versuchen wir, Startups zu fördern.

Leipzig steht für Messe. Aber wie wirkt sich die Entwicklung der Messe jetzt auf die Stadt aus? Es gibt in den Messeaktivitäten immer wieder Verschiebungen, Abwanderungen, aber auch Zugewinne. Inwieweit ist die Messe eine wichtige Energie für die Entwicklung der Stadt?

Sie ist natürlich im Hinblick auf Kongresse und Ausstellungen und als Botschafter sehr wichtig. Man muss aber auch nüchtern sehen, dass der Konkurrenzkampf gnadenlos ist. Das mussten wir mit der Computermesse leidvoll erfahren, die uns die Kölner abgeworben haben, nachdem sie bei uns erfolgreich erwachsen geworden war.

Aber insgesamt ist die Messe von zentraler Bedeutung für Leipzig. Wir haben ihre Möglichkeiten jetzt erweitert und die Kongresshalle am Zoo saniert, um zusätzlich einen innerstädtischen Standort für bestimmte Veranstaltungen anbieten zu können. Es ist eine stete Herausforderung, an die bedeutsamen Zeiten von früher anzuknüpfen.

Die Leipzig in der Nachkriegsentwicklung nicht zuletzt durch Hannover abhanden gekommen sind...

Das wird bei der Soli-Diskussion immer ausgeblendet: dass westdeutsche Städte über lange Jahre davon profitiert haben, dass ostdeutsche Städte hinter dem eisernen Vorhang lagen.

Welche Themen liegen Ihnen für die weitere Stadtentwicklung am meisten am Herzen?

Eine wichtige Daueraufgabe ist es, unsere Stadtumbauquartiere kontinuierlich weiter zu entwickeln; bei der Bestandsentwicklung im Hinblick auf die Energiewende heißt das Umsteuerung von Energie, gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Kultur. Ein wichtiger Bereich, den wir noch nicht angesprochen haben, ist die Baukultur, die in einer Stadt wie Leipzig von zentraler Bedeutung ist. Wie überall sind wir mal mehr, mal weniger erfolgreich.

Was sind zurzeit ihre spannendsten Projekte? Welche Projekte können in Partnerschaft mit Leipziger Institutionen und Bürgern neue Energien für die Stadtentwicklung mobilisieren?

Es ist schwierig, an die großen Zeiten der Messe anzuknüpfen. Sie zieht beispielsweise Kongresse in der Stadt. Aber der Konkurrenzkampf ist gnadenlos.

Ich halte das Projekt *Stadtentwicklungsplan Verkehr und öffentlicher Raum* für sehr wichtig, weil es eine Riesenchance für uns ist, nachhaltige Mobilität zu entwickeln und jetzt auch wieder neue Entwicklungen anzustoßen. Der Lindener Hafen ist ein zentrales Projekt, weil er der Stadtentwicklung ganz neue Chancen bietet.





Das Projekt Bayerischer Bahnhof bietet neben anderen Chancen hinsichtlich der Freiraumentwicklung eine Möglichkeit, die Innenstadt mit dem südlichen Erholungsraum zu vernetzen und den Südosten und Süden von Leipzig zu einem Gesamtstadtraum zu verbinden.

Leipzig hat eine besondere Faszination. Die Stadt ist in ihrer Kompaktheit ein Gesamtwerk, das seinesgleichen sucht. Da sind so viele Potenziale, vom Objektentwurf bis hin zur integrierten Stadtentwicklung. Die Rahmenbedingungen sind nicht immer einfach. Aber die Chancen sind erheblich. Die wollen und müssen wir nutzen.

Herr zur Nedden, wir wünschen Ihnen und Ihrer Stadt weiterhin so gute Erfolge!

Die Entwicklung der Quartiere und die Festigung ihrer sozialen Integrationskraft sind mir so wichtig wie die Kooperation von Politik, Wirtschaft und Kultur bei der Umsteuerung der Energie.



2

Infrastruktur und Mobilität

Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Inkubatoren gesellschaftlicher Energie

Was sind für Sie die wichtigsten Energien, die Städte angesichts der neuen Herausforderungen bewegen? Mit welchen Partnerschaften lassen notwendige Veränderungen sich besser als im klassischen Alleingang bewerkstelligen?

Der entscheidende Faktor beim Thema *Urbane Energien* ist für mich die Bürgerschaft und die politische Ebene mit ihrer perspektivischen Sicht auf die Zukunft, ihrem Engagement sowie der resultierenden Innovationskraft. Die wird neuerdings durch eine relativ große Breite von Veränderungsoptionen und Veränderungszwängen angestoßen: zum einen liegen diese im Demografischen – was bedeutet die Alterung und die teilweise starke Abnahme der Bevölkerung für die Stadtentwicklung? – und zum anderen in der Energiewende. Was folgt daraus für die Städte und ihre Bewohner?

Die Städte stehen zunehmend vor neuen Herausforderungen, die gleichzeitig ein hohes Veränderungspotenzial beinhalten. Die Raumstrukturen und die Infrastrukturen müssen neu gedacht, energetische und infrastrukturelle Anforderungen mit dem städtebaulichen Bereich zusammengeführt werden. Die daraus sich ergebenden Veränderungszwänge lösen aber auch Potenziale und Kräfte zur Veränderung aus.

Auf dem Feld der urbanen Energien dilettieren jetzt viele. Ich nenne diesen Sachverhalt bewusst beim Namen, weil vor allem große Unternehmen – egal ob Automobilbranche oder Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologien – merken, dass da ein beträchtlicher Markt entsteht. Sie verstehen Stadt aber nur sehr eingeschränkt, allenfalls technisch, aber nicht räumlich, nicht baulich und überhaupt nicht sozial. Unternehmen verstehen Städte teilweise noch nicht einmal umfassend ökonomisch, sondern sehen sie ausschließlich durch ihre sektorale Brille. An diesem Punkt kommt viel Dynamik ins Spiel. Siemens beispielsweise betreibt nicht ohne Grund eine ganze Abteilung, die sich mit Smart Cities befasst und auch das Guggenheim-BMW-Lab beruht auf der Einschätzung, dass den Städten große Veränderungen bevorstehen.

Neben Demographie, Energie und Klima möchte ich noch eine weitere Facette mit erheblicher Aktivierungskraft hinzufügen, nämlich das bürgerschaftliche Engagement. Wie wollen Bürger nach Stuttgart 21 beteiligt werden? Auch Bürgerstiftungen engagieren sich zunehmend intensiver und verkörpern eine neue Qualität.

Zur Modernisierung der Infrastrukturen: was ist da zu leisten?

Es ist erforderlich, dass wir unsere Infrastruktursysteme



im Prinzip völlig neu denken. Die vorhandenen Systeme folgen einer sehr zentralen Logik. Am besten kann man das bei der Wasserversorgung, bei der Entwässerung und bei der Energie sehen. Auch beim Verkehr ist es nicht viel anders.

Bei der Wasserversorgung gibt es die großen Brunnenanlagen, die das Wasser in die Breite verteilen. Bei der Entwässerung fließt alles in die eine oder zwei Hauptkläranlagen. Bei der Energie haben wir die großen Erzeuger-Kraftwerke, vielleicht, wenn es modernere sind, sogar mit Kraft-Wärme-Koppelung, aber überwiegend zentral. Wir müssen die Systeme in Zukunft mehr dezentral oder semizentral denken und fragen, was das einzelne Gebäude tun kann, um Energie zu gewinnen, und um aus einem Energie-Verbraucher ein *neutrales* Energie-Element zu machen oder sogar zu einem Energie-Produzenten?

Auf dem Feld der urbanen Energien dilettieren jetzt viele. Große Unternehmen merken, dass da ein beträchtlicher Markt entsteht. Sie verstehen Stadt allenfalls technisch, aber nicht räumlich, nicht baulich und überhaupt nicht sozial.

Wenn Sie in Berlin ein energieproduzierendes Haus wollen mit einem Elektromobil als Zwischenspeicher vor der Tür, dann müssen Sie, egal wie isoliert es liegt, eine völlig neue Vernetzungsqualität mitdenken.

Die Vernetzung wird sowohl die bauliche Struktur der Städte als auch ihre Organisationsstrukturen stark beeinflussen. Nicht ohne Grund ziehen die kommunalen Versorgungsunternehmen inzwischen wieder eine ganz andere Aufmerksamkeit auf sich: Was für Vorteile, was für Nachteile hat es, diese Unternehmen zu rekommunalisieren? Soll man, was privatisiert worden ist, zurückholen? Die Wende hat viele Facetten.

Wichtig scheint mir die Verbindung mit den sozialen Bedingungen: Wie finden die Bürger Zugang zu den neuen Energien? Wie schaffen wir die Balance der Kosten von Energieproduktion und Energieeinsparung mit dem, was sich ein einzelner Bürger in Kreuzberg oder Neukölln leisten kann?

Das ist ein ganz wesentlicher Prüfungsaspekt: mit welchen Nebenwirkungen die Konzepte verbunden sind. Ich kann vieles technisch lösen, ich kann vieles auch mit relativ viel Geld lösen. Aber wenn ich damit Bevölkerungsgruppen von der Teilhabe ausschließe, dann wird das zu einem großen Problem in Städten wie auch auf dem Land.

Wir müssen die Systeme in Zukunft mehr dezentral oder semizentral denken und fragen, was das einzelne Gebäude tun kann, um Energie zu gewinnen.

Betroffen sind ja häufig die ärmeren Bevölkerungsgruppen in den ohnehin benachteiligten Quartieren. Das ist ein zentraler Punkt und deshalb müssen wir die neuen Akteure darauf hinführen, dass die Stadt ein lebendiger Organismus ist und kein Einzelunternehmen. Vor allem ist die Stadt ein sozialer Organismus. Wenn zum Beispiel auf der Nationalen Plattform Elektromobilität über Fahrzeugkosten diskutiert wird, die schon für das einfachste Fahrzeug bei 30-40.000 Euro liegen, dann kann sich das bis auf irgendwelche finanziell gut ausgestattete Überzeugungstäter vielleicht noch eine Firma leisten, aber nicht der Normalbürger. Und dann stellt sich die Frage: Wie gestalten wir unser Verkehrssystem energieeffizient, klimaschonend, aber auch sozialverträglich um?



Damit wären wir bei einem Ihrer fachlichen Schwerpunkte, den Verkehrsverhältnissen. Welche Energien sind jetzt freizusetzen, um eine neue Qualität von Mobilität zu entwickeln?

Wir haben erste Befunde, dass sich da etwas ändert. Wir sehen das an der Wertschätzung von jungen Menschen für individuelle Kraftfahrzeuge, die zwar immer noch sehr hoch ist, aber gegenüber anderen Statussymbolen eher an Bedeutung verliert. Die daraus folgende geringere Motorisierung führt dazu, dass Menschen Mobilität sehr viel multimodaler denken und leben, d.h. in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Verkehrsmittel nutzen und für bestimmte Aufgaben also den schieneengebundenen Verkehr nutzen, andere Aufgaben bewältigt man zu Fuß oder mittels nicht motorisierter Zweiräder. Auch gemeinschaftliche Nutzungsformen wie *Car Sharing* oder *Car 2 go* werden inzwischen angenommen. Das spielt übrigens auch mit den Informations- und Kommunikationstechniken zusammen. In Ulm zum Beispiel kann ich jetzt mit meinem Handy losmarschieren und detektieren, wo der nächste freie Smart steht, den ich dann nutze und irgendwo wieder stehenlasse. Die Gebühren werden automatisch abgebucht. Das sind ganz andere Mobilitätsformen, die einen Umbruch im Verkehrsverhalten und im Verkehrssystem herbeiführen werden.

Stadträumlich muss man dann auch sehen, wie man möglichst viele verschiedene Schnittstellen von öffentlichem Nahverkehr und individuellen Angeboten schafft.

Wenn ich von Mobilität rede, zeige ich gern ein Bild aus der Friedrichstraße: Oben fährt die S-Bahn, auf der Straße die Straßenbahn, der Pkw-Verkehr und es sind auch Fahrradfahrer und Fußgänger unterwegs. Nicht zu sehen sind die U-Bahn unter der Straße und die Leihfahrradstände. Das ist so ein richtiger Mobilitätsknoten. An peripheren Standorten wäre es nützlich, Umstieg-Möglichkeiten etwa von elektrisch angetriebenen Kraftfahrzeugen zu Verkehrsmitteln des ÖPNV anzubieten.

Die Veränderungszwänge lösen aber auch Potenziale und Kräfte zur Veränderung aus.

Was in der Friedrichstraße im großen Maßstab gilt, wollen Sie kleinmaßstäblich auf einzelne Quartiere übertragen?

Es gibt jetzt dazu viele verschiedene Initiativen und Ideen. Wir machen hier beim Schaufenster Berlin zur Gestaltung der Elektromobilität in einem Projekt mit, das eigentlich völlig anders motiviert ist. Der Möckern-Kiez ist eigentlich ein Wohnungsbauprojekt einer Genossenschaft. Diese sieht den Wohnungsbau aber als integrierte Leistung, das heißt, sie will auch Mobilitäts-Dienstleistungen mit gemeinschaftlich nutzbaren Fahrzeugen anbieten, in diesem Fall mit Elektrofahrzeugen. Diese Angebote gehen noch weiter bis hin zu Dienstleistungen für ältere Bewohner. Es gibt Wohnungsbaugesellschaften, die Wohnungen mit integriertem Service für die Bewohner anbieten: Pflegedienste, Essensversorgung und dergleichen mehr.

Wenn heute überlange Laster auf der Autobahn zugelassen werden sollen, frage ich mich: wird der Güterverkehr je nachhaltig gestaltet werden können?

Manchmal treiben Vorgaben und Einschränkungen sogar effiziente verträgliche Entwicklungen an. Wenn beispielsweise Städte für manche Transportvorgänge die Zugänge erschweren – zum Beispiel in Umweltzonen oder bei Tonnage-Begrenzungen – bedeutet das für die Wirtschaft, dass sie dringend über andere Logistik-Systeme nachdenken muss, um ihre Güter bis zum einzelnen Nutzer zu transportieren. Hier ist vielleicht der Einsatz von Klein-Lkw mit Elektro- oder Hybrid-Antrieb eine Lösung.

Was ja stark steigende Tendenzen hat.

Wir haben da eine durchaus widersprüchliche Entwicklung. So haben wir eine sehr starke Individualisierung in jedem Nachfragebereich, eben auch im Güterbereich nach dem Motto: Ich setze mich abends an den Laptop, bestelle, was ich brauche und erwarte, dass es binnen 24 Stunden bei mir ist. Dabei entstehen ganz erhebliche Ströme, die organisiert werden müssen, zum Beispiel mit kleineren Fahrzeugen, die Waren von Güterverkehrs- oder Verteilzentren in der Stadt verteilen. Da gibt es aber auch Vorreiter-Unternehmen, die die großräumige Logistik umstellen und mehr mit der Schiene transportieren. Das sind Dinge, die durch Energieeinsparung, Klimaschutz, Lärmschutz, unzureichende Kapazitäten der Straßen angestoßen werden und zu veränderten Produktions- und Arbeitsformen sowie innovativen Logistiksystemen führen.

Was wären neue Partnerschaften, die in den Städten mehr bewegen könnten? Ich denke an Wirtschaft, Einzelhandel. Müssten bestehende Verhältnisse geändert oder neu bewertet werden?

Welche Aktivitäten startet die Wirtschaft? Die arbeitet durchaus mit Betriebsformen, die auf der einen Seite einen effizienten Energieeinsatz ermöglichen, auf der anderen Seite aber auch im Verbund z. B. mit benachbarten Wohnnutzungen vorgehen: Wie stelle ich meine überschüssige Energie für die Nachbarschaft bereit und gehe Kooperationsmodelle ein? Das Denken auch in Kaskaden wird – bei der Energie wie beim Wasser – die Infrastruktur stärker prägen. Da kann man sehr viel Energie und Ressourcen einsparen und da macht die Wirtschaft mit, weil es klare finanzielle Vorteile bringt. Eine kaskadenförmige Nutzung bedeutet, dass ich zum Beispiel gering verschmutztes, häusliches Abwasser noch für industrielle Zwecke nutze oder die Fließenergie in Kanälen zur Energieerzeugung mit Hilfe von Kleinstturbinen nutze.

Wie beim Recycling von Plastik.

Genau, bei der gesamten Abfallkaskade ist es das Gleiche. Sie können sich in der Stadt auch überlegen, dass Sie Energie in den Kanälen haben. Überall, wo Wasser abfließt, ist Bewegungsenergie. Es gibt erste Versuche, über Kanäle kleine Turbinen zu betreiben, die Strom erzeugen. Da ist ein

Erzeugungspotenzial drin, auch Wärme können Sie da noch herausziehen. Im Wasser ist ein hohes Wärmepotential. Die Industrie und die Wirtschaft sind durchaus daran interessiert, diese Dinge anders und besser zu machen.

Wie sehen Sie die Chancen, durch neue Kooperationen mehr urbane Energien zu mobilisieren?

Für Kooperationen gibt es derzeit ein offenes Zeitfenster, d.h. es passiert sehr viel und kann sehr viel passieren. Ich fürchte nur, dass nicht überall rechtzeitig erkannt wird, dass es sich eben um ein Zeitfenster handelt, das sich auch wieder schließen wird.

Die veränderten Rahmenbedingungen zwingen dazu, dass auch das, was bisher in den Ministerien häufig sektoral behandelt wurde, künftig zwischen den Ministerien, aber auch innerhalb der Ministerien ressortübergreifend und sektorübergreifend gemeinsam diskutiert wird. Die Betrachtungen über Energie, Energieflüsse, Klima, auch über soziale und wirtschaftliche Entwicklungen zwingen dazu, mehr zusammen zu arbeiten und gemeinsam zu handeln. Auch in den Städten sitzen die verschiedenen Fachdezernenten enger zusammen und wenn sie sich einigermaßen verstehen, ist da auch eine fruchtbare Kooperation über die verschiedenen Fachdezernate möglich. Wenn sie sich nicht verstehen, geht es auch nicht, das sieht man leider allenthalben.

Wie in den Hochschulen...

... das ist was anderes, da sitzen noch viele Duodez-Fürsten. Das sage ich aus voller Überzeugung: Es gibt nichts so Aufwändiges und Schwieriges wie in den Hochschulen die Kollegen zur Kooperation zu führen. Ich war ja nun zehn Jahre



lang in Aachen Professorensprecher der Fakultät für Bauingenieurwesen. Da habe ich gelernt, wie schwierig das ist.

Hochschulen als Kooperationspartner, die in den Städten etwas bewegen: Wie ist da Ihr Eindruck von der Berliner Szene?

Natürlich haben Hochschulen ein großes Potenzial sozialer, wissenschaftlicher und kreativer Energie. Das Verhältnis zwischen Hochschulen und Städten ist aber immer auch ein gespanntes, weil beide unterschiedliche Denk- und Arbeitskulturen haben. Um gemeinsam zu handeln, müssen sie Grenzen überwinden. Aber man muss die unterschiedlichen Kulturen wahrnehmen und nutzen. So hat auch Politik notwendigerweise eine andere Kultur als Verwaltung und Hochschule hat noch einmal eine ganz andere.

Betroffen sind ja häufig die ärmeren Bevölkerungsgruppen in den ohnehin benachteiligten Quartieren. Das ist ein zentraler Punkt.

Das hat auch mit Psychologie zu tun. Man muss es mit den Leuten können, dann geht Zusammenarbeit über die Disziplinen und Abteilungen hinaus ganz gut.

Ja, das ist immer so: im Privaten, im Beruflichen, in der Verwaltung, in der Politik, aber eben auch in den Hochschulen.

Zurück zu urbanen Energien. Wie steht es um die Kultur? Wie sieht es mit Initiativen aus, die sich in den Städten engagieren? Wie lässt sich das Potenzial der Bürger für die Stadtentwicklung nutzen? Was sind die richtigen Koalitionen oder Partnerschaften, um etwas zu bewegen?

Die Stadt ist ein Inkubator für soziale und gesellschaftliche Energie. Bürgerstiftungen beispielweise haben ganz unterschiedliche Ausrichtungen im sozialen und kulturellen Bereich, haben aber hohen Einsatz und hohe Energie. Wenn man das aufnimmt, könnten Stiftungen fruchtbare Beiträge zur Stadtentwicklung erbringen.

Das zivilgesellschaftliche Engagement ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Das ist eine ganz hohe Energie. Wenn wir über städtische Energien reden, geht es vor allem um menschliche Energie, soziale Energie. Davon ist viel

mehr da, als berichtet wird. Gerade in den problematischen Quartieren passiert eine Menge. Immer wieder engagieren sich Einzelne, um die Quartiere voranbringen, etwa Unternehmer, die aus der Ökonomie von Migranten kommen und erkennen, dass das Quartier für sie ein wichtiger Standort sein kann und sie etwas für die Ausbildung von Jugendlichen in diesem Quartier tun können.

Auch junge Menschen, die auf ihrem Bildungsweg bisher vielleicht gescheitert sind, sind ein wichtiges Potential. Aber wie kriegt man die aus der primären Schule in eine weiterführende Schulform und dann in den beruflichen Ausbildungsprozess? Für das Quartier äußerst wichtige Projekte wie das einer Schule mit schlechtem Ruf, der wieder zu einem positiven Image verholfen wurde, werden stark von bürgerschaftlichen Initiativen getragen.

Wie kommt es zum Anwachsen bürgerschaftlichen Engagements? Wie kann man öffentliches Bewusstsein so beeinflussen, dass es in unterschiedlichen Kulturen eine Bereicherung sieht?

Eine wesentliche Voraussetzung ist, dass heute viel mehr Menschen in einem Lebensabschnitt, in dem sie noch viele Aktivitäten entfalten können, viel mehr Zeit haben. Viele scheiden frühzeitig aus dem Erwerbsprozess aus, sie werden heute oft in einem Alter verrentet oder pensioniert, wo sie noch hoch leistungsfähig sind. Da gibt es viele Initiativen, die Menschen begleiten, die in Lebensphasen allein sind, in denen sie Zuwendung brauchen.

Die Vorstellung bürgerschaftlicher Gruppen beim letzten Stadtentwicklungskongress des BMVBS in Kassel war höchst eindrucksvoll, ebenso die Präsentation der Initiativen beim Preis Soziale Stadt der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Es ist wirklich bewundernswert, was da zusammenkommt.

Ja, ich glaube, das öffentliche Belobigen gehört unbedingt dazu; es motiviert wieder neu. Wir machen häufiger solche Wettbewerbsverfahren, zum Beispiel im Gesundheitswesen. Da kommen Leute aus den kleinsten Gemeinden, mit Fotografen und Redakteuren, und alle berichten mit einer hohen Identifikation. Beim Klimaschutz haben wir das auch. Das schafft Identifikation.

Wie steht es da mit Migranten? Mir ist eigentlich keine Aktion bekannt, die das ähnlich sichtbar macht.

Doch, die gibt es auch. Gerade bei der Sozialen Stadt gibt es auch Initiativen von Migranten, aber – da haben Sie Recht – manchmal fehlt der Blick darauf, weil es auch weniger Zugänge, weniger Informationen gibt und einer anderen sozio-kulturellen Prägung unterliegt. Familienstrukturen sind bei unseren migrantischen Mitbürgern noch so eng vernetzt, wie bei uns vor 50, 60 Jahren, wo wir noch nicht so mobil waren und die Familie noch eine große Rolle gespielt hat. So erfolgt das Engagement häufiger im engeren familiären und sozialen Zusammenhang. Der Familienzusammenhalt ist übrigens auch eine starke Energie.



Wie geht man mit alten Migranten um? Was brauchen sie an Dienstleistungen?

Die Fragestellung ist ja nicht neu, wird aber erst ganz allmählich angegangen. Menschen islamischen Glaubens haben zum Teil sehr andere Anforderungen an Einrichtungen wie ein Pflegeheim. Wer betreut? Wie wird betreut? Wie werden sanitäre Einrichtungen ausgestattet? Welche Ernährung wird angeboten? Da können Sie nicht mehr den normalen Eigenheim-Caterer nehmen, der das deutsche Essen fährt und keine Rücksicht auf kulturelle Gepflogenheiten nimmt. Da muss man sich etwas Neues überlegen und das erfolgt auch in ersten Schritten.

Ich habe von einem innovativen Projekt in Ulm gehört. Da werden junge arbeitslose Ausländer ausgebildet, mit alten Migranten umzugehen und sie ihren Sitten entsprechend zu versorgen. Da sind ja zwei Probleme gleichzeitig zu lösen.

Richtig. Warum sollten Migranten mit ihren mikro-ökonomischen Ansätzen nicht selbst eine für sie passendere Versorgung sicherstellen? Das gilt für Handwerker ebenso wie für die Gemüse- und Kolonialwarenhändler oder Pflegedienste. Sie bauen damit ja auch die Jugendarbeitslosigkeit ab.

Von der Praxis zu Ihrer Arbeit: Wie kommen Sie im DIFU zu Innovationen?

Dafür gibt es bei uns einen in gewissem Maße institutionalisierten Prozess, der aber auf der Kreativität vieler Individuen beruht. Erst einmal arbeiten hier insgesamt 120 Menschen, davon mehr als die Hälfte Forscher, die natürlich nicht *blind* durch die Landschaft laufen. Die sind fachlich interessiert und kompetent und nehmen die Verhältnisse in unseren Städten im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, in Umwelt und Infrastruktur und so weiter wahr. Wir haben einen internen Prozess, der immer nach zentralen Themenstellungen fragt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wie auch ich haben zum Beispiel in sehr vielen Gremien des Deutschen Städtetags einen ständigen Erfahrungsaustausch mit städtischen Mitarbeitern und Fachpolitikern. Da bringen wir unsere Fragen ein und finden heraus, welche Themen nur einzelne Städte bewegen und welche für viele relevant sind. Da bietet sich eine zweite Möglichkeit des Austauschs. Wir haben einen Wissenschaftlichen Beirat – den kennen Sie ja von früher. Der ist halb mit Wissenschaftlern und halb mit Praktikern besetzt.

Da können wir unsere Überlegungen breiter diskutieren: Was sind relevante Fragestellungen? Was sind relevante Forschungsthemen? Was sind wichtige Fortbildungsinhalte für die Praxis? Wir machen ja auch Fortbildung. Aus diesem Austausch speisen sich dann Rahmenbedingungen und Anregungen für unser Forschungsprogramm. So entstehen bei uns neue Themen. Deswegen sitzen wir auch in Beratungsgremien der Ministerien, um nämlich Unterstützung für wichtige Fragen anzuregen. Dazu ist das Zusammenwirken von Politik, Verwaltungspraxis auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene und den Forschungseinrichtungen so wichtig.

Und passieren Innovationen dann so, wie bei Künstlern plötzlich die kreative Idee aufkommt?

Vielleicht weniger als bei Künstlern, weil unsere Aufgaben immer umsetzungsbezogen sind und damit die direkte Bindung an die Realität und die Praxis verlangen. Aber wenn ich beispielsweise dezentrale Infrastrukturen und die dazu notwendigerweise veränderten Sichtweisen und Betriebsprinzipien anspreche, geht es um Ideen, die außerhalb der Praxis entstanden sind. Von der Praxis mussten wir uns fragen lassen: *Was sollen wir mit dezentralen Lösungen?* Die Dezentralisierung wirkte da noch eher verstörend. Man ließ das allenfalls von kommunalen Versorgungsunternehmen machen oder man verkaufte einfach alles, was kommunal war, an große Versorger im Energie-, im Wasser- oder im Entwässerungsbereich. Aber das Auftauchen der Frage, ob das eigentlich langfristig tragfähig ist, das war die Innovation! Allein durch diese Frage wurden Veränderungen ausgelöst, die uns heute weiter tragen. Innovative Elemente tauchen immer wieder auf, während wir versuchen, unsere eigenen Themen in völlig offenen Arbeitsprozessen neu zu qualifizieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen dabei auch die Dinge artikulieren und benennen, die ihnen als völlig ungewöhnlich erscheinen. Wenn man sich fachlich-sachlich mit anderen reibt, dann ist das eine gute Voraussetzung für Innovationen.

Was sind zurzeit Ihre wichtigsten innovativen Projekte?

Wichtig sind vor allem die Projekte im Bereich des kommunalen Klimaschutzes, von der strategischen Planung, den Klimaschutzkonzepten der Städte bis hin zur operativen Umsetzung in Quartieren oder in einzelnen Gebäuden. Da beraten wir und vermitteln auf ganz unterschiedlichen Ebenen Wissen. Klimaschutz ist dabei nur die eine, die Bewältigung der Klimafolgen die andere Seite der Medaille. Wir stecken viel Arbeit ins Verwaltungsstrukturelle, denn in dem Maße, wie die Rahmenbedingungen sich ändern, müssen auch die Verwaltungen ihre Arbeitsweisen ändern. Zum Beispiel durch den neuen Service-Gedanken müssen Verwaltungen sich überlegen, wie sie damit umgehen, dass eine alternde Gesellschaft ganz andere Anforderungen stellt als eine junge mobile Gesellschaft. Oder wie ist damit umzugehen, dass Verwaltungen gleichermaßen wie Bürger und Öffentlichkeit heute ganz andere Zugänge zu den Informations- und Kommunikationstechnologien haben?

Was uns auch stark beschäftigt und allmählich auch in die Öffentlichkeit dringt, ist Gesundheit als städtisches Thema. Da geht es zum Beispiel um die *soziale* Ungerechtigkeit in den Expositionen gegenüber Umweltbelastungen. Unsere stark von Immissionen belasteten Quartiere sind meistens auch Quartiere mit sozialen Problemen. Da leben Menschen, die auch im Arbeitsprozess stärkeren Belastungen ausgesetzt sind und ökonomisch meist nicht in die Lage sind, sich in einen ausreichenden Gesundheitservice zu leisten. Wie bringen wir die Gesundheitsvorsorge zufriedenstellend in den sozialräumlichen Zusammenhang, insbesondere in Quartieren mit problematischen Verhältnissen?

Ein anderes Thema ist die Mobilität. Wir erforschen neue Mobilitätsformen wie die gemeinschaftliche Nutzung von Autos, von Fahrrädern, bis zur Organisation der Vermittlung. Wir betreiben eine durch ganz Deutschland reisende Fahrradakademie, die Fortbildung für Städte macht, um den Fahrradverkehr zu fördern. Wir tauschen unsere Erfahrungen international in einem Projekt aus, das vom Bundesverkehrsminister gefördert wird. Inzwischen gelingt bei der Vorbereitung des Nationalen Radverkehrsplans eine Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Wie man mit den städtischen oder kommunalen Unternehmen umgeht, ob die privatisiert bleiben oder rekommunalisiert werden sollen, ist eine rechtliche und eine finanzielle Frage, aber auch eine Steuerungsaufgabe: gerade bei dieser Frage bekommt Energie auch für uns ein starkes Gewicht und zusätzliche Relevanz.

Die Stadt ist ein Inkubator für soziale und gesellschaftliche Energie.

Wichtige Projekte beschäftigen sich bei uns mit der Frage, wie Politikprogramme wie beispielsweise Stadtumbau Ost, Stadtumbau West, Soziale Stadt oder Elektromobilität sich in den Städten auswirken. Wir evaluieren diese Programme, um sie eventuell nachzubessern. Wir fragen daher: Was hat man getan? Wie hat man es getan? Welche Effekte bringen diese Programme mit sich? Wie sind die Prozesse gelaufen? Welche Wirkungen haben sie erzielt? Die Evaluierung von Prozessen hat bei uns in den letzten Jahren größere Bedeutung gewonnen.

Eine große Rolle spielt bei uns auch das Thema Sicherheit in den Städten auf verschiedenen Ebenen: Sicherheit im öffentlichen Raum ebenso wie Sicherheit der Infrastrukturen, alles, was unter dem Begriff *Resilienz* läuft. Über Resilienz hatten wir gerade eine große Seminarveranstaltung. Da saßen alle, die in ihren Städten zusammenwirken müssen, um Probleme gemeinsam zu lösen, an einem Tisch: Mitarbeiter des Ordnungsamts, Stadtplaner, Städtebauer, Infrastrukturplaner, sogar Polizisten.



Man muss sich viel mehr aufeinander einlassen. Von einander lernen. Offenheit ist das Entscheidende für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben.

Gibt es bei der Forschung im DIFU Schnittstellen zur Forschung an den Universitäten?

Ja, wir kooperieren mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bis zu Großforschungs-Einrichtungen. Wir kooperieren sehr intensiv mit der Praxis, insofern arbeiten wir nicht nur interdisziplinär, sondern auch transdisziplinär als anwendungsnahes Forschungsinstitut. Wo uns fachliche Kompetenzen fehlen, ergänzen wir uns und kooperieren. Da müssen wir einfach sehen, dass das zusammenpasst, das gelingt aber immer recht gut.

Wie wirken sich die neuen Anforderungen an Städte – im gesamten Infrastrukturbereich, im Querschnittsdenken, in den Kooperationsformen, in den Beteiligungsformen – auf die Ausbildung an den Universitäten aus? Was wird an neuen Studiengängen gebraucht, damit Leute in den Verwaltungen, den Institutionen, in der Wirtschaft befähigt werden, Dinge zusammenzudenken?

Die Ausbildung ist zunehmend schwieriger geworden. Das Studium mit den sehr anspruchsvollen Master-Curricula, manchmal in sehr ungunstigen Ausdifferenzierungen – das sind Rahmenbedingungen, die Kooperation und Integration zunehmend erschweren. Fachkulturen sind nun einmal unterschiedlich. Das kann man nicht einzelnen Personen vorwerfen. Da sollte man vielmehr wieder mal grundsätzlicher und nachdrücklicher fragen, wie Kooperation und Querschnittsdenken zu fördern und zu erreichen sind.

Das geht auch andere an, ob Wirtschaftsingenieure, deren Fokus Richtung räumlicher Entwicklung geht, oder die Kollegen von der Geographie, die mehr vom Analytischen her kommen, die aber zumindest so weit qualifiziert werden müssen, dass sie verstehen, was die anderen machen, wenn sie ihre kreative Entwürfe umsetzen. Man muss sich da vielmehr aufeinander einlassen.

Ist das interdisziplinäre DIFU ein Modell?

Also intern machen uns natürlich auch interdisziplinäre Verständigungsschwierigkeiten zu schaffen, auch unsere Kulturen sind unterschiedlich. Geografen haben eine andere Kultur als Städtebauer und Stadtplaner. Die Ingenieure, Ökonomen und Juristen haben auch jeweils ihre eigene Kultur, aber in den Projekten arbeiten sie jeden Tag zusammen. Das erfordert ein Von-Einander-Lernen.

Wir arbeiten eigentlich im Alltag fast immer interdisziplinär und vermitteln die notwendigen Strukturen, Arbeitsprozesse und Methoden jeweils den Partnern. An unseren Seminaren ist auch immer eine breite fachliche Palette von Teilnehmern beteiligt, die dicht am Thema dran sind. Erfolge sind nur zu erwarten, wenn alle offen sind. Offenheit ist das Entscheidende für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben in den Städten.

Damit ist das DIFU selbst ein Inkubator städtischer Energie. Herr Beckmann, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Prof. Michael Braum

Dipl. Ing. Architekt und Stadtplaner, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur

Für eine Kultur der Mobilität

Führend bei der Herstellung anspruchsvoll gestalteter Fahrzeuge, vom PKW bis zum ICE, bewegt Deutschland sich beim Entwurf einer zeitgemäßen Mobilität nur im Mittelmaß. Der öffentliche Raum verkommt zu einem Transportband für die Inszenierung des Automobils. Bedingt komfortable und nur durchschnittlich gestaltete Straßenbahnen prägen, auf separaten Trassen geführt und durch Geländer geschützt, das Bild unserer Städte. Fahrradspuren tragen im Verbund mit unseren Schilderwäldern ihr Übriges dazu bei, die Qualitäten unserer Mobilitätsinfrastrukturen empfindlich zu beeinträchtigen. Dabei wäre es ein Leichtes, den Umbruch, in dem sich unsere Mobilität gegenwärtig befindet, als Chance für einen qualitätsvollen Stadtbau zu nutzen.

Um die richtigen Weichen für eine baukulturell anspruchsvolle Mobilität zu stellen, bedarf es Korrekturen in unterschiedlichen Dimensionen:

Kultur: Mobilität erscheint heute als Norm und nicht als eine kulturelle Leistung. Eine Kultur der Mobilität erfordert Rücksichtnahme, soziales Verhalten und Entschleunigung. Am überlegten Austarieren unterschiedlicher Anforderungen wird sich künftig der kulturelle Wert einer urbanen Mobilität messen lassen.

Beteiligung am Prozess nicht nach, sondern vor ersten Entscheidungen.

Systeme: Verkehr muss wieder wahrhaft multi- und intermodal gedacht werden. Das setzt eine priorisierte Förderung der Nahbereichsmobilität durch Verkehrsmittel des Umweltverbundes voraus. Dazu muss der öffentliche Personenverkehr gemeinsam mit dem Fahrradverkehr als Träger einer urbanen Verkehrsinfrastruktur etabliert werden, der spontan und unkompliziert durch Car-Sharing und vergleichbare Angebote ergänzt wird.

Administration: Die Genehmigungspraxis führt gegenwärtig im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen häufig zu vagabundierenden Verantwortlichkeiten. Verkehrsbauwerke und -räume werden nur selten als Beitrag zur Gestaltung der gebauten Umwelt angesehen, man missversteht sie vielmehr als standardisierte Funktionsbauten. Verkehrsbaukultur braucht Persönlichkeiten in öffentlichen Verwaltungen, die ressortübergreifende Genehmigungsstrukturen organisieren.

Finanzierung: Der Verkehr ist in Europa für nahezu 30 % der CO₂-Emissionen verantwortlich, wovon beinahe drei Viertel auf der Straße ausgestoßen werden. Um die Mobilität zu sichern und dabei das Klima zu schützen, muss ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel mit einer grundsätzlichen



Umorientierung der Verkehrspolitik zugunsten der das Klima schonenden Verkehrsträger zusammen gehen.

Programme: Sektoral angelegte Finanzierungsprogramme und haushaltsrechtliche Vorschriften bestimmen heute, wie Verkehrsprojekte am Ende aussehen. Baukultur verlangt demgegenüber jedoch alle Entscheidungen unabdingbar mit dem Willen zur Gestaltqualität zu verbinden. Dabei kommt zukünftig integriert angelegten Regelwerken und Finanzierungsprogrammen eine Schlüsselrolle zu.

Verfahren: Verkehrsprojekte werden im Regelfall im Mindeststandard umgesetzt. Gestalterische Anforderungen spielen eine zu vernachlässigende Rolle. Baukultur darf sich jedoch nicht nur in den herausragenden technischen Bauwerken wie unseren Brücken und Bahnhöfen wiederfinden, sondern auch im Alltäglichen. Dies kann durch die Auslobung interdisziplinärer Wettbewerbe oder entsprechender Gutachterverfahren, auch als Vergabeverfahren vorgeschalteter Instrumente, zur Qualitätssicherung gewährleistet werden.

Konzept: Damit aus Verkehrsinfrastrukturen Räume und Orte mit gestalterischen Qualitäten entstehen, müssen sie im Zuge eines integrierten Entwurfsansatzes jeweils in die ortsspezifische Situation eingepasst werden. Nur durch ein Zusammenwirken mit den angrenzenden Häusern werden Verkehrsräume zu öffentlichen Räumen.

Interdisziplinarität: Der dem demografischen Wandel, Nachhaltigkeitsforderungen der Energiewende und fachlichen Herausforderungen der postfossilen Mobilität geschuldete Strukturwandel erfordert Lösungen, die in einem interaktiven Prozess von entwurfs- und technikorientierten Disziplinen erbracht werden. Als Voraussetzung dafür müssen die Curriculae in den Aus- und Fortbildungsstätten geändert werden, damit Ingenieuren, Architekten und Planern wieder ein interdisziplinäres Entwurfsverständnis vermittelt wird.

Partizipation: Für eine Kultur des Zusammenwirkens von Gesellschaft, Politik und Verwaltung ist es überfällig, die Kluft zwischen dem Souverän, d. h. dem Bürger, der Politik und der Administration wieder zu schließen. Dies bedeutet eine

Stärkung der bürgerschaftlichen Mitverantwortung, einen Partizipationsprozess nicht nach, sondern vor den ersten Entscheidungen.

Eine Kultur der Mobilität erfordert Rücksichtnahme, soziales Verhalten und Entschleunigung.

Hans Jörg Duppré

Landrat des Landkreises Südwestpfalz, Präsident des Deutschen Landkreistages

Klimaschutz fängt im Kopf an

Die Umsetzung der Energiewende vor Ort stellt Städte, Landkreise und Gemeinden, in den Metropolregionen ebenso wie im ländlich geprägten Raum, vor eine neue Zukunftsaufgabe. Hier – wo sonst? – werden entscheidende Weichen gestellt, um die anspruchsvollen klimapolitischen Ziele zu erreichen. Das erfordert die Mobilisierung aller kommunalen Energien.

Klimaschutz fängt im Kopf an. Wir brauchen intelligente Lösungen, um endlich das gewaltige Potenzial an Energieeinsparungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Das Plus-Energie-Haus, das mehr Energie erzeugt als verbraucht, ist keine Utopie, sondern Realität. Noch wichtiger als der Neubaubereich ist die energetische Sanierung des vorhandenen Gebäudebestands. Auch Kläranlagen, deren Stromverbrauch dem eines Stadtteils entsprechen kann, können energieautark betrieben werden. Der Einsatz von LED-Leuchten und ihren Weiterentwicklungen bei der Beleuchtung von Straßen und Tunneln refinanziert sich in relativ kurzen Zeiträumen durch die eingesparten Stromkosten und leistet einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

Zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Stadtentwicklung muss es sein, für kurze Wege zu sorgen.

Auch im Bereich der Mobilität muss umgedacht werden. Zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Stadtentwicklung muss es sein, durch eine ausbalancierte Zuordnung von Wohnbau, Arbeitsstätten und Einrichtungen der privaten und öffentlichen Infrastruktur die zurückzulegenden Wege zu minimieren. Die Umsetzung dieses Ziels stößt im ländlichen Raum an Grenzen. Hier – wie in den Städten – gilt es aber, durch intelligenten Service den öffentlichen Personennahverkehr attraktiv zu machen und zu halten und den Aufbau einer Infrastruktur für die Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsformen voranzutreiben. Obwohl dies die Auswahl der von der Bundesregierung geförderten Pilotprojekte nicht immer widerspiegelt, ist der Einsatz von Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb bereits bei dem jetzt erreichten Entwicklungsstand auch für den ländlichen Raum eine Option und trifft gerade hier auf besonders günstige Voraussetzungen. Im Bayerischen Wald ist die klimaschonende touristische Nut-



zung von vermieteten Elektrofahrzeugen (Autos und Pedelecs) schon heute Realität.

Soll die Energiewende gelingen, müssen die Bürger *mitgenommen* werden. Das setzt zunächst – auf allen Ebenen – eine kohärente Kommunikationsstrategie voraus, deren Lückenhaftigkeit von vielen Akteuren heute beklagt wird. Wer davon überzeugt (worden) ist, dass es zur Nutzung regenerativer Energien und zum sparsamen Umgang mit Energie keine nachhaltige Alternative gibt, wird mehr Verständnis für unvermeidbare Eingriffe in das Stadt- und Landschaftsbild – etwa durch Leitungstrassen – aufbringen.

Überhaupt gilt es, gesellschaftliche Energien für eine nachhaltige Stadtentwicklung fruchtbar zu machen. Das schließt eine Überprüfung der bislang praktizierten Formen der Bürgerbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren ein mit dem Ziel ihrer Ergänzung und Aktualisierung im Zeitalter elektronischer Medien. *Wutbürger*, die sich übergangen und nicht beteiligt fühlen, belasten auch die zur Umsetzung der Energiewende dringend erforderlichen Maßnahmen. Gefragt ist der *Mutbürger*, der sich kreativ und engagiert in die Entscheidungsprozesse einbringt. Nur eine ehrlich gemeinte bürgerschaftliche Partizipation, die mehr ist als ein aus Sicht der Entscheider lästiges Ritual, sichert eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für die zur Verwirklichung der Energiewende erforderlichen Maßnahmen.

Nur eine ehrlich gemeinte bürgerschaftliche Partizipation, die mehr ist als ein ‚lästiges Ritual‘, sichert eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für erforderliche Maßnahmen.

Hans Hermann Junge

Dipl. Ing., Niederlassungsleiter IBM München, Smarter Planet Solution & Development Leader
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Informationen können Verhalten ändern

IBM in München – wie sieht Ihr Geschäftsmodell aus?

Die IBM hat sich kontinuierlich von einem dominant Hardware orientierten Unternehmen in einen Lösungsanbieter transformiert. Das heißt, wir sind mehr und mehr Partner unserer Kunden in der Erfüllung ihrer Geschäftsziele. Dienstleistungen und Business-Lösungen sind der Kern unseres Geschäftes.

Dienstleistungen welcher Art?

Wir sagen *High Value Services*. Das sind Beratungs- und Integrations-Leistungen für sämtliche unserer Industriekunden. Wir helfen ihnen, ihre Geschäftsmodelle zu optimieren und Betriebsmodelle zu erzeugen, die auf den effizienten Einsatz jeglicher Ressourcen zielen, und wir setzen dies auch lösungstechnisch um. Dazu gehören Betriebs-Konzepte in der Informationstechnologie – unter anderem auch Services, die bis hin zum Management von kompletten Prozessketten eingesetzt werden.

Wenn wir die Mobilität der Zukunft, die Energieanforderungen von morgen oder die Verknüpfung von ökologischen Werten und Mobilität diskutieren – dann sind das Themenfelder unserer *Smarter-Planet- und Smarter-Cities-Initiative*. Die Adressierung dieser Felder und deren Umsetzung ist wesentlich von Software und der Integration in bestehende Abläufe abhängig. Die sich daraus ableitenden Aufgaben sind zudem ohne starke Dienstleistungscompetenz nicht zu bewältigen.

Beispielhaft kann man das an einer konkreten Herausforderung festmachen: Ökologisch orientiertes Mobilitäts- und Energiemanagement erfordert die Verknüpfung von Ökologiesensorik mit den Verkehrsleitsystemen und den Energieversorgern. Wenn wir in der Lage sein wollen, ökologisch bedarfsorientiert zu agieren, dann wird es notwendig sein, die Wechselwirkung dieser Systeme zu verstehen und mit den gewonnenen Erkenntnissen zu steuern. Alles, was an Daten aus diesen drei Feldern kommt, muss so intelligent verarbeitet werden, dass daraus Steuerungsmechanismen werden. Kontinuierliches Monitoring von Angebot und Nachfrage, Prognose von Verfügbarkeiten und Erreichung von Grenzwerten sowie die stringente Anwendung von Zielsetzungssystemen werden Erfolgsfaktoren für einen kontinuierlich verbesserten Umgang mit unseren Ressourcen sein. Die vor uns stehende Beförderung der Elektromobilität wird wesentlichen Anteil an der Notwendigkeit haben, die Beziehung von Ökologie, optimierter Mobilität und Energieversorgung zu verstehen und zu managen. Solche komplexen Themen sind sicherlich durch Software zu adressieren. Die Fachkompetenz, diese Aspekte modellhaft zusammenzubringen und zu betreiben ist das, was



unsere Mitarbeiter auszeichnet.

Jeder muss zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit haben, sich mit Energie zu versorgen, aber balanciert im ökologischen und im Verfügbarkeits-Rahmen.

Auf Ihrer Homepage geht es um das Zusammendenken von Stadt und innovativen Technologien, aber Projekte in Deutschland kommen nur zweimal vor. Warum nur in Aachen und Mannheim?

In Deutschland ist das Bewusstsein für ökologische Themen und deren Steuerung im Zusammenhang mit Mobilität und Energie sehr hoch. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern haben wir hier ein gut ausgeprägtes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung und in der politischen Diskussion. Stadt, Land und Bund haben großes Interesse an diesen Themen und stellen auch große Förderungssummen für Innovationsinitiativen zur Verfügung. Bei dieser Art von Projekten ist eine äußerst langfristige Ausrichtung erforderlich. Sie werden in der Regel in Form von Pilotprojekten angegangen. Die Mitarbeit in unterschiedlichsten Initiativen – beispielsweise in Cluster-Initiativen in Baden-Württemberg, Energie-Initiativen auf der Nationalen Plattform Elektromobilität oder auch EU-weite Aktivitäten – sind wichtige Meilensteine für weitere richtungsweisende Projekte.

Unterschiedliche Industriesegmente springen sehr fokussiert auf diese Themen auf; Mobilität zum Beispiel wird momentan sehr stark durch die Automobilindustrie und die Transportindustrie dominiert. Der öffentliche Bereich überlässt dieses Feld weitgehend diesen Anbietern, die insbesondere serviceorientierte Modelle entwickeln und anbieten. Das erfolgt in engem Schulterschluss mit der IT-Industrie. Die Automobilisten arbeiten alle an integrativen Mobilitätssystemen, um die Verbindung zwischen den unterschiedlichsten Mobilitätsmodi sicherzustellen. Letztendlich ist der Wunsch

nach Individualverkehr in optimaler Verknüpfung mit dem Kommunalverkehr und anderen Mobilitätsformen eine Zielsetzung, die der Automobilindustrie das Geschäft sichert und zudem Chancen eröffnet, es auszubauen, und zwar bei gleichzeitiger Beachtung der ökologischen Herausforderungen.

Es geht darum, Zeit, Ressourcen, Energie und Kraftstoffe einzusparen - immense Potenziale, aus finanzieller und ökologischer Sicht.

Wir brauchen gute, vertrauenswürdige Informationen, die wir den Nutzern von Autobahnen und Stadtstraßen zur Verfügung stellen können. Nur so kann frühzeitig eine zuverlässige Reiseplanung erfolgen. Das ist wiederum eine Kompetenz, die wir als IBM einbringen: Wir bauen Optimierungsszenarien für Voraussagen und deren Zuverlässigkeit. Unsere Forscher entwickeln in eigenen Laboren sich ständig verbessernde Algorithmen für Optimierungen, die eine hohe Zuverlässigkeit erreichen und Vertrauen erzeugen.

Zum Beispiel?

Wir haben für die bayerische Staatsregierung ein Pilotprojekt am Ring der Autobahnen um München gemacht. Wir prognostizieren, wie sich der Verkehr entwickeln wird – in einer halben Stunde, in einer Stunde, in zwei Stunden. Danach schauen wir uns an, ob und wie unsere Prognose mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmt – sie war im Halbstundenzyklus zu 95 Prozent richtig! Interessanter ist aber, dass die Prognose für den Zweistunden-Intervall immer noch bei einer Quote von 85 Prozent lag; daraus folgt, dass ich zwei Stunden, bevor ich in mein Auto steige, weiß, wie sich der Verkehr an ganz bestimmten Orten entwickeln wird. Und damit kann ich meine Reiseplanung gezielt ausrichten.

Es geht um die Möglichkeit, Zeit einzusparen, Ressourcen einzusparen, Energie und Kraftstoffe einzusparen. Es ergeben sich also immense Potenziale, nicht nur aus finanzieller, sondern auch aus ökologischer Sicht. Gute vertrauenswürdige Informationen können Verhalten ändern!

Wie sieht es mit den Verknüpfungen von öffentlichem Nahverkehr und anderen Verkehren aus?

Sie sprechen einen elementaren Punkt an. Die Zusammenarbeit mit Mobilitätsanbietern jeglicher Ausprägung ist sehr wichtig. Es ist auch eine zentrale Herausforderung für die Stadtplanung und für den Stadtbetrieb. Um das Themenfeld gesamtheitlich bearbeiten zu können, werden Kooperations-szenarien entstehen, die unterschiedliche Kompetenzen und Lösungsexpertise zusammenbringen. Jedes Unternehmen, das sich mit Herausforderungen der Zukunft auseinandersetzt, muss sich darüber im Klaren sein. Die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Dienst, Infrastrukturanbietern, Softwareanbietern, Stadtbetrieben und mittelständischen Unternehmen wird ganz wesentlich den Erfolg von Projekten bestimmen. Es ist und wird immer mehr ein kollaboratives Miteinander sein, welches die Komplexität insgesamt größer macht. Gleichzei-

tig ist diese Entwicklung jedoch unerlässlich. Wir machen in verschiedenen Projekten auch unsere Erfahrungen damit, und zwar überwiegend gute.

Die Kommunen haben kein Geld. Wenn Sie forschen und entwickeln, brauchen Sie Geld. Gibt es mehr Geld in Public Private Partnerships?

Wir sehen, dass Public Private Partnerships ein gutes Mittel sind, Effizienzen im Ökosystem Stadt zu erzeugen. Es braucht innovative Köpfe in unseren Städten, die dieses erkennen und persönlich treiben. Im übertragenen Sinne müsste der CEO der Stadt, der Oberbürgermeister, diese Thematik aktiv mit allen Stakeholdern nach vorne treiben. Es gibt einige gute Beispiele, wo abseits vom Straßen- und Autobahnbau schon Diskussionen zu Verwaltungsthemen und Steuerungsthemen aktiv gestartet sind. Die Langfristigkeit solcher Vorhaben erfordert auch eine verbesserte Förderung, um im Konsens die Einsparungspotenziale auch wirklich zur Realisierung zu bringen.

Das ist eine wichtige Schnittstelle. Welche Herausforderungen sehen Sie für die Städte?

Wir unterscheiden hier zwei Themenbereiche. Zum einen: Wie gehe ich mit der bestehenden Infrastruktur um? Zum anderen: Wie gehe ich mit neu zu planenden Stadtteilen um? Wie versorge ich diese Infrastruktur mit der Technologie, um die zu erhebenden Daten auch verarbeiten zu können. Diese Fragestellungen betreffen den Bereich der Sensorik, die Anwendung von Kommunikationstechnologie, die Zusammenfassung in Leitzentralen und die effiziente Umsetzung von Daten zu Informationen.

Informationen können Verhalten ändern!

Ich mache das gerne am Beispiel der intelligenten Laterne fest. Eine Laterne, so wie sie heute existiert, ist relativ dumm. Sie spendet Licht. Manche Laternen sind schon so ausgerüstet, dass man sie mit einem Handy an- und ausschalten kann. Man kann sie immer häufiger finden. Sie sparen Energie, indem sie nur dann zum Leuchten gebracht werden, wenn sie tatsächlich gebraucht werden. Denken wir dies weiter, dann könnte in einer Laterne auch Sensorik eingebaut sein, die eine intelligente Parkraumüberwachung bietet: Wo sind Parkplätze frei? Wie kann ich den Fahrer eines Fahrzeuges, der einen Parkplatz sucht, darauf hinweisen, wo ein Parkplatz frei ist? Es könnten auch Sensoren integriert sein, die Feinstaub oder über Triangulartät die Geschwindigkeit und den Fluss des Verkehrs messen. Laternen könnten sogar ganze Stadtteile mit Wireless-Technologie versorgen, um breitbandig den Zugang zum Internet zu gewährleisten.

Im Blick zehn Jahre nach vorn ergibt sich die Frage der Versorgung der Elektromobilität. Der Laternenpfahl kann der Ankerpunkt für die Versorgung sein, um Energie an die Fahrzeuge zu bringen. Ich denke jetzt nicht an eine Energie, die man über einen Stecker in das Fahrzeug holt, sondern über induktive Versorgung. Fahrzeugerkennung und Positionierung –

in dem Moment, in dem ein Elektromobil über eine Induktionsschleife fährt, wird es erkannt, meldet sich an, Abrechnungssysteme werden entsprechend initialisiert und der Fahrer bekommt, wenn er eine halbe Stunde gestanden und dabei drei Kilowatt getankt hat, eine Rechnung über 57 Cent.

Wir denken heute noch zu viel in Beton und Asphalt.

Die Modernisierung der bestehenden Infrastruktur könnte den Städten insofern sparen helfen, als sie keine neuen umfangreichen Systeme aufbauen müssten.

Ja, die Modernisierung kann im Einklang damit passieren, da die Leuchtkörper der Laternen ohnehin regelmäßig ausgetauscht werden müssen. Wie kann man aber Informationen und Daten, die mit der Modernisierung kommen, zielgerichtet für Steuerung nutzen?

Wir denken heute noch zu viel in Beton und Asphalt. Wir wissen aber sehr genau – da komme ich gern auf die Mobilität zurück – dass die Art und Weise, wie wir uns in Zukunft fortbewegen, andere Methoden braucht, um zu steuern. Ich kann nicht einfach davon ausgehen, dass Energie in Zukunft im Überfluss verfügbar sein wird.

Bei den regenerativen Energien ist das Problem der nicht gesicherte überregionale Transport. Alles, was Sie an intelligenten Ideen zur Steuerung beschreiben, findet vor Ort statt. Mit welchen Energien kann man in Zukunft lokal arbeiten?

Ich glaube, ein großer Teil der Versorgung, nicht nur die der Elektromobilität, wird über dezentrale Systeme erfolgen.

Gibt es in einem nächsten Schritt schon die Verbindung zu Plus-Energiehäusern und -Quartieren, um die so produzierte Energie auch für Mobilität nutzen zu können?

Da kommen wir zu Szenarien der Vorausssehbarkeit. Wie ist Energie verfügbar? Wann ist sie verfügbar? Kann ich mich darauf verlassen? Ob das nun Energie ist, die aus Windkraft- oder Photovoltaik-Anlagen kommt, ist noch vollkommen unbestimmt. Wenn man jedoch – wie bei der Verkehrsprognose – in der Lage ist, mit 95 Prozent Sicherheit zu sagen, welches Energieaufkommen in einer bestimmten Zeit benötigt wird, kann man sehr viel genauer steuern, welche zusätzlichen Ressourcen in das Netz eingespeist werden müssen oder abgeschaltet werden können.

Die Steuerung dezentraler Versorgung wird eine große Rolle spielen. Als großes Industrieunternehmen energieautark zu sein erfordert auch die Optimierung in relativ kleinen Energieeinheiten, d. h. hier kommt die Granularität einem Microgrid gleich und die Umsetzung in Form von *Smarten Gebäuden* wäre bereits einer dieser Optimierungsschritte. Nehmen wir eine Reihe größerer Industriekomplexe oder öffentlicher Gebäude – das kann eine Messe sein, ein Flughafen oder ein großer Bahnhof – und betrachten diese als eigenständige Systeme, ich bezeichne sie einmal als Microgrids. An diesen

Microgrids kann man dann versuchen, den Energiehaushalt zu managen. Welche Energieressource kaufe ich ein, um mein Blockheizkraftwerk zu versorgen? Wie viel Photovoltaik ist dabei? Habe ich eigene Windkraftträder? Ein weiterer wesentlicher Punkt ist das Management der Energienutzung. Wann braucht man welche Energieeinheiten? Wann nutze ich und wann speise ich ein?

Leistet das Ihr Mannheim-Modell?

Im Mannheimer Modell kommt genau das zur Anwendung. Wir machen auch in unserer Niederlassung den Versuch: Es gibt keine stationären PCs mehr. Die Mitarbeiter haben alle Laptops und unterhalten sich mit 430 000 Menschen, die weltweit für uns arbeiten. Wir haben Apps geschrieben, die unseren Mitarbeitern während der Nutzung ihrer PCs Hinweise geben, wie man sich verbrauchsoptimiert verhalten kann. *Muss der PC momentan laufen? oder Kannst Du ihn nicht zuklappen? oder Muss der Bildschirm in diesem Raum betriebsbereit sein oder kann er abgeschaltet werden?* Das heißt: Wie verhält man sich selbst als Agent für Verbrauchsoptimierung?

Ein Themenfeld für uns: Wie bediene ich den demografischen Wandel? Ich sehe das an meinen Kindern, die mit ihren Smartphones umgehen, als ob sie nie etwas anders gelernt hätten. Unsere Kinder sind die *digital natives*. Wenn ich die demografische Treppe nach oben gehe, sind die Menschen mittleren Alters digital immigrants; sie sind in der Lage, selektiv für sich Informationen aufzunehmen und weiter zu verarbeiten. Aber dann gibt es noch die *digital illiterates*.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Veränderungen nur über den Preis passieren.

Wie können wir den Prozess der Beteiligung aller besser befördern? Für alle, die sich in der Kommunikationstechnologie auskennen, kann man Beteiligungssysteme etablieren. Die große Herausforderung ist eine frühzeitige Beteiligung der Menschen an den Themen der Zukunft. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Veränderungen, die wir erwarten, nur über den Preis entschieden werden. Da müssen wir schon klüger sein. Sind unsere Häuser ordentlich isoliert? Wann kann ich die Heizung abschalten, wann nicht? Muss ich mit dem eigenen Fahrzeug fahren? Wie viel kosten mich hundert Kilometer mit anderen Verkehrsmitteln? Wo ist der nächste Arzt, wer versorgt mich, wie bekomme ich schnellstmöglich Hilfe?

Wie müssten Städte sich verändern, wie müsste das Bewusstsein der Stadt- und Bundespolitik sich verändern, damit es annimmt, was in Zukunft notwendig ist?

Ich halte eine Stabsfunktion in den Verwaltungen für notwendig, die direkt unter dem Oberbürgermeister agiert und sich mit Innovationsmanagement beschäftigt: Wie sieht die Innovation für diese Stadt aus? In Karlsruhe hat sich die erste Bürgermeisterin die Zukunft auf ihre persönliche Agenda geschrieben. Sie versteht sich als *Change Agent* der Stadt und sagt: Wir haben innovative Kräfte, Industrie, Wissenschaft, eine Messe, wir sind politisch gut positioniert und eine

anerkannte Stadt. Karlsruhe hat Beispiele gesetzt, wie man Player und Management in den Prozess der Stadtentwicklung eingliedern kann. Es gibt einen Innovationskreis und einen Steuerkreis, die sich aus allen möglichen Perspektiven mit Zukunftsfragen beschäftigen. In diesen Gremien wird großer Wert auf die Stadtentwicklung der Zukunft gelegt – ob Verkehrssysteme, Gesundheitssysteme der Zukunft, Pflegeeinrichtungen, Kindergärten und so weiter. So wird das, was eine Stadt braucht, relativ frühzeitig in die politische Diskussion eingeführt. Dabei passen die verschiedensten Bereiche in das Smarter-Konzept: Services für alte Menschen, verfügbare und optimierte Planung von Kindergartenplätzen, triviale Dinge, für die man die Informationstechnologie zur Optimierung nutzen kann.

Es wäre gut, wenn es im Bund ein ministerienübergreifendes Innovationsmanagement gäbe.

So ein Denken ist in der öffentlichen Verwaltung schwierig, weil sie sektoral gegliedert ist und Querschnittsaufgaben zu wenig wahrgenommen werden.

Das sehe ich auf lokaler Ebene ebenso wie auf Bundesebene. Wenn es darum geht, Programme und Projekte des BMVBS mit den anderen Ressorts der Bundesregierung zu koordinieren, bleibt es schwierig, Umwelt, Forschung, Energie, Soziales und Wirtschaft einzubeziehen. Was erwarten Sie vom Bund?

Das BMVBS macht gute Arbeit, indem es überhaupt Fragen stellt und Diskussionen über Stadtentwicklung, Verkehr, Systeme der Zukunft anreißt. Wenn ich über Toll-Collect oder Citymaut-Systeme nachdenke, müssen diese Fragen mit den Kollegen für Umwelt, Bildung und Forschung verdrahtet sein; das müssen konzertierte Aktionen sein, die von den beteiligten Ministerien als Fortschrittspfade behandelt werden. Im Grunde geht es um Innovationsmanagement, also die Integration vieler verschiedener Funktionen, wofür ich ein Teilnehmungsmanagement brauche: Was empfinden wir als wichtig für unser Land?

Natürlich wäre es sehr gut, wenn es auch im Bund so etwas wie ein Innovationsmanagement gäbe, das Ministerien-übergreifend bündelt. Ich habe manchmal das Gefühl, dass wir da so ein bisschen Kompetenzrängeleien haben: Wer ist wofür zuständig? Wer macht welche Fördermaßnahme? Unter welchem Schirm läuft das? Wer steckt sich am Ende die Nadel ans Revers?

Das Memorandum zu den urbanen Energien ist eine gute Sache, aber wir müssen die nächsten Schritte auch hinbekommen. Dazu gehört eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Ich habe mir persönlich vorgenommen, in diesem Kreis mitzuwirken und beharrlich zu sein, wenn es darum geht, die Informationstechnologie einzubeziehen. Das mache ich auch gerne; das sind wir unserem Staat und unserem Land schon schuldig.

Welche Städte in der Republik sind auf dem Weg, integrierendes Arbeiten vernünftig anzugehen?

Die Stadt Dortmund beispielsweise denkt zusammen mit

der IBM über *Skill-Management* nach: Welche Ausbildung, welche Expertise brauchen wir künftig in der öffentlichen Verwaltung? Wie hat ein Expertisen-Management heute auszusehen? Was für Menschen brauchen wir in Zukunft, die sich in der Verknüpfung von Stadtplanung mit Energie, Mobilität und Gesundheit auskennen? Das sind oft Leute, die anders denken. In Dortmund ist auch die Frage aufgetaucht: Wie gehen wir mit dem Wissen derer um, die heute in unseren Organisationen arbeiten und die uns in vier Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen? Wir können doch nicht so tun, als ob dieses Wissen obsolet sei. Wie lässt sich dieses Wissen strukturieren? Die Stadt Dortmund hat sich bei der IBM für die sogenannte *Smarter Cities Challenge* beworben und die Frage diskutiert, wie sie das Expertise-Management machen wollen, das sie in Zukunft brauchen.

Spielt es da eine Rolle, dass Oberbürgermeister Sierau Raumplaner ist und lange in der Forschung gearbeitet hat?

Ja, man merkt, dass ihm das Thema wichtig ist, im Grunde hat auch er, weil Dortmund sich so hervorragend beworben hat, den Preis für seine Stadt gewonnen. Ein anderes gutes Beispiel ist für mich die InnovationCity Ruhr.

Bottrop...

Ja, Bottrop versucht mit vielen Industriepartnern und öffentlicher Förderung einen gewachsenen Stadtkern ganzheitlich zu entwickeln, Information aufzunehmen, zu steuern, an die Zukunft der Mobilität und der Versorgungssituation in Microgrids zu denken. Das ist ein Mammutprojekt, phantastisch, was die da angefangen haben. *Innovation City Ruhr* macht gute Arbeit. Das sind alles Beispiele, die internationale Beachtung finden und dazu führen werden, dass Nachfolger, sogenannte Followers sagen: Das wollen wir auch.

Können solche Projekte nicht mehr für die Stadtentwicklung leisten als die beliebte Festivalisierung?

Es ist immer noch einfacher, ein attraktives Bauwerk hinzustellen, als darüber zu diskutieren, wie man eine Stadt insgesamt auf ein energieeffizienteres Niveau bringt. Das ist nicht so einfach und braucht Expertise, einen innovativen Kreis von Menschen, die sich auch außerhalb des normalen Engagements einbringen. Da sind wir wieder beim *Bewusstsein bilden und an Beispielen lernen*. In München stimmen sich die verschiedenen Parteien, wenn es um ihre Stadt geht, meistens sehr gut ab; ist ein Vorschlag vernünftig, akzeptiert man ihn fraktionsübergreifend, während es zum Beispiel in Berlin viel mehr Friktionen gibt.

Ja, absolut.

Was erwarten Sie an zukünftigen Entwicklungen in München?

München kann ein gutes Beispiel sein. Wir haben den Green City Index diskutiert: Wie grün ist die Stadt? Was tut sie dafür, ökologische Themen zu verankern? In München entstehen die ersten Microgrid-Projekte: die Stadtwerke bauen zusammen



mit der Siemens-AG ein ökologisch-ökonomisches Modell zur Integration von regenerativen Energien. München sollte es sich leisten, eine smarte Stadt zu werden, ein vernetztes und sich in ökologisch-ökonomischer Hinsicht steuerndes System. Es gibt eine Menge intelligenter und sehr fortschrittlicher Menschen in München. Ich will München wirklich ein gutes Attest geben, ich glaube, die Stadt ist auf einem ganz guten Weg.

Zusammenarbeit mit Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: was sollte sich da weiter entwickeln?

Die TU München tut eine Menge in Richtung Elektromobilität. Was BMW in München mit den einzelnen wissenschaftlichen Funktionen macht, funktioniert sehr gut. Wir arbeiten intensiv mit dem Leibniz-Rechenzentrum zusammen. Die Oberste Baubehörde diskutiert mit uns sehr offen über Prediktions-Szenarien. Ich glaube, wenn man in München noch

mehr Wert auf einen Innovationsmanagement-Zirkel legen würde, könnte alles noch schneller gehen.

Läuft innovative Zusammenarbeit auch auf europäischer Ebene?

Es gibt ja den Covenant of Mayors, in dem Oberbürgermeister aus ca. 200 Städten vertreten sind, die sich alle mit innovativen Themen befassen. Der Mut, Konzepte in Realität umzusetzen, ist bei den Spaniern am größten; die machen die Dinge einfach. Auch bei den Italienern sehen wir ein paar sehr gute Projekte. Die Franzosen beginnen langsam aber sicher auch dort, wo es wehtut. Das Verhältnis der nordischen Bürger zu den Zukunftsthemen ist sehr offen, sie sind gut informiert.

Wir in Deutschland spielen in der Technologie eine exponentielle Rolle. Bei uns ist besonders der Mittelstand durch die Energie-Diskussionen geprägt. Wir sind der Primus, wenn es um Konzepte und technologische Lösungen geht, das liegt an unserem Ingenieursverständnis.

Um ein Fazit zu ziehen. Was IBM im Smarter Planet und in den Smarter Cities der Zukunft sieht, das lässt sich auf eine recht einfache Formel bringen. Nationale Stadtplanungspolitik wird sich mehr mit den Verknüpfungen der Versorgung, der Ökologie der Mobilität der Gesundheitsversorgung dem demografischen Wandel und den Ausbildungsmöglichkeiten beschäftigen. Die Informationstechnologie bekommt neben Beton und Gebäuden einen weitaus höheren Stellenwert, um die Herausforderungen der Zukunft weitaus effizienter und servicefreundlicher zu meistern.

Smarter Policies für Smarter Cities! Herr Junge, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Wir brauchen Menschen, die sich in der Verknüpfung von Stadtplanung mit Energie, Mobilität, Gesundheit auskennen – das sind oft Leute, die anders denken.

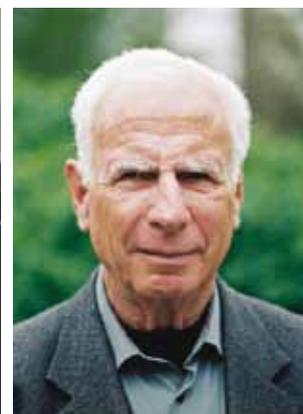
Dr.-Ing. Jens Karstedt

Präsident der Bundesingenieurkammer, gemeinsam mit

Prof. Dr.-Ing., Drs.h.c. Jörg Schlaich, em. Professor Universität Stuttgart, Stuttgart/Berlin

Wir brauchen eine Energierevolution

Die Baukammer Berlin und ich persönlich als Kurator begrüßen es außerordentlich, dass Herr Professor Schlaich mit seinem Aufsatz *Wohlstand für alle mit Strom aus der Wüste* einen wertvollen Diskussionsbeitrag zur aktuellen Debatte um die Zukunft der Energie auch in unseren Städten leistet. Dieser seit vielen Jahren von Herrn Professor Schlaich vertretene Ansatz ist im Laufe der Jahre nicht widerlegt worden, und er ist hochaktuell gerade aufgrund des von der Politik erkannten Zwanges, sich neuen Energieträgern zuzuwenden. Es ist uns deshalb sehr daran gelegen, dass dieses die öffentliche Diskussion bereichernde Energiekonzept Beachtung erfährt.



Prof. Dr. -Ing. Jörg Schlaich Wohlstand für alle mit Strom aus der Wüste

Die mit Abstand größten Herausforderungen unserer Zeit sind die Armut und der Hunger in den *armen Ländern* der Erde. Nach Einschätzung der Hilfsorganisation Care steht allein in der Sahelzone im Westen Afrikas derzeit über zehn Millionen Menschen eine Hungerkrise bevor, im Niger sind 5,4 Millionen direkt vom Hunger bedroht.

Das Szenario wird noch viel düsterer, wenn wir das Bevölkerungswachstum berücksichtigen. Heute leben 7 Milliarden Menschen auf der Erde, nur eine Milliarde lebt in Wohlstand. 2050 wird die Weltbevölkerung auf 9 bis 10 Milliarden Menschen angewachsen sein. Wenn wir Wohlstand für alle anstreben, dann brauchen wir mehrfach so viel Energie wie heute. Wir brauchen nicht nur eine Energiewende, wir brauchen eine Energierevolution. Nur wenn uns etwas ganz anderes einfällt als das, was wir heute kennen, wird Wohlstand für alle möglich. (Zitat Prof. F.J. Radermacher).

Die Verantwortlichen in den *armen Ländern* sollten erfahren, dass gerade sie etwas unschlagbar Vorteilhaftes haben: Unendliche Wüstenflächen mit intensiver Sonneneinstrahlung, mindestens doppelt so stark wie unsere, eine riesige unerschöpfliche, saubere Energiequelle.

Es geht wirklich und sofort: Wohlstand für alle mit Strom aus der Wüste. Wir können, wenn wir wollen! Und wir müssen!

Wir – und insbesondere unsere Energieversorgungsunternehmen – müssen dringend die Zusammenarbeit mit diesen Sonnenländern suchen und Solarkraftwerke entwickeln, die sie möglichst mit eigenen Ressourcen und Arbeitskräften bauen können, zu ihrem doppelten Vorteil: Sie bekommen billigen Solarstrom und unzählige Arbeitsplätze, also genau das, was ihnen heute zu einem menschenwürdigen Leben fehlt.

Wenn sie ihren Energiebedarf gedeckt haben, können sie (zusammen mit unseren Energieversorgungsunternehmen) über Hochspannungsgleichstromleitungen Solarstrom mit geringen Verlusten in den Norden exportieren. Dabei genügt ein kleiner Teil der Wüstenflächen dieser Erde, um den Weltenergiebedarf zu decken.

So profitieren auch wir durch Import eines sauberen, billigen unerschöpflichen Solarstroms und gleichzeitig von einem neuen Markt für unsere Produkte in diesen Ländern, die sie sich dank ihres neuen und beständigen Einkommens leisten können.

Wir müssen mit den Sonnenländern zusammenarbeiten und Solarkraftwerke entwickeln, die sie mit eigenen Ressourcen und Arbeitskräften bauen können.

Mit diesem Strom aus der Wüste erledigt sich auch die derzeitige ermüdende Diskussion, welche unserer eigenen, erneuerbaren Energiequellen denn Zukunft hat: Natürlich die vorhandenen Wasserkraftwerke, die Erdwärme und – zumindest bis der Strom aus der Wüste hier ankommt – der Wind. Die Photovoltaik hingegen würde dahin zurückkehren, wo sie wirklich unübertrefflich Sinn macht, zur dezentralen Kleinversorgung.

Wir brauchen große Solarkraftwerke, die in den Wüstenländern möglichst einheimisch gebaut und betrieben werden können. Neben vielfach bewährten Spiegelkraftwerken bietet sich besonders das Aufwindkraftwerk an, das drei altbekannte Techniken auf neue Weise vereinigt.

Unter einem großen Glas- oder Foliendach wird die Luft durch die Sonneneinstrahlung erwärmt. Sie strömt zu einer unten offenen Kaminröhre in der Mitte des Dachs und zieht dort nach oben. Dieser Aufwind wird mittels Turbinen und Generatoren am Fuß der Röhre in Elektrizität umgewandelt. Das Aufwindkraftwerk garantiert mit einer einfachen Speicherung einen 24-Stunden-Betrieb.

Wenige Prozent der Sahara genügen, um den Energiebedarf von Europa und ganz Afrika zu stillen. Ein negativer Einfluss auf das Klima ist aus meteorologischer Sicht ausgeschlossen.

Das Aufwindkraftwerk ist, vergleichbar dem Wasserkraftwerk, robust, von hoher Lebensdauer und einfacher Wartung. Nach Ende der Abschreibung erzeugt es fast kostenlosen Strom. Seine Baustoffe, vor allem Sand und Stein anstelle von Glas und Beton sind in den Wüsten unerschöpflich vorhanden.

Ein kleiner 50 KW-Prototyp (1980-89) hat die Funktionstüchtigkeit des Aufwindkraftwerks bewiesen. Jetzt bedarf es dringend eines größeren Prototyps, um zu demonstrieren, dass die zukünftige Energieversorgung der armen Wüstenländer ebenso wie der nördlichen Industrieländer mit Hilfe der Sonne möglich ist.

Es geht wirklich und sofort: Wohlstand für alle mit Strom aus der Wüste. Wir können, wenn wir wollen! Und wir müssen!

PS. Ich erlaube mir den Hinweis, dass die Idee, unter der Bezeichnung „Desertec“ Europa mit Solarstrom aus der Sahara zu versorgen, zwar wichtig und richtig, aber nicht neu ist (siehe meinen Beitrag „Wie viel Wüste braucht ein Auto“ zur Festschrift Bulling, Stuttgart, August 1989 bzw. „How much desert does a car need“ in IABSE Proceedings, May 1990, und schon davor „Neue und Erneuerbare Energiequellen“ in Beton- und Stahlbetonbau, April 1982).

Barbara Kux
Mitglied des Vorstands der Siemens AG

Technologien stellen die Weichen

Bereits mehr als die Hälfte der Menschheit lebt heute in Städten, mit steigender Tendenz. Die Expansion der Städte bietet Chancen für Entwicklung, Beschäftigung und Wohlstand. Allerdings sind wir durch begrenzte natürliche Ressourcen und den Klimawandel dazu gezwungen, das zukünftige Leben in den Städten so zu organisieren, dass Entwicklung nachhaltig gestaltet wird. Dabei kommt der Erneuerung der städtischen Infrastruktur eine Schlüsselrolle zu. Die Städte der Zukunft erfordern energie-effiziente Gebäude und Mobilität, die Nutzung erneuerbarer Energien und eine intelligente Übertragung, Verteilung und Speicherung von Strom. Die Technologien dafür sind heute bereits verfügbar.

Die sauberste Energie ist immer diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird.

Will man die Energiesysteme von Städten von Grund auf neu entwerfen, so sollte am Anfang aller Maßnahmen eine simple Erkenntnis stehen: Die sauberste Energie ist immer diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird. So werden Städte zukünftig vor allem wesentlich effizienter mit Energie umgehen müssen als bisher. Gebäude verbrauchen 40 Prozent der Energie weltweit. Durch Gebäudeautomation der Heizung, Lüftung, Klimatisierung, Beleuchtung und Beschattung ließe sich hier am effektivsten Energie sparen. Eine dem individuellen Gebäude angepasste Optimierung bringt eine sofortige Einsparung von 15 bis 30 Prozent. Sehr wichtig ist auch eine gute Wärmedämmung. Eine Studie in England hat gezeigt, dass der größte Einzeleffekt über eine Sanierung der Fassade generiert werden kann.

Beim Thema Mobilität ließe sich durch eine bessere Abstimmung von Individualverkehr und öffentlichem Nahverkehr deutlich Energie einsparen. In einer nachhaltigen Stadt wird die wachsende Zahl von Fahrzeugen nicht mehr an der herkömmlichen Tankstelle, sondern an der Steckdose aufgeladen. Immer mehr Menschen werden in modernen Hybrid- oder Elektrobussen oder auch in U-Bahnen mit extrem geringem Energieverbrauch unterwegs sein.

Die Städte der Zukunft werden in zunehmendem Maße auf die Nutzung erneuerbarer Energien setzen. Mittelfristig werden diese Energien auch ohne staatliche Förderung auskommen. Insbesondere bei Windenergie ist dieses Ziel fast schon erreicht – Innovationen, die Unternehmen der Branche derzeit vorantreiben, werden die Kilowattstunde aus Windkraft so kostengünstig machen wie die aus Kohle.

Zudem wird man in der Zukunft intelligente Netzwerke zur Strom-Übertragung und Verteilung nutzen können, die eine wechselseitige Kommunikation ermöglichen. Diese



sogenannten Smart Grids steigern die Effizienz, Zuverlässigkeit und Sicherheit der Stromversorgung. Sie eröffnen dem Endverbraucher zudem die Möglichkeiten, aktiv am Energiemarkt teilzunehmen und auch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wildpoldsried im Allgäu ist dafür ein Beispiel. Hier produzieren die Anwohner mit Photovoltaik, Biomasse und Windkraft doppelt so viel Strom, wie sie selbst verbrauchen. Studien zufolge können mit intelligenten Netzen bis 2020 mehr als eine Milliarde Tonnen CO₂ eingespart werden.

Innovationen der Unternehmen werden die Kilowattstunde aus Windkraft so kostengünstig machen wie einst die aus Kohle.

Eine wichtige Ergänzung zu Smart Grids sind Stromspeicher, die überschüssige Energie über Stunden, Tage und sogar Wochen speichern können. Eine besonders zukunftsweisende Entwicklung ist hier die Umwandlung von Strom in Wasserstoff über Elektrolyse. Der produzierte Wasserstoff kann über die bestehende Infrastruktur für Gas verteilt und genutzt werden.

Dies sind alles Beispiele dafür, dass die Wirtschaft die Technologien für die nachhaltigen Städte der Zukunft schon heute bereitstellt. Die Politik ist hier gleichermaßen gefordert. Eine intelligente Stadtplanung und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Gebäudevorgaben und -regulierungen sind die Maßnahmen, die Städte selbst ergreifen können. Die Wirtschaft kann hier zusätzlich durch Finanzierungskonzepte helfen. Ein Beispiel ist das Energiespar-Contracting für Gebäudetechnik. Dies ist eine Kombination aus Beratung, Installationsleistung und Finanzierung. Für die Stadt Berlin hat Siemens im Rahmen eines Energiespar-Contractings in den vergangenen zehn Jahren 186 öffentliche Gebäude wie etwa Museen, Universitätsgebäude oder Schwimmbäder analysiert und optimiert. Insgesamt wurden so jährliche Kosteneinsparungen von knapp 2 Millionen Euro realisiert.

Durch die gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft und Politik könnten nachhaltige Städte schon bald Wirklichkeit sein. Die ersten Schritte erfordern zunächst nur ein Umdenken. Man sollte zu einem integrierten Prozess der Stadtplanung und Städteenergieversorgung übergehen, bei dem schon in der Anfangsphase Nachhaltigkeitsexperten und Vertreter von Anspruchsgruppen einbezogen werden.

Regularien müssen den Weg für die Implementierung der nötigen Technologien ebnen.

Siemens steht für diese Aufgabe als verlässlicher Partner bereit mit einer Vielzahl an Produkten, Dienst- und Beratungsleistungen. Die Technologien und das Know-How sind vorhanden. Die Weichen sind gestellt.

Mit intelligenten Netzen können bis 2020 mehr als eine Milliarde Tonnen CO₂ eingespart werden.

Dr. August Ortmeier, Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Ass. iur. Tine Fuchs, Referatsleiterin Stadtentwicklung

Smart Cities

Smart Cities steht für die intelligente, integrierte und vernetzte Stadt. In der intelligenten Stadt erleichtert Digitaltechnik die Prozessorganisation. Denn das digitale Netz ermöglicht eine erheblich bessere Steuerung der Prozesse wie auch eine schnellere Aufnahme und Verbreitung von Informationen.

Die Stadt der Zukunft muss sich der Herausforderung des demografischen Wandels stellen, neue Lösungen finden für die Energie- und Wasserversorgung, für Umwelt- und Klimafragen und nicht zuletzt für die Ver- und Entsorgung.

In der vernetzten Stadt bieten neue Kommunikationstechnologien zuverlässige und sichere städtische Informationen als Grundlage für effiziente Dienstleistungen für den Bürger, die Wirtschaft und die Stadt.

Durch neue Kommunikationstechnologien können digitale Netzinfrastrukturen aufgebaut werden. Sie helfen, diese Herausforderungen besser zu bewältigen. So können Daten über die jeweiligen Bedarfe in ländlichen Räumen oder stark verdichteten Quartieren gesammelt, analysiert und integriert werden, um beispielsweise der Herausforderung der Wasserversorgung zu begegnen, flächendeckend Trinkwasser in guter Qualität bereit zu stellen und neue Energiekreisläufe zu kreieren.

Integrierte Planungsprozesse in der Stadt können diese Vorteile nutzen, das heißt die gesamtstädtische Entwicklung wird ressortübergreifend innerhalb der Verwaltung und in Kooperation mit Bürgern und Wirtschaft geplant.

Energiekreisläufe im Quartier sollen so organisiert werden, dass das Haus Energie gewinnt, als Speicher genutzt wird und gleichzeitig eine Verbindung zur Mobilität seiner Bewohner herstellt.



So werden zielgerichtet Flächen für die Ansiedlung von Unternehmen bereit gestellt und die technische und soziale Infrastruktur danach ausgerichtet.

Die Entwicklung von *Smart Cities* ist für die Wirtschaft vor allem aus zwei Gründen relevant: als Leitmarkt von intelligenten Technologien für effiziente und vernetzte Infrastrukturen und zur Informations- und Wissensvermittlung. Mit Informations- und Kommunikationstechnik lässt sich überdies die Energieeffizienz deutlich verbessern.

Allerdings erfordert sie viel mehr Kommunikation, Kooperation und Gemeinsinn als in der Vergangenheit. Denn die Organisation von *Smart Cities* wirkt sich unmittelbar auf die individuelle Lebensgestaltung aus. Am deutlichsten wird dies bei der Neuorganisation von Energiekreisläufen im Quartier. Sie erfolgen beispielsweise durch die Energiegewinnung über Photovoltaik auf dem eigenen Haus, durch die Nutzung des Hauses als Speicher und die Einspeisung überschüssiger Energie in das Netz mit gleichzeitiger Verbindung zur eigenen Mobilität, zur Autobatterie.

Dabei steht Stadtentwicklung nicht erst seit dem Ausstieg

aus der Kernenergie vor der Herausforderung, bürgerschaftliches, wirtschaftliches und stadtpolitisches Engagement miteinander zu verbinden. Um Geschäftsstraßen oder Plätze aufzuwerten, kooperieren Bürger, Stadt und Wirtschaft in unterschiedlichsten Formen – als Werbegemeinschaften, Gewerbevereine, Quartiersgemeinschaften. Wie im nordamerikanischen Stadtentwicklungsmodell der *Business Improvement Districts (BIDs)* wird gemeinsam ein Maßnahmen- und Finanzierungskonzept entwickelt, um den öffentlichen Raum für Handel und Dienstleistungen, als Handwerks- und Gewerbebestandort und nicht zuletzt als Ort für Kultur, Politik und Verwaltung attraktiver zu gestalten und dies auch gemeinsam zu finanzieren. Bürgersteige führen möglichst barrierefrei in die Geschäfte, neue Bänke und Grünpflanzen sorgen für ein angenehmeres Stadtklima.

Die IHK-Organisation initiiert die örtliche Netzwerkbildung und moderiert die Akteursprozesse. Traditionelle Vereinigungen wie Kaufmannschaften oder Gewerbevereine erleichtern die individuelle Ansprache der unterschiedlichsten Partner.

Richtige Ansprechpartner für die Bildung von Netzwerken zur Informations- und Wissensvermittlung und Organisation von Beteiligungsprozessen sind professionelle Kommunikations-, Verfahrens- und Planungsmanager.

Sie verfügen in der Regel über Methodenkompetenz, um die jeweils geeignete Kommunikationsplattform auszuwählen und diese offenen Dialogprozesse zu organisieren. Ein Beispiel ist die Organisation des Kommunikationsprozesses für den Bau des Pumpspeicherwerks Atdorf durch die Schluchseewerk AG.

Erfahrungsgemäß ist gerade die richtige Ansprache der Partner in Behörden, Bürgern, Stakeholdern, Wirtschaft, Medien und Stadtpolitik ausschlaggebend für das persönliche und finanzielle Engagement in einem Stadtentwicklungsprojekt. Zu Beginn bereits mit Städtebaufördermitteln zu locken, hat sich dabei als wenig hilfreich erwiesen. Zunächst sind das eigene Engagement und die Bereitschaft erforderlich, sich persönlich und finanziell einzubringen und zwar von allen Beteiligten vor Ort, bevor eine Anschubfinanzierung bestimmter Projektbausteine wirksam sein kann.

Zunächst sind das eigene Engagement und die Bereitschaft aller Beteiligten vor Ort erforderlich, sich persönlich und finanziell einzubringen.

Holger Schwannecke

Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks

Städtische Energien – lokal aktivieren

Nähe und Vernetzung mobilisieren Energien

Die deutschen Städte müssen als lebenswerte und vielfältige Gemeinwesen und Orte wirtschaftlicher Prosperität erhalten bleiben. Aktuell stehen die Städte und Gemeinden – und damit auch die ansässigen Unternehmen – vor erheblichen Herausforderungen: Energiewende, Sicherung des sozialen Zusammenhalts, Verbesserung der Integration, demographischer Wandel. Bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgaben können die Städte eine Schlüsselrolle spielen, wenn sie sich auf ihre Stärken besinnen. Städte sind die Orte für Vielfalt und Dichte, für intensiven und produktiven Austausch. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure in den Städten können erhebliche Energien und Innovationskräfte mobilisieren – wenn ihnen die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Aus Sicht des Handwerks ist die durchmischte *Stadt der kurzen Wege* kein Modell der Vergangenheit, sondern ein



Schlüssel zur Lösung zukünftiger Herausforderungen. Gerade die Bewältigung des demographischen Wandels erfordert wohnortnahe Kommunikation, Dienstleistungen und Versorgung. Auch eine erfolgreiche Integration muss in den Quartieren beginnen – durch gute schulische Bildung ebenso wie durch die Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in den Unternehmen. Insbesondere die

Umsetzung der Energiewende braucht Experten vor Ort, die Potenziale auf Grundstücks- und Stadtquartiersebene gezielt mobilisieren können. Energie lässt sich insbesondere durch Vernetzung effizienter nutzen. Jedes Stadtquartier und jede spezifische Bausubstanz werden hierfür maßgeschneiderter Lösungsansätze bedürfen.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure in den Städten können erhebliche Innovationskräfte mobilisieren, wenn ihnen die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.

Die begrüßenswerte Tendenz zu einer *Renaissance der Innenstädte* geht aktuell mit der Verdrängung gewerblicher Nutzungen einher. Eine intelligente Flächen- und Standortpolitik könnte der Verdrängung entgegenwirken. Städte brauchen die Anbieter von qualitativollen Produkten und Diensten, die Kreativen und Innovativen *nebenan* in den Einkaufsstrassen, Hinterhöfen und Gewerbegebieten. Die Kommunen sind auf die in Vereinen und anderen gesellschaftlichen und sozialen Institutionen vielfältig engagierten Unternehmer vor Ort angewiesen, auf Menschen, die sich intensiv austauschen und vernetzen mit ihren Kunden, ihren Nachbarn und ihren Partnern aus Gesellschaft, Industrie, Handel und Wissenschaft. Das ist die Mischung, aus der städtische Energien entstehen.

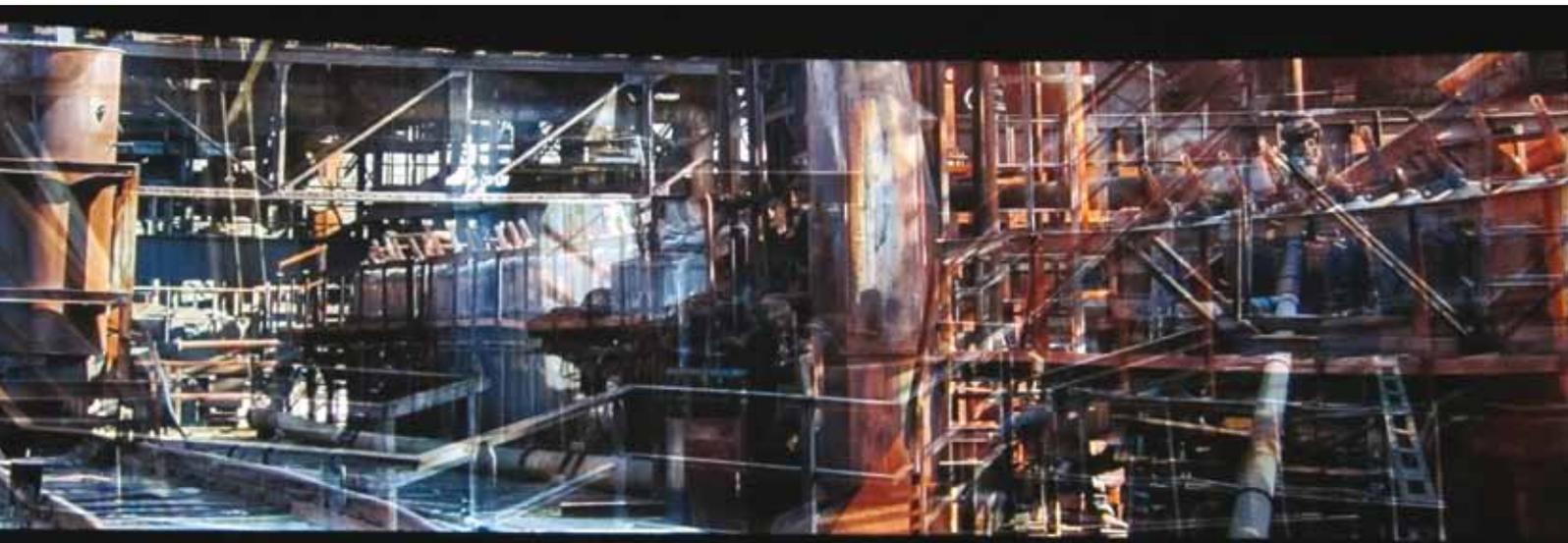
Nationale Stadtentwicklungspolitik fortschreiben

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte gewähr-

leisten, dass eine kontinuierliche Weiterentwicklung der bewährten Bundesprogramme des Städtebaus und deren stabile Finanzierung langfristig gesichert werden. Die Städtebauprogramme des Bundes und die begleitenden Diskussionsforen bieten schon heute eine wichtige Plattform zur Entwicklung und Vermittlung innovativer Ideen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dadurch frühzeitig Initiativen auf lokaler Ebene initiiert werden konnten, die in kleineren und mittleren Städten ansonsten kaum umgesetzt worden wären. Künftig sollte die Stadtentwicklungspolitik noch gezielter die wirtschaftlichen Akteure vor Ort einbeziehen. Unternehmer müssen über Themen eingebunden werden, die auch ihre tägliche Arbeitspraxis betreffen: Integration im Quartier hat unmittelbar mit Fachkräftesicherung zu tun; die Verbesserung der Gestaltung des öffentlichen Raums kann zur Kundengewinnung beitragen.

Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sollte auch intensiver über die Sicherung einer guten urbanen Mischung diskutiert werden. Wünschenswert ist etwa die Unterstützung von städtischen Programmen, die innerstädtische kleinteilige Gewerbebestände sichern und weiter entwickeln. Das Gewerbe in den Innenstädten – zumal das Handwerk – ist keine historische Reminiszenz. Diese kleinen und mittelgroßen Betriebe sind mehr denn je unverzichtbar für eine moderne Stadtgesellschaft. Nur mit ihnen sind städtische Energien umfassend zu aktivieren. Daher sollten sie frühzeitig in das Entwickeln, Konkretisieren und Realisieren örtlicher Initiativen eingebunden werden.

Mehr denn je sind kleine und mittelgroße Betriebe unverzichtbar für eine moderne Stadtgesellschaft. Nur mit ihnen lassen sich städtische Energien umfassend aktivieren.



Hans Georg Wagner

Dipl.Ing., Präsident des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V.

Neues Bauen für die Stadt

Das *urbane Jahrhundert* fordert Europa in Fragen des Städtebaus in einer neuen Dimension heraus. War das 20. Jahrhundert geprägt von der Notwendigkeit, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für die Bevölkerung bereit zu stellen, so werden die Jahre bis 2100 von der dringend notwendigen Anpassung des Gebäudebestandes bestimmt sein. Unsere Gebäude klimagerecht zu optimieren und sie den Bedürfnissen einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft anzupassen sind die zentralen Aufgaben. Sie sind eng miteinander verbunden und nur im gesellschaftlichen Konsens angemessen zu lösen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass ein *Vorbeiregieren* an den Erwartungen und berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt. Weder lassen sich durch ethische Appelle energetische Sanierungsmaßnahmen anregen noch ist es eine realistische Perspektive, Investitionen in den Gebäudebestand durch diffuse Gewinnversprechen mit dem zeitlichen Horizont eines Menschenlebens zu aktivieren.

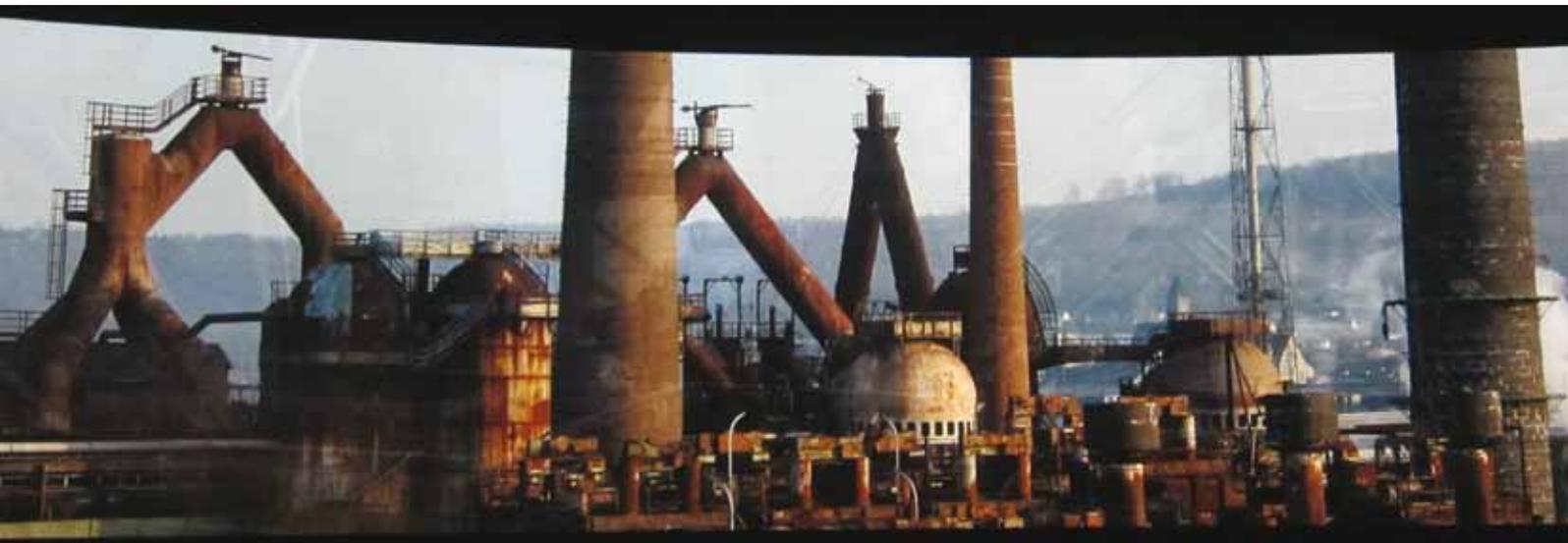
Wollen wir der Stadt als Lebensraum neue Energien verleihen, müssen auch Rückgewinnung von Frei- und Landschaftsräumen in Förderkonzepte einbezogen werden.

Neue Energien für die Stadt! Was wir brauchen, sind drei Elemente, die durch politische Gestaltung auf Bundes- und Länderebene realisiert werden können.



Bauen braucht Vertrauen

Es mag banal klingen, aber gerade in der deutschen Tradition wird das Planen und Bauen von Gebäuden weiterhin als ein Projekt auf Dauer, ja auf Lebenszeit gesehen. Das hat uns – im europäischen Vergleich – zwar bis heute eine geringe Eigentumsquote, aber doch den großen Vorteil gebracht, dass unsere Wohngebäude überwiegend eine gute planerische und bautechnische Qualität aufweisen. Es ist deshalb ein durchaus realistisches Projekt, die energetische Sanierung des Bestandes und den notwendigen demografischen Anpassungsprozess umfassend und nachhaltig auf den Weg zu bringen. Dazu ist es notwendig, dass der private Investor die Sicherheit spürt, dass seine Investition von heute sich morgen rentiert – sowohl vom emotionalen Wohnwert her gesehen wie auch unter finanziellen Aspek-



ten. Ich wünsche mir deshalb ein nationales Energiesparbauprogramm, das eine klare Vorstellung davon vermittelt, wie sich unsere Wohnhäuser (und andere Nutzbauten) in den kommenden 30 Jahren entwickeln sollen. Ein solches Programm müsste in breitem politischem Konsens entwickelt und kommuniziert werden, wobei unzweideutig vermittelt werden sollte, dass ein heute aufgelegtes Förderprogramm über Jahrzehnte Bestand haben wird. Die Wohnungsbaupolitik eignet sich nicht für kurzfristige politische Positionierungseffekte. Wer die energiepolitischen Ziele, welche die Bundesregierung und alle Landesregierungen in den letzten Jahren mit großer Ambition formuliert haben, tatsächlich umsetzen will, der muss den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass diese Ziele wirklich ernst gemeint sind.

Investieren mit Gewinn

Wer in sein Gebäude investieren soll, wird das nur tun, wenn damit eine klare Gewinnerwartung verbunden ist. Die Fokussierung auf energetische Sanierungsmaßnahmen greift dabei zu kurz. Die aktuelle Diskussion über die Alterung der Gesellschaft, über Pflege und Demenz bringt einer breiten Öffentlichkeit die Herausforderungen ins Bewusstsein, welche die hohe Lebenserwartung dieser und künftiger Generationen mit sich bringt. Erfreulich ist, dass diese Themen gegenwärtig enttabuisiert werden. Grundlegende Qualität der Wohnung bzw. des Eigenheims ist es, Menschen eine möglichst lange Lebensphase in ihren gewohnten vier Wänden zu ermöglichen. Eine vorausschauende Wohnungsbaupolitik muss diesen Impuls aufgreifen und verstärken, indem beispielsweise Investitionen in die Gestaltung einer barrierearmen Umwelt förderfähig werden. Ein konkreter Beitrag dazu wäre, die steuerrechtliche Abschreibung entsprechender baulicher Maßnahmen zu ermöglichen. Wollen wir der Stadt als Lebensraum neue

Energien verleihen, müssen auch Maßnahmen des Rückbaus und Ersatzneubaus sowie der Rückgewinnung von Frei- und Landschaftsräumen in solche Förderkonzepte einbezogen werden.

Kompetenz und Kommunikation

Politische Rahmenbedingungen müssen aktiv kommuniziert und beworben werden. Dazu gehört, dass der Bund mit beispielhaften Maßnahmen voran geht, mutige Pilotprojekte anschiebt und in politischen Stellungnahmen auf die Notwendigkeit der energetischen Erneuerung des Bestandes und auf die *demografiefeste* Umgestaltung unserer Wohnhäuser und des Wohnumfeldes durch die Benennung positiver Beispiele kontinuierlich hinweist.

Der Bund Deutscher Baumeister führt zu diesem Zweck in den Ländern regelmäßig Wettbewerbsverfahren und Studentenworkshops durch, die vor Ort konkret erfahrbare Bauprojekte initiieren und zur Diskussion stellen. Wichtig ist dabei, dass mit Architektenwettbewerben um die beste Lösung konkurriert wird und Bürgerinnen und Bürger durch die öffentliche Diskussion solcher Projektvorhaben frühzeitig in städtebauliche Entwicklungen eingebunden werden. Das Beispiel von *Stuttgart 21* hat eindrucksvoll gezeigt, dass weder der Wille einer autoritativ auftretenden Institution noch die medienrächtigen Proteste einer sich isoliert fühlenden Minderheit zu konstruktiven Ergebnissen führen. Es ist an der Zeit, die Lehre aus diesen Prozessen zu ziehen.

Wir Fachleute sind gefordert, unsere Erkenntnisse kontinuierlich zu vermitteln. Der zukunftsfeste Umbau unserer Städte verlangt die Verbindung von Kompetenz, Konzilianz und Kommunikation. Wollen wir unsere ambitionierten gesellschaftlichen und klimapolitischen Ziele erreichen, führt an einem konzertierten Vorgehen kein Weg vorbei.

Der nachhaltige Umbau unserer Städte verlangt die Verbindung von Kompetenz, Konzilianz und Kommunikation.



Making others
jealous is only
half the fun.



3

Identität und Integration

Adolf Bauer

Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD)

Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung

Natürlich habe ich als Präsident des Sozialverbands einen besonderen Blickwinkel auf die Aufgaben und Funktionen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Ich werte und bewerte alle städtebaulichen Maßnahmen danach, ob und inwieweit sie geeignet sind, die Lebensumstände für jeden Einzelnen und damit für die gesamte Gesellschaft zu verbessern.

Jedes Vorhaben muss aus meiner Sicht deshalb zuerst kritisch hinterfragt werden, ob es geeignet ist, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken, ob und wie gut einzelne Stadtentwicklungsvorhaben dieser wichtigen Aufgabe gerecht werden oder ob allein finanzielle Aspekte die jeweilige Entwicklung bestimmen.

Aus meiner Sicht hat gute Stadtentwicklungspolitik das Potenzial, viel mehr als schöne Hüllen zu schaffen: Mit ihr wird – wenn sie wohl durchdacht ist – der Grundstein für ein besseres soziales Umfeld gelegt.

Nur wer Kontinuität, Werterhalt, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung vereint, kann Lebensräume für Menschen und Umwelt dauerhaft und sinnvoll weiterentwickeln.

Gerade bei der Diskussion um *Neue Energien und ihre Integration in Städte* müssen soziale Aspekte unbedingt beachtet werden, damit zum Beispiel neue ökologisch wertvollere und nachhaltigere Quartierskonzepte auch wirklich angenommen werden. Denn was nützt einer Gemeinde der schönste Windpark, wenn er wegen lärmbelastigter Anwohner nach kurzem wieder stillgelegt werden muss? Nur wer Kontinuität, Werterhalt, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung vereint, kann Lebensräume für Menschen und Umwelt dauerhaft und sinnvoll (weiter) entwickeln.

Dafür bedarf es immer einer detaillierten Analyse der Ausgangssituation: Soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt historische Hintergründe sind genauso zu beachten wie die Integrationsfähigkeit des Projekts in den lokalen Kontext.

Ich werte und bewerte alle städtebaulichen Maßnahmen danach, ob und inwieweit sie geeignet sind, die Lebensumstände für jeden Einzelnen und damit für die gesamte Gesellschaft zu verbessern.



Akzeptanz erzielt ein Vorhaben – egal ob im Städtebau oder in der Politik – nur, wenn es sich an lokalen Gegebenheiten orientiert und die Menschen mit ihren Bedürfnissen wahrnimmt und beteiligt. Das beginnt mit der Planungsphase, zieht sich aber über alle Stationen der Entstehung von Wohnräumen hin.

Diese Erfahrung haben wir vom Sozialverband schon selbst machen dürfen. Als Gesellschafter einer großen deutschen Wohnungsbaugesellschaft haben wir uns im letzten Jahr bewusst für ein Projekt entschieden, mit dem mehr als ein positives Lebensgefühl und ein gutes soziales Klima entstehen sollte: der zero-e Park sollte unserer Vision von zukunftsfähigem, verantwortungsvollen Bauen und Leben entsprechen. Viele Jahre haben die Projektpartner in die Entwicklung investiert.

Unser Konzept sah eine dauerhaft klimaneutrale Siedlung vor, unter anderem mit Wärmerückgewinnungs-Lüftungsanlagen und verschwindend geringem Restenergiebedarf, den Wasserkraft deckt.

Heute entsteht der Park mit den Wohneinheiten und begleitender Infrastruktur, auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse zugeschnitten. Er erfüllt alle unsere Wünsche an klimaneutrales Bauen und Wohnen und wird – auch dank einer umfangreichen Analyse der Ausgangssituation – sehr gut angenommen.

Prof. Dr. Sebastian Braun

Leiter des Forschungszentrums für Bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt-Universität Berlin

Bürgerschaftliches Engagement als Ressource

Die Frage nach der *Zukunft des Sozialstaats* steht in Zeiten der Finanzkrise von Städten und Gemeinden auch im Zentrum stadtentwicklungspolitischer Debatten in Deutschland. Unverkennbar ist dabei ein Aspekt: Jenseits staatsfixierter und marktliberaler Ansätze wird das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, Projekten und Initiativen als alternative Steuerungsressource zur Bewältigung sozialstaatlicher Krisenphänomene ins Feld geführt. Diese Akzentverlagerung begründet auch die Popularität wohlfahrtspluralistischer Leitbilder vom *aktivierenden* oder *gewährleistenden Staat*; sie favorisieren einen Mix unterschiedlicher Steuerungsinstrumente, netzwerk- und prozessförmige Steuerungsformen sowie die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Produktion wohlfahrtsrelevanter Güter und Dienste. Während der Staat bisher die Gewährleistungs-, Finanzierungs- und Vollzugsverantwortung bei der Herstellung öffentlicher Güter innehatte, soll er sich nun – so lautet eine der Kernforderungen – auf die Gewährleistungsfunktion beschränken, die Vollzugs- und Finanzierungsverantwortung an zivilgesellschaftliche Akteure abtreten und damit zugleich Gelegenheitsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement schaffen.

Kooperation und Koproduktion von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich aus einer stadtentwicklungspolitischen Perspektive eine grundsätzliche Frage, die für das zukünftige wohlfahrtspluralistische Arrangement in den Städten nicht weniger bedeutsam ist als für die Rolle des *Aktivbürgers* im demokratischen Gemeinwesen: Ob und inwieweit lassen sich die privilegierten Akteure in der Stadtpolitik wie Parteien, staatliche Bürokratien, Parlamente oder einflussreiche Verbände tatsächlich auf eine neue Teilung und Verlagerung der Macht ein und stecken somit zu Gunsten von Bürgern zurück, indem sie auf ihre strukturellen Vorteile im politischen Prozess zu erheblichen Teilen verzichten? Denn der Ideenreichtum des *engagierten Bürgers* kann kein Ausfallbürgen für reduzierte sozialstaatliche Leistungen sein. Im Gegenteil: Schleicht sich nur der Verdacht der Instrumentalisierung eines solchen Freiwilligenengagements für staatliche Zwecke ein, dann wird kommunales Bürgerengagement schnell als Demokratisierung der Machtlosigkeit erfahren, die auf Dauer die Bereitschaft zum Engagement enttäuschen muss. Gerade weil bürgerschaftliches Engagement einen Eigen-

Die prinzipielle Frage nach der aktiven Partizipation des Bürgers im demokratischen Gemeinwesen der Stadtgesellschaft rückt in den Vordergrund.



sinn mit charakteristischen Merkmalen der Freiwilligkeit, Autonomie und bedarfswirtschaftlichen Ausrichtung reflektiert, muss es – anstelle einer Instrumentalisierung dieses Engagements für staatliche Zwecke – um Koproduktion und Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gehen.

Aktive Partizipation des Bürgers im Gemeinwesen

Insofern ist auch unübersehbar, dass die laufenden Debatten über bürgerschaftliches Engagement eine Eigendynamik gewinnen und die prinzipielle Frage nach der aktiven Partizipation des Bürgers im demokratischen Gemeinwesen der Stadtgesellschaft in den Vordergrund rückt. Vor allem in der Diskussion über die *Bürgergesellschaft* werden zunehmend auch im Hinblick auf die Stadtentwicklungspolitik solche Akzente gesetzt: Institutionell geförderte Bürgerbeteiligung und Öffnung staatlicher Einrichtungen, Stärkung der Subsidiarität oder Kommunalisierung politischer Aufgaben lauten die Stichworte. Eine grundsätzliche Neubewertung der *aktiven Bürgerschaft* würde Staat und Verwaltung zwingen, gewohnte Positionen zu überdenken und gegebenenfalls aufzugeben. Zwischen den Polen dieses Spannungsfeldes wird die Frage nach der Zukunft bürgerschaftlichen Engagements speziell auch in der Stadtentwicklungspolitik vermutlich noch längere Zeit schwanken: Instrumentalisierung von Bürgern für staatliche Zwecke versus gesellschaftliche Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürger.

Stadtentwicklungspolitik als Management staatlicher und zivilgesellschaftlicher Interaktion

In diesem Aushandlungsprozess dürfte eine zentrale Herausforderung der Stadtentwicklungspolitik darin bestehen, das anspruchsvolle Management der Interaktionen zwischen staatlichen Akteuren und Bürgern in komplexen institutionellen Strukturen der Stadtgesellschaft zu unterstützen.

zen. Denn die Arbeit in interorganisatorischen Netzwerken setzt voraus, dass Kooperationsbeziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren neu entwickelt werden und dabei eine Kohärenz öffentlicher und privater Aktivitäten erzielt wird, die sich an Effekten und weniger an kurzfristigen Outputs orientieren.

Forschung – Beratung – Impulse

Vor diesem Hintergrund thematisieren wir im Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement an der

Humboldt-Universität zu Berlin die vielfältigen Fragen zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements von Individuen und Organisationen speziell auch in modernen Stadtgesellschaften, indem wir Forschungsprojekte durchführen, Organisationen beraten und öffentliche Impulse durch Tagungen, Kongresse und Publikationen geben. Auf diese Weise soll der Wissenstransfer und Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Nonprofit-Organisationen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen zum Thema bürgerschaftliches Engagement konstruktiv begleitet und gefördert werden.

Eine grundsätzliche Neubewertung der aktiven Bürgerschaft würde Staat und Verwaltung zwingen, gewohnte Positionen zu überdenken und gegebenenfalls aufzugeben.

Rechtsanwalt Eckart Drosse

Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen e.V., Geschäftsführender Vorstand der Stiftung Schloss Ettersburg

Gestaltung des demographischen Wandels

Der demografische Wandel prägt unsere Gegenwart und Zukunft entscheidender als viele parallele Entwicklungen. Wenngleich nicht umkehrbar, ist er doch ein gestaltbarer Prozess, der alle Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens berührt. Wie gehen die Akteure vor Ort damit um? Erkennen sie, welche Herausforderungen und Chancen mit einer bewussten Gestaltung der demografischen Entwicklung verbunden sind?

Um Thüringer Akteure in Politik und Gesellschaft in diesem Prozess aktiv zu begleiten, nahm die Serviceagentur Demografischer Wandel im März 2011 als Kooperationsprojekt der Stiftung *Schloss Ettersburg – Gestaltung des demografischen Wandels* mit dem Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr ihre Arbeit auf. Unter der Führung des Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Herrn Prof. Dr. Klaus Töpfer (seit Juli 2012 Frau Petra Roth) und Herrn Minister Christian Carius fungiert die *Serviceagentur Demografischer Wandel* als Informations-, Beratungs-, Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für die vielfältigen Fragen der demografischen Entwicklung in Thüringen. Der Dienstleistungscharakter der Einrichtung sowie die Umsetzung in einer Partnerschaft administrativer und zivilgesellschaftlicher Strukturen sind bisher bundesweit einmalig.

Ein Zusammenwirken beider Partner lag nahe. Neben den Bereichen Bau und Verkehr ist eine der Hauptaufgaben des Ministeriums die strategische Landesentwicklung unter besonderer Berücksichtigung des demografischen und ökologischen Wandels. Die Stiftung Schloss Ettersburg beschäftigt sich interdisziplinär mit den Folgen des demo-



grafischen Wandels auf unsere bauliche Umwelt, auf die Stadtentwicklung, die Siedlungs- und Infrastruktur sowie mit den ökonomischen Wechselwirkungen.

Die Serviceagentur beabsichtigt die Thüringer Kommunen, Verwaltungsmitarbeiter, Wirtschaft, Kirchen, Vereine und Verbände mit passgenauen Informationen zu versorgen, denn regional unterschiedliche Tendenzen erfordern zunehmend kleinräumliche Betrachtung und die Entwicklung individueller Strategien. Hierfür bereiten die Mitarbeiter statistische Daten auf, stellen regionale Expertisen zur Verfügung, machen mittels einer Ideenbörse erfolgreiche und übertragbare Praxisbeispiele zugänglich, halten Vorträge und führen eigene Fachveranstaltungen durch.

Regional unterschiedliche Tendenzen erfordern zunehmend kleinräumliche Betrachtung und die Entwicklung individueller Strategien.

Inhaltlich orientiert sich die Arbeit an Jahresthemen aus der Demographie – das Jahr 2012 zum Beispiel steht im Zeichen der Kommunalwirtschaft. Anpassungsoptionen unserer Wassersysteme und die Potenziale kommunaler Energieerzeugung sollen gezielt untersucht werden. Besonders berücksichtigt wird das Instrumentarium eines vorausschauenden Demografie-Managements und interkommunaler Kooperationen. Ziel der Serviceagentur ist es, lösungsorientierte und übertragbare Handlungsempfehlungen für die Akteure vor Ort zu erarbeiten.

2012 wird zum ersten Mal der *Thüringer Zukunftspreis* verliehen, der Maßnahmen, Konzepte und Projekte prämiiert, die einen nachhaltigen und innovativen Beitrag zur Gestaltung des demografischen Wandels in Thüringen leisten.

Ziel ist es, lösungsorientierte und übertragbare Handlungsempfehlungen für die Akteure vor Ort zu erarbeiten.

Dr. Michael Fraas

Stadtrat und Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg

Gesellschaftliche Teilhabe – stadtwirtschaftliche Vernunft

Die Städte stehen vor vielfältigen Herausforderungen, sei es der Klimawandel oder die demographische Entwicklung, die Finanzsituation öffentlicher Haushalte, der wirtschaftliche Strukturwandel oder die Transformation großer, ehemals industriell genutzter Flächen. Städtische Infrastrukturen, Flächenentwicklung und Wohnraumversorgung sind auf neue Ansprüche der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft einzustellen. Die aktive Teilhabe aller Stakeholder, aller Bürger ist Ausdruck lebendigen Gemeinwesens und entwickelt Urbanität, ein kreatives, innovatives, tolerantes und integrierendes Milieu in den Städten. Das Nebeneinander von Ethnien, Generationen und verschiedenen wirtschaftlichen Nutzungen verändert die Nachbarschaften, konfrontiert mit bisher unbekanntem Herausforderungen – birgt aber auch neue Chancen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundes ist mit eben diesen Herausforderungen konfrontiert. Mit einem Ausbau der Fördermöglichkeiten und des Erfahrungsaustauschs, bei Rücknahme von Bürokratie und mit Best Practice-Beispielen kann sie solche Herausforderungen *anzupacken* helfen und zum Gelingen und Verstetigen solcher Prozesse beitragen.

Die für eine aktive Gestaltung zukünftiger Lebensverhältnisse in der Stadt nötigen Energien entspringen daraus, dass sie als eine gemeinsame Aufgabe begriffen wird, die es zusammen mit allen Akteurinnen und Akteuren anzugehen gilt. Interdisziplinarität ist Voraussetzung für eine er-

folgreiche und nachhaltige Stadtentwicklung. Erfolgreiche Beteiligung erfordert ein kommunikatives Planungsverständnis: Stakeholder bringen ihr Wissen und ihre Erfahrung für die Gemeinschaftsaufgabe der Stadtentwicklung ein. Zukünftige Stadtentwicklungsaufgaben erfordern oftmals Beteiligung über das vorgegebene Maß hinaus. Ein wertschätzender Umgang ist die Basis, kooperative und innovative Verfahren sind die Mittel. Nachhaltigkeit, Innovation, gesellschaftliche Teilhabe und stadtwirtschaftliche Vernunft sind bei der Bewältigung der vielfältigen Heraus-

ten. Eine große Vielfalt eingereicherter Projekte spannt den Bogen von familienfreundlichen Unternehmen über innerstädtische Wohn- und Bauprojekte sowie medizinische Versorgung bis hin zu Modellen der Stadtentwicklung.

Die Serviceagentur demografischer Wandel lebt vom Engagement und Gestaltungswillen einer Handvoll Mitarbeiter der Stiftung Schloss Ettersburg und des Thüringer Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, die dieses Projekt in ihren jeweiligen Arbeitsalltag und ihre Strukturen integrieren. Bewusst wurde keine Parallelinstitution geschaffen – vielmehr sollen gezielt Synergieeffekte genutzt werden, die sich aus den Kenntnissen und Erfahrungen beider Partner in der Zusammenarbeit ergeben.



Die aktive Teilhabe aller Stakeholder, aller Bürger ist Ausdruck lebendigen Gemeinwesens und entwickelt Urbanität, ein kreatives, innovatives, tolerantes und integrierendes Milieu in den Städten.

Die aktive Teilhabe aller Stakeholder, aller Bürger ist Ausdruck lebendigen Gemeinwesens und entwickelt Urbanität, ein kreatives, innovatives, tolerantes und integrierendes Milieu in den Städten.

forderungen an die Stadtentwicklung die entscheidenden Maßstäbe. Anzustreben ist eine integrierte Zusammenarbeit von Verwaltung, Institutionen und Akteuren, die abgestimmtes Handeln, Synergien und einen effizienteren Einsatz der Mittel ermöglicht.

Zum Beispiel haben wir mit dem *Forum Stadtentwicklung* eine neue Ebene für integrierte Stadtentwicklung geschaffen, die zwar eine fachliche Eigenständigkeit der Ressorts bewahrt, jedoch die Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen, der Fachmilieus und der Öffentlichkeit als Gemeinschaftsaufgabe aller Ebenen betrachtet.

Erfolgsfaktoren dieser Arbeitsformen sind

- Vermittlung von Stadtentwicklung anhand konkreter Projekte,
- innovative, leistungsfähige Methoden und Instrumente,
- lebensnahes *Best Practice*,
- Klarheit strategischer Ziele und Rollenverteilungen,
- Offenheit für Konstellationen der Akteure und ihrer Interessen,
- Zeit und Ressourcen für Entwicklung von Ideen sowie das Beheben möglicher Konflikte.

Nachhaltigkeit, Innovation, gesellschaftliche Teilhabe und stadtwirtschaftliche Vernunft sind der entscheidende Maßstab bei der Bewältigung vielfältiger Herausforderungen für die Stadtentwicklung.

Prof. Dr. Paul Gans

Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Universität Mannheim

Klimaschutz, wirtschaftliche Leistungskraft und soziale Verantwortung

Konzentration und Vielfalt von Menschen, wirtschaftlichen Aktivitäten und Wissen zeichnen Städte aus. Sie sind Knoten von Kommunikation, Kapital- und Warenströmen. Auf diesen Merkmalen basieren ihre unterschiedlichen Funktionen von lokaler, regionaler bis globaler Reichweite, deren Qualität wie Quantität Grundlage für den Wohlstand ihrer Einwohner und ihres Einzugsbereiches ist. Kernaufgabe nationaler Stadtentwicklungspolitik ist es, die Funktionsfähigkeit der Städte sicher zu stellen. Handlungsfelder sind zum Beispiel wirtschaftliche Leistungskraft, soziale Verantwortung und Klimaschutz, zwischen denen eine Balance herzustellen ist.

Allerdings weiten sich hinsichtlich Wachstum, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsentwicklung, kom-

Stadtentwicklungspolitik sollte auf städtischer Ebene ganzheitlichen, integrativen Vorgehensweisen folgen und die Infrastruktur- wie die Sozialpolitik einbinden.

Zu den Negativfaktoren zählen

- zu breite Konzeptansätze und enge Zielkorridore,
- Zeit- und Legitimationsdruck,
- mangelnde Offenheit zwischen Ressorts und Fachkulturen.

Im Bereich der Stadtentwicklung schafft z. B. unser Projekt *koopstadt* neue Energien: Bremen, Leipzig und Nürnberg arbeiten in einem Gemeinschaftsprojekt zusammen, obwohl diese drei Großstädte in keinem räumlichen Zusammenhang stehen und unterschiedliche Strukturen aufweisen. Gemeinsam haben sie die Größe ihrer Siedlungsflächen und Einwohnerzahlen, die Vielfalt ihrer sozialen Schichten und kulturellen Angebote sowie eine Ähnlichkeit ihrer Geschichte von Handel und Industrie. Mit diesem Projekt eröffnen wir einen länderübergreifenden Wissens- und Erfahrungsaustausch. Der so ermöglichte Vergleich verschiedener Stadtentwicklungsprozesse kann den Städten innovative Lösungen und neue Energien vermitteln, das öffentliche Bewusstsein für Stadtentwicklung schärfen und Räume für das Engagement von Bürgern und Wirtschaft bieten. Dieses Kooperationsprojekt ist ein wichtiger Impulsgeber im permanenten Prozess unserer Stadtentwicklungsarbeit.



munaler Finanzsituation die Unterschiede zwischen den Städten aus. Dieser Trend wird sich in Abhängigkeit von ihrem historischen Hintergrund, ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur, ihrer Kultur und Tradition künftig fortsetzen. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit kann in eine Abwärtsspirale der Entwicklung von Städten und ihren Einzugsgebieten münden. Nationale Stadtentwicklungspolitik muss Voraussetzungen schaffen, dass Städte in eigener

Verantwortung neue Optionen entwickeln können. Auf lokaler Ebene ergeben sich in jüngster Zeit sowohl durch angebots- und nachfrageseitige Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten wie auch durch Änderungen politischer Vorgaben Herausforderungen, die mittelfristig den sozialen Zusammenhalt gefährden:

- Die seit einigen Jahren niedrige Anzahl fertig gestellter Wohnungen hat vor allem in Großstädten mit zunehmenden Einwohner- und Haushaltszahlen beträchtliche Mietpreissteigerungen zur Folge.
- Dieser Trend verstärkt sich noch durch erforderliche Investitionen in die energetische Sanierung sowie in notwendige Modernisierungen der Wohnungen im Zuge des demographischen Wandels.
- Der Anteil preisgebundener Wohnungen im Bestand verringert sich. Zum einen unterliegt der soziale Wohnungsbau zeitlich befristeten Mietpreisbindungen und Belegungsrechten, zum anderen setzen ökonomisch wenig interessante Finanzierungsbedingungen bei gleichzeitiger Verlagerung von der Objekt- zur Subjektförderung kaum Anreize zum Neubau in diesem Wohnungsmarktsegment.

- Die Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände ist ein weiterer Grund für die rückläufige Zahl von Wohnungen, auf die die Städte Zugriff durch Belegungsrechte haben.

In diesem Kontext haben kommunale Wohnungsbaugesellschaften eine hohe strategische Bedeutung für die Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte. Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht wird es immer wichtiger, *Leuchtturmprojekte* zu initiieren und neue Themen wie barrierearmes, familiengerechtes Bauen oder neue Formen des gemeinsamen Wohnens anzustoßen, da hier Folgeinvestitionen durch private Akteure zu erwarten sind. Die Wohnungsbaugesellschaften sehen den sozialen Auftrag auch künftig als eine ihrer Kernaufgaben. Aus quartiersbezogener Perspektive sollte die soziale Wohnraumbeförderung allerdings stärker den Bestand sowie den lokalen Kontext in die Förderkriterien einbeziehen.

Insgesamt sollte Stadtentwicklungspolitik auf lokaler Ebene von ganzheitlichen, integrativen Vorgehensweisen ausgehen und Infrastruktur- wie Sozialpolitik einbinden.

Nationale Stadtentwicklungspolitik muss Voraussetzungen schaffen, dass Städte in eigener Verantwortung neue Optionen entwickeln können.

Axel Gedaschko

Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.

Stadtquartiere in der Energiewende

Demografischer Wandel, Energiewende und die Notwendigkeit, das Klima zu schützen, bilden eine komplizierte Gemengelage, der sich die Städte stellen müssen. Der Wohnungsbestand, der mehr als die Hälfte des gesamten Immobilienbestandes Deutschlands und aller bebauten Stadtfächen ausmacht, spielt dabei eine wesentliche Rolle.

In den nächsten Jahren geht es um die grundlegende Erneuerung der Stadtquartiere – zu tragbaren Kosten als Voraussetzung für bezahlbares Wohnen. Ein beträchtlicher Teil der Haushalte hierzulande wird auch künftig auf kostengünstige Wohnverhältnisse angewiesen sein. Da das Wohnen ein Kernelement kommunaler Daseinsfürsorge ist und bleibt, wird die zuverlässige Kooperation von Kommunen und Wohnungswirtschaft wichtiger denn je.

In den nächsten Jahren geht es um die grundlegende Erneuerung von Stadtquartieren zu tragbaren Kosten als Voraussetzung für bezahlbares Wohnen.



Der zu bewältigende Erneuerungsprozess wird zu einer größeren Herausforderung, weil sich in vielen Stadtquartieren nach jahrelanger Unterfinanzierung der kommunalen Infrastruktur und des öffentlichen Raums ein Sanierungsstau gebildet hat, der teilweise bereits den Eindruck von Verwahrlosung entstehen lässt.

Der GdW unterstützt das Kernanliegen des Bundes, all seine Aktivitäten im Bereich der Stadtentwicklung durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik zu bündeln. Wir begrüßen die beabsichtigte Internationalisierung der Diskussion ebenso wie die Vielfalt der lokalen Projekte und Vorhaben. Zum Wettbewerb *Stadt bauen. Stadt leben* werden wir unsere Unternehmen zur aktiven Mitwirkung auffordern.

Die Vielfalt der Initiativen darf jedoch nicht vom Bündelungsauftrag auf nationaler Ebene ablenken, sondern sollte ihn stärken. Unserer Einschätzung nach steht das ressortübergreifende bundespolitische Handeln im Interesse einer integrierten Stadtentwicklungspolitik nach wie vor als Aufgabe an und kann besser werden.

Die Städtebauförderung ist das materielle und verfahrenstechnische Kernstück der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Der Bundeshaushalt sollte die Städtebauförderung ihrer strategischen Bedeutung gemäß auch weiterhin berücksichtigen und auch für die kommenden Jahre eine problemadäquate Mittelausstattung vorsehen.

Der GdW wird sich wie bisher als zuverlässiger Partner an den beabsichtigten Initiativen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beteiligen. Die von uns vertretenen Wohnungsunternehmen sind wichtige unmittelbare Gestalter von Lebensumwelt und Organisatoren von Nachbarschaften. Als Sanierungsträger und Projektentwickler, aber auch als Besitzer von Immobilien und Liegenschaften sind sie direkt in die kommunale Stadtentwicklungspolitik involviert. Sie haben ein unmittelbares Eigeninteresse an ressortüber-

greifender, nachhaltiger Stadtentwicklung als Basis von langfristiger Planungs- und Investitionssicherheit.

Als Bauherren bewegen wir die Hälfte des jährlichen deutschen Bauvolumens. Den Anspruch an Baukultur im Wohnungsbau tragen wir gemeinsam mit dem BDA und dem Deutschen Städtetag durch den Wettbewerb zum Deutschen Bauherrenpreis in die Öffentlichkeit. Sowohl im Neubau wie auch bei der Erneuerung des Bestandes geht es uns dabei um hohe Qualität zu tragbaren Kosten.

Unser Wohnungsbau leistet einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz und zum demografischen Wandel. Sowohl hinsichtlich des Energieverbrauchs als auch hinsichtlich der Schaffung barrierearmer bzw. barrierefreier Wohnverhältnisse sind unsere Bestände Vorreiter im Bundesdurchschnitt.

Als Mit-Begründer des *Bündnisses für eine Soziale Stadt* und als Mit-Auslober des *Preises Soziale Stadt* unterstützen wir im Interesse des Zusammenhalts in den Nachbarschaften vor Ort das Quartiersmanagement und lokale Partnerschaften – von den Schulen über die unterschiedlichsten sozialen Einrichtungen bis zu den Sportclubs.

Bei allen bisherigen Erfolgen – es bleibt viel zu tun. Damit unser unternehmerisches Handeln wirtschaftlich tragbar und für die Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt, brauchen wir die Unterstützung der öffentlichen Hand, unter anderem durch eine starke Wohnraumförderung und eine zuverlässige Förderung der energetischen Sanierung.

Der Bundeshaushalt sollte die Städtebauförderung ihrer strategischen Bedeutung gemäß weiterhin berücksichtigen und auch für die kommenden Jahre eine problemadäquate Mittelausstattung vorsehen.

Karl Jüsten

Prälat, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin, und Bettina Locklair, im Gespräch mit Peter Zlonicky

Werte für die Stadt

Es gibt das Modell der europäischen Stadt, wo alles, was wir uns in Städten wünschen, funktioniert: Dichte, Kontakt, Mischung, kurze Wege, Kommunikation. Die europäische Stadt ist weitgehend christlich geprägt, im Erscheinungsbild, aber auch in ihren Wertmaßstäben, nach denen sie lebt. Was tut die Kirche heute angesichts anhaltender Erosion und neuer Herausforderungen, um europäische Städte zu erhalten und weiter zu entwickeln?

Das Zentrum einer jeden Stadt ist nach wie vor der Kirchturm, ein katholischer oder ein evangelischer Kirchturm. Die beiden großen Kirchen in Deutschland investieren zum einen sehr viel, um die Substanz dieser oftmals bis auf die Gründung der Städte zurückgehenden Kirchenbauten zu bewahren. Zum anderen dürfen die Gebäude nicht nur museal bewahrt werden, sondern sie müssen auch mit Leben gefüllt werden, damit die *City-Kirchen* geistliche Zentren bleiben oder wieder werden, in denen die Fragen des menschlichen Miteinanders zur Sprache kommen und ihr Geist in die Stadt getragen wird. Die Kirchen und ihre angrenzenden Gemeindezentren sind zunächst Orte des Gottesdienstes, sind aber auch Orte des kulturellen Austauschs, der Bildung und des gemeindlichen Miteinanders und öffnen sich so für im engeren Sinne nicht religiöse Angebote, die den Menschen bei ihrer Sinnsuche helfen. Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft müssen die Menschen gemeinsame Vorstellungen, gemeinsame Werte, ein gutes Miteinander entwickeln können. Für solch ein gelebtes Community Building ist die Kirche nach unserem Verständnis ein sehr wichtiger Akteur vor Ort.

Oftmals ist die Kirchengemeinde der einzige Ort, an dem die Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft sich treffen und Fragen des menschlichen Miteinanders zur Sprache kommen.

Die Kirche übernimmt auch Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich, die in Zeiten von Kürzungen öffentlicher Haushalte schwer finanzierbar sind. Um diese Aufgaben angesichts geringer werdender Mittel nicht allein wahrnehmen zu müssen, suchen Sie nach neuen Partnerschaften?

Die Situation der Kirche ist in den verschiedenen Landstrichen sehr unterschiedlich: Die Städte in Ostdeutschland sind zumeist weniger stark von den Kirchen geprägt als im Westen oder Süden Deutschlands. Es müssen somit unterschiedliche Zugangswege gefunden werden. In einer Stadt wie Erfurt versuchen wir zum Beispiel Menschen unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zur katholischen Kirche mit Angeboten anzusprechen, die sie in ihrer jeweiligen



Lebenssituation benötigen. Auch das sind geistliche Angebote, also das Primäre, was die Kirche zu bieten hat.

Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft müssen die Menschen gemeinsame Werte und ein gutes Miteinander aentwickeln können.

Aber Sie sprechen zu Recht die soziale Dimension an; der christliche Glaube richtet sich darauf aus, für den anderen da zu sein. In dieser Hinsicht unternehmen wir Verschiedenes und unterstützen zum Beispiel die Projekte *Soziale Stadt* oder *Kirche findet Stadt*. Wir sind stark engagiert in der Pastoral für Migranten und bringen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft zusammen. Oftmals ist die Kirchengemeinde der einzige Ort, an dem die Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft sich treffen, etwa im Gottesdienst, beim Engagement in Jugendgruppen, Verbänden, im Kirchenchor, in der Frauengemeinschaft oder in der Kolping-Familie. Das ist alles wichtig. Darüber hinaus versteht sich die örtliche Caritas als Fachorganisation für Menschen, die nicht unbedingt in der Lage sind, von sich aus in den verschiedenen Bereichen zu partizipieren – viele Projekte stärken und mehren die Chancen für Teilhabe und Gerechtigkeit.

„Soziale Stadt“ war in den letzten zwanzig Jahren im Bund – in Nordrhein Westfalen sogar schon früher – eine wichtige Aufgabe der Stadtentwicklung: wie kann man das soziale Leben in den Quartieren unter Bedingungen von Arbeitslosigkeit, Armut, Migration, fehlenden kulturellen Angeboten entwickeln? Und gerade das Programm „Soziale Stadt“ ist angesichts der Mittelkürzungen zu allererst gefährdet. Welche Kräfte kann die Kirche mobilisieren, um diese zentrale Aufgabe weiter wahrzunehmen?

Der Kirche gelingt es immer wieder, viele Menschen ehrenamtlich für Aufgaben zu gewinnen. Daneben haben

wir viele hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finanziert. Manches lässt sich halt nur professionell bewerkstelligen. Die Stärke der Kirche liegt gerade in der Verbindung von Ehrenamt und Hauptamt, die in besonderer Weise Kräfte freisetzt. Wenn wir beklagen, dass die finanziellen Ressourcen überall knapper werden, heißt das nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen dürfen. Im Gegenteil: wir müssen umso kreativer überlegen, wie wir mit der Situation fertig werden.

Für ein gelebtes Community Building ist die Kirche ein sehr wichtiger Akteur vor Ort.

Ein weiterer für uns Kirchen extrem wichtiger Punkt ist, dass wir mit unseren eigenen Maßnahmen – auch Baumaßnahmen – in der Stadt präsent sind. Die Caritas mit ihren Einrichtungen und die katholischen Siedlungsdienste sind in fast allen großen Städten beheimatet. So sorgen wir mit dafür, dass Wohnviertel sozial nicht abkippen, sondern dass sie wo nötig durch gezieltes Wohnraummanagement wieder aufgerichtet werden. Jeder weiß, wie das geht, man muss es nur machen.

Wie sieht Ihre Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche vor Ort aus? Können sich die Dinge durch die Zusammenarbeit der Kirchen vor Ort besser entwickeln?

Wir haben immer wieder Gemeindesituationen, die wie Leuchttürme in der Stadt wirken, zum Beispiel in den Stadtteilen Höhenberg und Vingst in Köln, wo ein Pfarrer zusammen mit der evangelischen Kirchengemeinde Gemeinschaftsbildung betreibt, die über den Kreis der Kirchen hinausragt. Ganz konkret ist es so, dass die Sozialpartner – die evangelische Diakonie und die katholische Caritas – sich in der Regel abstimmen, wer was vor Ort am besten bewerkstelligen kann. Ideal ist es, wenn wir nicht konkurrierend, sondern ergänzend auftreten. Das funktioniert vor Ort meistens sehr gut. Wichtig ist natürlich, dass unsere Träger von den Kommunen Unterstützung erfahren. Allerdings spüren wir auch den Druck der Kommunen zu sparen. Sie ziehen sich aus Bereichen zurück, die sie laut Gesetz nicht unbedingt machen müssen, und davon sind leider meist gerade die Projekte betroffen, die für das soziale Leben im Quartier wichtig sind. Wo wir können, helfen wir. Das wird aber zunehmend schwieriger, denn auch unsere finanziellen und personellen Ressourcen sind endlich.

Für die Nöte Einzelner ist die Kirche oft der einzige Ort, wo Gespräche – auch im psychischen Bereich – möglich sind.

Wir wollen präsent sein und bleiben. Allerdings machen uns natürlich die gleichen Probleme wie auch den Kommunen zu schaffen. Hoffnungsvoll stimmen mich Berichte, dass dort, wo die Kirche sich aus dem Hauptamt zurückzieht, Räume für Neues entstehen, oftmals übernimmt das Ehrenamt diakonelle und seelsorgerliche Aufgaben, um auf diese Weise dem Auftrag des Evangeliums gerecht zu werden.

Wie sieht das konkret aus?

Es kommt zum Beispiel vor, dass eine Familie in ein leer stehendes Pfarrhaus einzieht, die das, was das Pfarrhaus ausmacht, nämlich Ort für Gemeinde zu sein, offen zu sein und die Möglichkeit einen Ansprechpartner zu bieten, auch weiterhin wahrnimmt.

Kommen wir zu den Fragen Klimawandel und Energie. Der klimagerechte Umbau der Städte und Gemeinden ist aufwendig. Energie wird immer teurer. Das Passivhaus, das Energie-Plushaus, die Elektromobilität führen dazu, dass das Leben in den Städten sich verändert und zu Belastungen führt, die verstärkt bei den Armen ankommen werden. Was auf uns zukommt, wird nur unter ungeheuren Kosten zu realisieren sein. Kann es da einen gerechten Ausgleich geben?

Die Frage der Energieversorgung zu halbwegs bezahlbaren Preisen wird zu einer Kernfrage. Energie gehört zur Grundversorgung einer Stadt, an der jeder partizipieren können muss. Sie darf kein Luxusartikel werden. Mit Energie werden wir zukünftig sorgsamer umgehen müssen und dieses schon beim Bau und bei Renovierungen bedenken. Gebäude sind allerdings unterschiedlich zu bewerten. Eine gotische Kirche können Sie nicht in wärmedämmendes Material einpacken, damit ruinieren Sie das Bauwerk. Da wird man möglicherweise das Problem kalter Kirchen dann doch einfach mit warmen Wintermänteln bewältigen müssen. Wenn frühere Generationen das geschafft haben, wird es uns in Zeiten von Goretex und warmen Decken sicher auch gelingen.

Energie gehört zur Grundversorgung einer Stadt, an der jeder partizipieren können muss. Sie darf kein Luxusartikel werden.

Virulenter ist die Frage allerdings im Wohnbau, wo die Menschen die Kälte unmittelbar spüren, und im Bereich öffentlicher Gebäude, Kaufhäusern, Gewerbe und Unternehmen. Hier bieten sich zudem die größten Potenziale, Energie einzusparen. Unsere eigenen Einrichtungen im Wohnungsbau gehen hier vorbildlich voran, und das nicht nur, weil die so genannte dritte Miete unserer Bewohner nur zu bewältigen ist, wenn sie durch Energiesparmaßnahmen reduziert wird. Der Gesetzgeber ist gut beraten, weiterhin Maßnahmen zu unterstützen, die das voranbringen, und insbesondere den sozialen Wohnungsbau neu zu aktivieren, den es ja so leider gar nicht mehr gibt.

Das kann ich nur unterstreichen. Andererseits liegen die Potenziale aber gerade im Bestand: Da ist der Bogen zur Entwicklung von Quartieren zu schlagen. Ein Ausgleich lässt sich im Quartier erreichen, wenn Neubauten und neue Infrastrukturen Energie produzieren – dann kann man auch akzeptieren, dass einzelne Bestände, sei es aus baukulturellen oder aus sozialen Gründen, keine zusätzlichen Einsparungsleistungen erbringen.

Ein weiterer Bereich notwendiger Einsparungen ist der öffentliche Nahverkehr und überhaupt der Verkehr innerhalb der Stadt. Je effektiver und effizienter wir Städte und den Transport von A nach B organisieren, desto mehr lässt sich auch einsparen. Je weniger Autoverkehr da ist, desto lebenswerter wird die Stadt.

Es ist notwendig die Stadt so zu gestalten, dass motorisierter Individualverkehr immer weniger erforderlich ist.

Dazu trägt auch Ihr Motorroller bei. (alle lachen)

Einen Elektroroller hätte ich natürlich noch lieber!

In München brauche ich kein Auto. Der öffentliche Nahverkehr ist gut organisiert, für die meisten Wege nutze ich mein Fahrrad.

Das Zauberwort für mich heißt Faltrad. Das kann man im öffentlichen Verkehrsmittel mitnehmen und ist dann überall mobil.

Das Thema Mobilität muss noch grundlegender betrachtet werden. Es geht nicht nur um den Transport von A nach B, sondern auch um die Überlegung, welche Mobilitätswege brauche ich überhaupt? Wie sieht es mit den Mobilitätsbedarfen aus? Kann ich da nicht einiges verändern?

Berlin ist immer ein wunderbares Beispiel dafür. Ich kann in meinem Kiez alles zu Fuß erreichen, was ich für das tägliche Leben benötige. Wie können wir das auf andere Städte übertragen? Automobilität zu verringern, weil sie einfach nicht mehr gebraucht wird, weil sich vieles zu Fuß oder anders erledigen lässt – das hat viele positive Effekte, für Kinder, für ältere Menschen und für Familien, vor allem für Eltern, die ständig Chauffeurdienste leisten müssen.

Gerade für Frauen, die viele Wegeketten auf sich nehmen – sie brauchen ein eigenes Auto, um ihre Kinder von der Schule zum Sport, zur Arbeitsgemeinschaft, ins Kino zu bringen. Da wäre zum Beispiel eine Mobilitätskarte nützlich, die für alle Arten von öffentlichem Verkehr gilt. Dann brauchen wir aber auch eine Mobilität, die nicht durch fossile Energien betrieben wird.

Elektromobilität wird ja immer als Alternative diskutiert, aber das greift zu kurz. Es ist notwendig die Stadtstruktur so zu gestalten, dass motorisierter Individualverkehr immer weniger erforderlich ist. Andernfalls ersetze ich bei der Elektromobilität nur den einen Treibstoff durch andere Energieträger.

Im Erdkundeunterricht war dieses Thema zu meiner Schulzeit in den 70er Jahren ganz groß. Wir haben Stadtentwicklung gemacht und schon damals über regenerative Energie gelernt, die noch als zu teuer angesehen wurde.

Gerade die Ölkrise führte uns vor Augen, dass die Vorräte an fossilen Energien endlich sind und fossile Energie die eigentlich teure Energieform ist, so dass es sich lohnt, ganz neu zu denken und zu handeln.

Der Abbau fossiler Energien wird immer aufwendiger, immer zerstörerischer wie beim ‚Fracking‘, nicht nur in Nordamerika. Der ‚Erhalt der Schöpfung Erde‘ war für mich immer eine wichtige Leitlinie meiner Arbeit. Wie wird die Kirche diesem Anspruch heute gerecht?

Das versucht sie auf ganz unterschiedliche Weise. Zunächst durch die Erarbeitung von Expertisen wie zum Beispiel den Expertentext *Der Schöpfung verpflichtet – Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie* vom Mai letzten Jahres. Darüber hinaus ist Kirche ein großer Multiplikator. Wir können wichtige Themen den Menschen in den Kirchengemeinden bewusster machen, in der Jugendarbeit, im Unterricht, wo immer wir als Kirche unterwegs sind. Und dann natürlich auch durch eigenes Handeln, durch Best Practice-Beispiele, sei es beim Energieverbrauch, bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Gestaltung von Pfarrfesten. Der letzte Katholikentag war klimaneutral. Darüber hinaus haben wir die Verkündigung, die den Finger in die Wunde legt. Als katholische Kirche haben wir den riesigen Vorteil, dass wir eine Weltkirche sind: was wir hier in Deutschland diskutieren, bereden wir mit unseren Partner in Amerika genauso wie in Asien und Afrika. Unsere Stärke ist, dass wir global zu einer einheitlichen Auffassung kommen können und so wo nötig auf unsere jeweiligen nationalen Regierungen Einfluss nehmen.

Der Begriff Kommune bringt zum Ausdruck, dass man in einer Gemeinschaft lebt und nicht für sich alleine.

Was erwarten Sie von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik? Was muss der Bund tun, wenn Kultur und Leben in den Städten eine nachhaltige Entwicklung erfahren sollen?

Das was deutsche Städte immer stark gemacht hat und auch heute stark macht, sollte man weiter ausbauen; zum Beispiel eine gesunde soziale Mischung in den Wohnquartieren zur Vermeidung von Ghettobildungen, ausreichend gute Bildungsangebote in den Städten, die den Menschen Teilhabe ermöglichen. In unserer Sozialpolitik sollen wir nicht hinnehmen, dass bestimmte Schichten von der Entwicklung abgehängt werden und abstürzen. In dem Begriff Kommune wird zum Ausdruck gebracht, dass man in einer Gemeinschaft lebt und nicht für sich alleine. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels sollte man Städte dann allerdings so gestalten, dass alle Altersgruppen zu ihrem Recht kommen und sich entfalten können.

Wie finden junge Familien, die in der Innenstadt ohne grüne Freiräume wohnen, einen Ausgleich?

Zunächst sollte es Städte ohne ausreichend grüne Freiräume nicht geben. Seit dem 19. Jahrhundert kennen wir außerdem die segensvolle Einrichtung der Schrebergärten oder Kleingartenanlagen. Sie ermöglichten es insbesondere mittellosen Familien, im Sinne der Subsistenzwirtschaft die finanziellen Spielräume zu erweitern. Heute dienen sie vor allem der Freizeit und Erholung. Wussten Sie, dass die katholische Kirche nach der Bahn der größte Betreiber von Kleingartenanlagen in Deutschland ist?

Es kann nicht sein, dass in den Innenstädten nur noch Wohlhabende und alte Menschen wohnen.

Nein, das ist mir neu. Nach der Bahn?

Weil die Bahn die Restgrundstücke neben den Schienen nicht bebauen durfte, hat sie im 19. Jahrhundert viele Grundstücke dafür zur Verfügung gestellt. Auch die Kirche hat Parzellen armen Bevölkerungsschichten zu günstigen Konditionen überlassen. Profitiert haben vor allem Menschen, die in kleinen Verhältnissen lebten.

Es gibt zunehmendes Interesse am Garten nahe der Stadt, von jungen Leuten und auch von Migranten.

Nun, im Zuge des Generationenwechsels finden die alten Schrebergärten zunehmend neue Besitzer.

Was sind aus Ihrer Sicht, Herr Prälat, weitere wichtige Handlungsfelder für die Gestaltung der Städte?

Wir müssen auch im Bereich des alters- und mehrgenerationengerechten Wohnens Erhebliches unternehmen. Die Innenstädte müssen wieder belebt und kurze Wege ermöglicht werden, um Städte wieder lebenswerter zu machen. Es kann nicht sein, dass in den Innenstädten nur noch Wohlhabende und alte Menschen wohnen. Junge Familien müs-

sen die Chance haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden, so bleiben die Städte durch ihre Bewohner lebendig.

Vor allem darf das kulturelle Leben nicht veröden. Die Stadt lebt unter anderem von Kultur: vom Theater, von der Oper, von allem, was als Hochkultur bezeichnet wird, und von der Kultur der Bürgerinitiativen. Städte dürfen nicht zu reinen Konsum-Zonen verkommen, so wichtig das Leben durch den Handel in der Stadt auch ist. Handel allein macht noch keine Stadt.

Herr Jüsten, Sie vermitteln die Werte, die für die Entwicklung der Europäischen Stadt wichtig sind. Ich danke Ihnen für das Gespräch.



Angesichts des demographischen Wandels sollte man Städte so gestalten, dass alle Altersgruppen sich darin entfalten können.

Ralf Meister, Hannover

Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Vorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Verantwortung für den Ort und die Gemeinschaft

Herr Meister, was sind für Sie „Urbane Energien“?

Historisch findet sich das altgriechische *Energia* häufig in der Bedeutung von Wirken, ins Werk setzen, Bewegung, eine Form der Strömung, immer als etwas Dynamisches, da steht Energie der Religion näher als der Technik.

Unter urbanen Energien verstehe ich heute auch grundlegende Formen des Miteinanders. Welche Dynamiken, welche Impulse, welche Kräfte wirken, damit eine städtische Kommunikationsgemeinschaft entsteht und stabil bleibt? Da stehen wirtschaftliche Faktoren im Hintergrund und kulturelle Faktoren im Vordergrund. Bei Energien denke ich in erster Linie an Kommunikation, vielleicht auch – abgehoben von Religion – an die Frage: Was sind Energiefelder, aus denen und in denen wir leben? Ich glaube, Religion hat im Kern mit Energie zu tun, mit geistiger und geistlicher Energie. Das sind Inspirationsmomente, Dynamiken, die schafft man nicht mit technologischer Informationsverarbeitung, die umgreifen Leib und Seele und bestimmen sehr viel tiefer- und weitergehend als alle wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten das Sein des Menschen.

Unter urbanen Energien verstehe ich vor allem grundlegende Formen des Miteinanders.

Sie beziehen sich auf das Individuum – lasse sich das auf die Gesellschaft erweitern, auf die Kommunikation unterschiedlicher gesellschaftlichen Gruppen? Wird da nicht auch Energie erzeugt?

Wo finden wir Energiefelder im städtischen Kontext? Ich wäre sehr skeptisch zu sagen, die ganze Stadt selbst sei ein großer Pool von Energie, aber wir finden sie oft territorial, Kiez- oder Quartiersbezogen. Bindungskräfte entstehen dadurch, dass Menschen sich mit dem Ort, an dem sie leben, identifizieren.

Ich glaube, historisch gesehen hat häufig das energetische Zentrum der Religion diese Bindung ausgelöst. In dörflichen Kulturen erleben wir bis heute das große Bedürfnis, *die Kirche muss im Dorf bleiben*. Die Strahlkraft von historisch geprägten Gebäuden, die Gemeinschaft stiften, darin sind Religionen stark. Manchmal finden wir das auch in Städten. Im scheinbar so atheistischen Berlin zum Beispiel findet man das immer noch, weil Berlin eine Segmentie-

Bindungskräfte entstehen dadurch, dass Menschen sich mit dem Ort identifizieren, an dem sie leben.



rung in alte Dorfstrukturen hat. In bestimmten Bereichen ist die Dorfstruktur noch heute erlebbar und die Kirche stellt sichtbar den Mittelpunkt dar.

Urbane Energie geht oft von religiösen Wirkfeldern aus, in denen sich Gemeinschaft bildet. Das kann nicht nur durch Gebet, durch Gottesdienst geschehen, sondern Gemeinschaft entsteht oft auch durch Gemeinwesen-Diakonie, durch soziales Engagement, durch Expertentum von Hauptamtlichen. Pastoren und Diakone kennen das Quartier, kennen jeden Menschen und daraus erwachsen Bindungen.

Urbane Energie geht oft von religiösen Wirkfeldern aus, in denen sich Gemeinschaft bildet.

Aber wo gelingt so etwas? Die alten Merian-Bilder signalisieren deutlich, wie Stadtsilhouetten von Kirchtürmen markiert wurden, in den unterschiedlichsten Bereichen von ganz Deutschland erkennt man das – von Lübeck bis Regensburg. Immer stehen da zwischen Himmel und Erde diese Zeichen, die Kirchen, und stiften eine Energie, die sonst nirgends vorkommt, eine Ursprungs-Energie der Stadt selbst.

Welche Rolle spielt der Kölner Dom? Welche Rolle spielt die Frauenkirche in Dresden? Welche Rolle spielt der Hamburger Michel für Hamburg? Da haben wir, obwohl schon weit entfernt von Merians klassischen Stadtansichten, noch immer diese religiös inspirierenden Felder, in denen Menschen eine Bindung erleben. Längst nicht so verlässlich und tief wie in der Vergangenheit, wir leben nicht mehr unter einem geschlossenen religiösen Wirkhimmel, aber doch so, dass wir ahnen: da werden Ressourcen vorgehalten, die es sonst nirgendwo gibt.

Eine dieser prägenden Ressourcen, für die Religionen, nicht nur die christliche, eine Rolle spielen, ist der Trost. Immer wieder genannt, der 11. September 2001, als die Menschen an religiöse Orte gekommen sind. Die Sehnsucht nach Wirkfeldern des Trostes fand in Kirchen einen besonderen Raum.

Eine zweite Dynamik ist die Hoffnung. Welche Räume bieten sonst die Möglichkeit, die städtische Existenz auf eine andere Welt hin zu beziehen? Auf die Welt, von der wir träumen, wenn wir über Städte nachdenken? Eine Welt des friedlichen Miteinanders fremder Kulturen, von Menschen, die sich fremd bleiben? Wo gelingt das? Wo entsteht Hoffnung? Da sind Kirchen, religiöse Orte, die klassischen Sehnsuchtsorte städtischer Existenz. Kirchen sind Erholungsgebiete für die Seele. Die braucht man.

Im Zusammenhang der Energiewende braucht es Bürger, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Harmonisiert der Begriff der individuellen Verantwortung mit dem energetischen Kontext, den Sie beschreiben?

Eine Schlüsselfrage ist, wie wir bei nach wie vor wachsenden individualistischen Tendenzen, einer radikalen Pluralität von Lebensformen in unserer Gesellschaft, einen Grundsinn für das Gemeinsame stiften können. Wie gelingt das? Was verbindet jemanden, der in der zweiten Generation im Prekariat lebt und Harz IV als Lebensziel hat, denn noch mit dem Kiefernorthopäden, der mit 36 seine zweite oder dritte Million gemacht hat? Wir haben zwar rechtliche Möglichkeiten, dort Verbindungen zu schaffen, aber wir brauchen ja viel mehr. Wir brauchen ein gemeinsames Ethos, ein Grundverständnis dafür, dass jeder sich nach seinen Möglichkeiten verantwortlich fühlt für die ganze Stadt.

Die Energiewende hat ihren Preis im Leben der Gemeinschaft, weil wir künftig mit weniger auskommen und viel aufmerksamer sein müssen in unserem persönlichen Verhalten.

Bei der technologischen Energiewende mangelt es jetzt am Ausbau einer Infrastruktur, mit der die regenerativen Energien sich verteilen lassen. Der Kirche mangelt es nicht an Infrastruktur, sie verfügt über ihre eigenen Netze. Könnte sie die nicht nutzen, um für mehr individuelle Verantwortung zu werben?

Die Kirche hat seit zwei, drei Jahrzehnten immer wieder eine konkrete Energiewende gefordert. Die EKG-Synode erklärte 1987 zum ersten Mal klipp und klar: *Wir müssen raus aus der Atomenergie*. Wir haben also einen 25-jährigen Vorlauf zur Energiewende. Jetzt sagen wir innerhalb der Mitgliedschaft unserer Kirchen und hoffentlich darüber hinaus: Die Energiewende hat ihren Preis, sie wird Geld kosten. Sie hat aber vor allem ihren Preis in unserem eigenen Leben und im Leben der Gemeinschaft, weil wir künftig

mit weniger auskommen müssen, weil wir viel aufmerksamer sein müssen in unserem persönlichen Verhalten: Wie gehen wir mit Energie um? Verschleudern wir sie oder setzen wir sie sinnvoll ein? Das ist für mich eine spezifische Aufgabe der Kirche, den grundlegenden gesellschaftlichen Wandlungsprozess gemeinwesenorientiert zu begleiten. Das bedeutet, dass jeder eine Verantwortung für die Zukunft dieser Gesellschaft hat und dass diese Verantwortung nicht heißt, dass man immer mehr bekommt, sondern dass wir lernen müssen, mit weniger auszukommen.

Das Thema der sozialen Balance geht für mich mit zentralen Fragen einher: Was bedeutet dieses Weniger? Wie macht man dem Kiefernorthopäden klar, dass die nächste Million ihn nicht glücklicher macht? Und wie gibt man dem anderen aus dem Prekariat wieder Hoffnung? Hoffnung, die in seinen näheren Lebensumständen spürbar wird, damit er sie mindestens an die nächste Generation weitergeben kann. Kann Kirche zu dieser Balance beitragen?

Wir müssen das Immer Mehr in eine Kultur des Genug verwandeln.

Ich glaube, wir befinden uns in einer ganz entscheidenden Phase. Wir denken ja zum erste Mal öffentlich darüber nach, was es heißt, eine Gesellschaft des Weniger zu werden, a) demographisch, b) im Verbrauch der Ressourcen und c) in Grundanfragen an das Diktum des Wachstums. Der Prozess greift in eine Kultur ein, die seit Jahrhunderten im Wachstum war und im 20. Jahrhundert in einer unglaublichen Dynamik eine Kultur des *Immer Mehr* wurde. Sie hat das *Immer Mehr* zwar nicht gezüchtet, aber zugelassen, dass es gesellschaftlich sanktioniert war. Man wollte immer mehr und durfte das.

Das *Immer Mehr* in eine Kultur des *Genug* verwandeln, kann nicht die Kirche allein leisten. Kirche kann die Menschen vielleicht ermutigen, ein erfülltes Leben nicht als ein Leben des *Immer Mehr* zu begreifen, sondern ein Leben von anderer Qualität und Substanz: ein Leben, das gewinnt, indem es teilt und Anteil nimmt an Not, Freude und Leid der anderen.

Wer für sich selbst sagt, es ist genug, bekommt viele Fragen: Warum gönnst du dir das nicht, Du kannst es Dir doch leisten? Leistet man sich nicht, was man könnte, ist das gesellschaftlich aber auch noch nicht grundlegend akzeptiert. Ich glaube, die Kirche kann an manchen Stellen Initiatorin sein und Menschen begleiten. Das ist nicht ganz einfach, weil man selbstkritisch sagen muss: die Kirche ist da ja auch mitgelaufen. Wir glauben zwar, dass wir das Geld für gute Sachen ausgeben, aber wir sind natürlich trotzdem Teil dieser Wachstumsdynamik. Wir haben Kirchen gebaut, so viele wir nur konnten. Deshalb ist es auch für die Kirche keine leichte Übung.

Nun ist Kirche ja auch vielfältig gegliedert in Organisationen, die vor Ort arbeiten und direkt mit den Menschen reden können. Wir haben von dem Projekt ‚Kirche findet Stadt‘ gehört, einem ökumenischen Projekt. Wie sieht es da mit neuen Partnerschaften aus, die hoffen lassen, dass sie diese Gedanken weiterbringen?

Ich glaube, da sind wir – nicht nur als Kirche – in einer guten Phase. Auch in der Kirche sind die klassischen Abtrennungen zwischen Disziplinen oder Handlungsfeldern nicht mehr en vogue. Wir sehen, dass die Herausforderungen, vor denen wir stehen, auch in der Weltgesellschaft nur noch gemeistert werden können, wenn wir sie als gemeinsame Herausforderungen verstehen. Die Fragen der Demographie oder des Wandels hin zu regenerativer Energiegewinnung zum Beispiel handeln von Wandlungsprozessen, die nicht nur politisch sind, die nicht nur ökonomisch sind, die nicht nur sozial sind, sondern eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft beinhalten. Die Kirche muss sich bestimmten Themenfeldern neu stellen.

Da entstehen neue Allianzen. Gleichzeitig spüren immer mehr Menschen, dass dieser Wandel manchmal auch in Gefahr ist, geistlos zu werden. Wir sind hervorragend in Prognostik. Wir haben eine Fülle von Trendforschern, die uns genau sagen, wo das alles hinführt. Wir können das berechnen, in Tortendiagrammen und Grafiken und Verläufen zeigen, in Powerpoint-Präsentationen zeigen, wie die Welt weitergeht – all das zwingt uns zum Handeln. Ich glaube aber, so wäre das nur ein Handlungsreflex.

Wir brauchen ein gemeinsames Ethos, ein Grundverständnis dafür, dass jeder sich verantwortlich fühlt für die ganze Stadt.

Was wir brauchen ist ein Ethos. Wir brauchen eine innere Haltung – wohin geht es? Diese innere Haltung mit zu erarbeiten, ist auch Aufgabe der Kirche. Das ist aber nicht nur eine religiöse Frage, das ist auch eine soziale Frage, manchmal auch eine Frage der Inkulturation, des Umgangs mit Fremden. Zu sagen *Du musst jetzt aber und Sei lieb zu den anderen* hilft noch keinem, das ist nur der Auftrag. Beantworten lässt sich die Frage, wenn man auch innerlich mitgeht und es mit einer Geisteshaltung vermittelt. Ich erlebe die Kirche jedenfalls als sehr aufmerksam auf der Suche nach neuen Partnern und zwar nicht in erster Linie, damit wir alle möglichst fromm werden, sondern um den Wandel unserer Gesellschaft geistig-geistlich gut zu begleiten.

Was kann die Kirche von einer Stadtentwicklungspolitik des Bundes erwarten, die den Versuch macht, die Energiewende zu befördern, zu begleiten und dafür dringend Partner braucht?

Eine der Fragen, die uns als Kirche gestellt werden muss, ist: Könnt ihr vermitteln? Die Kirche hat einen hohen Status, weil sie grundsätzlich überparteilich ist. Bei der Frage der

Energiewende begeben wir uns auch in neue Konfliktfelder hinein. Das erleben wir jetzt gerade bei der Frage der neuen Leitungen bei der Bundesnetzagentur – wo geht das hin? Wer stellt sich dagegen? Da ist die Vermittlungskompetenz der Kirche wichtig. Man kann das übrigens auch in Gorleben sehen, da wirkte die Rolle der Kirche nicht verschärfend, sondern vermittelnd. Das kann sie auch in städtischen Gesellschaften gut machen, da hat sie – so meine Erfahrung Hamburg, in Berlin – immer noch ein gutes Ansehen. Das ist die erste Frage, die wir uns als Kirche stellen lassen müssen: Könnt ihr da vermittelnd helfen?

Zweitens kann die Kirche großen Vereinen, Verbänden, Institutionen unserer Gesellschaft manchmal auch Vorbild sein. Sie kann zum Beispiel besonders konsequent in ihren eigenen relativ großen Gebäudebeständen mit attraktiven Modellen Energie einsparen, auch fossile Energie. Die hannoversche Landeskirche besitzt an die 8000 nicht eben kleine Gebäude: Wie vorbildhaft gehen wir damit um? Das ist diese zweite Frage an die Kirche: Verhaltet Ihr Euch eigentlich selbst überzeugend? Der dritte Punkt ist keine Frage, die man uns stellt, sondern der eigene Auftrag: Wir werden auch angesichts einer klugen, nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik permanent fragen: Wie glaubwürdig und konsequent seid ihr in der Umsetzung eurer Ziele? Bei der Energiewende? Bei der Nutzung neuer Energiesysteme? Ich glaube, man kann das als Arbeitsauftrag der Kirche verstehen, aufmerksam, manchmal sogar penetrant nachzufragen.

Ich halte die vermittelnde Rolle, die Sie angesprochen haben, für sehr wichtig. Ich persönlich habe sie im rheinischen Braunkohlerevier erlebt, wo letztlich nur noch die Kirche Ansprechpartner für die Menschen war, die sich unmittelbar existenziell bedroht fühlten, abgebaggert zu werden. Da war die Kirche oft die einzige vermittelnde Institution zwischen Politik, Bergbautreibenden und den Bewohnern vor Ort.

In gewissem Sinn wurde damals schon eine Energiewende eingefordert, die heute hoffentlich eingelöst wird. Da haben wir die Kirche als eine sehr hilfreiche, vertrauens- und glaubwürdige Institution erlebt. Aber ich glaube, dass der geistige Anspruch, den Sie formuliert haben, zu setzen ist gegen die rein technischen Fragen von Leitungstrassen und Energieproduktion und Dämmung und Infrastruktur und was wir sonst noch so hören. Was ist gegen die Einseitigkeit technischer Orientierung der Energiewende zu tun?

Das finde ich einen guten Hinweis. Die Kirche mahnt auch. Wir haben ein gutes halbes Jahrhundert friedlicher Nutzung der Atomenergie hinter uns, wir haben etwa 150 Jahre im Abbau von Stein- und Braunkohle hinter uns, das heißt wir haben teilweise eine desaströse Naturvernichtung betrieben. Wir bewegen uns aus einer Phase der vorsätzlichen Naturzerstörung heraus. Man muss mahnend sagen: wir haben, wenn auch mühsam, hoffentlich gelernt, dass wir für die Zukunft der Menschheit auf diesem Planeten einen anderen Umgang mit der Schöpfung brauchen. Wir müs-

sen ein anderes Sensorium für die Schadensträchtigkeit der Technologien entwickeln. Wir werden nicht nur reine Technologiefolgen abzuschätzen haben, sondern auch herausfinden müssen, inwieweit die Schadensträchtigkeit von Planung und Forschung in Naturzusammenhänge eingreift. Wir müssen wissen, dass wir enorme Schadensprozesse provozieren. Ich glaube, das Mahnen bleibt eine große Herausforderung an den Mut der Kirche.

Die Kirche ist ja eine global vertretene Institution, sie sieht nicht nur den Klimawandel bei uns in Mitteleuropa, wo er uns in einer relativ angenehmen Situation erreicht, sondern sie sieht auch die Auswirkungen unserer Lebensart außerhalb von Europa in Afrika und der Dritten Welt. Führt das nicht zu einer ganz anderen, globalen Verantwortung?

Ja, das stimmt. Wir bringen in dieser Frage Erfahrungen aus dem Kontext der ganzen Welt mit ein. Es ist ja kein Zufall, dass die entwicklungspolitische Arbeit Deutschlands sehr eng mit den Kirchen zusammengeht. Man muss ehrlicherweise sagen, dass die Völker, die unter den von uns provozierten globalen wirtschaftlichen Zusammenhängen leiden, keine starke Stimme in unserem Land haben. Daran zu erinnern übernimmt die Kirche.

Gibt es Projekte ihrer Kirche, wo die Energiewende schon in Bewegung ist?

Es gibt ganz praktische Situationen. Ich habe mich jüngst in Seckenhausen über ein relativ altes Projekt gefreut. Da gibt es eine Kirche, deren ganzes Dach, das ganze Dach des Gemeindehauses und nun auch das ganze Dach des Pfarrhauses mit Photovoltaik belegt wurden. Das ist eine Initiative,

die schon vor vielen Jahren startete, als man über Photovoltaik noch eher die Nase rümpfte. Die Kirchen waren relativ weit vorn, über andere Energieformen nachzudenken. Heute werden sie oftmals von der Denkmalpflege gebremst.

Wo ich Kirche als stark erlebe, ist – unabhängig von der Energiewende – wenn sie in kleinen Städten und Dörfern auf dem Markt eine eigene Identität schafft und sagt: Wir bleiben bei Euch an diesem Ort, wir bleiben verlässliche Partner für die Gemeinschaft, die hier lebt. Das ist für mich deshalb so wichtig, weil hier neue Energien erzeugt werden. Die kann man heute nicht mehr bezahlen, die Kirche nicht, die Politik nicht. Das geht nur, weil Menschen sich freiwillig ehrenamtlich engagieren. Dieses Energiefeld – *Ich bin verantwortlich für diesen Ort, für die Gemeinschaft der Menschen* – zu stimulieren und Menschen zu motivieren, das ist eine Zukunftsaufgabe. Da erlebe ich die Kirche als sehr wach.

Jüngst begegnete ich acht oder neun Bürgermeistern im Harz. Der West-Harz ist ein von Abwanderung relativ stark betroffenes Gebiet, es ist eine Region in der Gefahr der Depression. Die Bürgermeister sagten zur Rolle der Kirche: *Stark seid ihr, dass ihr immer noch an Dinge glaubt, an die sonst keiner mehr glaubt. Einer erzählte: Als wir den Kirchturm in unserem Ort sanieren wollten, da hat man uns gesagt, dafür brauchen wir eine Million. Da haben alle gesagt: Vergesst es!*

Aber es gab eine Menge Leute von der Kirche im Ort, die meinten: *Wir haben die Energie, wir schaffen das!* Die haben an etwas geglaubt, woran andere nicht mehr glauben. Und sie haben es geschafft! Sie haben das Geld gesammelt und



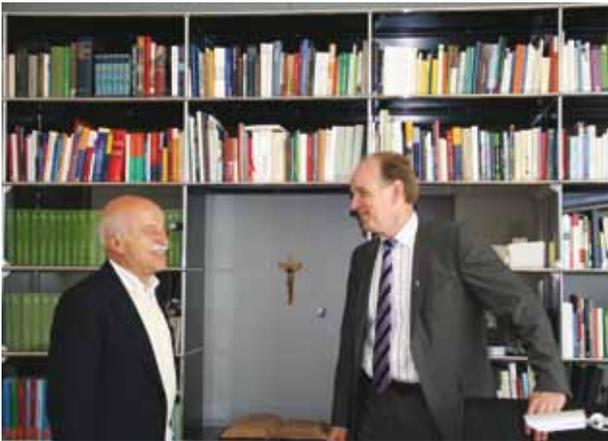
diesen Kirchturm saniert. So etwas ist mir fast noch wichtiger als eine Photovoltaikanlage auf dem Dach. Diese Motivation zu stiften, das ist eine ganz zentrale Aufgabe.

Man kann es als Auftrag der Kirche verstehen, aufmerksam, manchmal sogar penetrant nachzufragen.

Christen glauben an eine Welt, die noch kommt und die besser ist als die, in der wir leben. Alle großen Stadtutopien sind große Bilder. Das himmlische Jerusalem aus der Apokalypse der Bibel ist der Grundgedanke einer anderen Stadtform, in der alles gut ist.

Sie beschreiben, wie urbane, wie gemeindliche Energien erzeugt werden durch kirchliche Arbeit vor Ort. Für mich ist jede europäische Stadt zuallererst christlich geprägt. Die Kirchtürme bestimmen die Bilder in unseren Köpfen, wenn wir uns mit starken Stadtbildern identifizieren.

Ja, diese Zeichen greifen in den Stadtutopie-Gedanken ein. In Altardarstellungen oder Deckenleuchtern in den Kir-



chen begegnet man ja auch immer wieder den zwölf Türmen des himmlischen Jerusalem.

Im Aachener Dom zum Beispiel.

Diese Idee steckt auch in dem Motto: *Wir glauben, es gibt noch eine andere Stadt.* Mich hat das unglaublich berührt: In Rio de Janeiro gab es in einem Armutsviertel eine Initiative von damals vierzehnjährigen Jungen, die in spielerischer Form über Jahre mit Legofiguren und kleinen Mauern ihre Favelas an einem Hang nachgebaut haben. Das wurde zu einer Touristenattraktion: wie bauen Kinder, Jugendliche ihre eigene Stadt nach mit den Konflikten, Auseinandersetzungen zwischen Drogenhändlern und der Polizei? Das Modell ist auf Tournee gegangen. Für mich war das ein ganz starkes Motiv: Wir leben nicht nur in der Stadt, in der wir leben, sondern wir träumen auch immer von einer anderen Stadt.

Das himmlische Jerusalem kann beides: eine Vertröstung sein, aber auch Energien mobilisieren.

Ich bin verantwortlich für diesen Ort, für die Gemeinschaft der Menschen – dieses Energiefeld zu stimulieren ist eine Zukunftsaufgabe.

Richtig, man kann der Kirche vorwerfen, dass sie auf das Himmelreich vertröstet. Aber wenn Kirche das tut, verwirkt sie ihren Auftrag. Mich führt der Trost, dass eine andere Welt kommt, mitten in dieses Leben hinein. Was uns gelingen kann, so Gott will und wir Kräfte genug haben: dass wir etwas von dem sichtbar machen, was einmal kommen wird.

Herr Meister, Sie appellieren an ein gemeinsames Ethos – wir wünschen uns sehr, dass dieser Appell in der Politik und in den Städten ankommt. Danke für dieses Gespräch!

Wir leben nicht nur in der Stadt, in der wir leben - wir träumen auch immer von einer anderen Stadt.

Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk, Architektin und Stadtplanerin, Stadtbaurätin der Stadt München, im Gespräch mit **Prof. Regula Lüscher**, Architektin und Stadtplanerin, Senatsbaudirektorin für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin

Gemischte Stadt neu denken

Regula Lüscher und Elisabeth Merk sind Mitglieder des Kuratoriums Nationale Stadtentwicklung beim Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. In dieser Rolle haben sie bereits 2009 ihr Selbstverständnis zur Stadtentwicklungspolitik erklärt. Für das neue Heft mit Positionen des Kuratoriums übernehmen wir den folgenden Text, der Auszüge aus einem öffentlichen Gespräch am 6. Dezember 2011 enthält und mit den Themen Bürgerbeteiligung, Gestaltungsbeiräte, Internationale Bauausstellungen und Zwischennutzungen im besten Sinne ‚Urbane Energien‘ diskutiert.

Beteiligungsverfahren

Merk

Berlin ist ja ein besonderes Pflaster. Die Schweiz hat andere Verfahren und Gepflogenheiten, mit Bürgerbeteiligung und Planungsprozessen umzugehen. Wir reflektieren das sehr aufmerksam hier in München. Es gibt Unterschiede, wie man Bauen, Planung, Stadtgestaltung in der Gesellschaft aufgreift und verhandelt. Was ist Dein Eindruck nach vier Jahren Deutschland?



Lüscher

Ja, die Unterschiede sind tatsächlich größer als ich es mir vorgestellt habe. Nach diesen vier Jahren Auslandserfahrung bin ich überzeugt, dass jedes Land seine Beteiligungskultur und seine politische Kultur so weiterführen muss wie sie in der eigenen Kultur und in der eigenen Geschichte verankert sind.

Gleich vorweg: ich würde weder Deutschland noch einem anderen Land die direkte Demokratie einfach so empfehlen, sie hat wie jedes politische System Vor- und Nachteile. Ich glaube aber, es gibt wenig demokratische Formen, die – sollen sie einigermaßen funktionieren – dermaßen stark davon abhängen, dass sie in einer langen Tradition und Kultur verankert sind. In Berlin habe ich nach wenigen Monaten realisiert, wie stark ich mit der Art, wie ich kommuniziere und Dinge verhandle, diskutiere, davon geprägt wurde, dass ich in einer direkten Demokratie aufgewachsen bin. Man argumentiert anders, wenn man geschult ist, primär den Konsens, das Gemeinsame zu suchen und nicht die Differenz. Das ist ein großer Unterschied.

In Berlin ist mir aufgefallen – und ich glaube, das ist nicht nur in Berlin so – dass Diskussionen nur als interessant empfunden werden, wenn sie Differenzen herausarbeiten: Was sehe ich anders als du? In der Schweiz dagegen war ich einen Diskussionsstil gewohnt, der immer versucht, Argumente des Gegenübers aufzunehmen und herauszufinden: Wo sind die Schnittstellen? An welchen Themen kann ich weiter diskutieren? Dort geht es eher darum, schnell etwas Gemeinsames zu finden, weil das die Voraussetzung ist, Dinge überhaupt zu bewegen. Auch in der Schweiz wird bei Bürgerbeteiligungsveranstaltungen oft heftig diskutiert, aber die Bürger sind sich einfach bewusst, dass sie schlussendlich an die Urne gehen und mit ja oder nein stimmen können, dass sie bis zum Schluss wirklich Einfluss auf den Entscheidungsprozess haben. In Berlin habe ich mich oft

gefragt, mit welcher Verbindlichkeit ich solche Veranstaltungen eigentlich beenden kann, weil mir bewusst wurde, dass die Beteiligung eigentlich keine direkten Folgen hat. Irritiert hat mich auch die Erfahrung, als ganz am Anfang meiner Zeit in Berlin beschlossen wurde, dass man Bürgerbegehren einreichen, also Referenden starten kann. Da habe ich natürlich sehr schnell realisiert, dass das im System zumindest zu einer mittleren Verunsicherung, wenn nicht gar zu Chaos führt, weil plötzlich keinem mehr klar ist, was eigentlich wo auf welcher Ebene entschieden wird.

Merk

Ja, das hören wir von unseren Bürgern auch oft, wenn zwischen Informations- und der eigentlichen Beteiligungsveranstaltung schwer zu unterscheiden ist.

Bürgerbeteiligung ist auch für München ein wichtiges Thema. Ich finde, dass wir viele Dinge sehr gut machen. Aber wir müssen an vielen Stellen auch neue Elemente integrieren und das ist manchmal schwierig, sowohl hinsichtlich des Zeitpunkts, den man wählt, um ein bestimmtes Projekt oder einen bestimmten Entscheidungszustand herbeizuführen, als auch in Bezug auf den Einzugsbereich derer, die man beteiligen will.

Bei uns haben die Stadtbezirke bei bestimmten Entscheidungen das Anhörungsrecht oder geben ihr Votum in den Bezirksausschüssen als Empfehlung für den Stadtrat ab. Das ist so ein Stück institutionalisierte Beteiligung, gewählt und politisch legitimiert. Informelle Verfahren kommen dazu, wenn wir glauben, dass es notwendig ist. Die sind dann aber frei gewählt, manchmal glücklich und manchmal weniger wirkungsvoll.

Mich würde interessieren, wann ein Bürgergutachten für die Gesamtstadt relevant sein kann. Am schwierigsten finde ich unsere Verfahren momentan da, wo wir versuchen, neue Baugebiete zu erschließen, denn zu diesen Veranstaltungen kommen natürlich die Bürger der umliegenden Stadtbezirke, die aber nicht dieselben Bürger sind, die hinterher dort einziehen.



Lüscher

Ja, genau, das kenne ich auch. (beide lachen)

Merk

In München haben wir die Problematik, dass wir über wenig Flächenressourcen verfügen und das Thema Nachverdichtung – wahrscheinlich anders als in Berlin – sehr kritisch gesehen wird. Zwar sind alle der Meinung, wir sollten schneller mehr Wohnungen bauen, aber doch bitte nicht in die Baulücken ihres Stadtviertels.

Zwar sind alle der Meinung, wir sollten schneller mehr Wohnungen bauen, aber doch bitte nicht in die Baulücken ihres Stadtviertels.

Lüscher

Genau, das kenne ich aus Zürich (beide lachen).

Da hatten wir genau das gleiche Problem, weil Zürich eigentlich fast fertig gebaut ist. Ja, das macht informelle Beteiligungsprozesse schwierig. Auf städtischer Ebene geben der Stadtrat und die Parteien eine Empfehlung. Als Bürger bekomme ich Abstimmungsmaterial ins Haus geschickt und kann mich informieren, worum es da überhaupt geht.

Merk

Also unsere Beschlussvorlagen kriegt niemand. (lachen)

Lüscher

Typisch ist, dass zu diesen öffentlichen Veranstaltungen logischerweise meist die direkt Betroffenen gehen, abgestimmt wird dann aber gesamtstädtisch. Das hat den Vorteil, dass dabei oftmals objektivere Abstimmungsergebnisse herauskommen. Wer nicht als Nachbar direkt betroffen ist, wird ein Bauvorhaben oftmals ganz anders beurteilen. Da wird dann auch beurteilt, ob es gesamtstädtisch sinnvoll ist, zu verdichten. Wenn man in diesem Fall ausschließlich Beteiligungsprozesse mit Anliegern macht, muss man mit stärkeren Widerständen rechnen. Das ist eben die große Schwierigkeit: einerseits finde ich Beteiligungsprozesse im Betroffenenumfeld wichtig, andererseits muss man vorher immer klarstellen, was das Ziel dieses Beteiligungsprozesses ist. Wollen wir reine Information vermitteln? Wie weit soll die Beteiligung gehen? Das ist eine Gratwanderung und für die Bürger oft schwer zu verstehen, was ihre Rolle dabei ist, und schwer zu akzeptieren, dass man trotz der Beteiligung eben doch anders entscheidet, weil man auch noch andere Argumente hat. Darum finde ich, sind in einer nicht direkten Demokratie Beteiligungsprozesse grundsätzlich komplizierter und schwieriger zu führen.

Gestaltungsbeiräte

Merk

Jetzt hast Du nach Schweizer Modell ein Baukollegium in Berlin eingeführt.

Wie sind da Deine Erfahrungen? Was überantwortet man einem Fachgremium und Experten an Kompetenz? München hat eine lange Tradition der Stadtgestaltungskommission, die öffentlich transparent arbeitet. Carl Fingerhuth sagt immer, so ein Gestaltungsbeirat ist der Treuhänder der Stadt in seinem Handeln. Das klappt aber auch nicht immer. (Lüscher lacht)

Lüscher

Was ich mir im Gegensatz zu München oder anderen Städten zuerst überlegen musste: In Berlin haben wir die Senatsebene und die Bezirksebene. In Zürich waren wir selber auch Genehmigungsbehörde, hatten also direkten Einfluss auf die Bauanträge. Aus Zürich kommend musste ich mir zuerst einmal überlegen: Wie kann ich die Bezirke, also die real Handelnden, eigentlich in dieses System einbeziehen? Jetzt mache ich das einfach so, dass bei Bauanträgen der jeweilige Baustadtrat oder die jeweilige Baustadträtin mit ihrer Verwaltung in diesem Gremium dabei ist. Das ist schon einigermaßen kompliziert, dass immer diese beiden politischen und Verwaltungs-Ebenen dabei sein müssen.

Ich habe etliche Monate gezögert, ob das überhaupt gelingt, weil manche Bezirke auf Einmischung absolut allergisch reagieren. Das Baukollegium ist freiwillig und hat empfehlenden Charakter.

Merk

Und wer wählt dann praktisch aus, was diskutiert wird?

Lüscher

Der Senat und die Bezirke. Jetzt ist das Baukollegium Teil des Koalitionsvertrages, der Senat hat erkannt, dass das ein wichtiges Instrument ist. Große Diskussionen hatte die Frage ausgelöst, ob das Baukollegium öffentlich tagen soll oder nicht?

In Zürich tagt es nicht öffentlich. Das dortige Baukollegium ist eine Jahrzehnte alte Institution, die empfiehlt, aber selbst keine Entscheidungsmacht hat. In Berlin werde ich es in ähnlicher Form wie bisher fortführen, also nach wie vor nicht öffentlich, weil mir die Gefahr, dass sich Beteiligte ausgestellt und belehrt fühlen, zu groß ist. Da muss noch weiterhin eine Vertrauensbasis geschaffen werden, bevor ich das Baukollegium öffnen kann.

Internationale Bauausstellungen

Merk

Wir würden gern mehr über den IBA-Prozess erfahren, der bislang eher informell gelaufen ist. Was sind die Themen? Wie wird die IBA weiterentwickelt? Mit einer IBA lassen sich Themen noch mal anders setzen als man das mit ganz normalen guten Projekten kann. Was bedeutet die IBA 2020 für Euch?

Lüscher

Eine IBA ist immer ein großes Geschenk – ein Medium, das im politischen Raum Motivation gibt, aber auch bei den Partnern und Partnerinnen, seien es Investoren, Bürger, Universitäten und natürlich auch die Verwaltung. Das ist ein Instrumente, das nicht auf ein bestimmtes Entwicklungsgebiet oder Großprojekt fokussiert ist, sondern mit dem man relevante Themen, die sich nicht auf der Stelle umsetzen lassen, aufnehmen und an ihnen arbeiten kann.

Die IBA ist eine Kür, die man sich selten leistet. Sie bietet Raum, anders nachzudenken, anders zu kommunizieren. Ich finde das für die Stadtentwicklung besonders wichtig, denn wir müssen ständig darum kämpfen, nicht völlig im Alltagsgeschäft unterzugehen. Darum braucht man etwas, das einen herausreißt, weil es ohne *Ausnahmezustand* aus eigener Kraft nicht gelingt.

Ich habe mich oft gefragt: warum tue ich mir diese IBA an? Natürlich ist das eine enorme Arbeit und ein ständiger Suchprozess. Andererseits ist es eine wunderbare Herausforderung. Man arbeitet unter Zeitdruck, was wie ein Katalysator wirkt bei Themen, für die es sonst nie Zeit und Raum gibt. Deshalb sind solche Sonderprojekte wie eine IBA wichtig.

Letztendlich ist das die Kompetenz, die wir als Fachleute haben müssen: der Politik und den Bürgern langfristig strategische Konzepte anzubieten, in die sich noch vieles verweben lässt.

Was diese IBA 2020 ist? Im Grunde genommen beschäftigt sie sich mit der Frage, wie gemischte Stadt weiter bestehen kann. In Berlin natürlich auch mit der Frage, wie diese Berliner Mischung, die alle so lieben, bewahrt wird und ausgebaut werden kann...



Merk

... wir haben hier die Münchner Mischung. Was ist jetzt die Berliner Mischung?

Lüscher

Ganz einfach: die europäische Stadt als Modell. Dieses Modell ist jedoch oftmals auf gewisse Quartiere, meist im inneren Stadtring, begrenzt, wo alle hin wollen, wo die Mieten steigen. In Wirklichkeit ist Stadt aber viel mehr und natürlich müssen wir uns um die ganze Stadt kümmern. Das ist im Grunde genommen der Fokus dieser IBA: Wie kann es gelingen, die gemischte Stadt anders zu denken? Wie kann zum Beispiel eine Großsiedlung weiterentwickelt werden, damit sie peu à peu andere Qualitäten bietet und der sozialen Entmischung entgegen? Wie wird *Außen* zu *Innen*?

Eine IBA ist immer ein großes Geschenk, ein Medium, das motiviert - im politischen Raum, aber auch bei Partnern.

Es geht um soziale Mischung, es geht um funktionale Mischung. Wie lässt sich Mischung auf verschiedenen Ebenen erreichen? Wie kann Wissen mit Wirtschaft gekoppelt werden? Alles Fragen, die uns beschäftigen, wenn es um Lebensqualität geht, aber auch um die Wirtschaftskraft der Stadt. Die IBA hat auch ein politisches Ziel: Es geht um die drei W's: Wissen, Wohnen, Wirtschaften, immer unter dem Aspekt der Mischung.

Merk

Ihr habt ein innovatives Stadtlabor gegründet, um die IBA-Themen zu finden und zu bearbeiten. Ich glaube, letztendlich ist das die Kompetenz, die wir als Fachleute haben müssen: der Politik und den Bürgern langfristig strategische Konzepte anzubieten, in die sich noch vieles verweben lässt.



Es geht um die drei W's – Wissen, Wohnen, Wirtschaften – immer unter dem Aspekt der Mischung.

Lüscher

Ich finde spannend, dass es der IBA – noch bevor sie ein konkretes Projekt hat – gelungen ist, das große Flächenreservoir und damit die Ressourcen, die Berlin an Freiräumen und Entwicklungsräumen hat, in ein gesamtstädtisches Konzept einzubinden. Die Orte müssen ja gleichzeitig Relevanz für die Hauptstadt Berlin und für den Kiez haben. Man muss daher immer einen Weg finden, den Anspruch Metropole, Hauptstadt der Republik zu sein und den Kiezanspruch unter einen Hut zu bringen. Und schon sind wir wieder bei der Bürgerbeteiligung (lacht).

Zwischennutzungen

Zu dem konzeptionellen Ansatz der Raumstadt hatten wir gerade die schöne Veranstaltung *Die schlafenden Riesen*. Da ging es um XXL-Gebäude: also riesige Gebäude, die ihre Nutzung verlieren und vor sich hin dämmern und auf neue Nutzungen warten. So wie das dreihunderttausend Quadratmeter große Flughafengebäude in Tempelhof. Aber es können auch andere Immobilien aus den 1960er, 70er, 80er Jahren sein, die oft auf ganz bestimmte Nutzungen zugeschnitten waren und deren Struktur sich deshalb heute schwer umnutzen lässt. Solche Gebäude stehen in allen europäischen Städten.

Da steht zuerst einmal Raum zur Verfügung, leerer Raum, mit dem man etwas machen kann. Mit Pionier- und Zwischennutzungen kann man schnell handeln und dadurch – jetzt sind wir wieder bei den Beteiligungsprozessen – gelingt es vielleicht auch, die Partizipation so voranzubringen, dass wir gemeinsam Stadt machen.

Wie kann es gelingen, die gemischte Stadt neu zu denken?

Ich denke, bei so umgesetzter Partizipation handelt es sich nicht um Bürgerbeteiligung, bei der sich die ganze Stadt an einem Projekt beteiligt. Erreicht man aber, dass Bürgerverantwortung so weit geht, dass die Bürger selbst Projekte initiieren und unterstützen – was oftmals Zwischennutzungen oder temporäre Eingriffe ermöglichen – dann hat Partizipation eine ganz andere Ausstrahlung, eine andere Wirkung und auch eine andere Bedeutung. Da wird wirklich gemeinsam Verantwortung übernommen. Solche Projekte sind schwierig und brauchen lange Zeiträume, deshalb habe ich versucht, das kreative Kapital, das Berlin hat – die vielen Künstler und Kreativen mit ab und an Wahnsinnsideen im positiven Sinn – so einzubinden, dass etwas Neues gelingen kann zwischen Kunst, Aktionen und Stadtentwicklung.

Merk

Wir haben auch Projekte in der Stadt, die sehr umstritten sind: nicht, weil man sie grundsätzlich nicht haben will, sondern weil es zu wenig Flächen gibt. Wir stoßen immer wieder auf das Problem, das ist der Gegensatz zwischen unseren beiden Städten: Wie vergebt ihr Flächen für Zwischennutzungen? Wahrscheinlich gar nicht. Oder passieren die einfach? Gibt es ein Procedere?

Bei uns ist es so, dass der Stadtrat über viele Sitzungen händelnd zu entscheiden hat: Wo darf der Kulturstrand jetzt hin? Wie kann man die wenigen Flächen, die hier verfügbar sind, richtig managen? Ich denke, das ist in Berlin schon aufgrund der Fülle verfügbarer Flächen etwas einfacher, aber Du hast auch angesprochen, dass Künstler oder Akteure, die diese Art von Interventionen im städtischen Raum machen, sich zu recht nicht in unsere Verfahren pressen lassen. Das ist ja auch richtig. Sonst wären sie keine Akteure, die Impulse setzen. Ich versuche ja immer, die Münchner Akteure davon zu überzeugen, dass sich auch an der Peripherie mal was Spannendes inszenieren ließe...

Lüscher

Zwischennutzer wollen neue Orte entdecken. Probleme tauchen erst auf, wenn diese Orte bekannter und begehrter werden. Und sie werden selbstverständlich bekannter, denn das ist ja Sinn, Ziel und Zweck solcher Zwischennutzungen. Zuerst sind die entdeckten Orte Insiderwissen. Sobald sie kein Insiderwissen mehr sind, haben die Pioniere Erfolg, und der Erfolg ist dann auch ihr Untergang, weil sie eigentlich ja Insider bleiben wollen. Das ist eine mehr als schwierige Spirale.

Außerdem werden viele Pioniernutzungen eines Tages kommerziell erfolgreich: ein gutes Beispiel sind die Strandbars, wo es nicht unbedingt um einen künstlerischen Aspekt geht, sondern mehr um Aneignung. Die sind fürs Leben schön, auch ich sitze gern in einer Strandbar. Aber diese Institutionen beginnen, den öffentlichen Raum zu besetzen und zu *privatisieren*. Warum darf jemand zehn Jahre lang eine Strandbar betreiben – auf einem öffentlichen oder privaten Grundstück – zu dem man längst keinen Zugang mehr hat, ohne Eintritt zu zahlen? Dann wird es schwierig, weil es mit den Investoren, die allmählich an diesen Stellen ihre Immobilien entwickeln wollen, Streit und Stress gibt.

Ich versuche immer, die Münchner Akteure davon zu überzeugen, dass sich auch an der Peripherie etwas Spannendes inszenieren ließe.

Pioniere entdecken Orte und machen sie immobilienwirtschaftlich interessant. Das habe ich in Zürich erlebt und das erlebe ich jetzt in Berlin. Genau so, nur weniger schnell.

Besonders schwierig wird es da, wo sich Institutionen entwickelt haben. Theater, die sich einen Namen gemacht haben, Kulturbetriebe mit Renommee, die dann dort weg müssen. Genau diese Problematik haben wir in Berlin, darum versuche ich zusammen mit dem Kulturbereich Ersatzstandorte zu finden.

Pioniere entdecken Orte und machen sie immobilienwirtschaftlich interessant. Schwierig wird es für die Pioniere erst, wenn sie Erfolg haben.

In Berlin war die Liegenschaftspolitik bis Ende dieser Legislaturperiode für solche Projekte nicht besonders förderlich. Die Philosophie war: Grundstücksverkaufserlöse dienen der Sanierung der Landeskasse. Jetzt gibt es ein deutliches Umdenken. Man hat erkannt, dass Zwischennutzungen oftmals wirklich gute, mit der Zeit auch wirtschaftlich interessante Entwicklungen initiieren. Dazu braucht es aber ein gutes Management. Auf dem Tempelhofer Feld versuchen wir diese Energie zu nutzen. Weil wir wissen, dass die Entwicklung dort langsam voran gehen wird, habe ich schon früh mit Pionieren und Künstlern Workshops gemacht zur Frage, wie Zwischen- und Pioniernutzungen in eine Gesamtentwicklung integriert werden können. Der Entwicklungsträger konzipiert aufbauend auf diesen Vorüberlegungen die erste Entwicklungsstufe durch Pioniernutzungen. Das Tempelhofer Feld hat verschiedene Nutzungscluster, vom Wohnen über Integration, Bildung bis zu innovativen Zukunftstechnologien. Wir haben eine Ausschreibung für Zwischennutzer gemacht und zusammen mit den umliegenden drei Bezirken ein Auswahlverfahren für eine erste Staffel von Pioniernutzern durchgeführt, die thematisch in diese Cluster passen. Die Pioniere haben einen Vertrag für maximal drei Jahre bekommen. Danach soll ein Wechsel vonstatten gehen. Da gibt es sicher ein gewisses Risiko. Ich glaube aber, es lohnt sich solche Experimente zu machen.



Merk

Wie kommt man zu Dingen, die auch wieder gehen dürfen? Dieses Loslassen-Können ist für die Stadtentwicklung oft ein Problem. Uns, die mit dem Planen betraut sind, fällt es auch manchmal schwer, etwas loszulassen im Spiel der Kräfte. Umgekehrt machen wir aber die Erfahrung, dass diejenigen, die informell agieren, sobald sie erst mal auf der Parzelle sitzen, die schlimmsten Beharrer, Bestandhalter, Institutionalisiert werden und auch nicht mehr loslassen wollen.

Lüscher

Ja!

Merk

Was Du da beschreibst, so eine Art Mehrfelderwirtschaft, wo man nach drei Jahren wirklich wieder gehen muss und neue Aktion auf das Feld kommt, das ist natürlich ein völlig anderes Konzept. Ich glaube, in Berlin kann es gelingen, weil ihr Ausweichorte habt und eine große tätige Szene. Ich denke, das hat nicht nur mit Flächen, das hat auch mit den Akteuren zu tun.

Lüscher

Absolut! Ich muss sagen, ich bin da baukulturell auch nicht

streng. Irgendwann muss man dann auch sagen, o.k., ich kann nicht von jedem Zwischennutzer, der nach drei Jahren wieder wegmuss, die große architektonische Aktion verlangen.

Merk

Also kein Baukollegium fragen?

Lüscher

Hier geht es um Baukultur im Sinne von Auslösung eines Stadtentwicklungsimpulses durch Innovationen und den Nachweis dessen auf kultureller und sozialer Ebene. Initiiert und getragen durch brisante Partnerschaften, wollten wir keine Projekte, die allein durch öffentliche Förderung finanziert sind, sondern sie sollten auch in ihrer Finanzierung und Umsetzung innovativ sein. Mir ist klar, dass man nicht von jeder Intervention hohen gestalterischen und künstlerischen Anspruch verlangen kann. Es kommt auf den Ort an, es kommt auf den Kontext an, und dafür gilt es die richtigen Kriterien zu finden.

Merk

Das ist ja das Spannende!

Man argumentiert anders, wenn man geschult ist, primär den Konsens, das Gemeinsame zu suchen und nicht die Differenz.



Prof. Sigurd Trommer

Dipl.Ing. Architekt und Stadtplaner, Präsident der Bundesarchitektenkammer
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Stadt als Ressource

Wenn es um urbane Energien geht: was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Dinge, die es in den Städten in Gang zu setzen gilt?

Zunächst müssen wir eine ganzheitliche Herangehensweise finden und unter urbanen Energien zu allererst Humanenergien verstehen; sobald die Menschen begreifen, dass ihre Kraft der entscheidende Fokus für die Zukunft ihrer Stadt ist, werden urbane Energien wirksam.

Urbane Energien sind zuallererst Humanenergien.

Bedeutet das, die unterschiedlichen Akteure – Stadtregierung, Stadtgesellschaft, Stadtwirtschaft – stärker zu lokalisieren?

Die Wirtschaft, abgesehen vom kleineren Mittelstand, ist nicht mehr lokalisiert. Wirtschaft arbeitet global, vermeidet, eine Adresse anzugeben, stellt sich nicht örtlich auf – und das ist falsch. Wir müssen lokale Verantwortung bei denen einfordern, die von der Stadt profitieren. Jeder muss merken: funktioniert die Stadt nicht, funktioniert auch sein Unternehmen nicht mehr. Das Problem ist, dass die Wirtschaft kurzfristig denkt und Stadt mehr als Beute begreift denn als einen Hort der eigenen Zukunft. Da ist eine ethische Betrachtungsweise – wir sagen heute Governance – vonnöten.

Menschen haben heute als Ausgleich für ihre intensiv praktizierte Mobilität eine viel größere Sehnsucht nach heimatischen Strukturen. Gezielt angesprochen und in den Organismus Stadt eingebunden sind Bürger sehr wohl bereit, sich für ihre Stadt zu engagieren. Ich wünsche mir, dass dies auch für die Unternehmen in einer Stadt gilt. Diese Ansprache ist vornehmlich Aufgabe der Politik, der Stadtregierung.

Wir brauchen eine ethische Betrachtungsweise.

Stadt heute erfordert, dass wir uns zuvorderst den immateriellen, ideellen Wesensdingen einer Stadt zuwenden müssen. Denn Stadt ist nicht nur Funktion, sie ist vor allem Idee! Beschäftigen wir uns dann mit den materiellen Dingen und Funktionen, müssen wir unsere Antennen völlig neu justieren, weil wir uns in einem epochalen Umwälzungsprozess befinden. Wir sollten weniger auf das Zurückliegende schauen sondern es vielmehr analysieren und aus den Dingen, die in der Vergangenheit unter viel schwierigeren Bedingungen als heute funktioniert haben, lernen. Was lässt sich davon für die Zukunft nutzen?

Wir sollten uns dem immateriellen, dem ideellen Überbau neu zuwenden.



Angesichts des epochalen Umbruchs müssen wir Stadt als Ressource begreifen. Angeregt hat mich neulich der Satz: *In den Städten ist mehr Kupfer zu finden als in allen Bergwerken der Welt.* Da wir in den Städten viele Rohstoffe verbaut haben, ist die Stadt eine Ressource. Und da wir in den Städten viele Menschen voller Bildung und Wissen haben, ist die Stadt eine Ressource. Die Stadt als materielle und ideelle Ressource! Als Architekten, als Städtebauer, als Politiker müssen wir diese Ressourcen schöpfen, erforschen und miteinander vernetzen. Wir müssen mit ihnen arbeiten wie, ja wie z.B. Geologen: Wir müssen die Stadt explorieren, sie als einen Organismus begreifen, der nicht nur funktional, sondern auch emotional strukturiert ist.

Stadt ist Idee und Stadt ist Emotion.

Damit knüpfe ich an den ersten Gedanken an, urbane Energie in den Köpfen der Menschen zu suchen. Stadt ist Idee, Stadt ist Emotion. Die Wirtschaft weiß, dass große wirtschaftliche Entscheidungen oft aus Emotionen und nicht aus Realismus heraus getroffen werden. Stadt ist nicht sektoral, sondern vielmehr ganzheitlich zu begreifen. Erkennt man sie nicht auch in ihren emotionalen Funktionen, geht man falsch mit ihr um.

Wir müssen Stadt als Ressource begreifen.

Was wird in Zukunft wichtig sein? Was für Maßstäbe werden gelten? Ist unser heutiges Empfinden von Glück und Zufriedenheit vom derzeitigen Wohlstand abhängig? Oder können wir aus der Geschichte lernen, dass man auch bei Rücknahme seiner Ansprüche, also in der Reduktion nicht schlechter leben muss, sondern vielleicht sogar glücklicher oder zufriedener ist?

Das erfordert eine integrale Sicht. Wir sehen, dass Fragen, die die Stadt bewegen, nicht aus einer einzelnen, traditionellen Disziplin heraus zu beantworten sind. Wie schaffen wir es angesichts einer disziplinär organisierten Verwaltung und Regierungsform, wo jedes Ministerium sehr wohl darauf achtet, dass es seine eigenen Dinge in Gang setzt und nicht unbedingt die Kooperation mit anderen sucht, wie schaffen wir es in der Ausbildung angesichts der extrem disziplinären Organisation von Fachbereichen an den Hochschulen, das Querschnittendenken und das Querdenken zu stärken?

Auch hier liegt der Schlüssel für ein solches Arbeiten und Denken vermutlich in der Stadt, wobei wir als Stadtgesellschaft die Stadtregierung in die Pflicht nehmen und unterstützen müssen. Noch vor anderthalb Jahren ist uns zum Beispiel von Politik und Wirtschaft verkündet worden, dass die Dämmung das Energieproblem löst. Das hat zu Diskussionen und einem glücklicherweise schnellen Umschwenken geführt – jetzt wird die Energiefrage schon ganzheitlicher angegangen. Die Hochschulen könnten den epochalen Umbruch förderlich mitgestalten, indem sie gerade in der Energiefrage übergreifende Lehrangebote z.B. für Architekten, Ingenieure, Chemiker, Physiker und Ökonomen anbieten würden. Und der Staat könnte die Energiefrage ganzheitlicher zu Lösungen bringen, wenn er Städten für die Entwicklung von Energie-Masterplänen großzügig Fördermittel zur Verfügung stellen würde.

Der Schlüssel liegt in der Kommunikation.

Das funktioniert eigentlich immer: Wirft man einen finanziellen Köder von z.B. 80 % Zuschuss aus, werden etliche Städte ihre Energieentwicklung in Form eines Masterplans klären. Das sind dann die Piloten. Dies ist denkbar in Form einer Bilanz: Auf der einen Seite hat man den städtischen oder besser noch regionalen Verbrauch – Verkehr, Häuser, Industrie – und auf der anderen Seite die Energiepotenziale, die in der Stadt, in der Region produziert werden können – Solarenergie, Windenergie, Bioenergie, aber auch Produktionsenergie aus Kraft-Wärme-Koppelung, aus alternativen Ressourcen usw.. Aus dieser Bilanz gehen zwei entscheidende Dinge

hervor: einerseits erkennt jeder, welche Möglichkeiten er hat, seinen Verbrauch zu reduzieren. Jeder wird sich mit unterschiedlichem Engagement in diesen Prozess einbringen, der Unternehmer, der Hausbesitzer, der Verkehr erzeugende Bürger. Andererseits erkennen die Menschen in der Stadt, dass sie wahrscheinlich ein lokal nicht zu beseitigendes Energiedefizit haben und damit auch auf externe Versorgung angewiesen sind. Die Unternehmer wie die Bürger werden das Problem der Stromleitungen und der Verteilung des Stroms auf einmal mit anderen Augen sehen.

Nationale Entwicklungspolitik muss einen Diskurs mit den Unternehmen beginnen.

Sie nennen das zu Recht ‚einen Köder auswerfen‘. Letztlich haben solche Anschubförderungen seitens des zuständigen Ministeriums immer gut funktioniert. Wie kommuniziert man aber, dass dieser Köder nicht nur zu kurzfristigem Gebrauch bestimmt ist, sondern zu einer langfristigen, nachhaltigen Entwicklung beitragen soll? Wie erreicht man, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Bewohner mit in die Verantwortung genommen werden, ihren Anteil aktiv zu gestalten?

Ich denke, der Schlüssel liegt in der Kommunikation. Wir leben im Kommunikationszeitalter. Wir sind vielleicht sektoral gut vernetzt, aber in unserer gesamten Denkungsweise bei weitem nicht. Wenn ich mich mit Architekten und Städtebauern unterhalte, ist der Erkenntnisgewinn nicht unbedingt groß, weil wir ähnliche Grundlagen und Wissen haben. Aber mit Mediziner, Physikern, Theologen, Philosophen kann der Erkenntnisgewinn schon sehr viel größer sein. Das gilt natürlich für die gesamte Bürgerschaft. In sie muss die Diskussion verständlich hineingetragen werden. Es geht um unser aller Zukunft! Und es wäre sicherlich hilfreich, die Diskussion um die Zukunft mit mehr Freude zu führen!

Immerhin ist schon erstaunlich, in welchem Maße sich Bürger bei Energieeinsparung und –produktion engagieren. Erfreulicher viele Energieerzeugungs-Genossenschaften wurden gegründet. Auch in der Wirtschaft tut sich viel. Die Firma Audi befasst sich intensiv mit Stadtzukunft, wie beispielsweise beim Audi Urban Future Award zu sehen. Aus eigennützigen Gründen, aber auch, um einen Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion zu leisten. Die Firma Siemens hat im Oktober 2011 85 000 Beschäftigte aus ihren unterschiedlichen Bereichen zu einem Geschäftsfeld Stadt zusammengezogen. Das entspricht der Personalkapazität von vielen hundert Planungsämtern! Andere – z.B. Daimler Benz, Volkswagen, Deutsche Post AG, Telekom – widmen sich auch in neuartiger Weise dem Thema Stadt. Dies geschieht aus Profitinteresse. Das ist auch in Ordnung, das muss so sein. Was aber ist mit dem Gemeinwohl? Gibt es überhaupt ein Korrektiv, das das Gemeinwohlinteresse vertritt, das verhindert, dass die Stadt lediglich Beute für Unternehmensinteressen ist, indem es mit diesen Unternehmen in einen Diskurs tritt? Ich glaube nein. Woraus folgt, dass die Gesellschaft, die Politik, die Stadtregierungen nicht einfach in eine



Art Unternehmensbündnis einsteigen dürfen – macht uns mal den Verkehr, macht uns mal die Energie, baut uns mal die Gebäude und anderes – sondern vielmehr in einen kritischen Diskurs über die Wahrung des Gemeinwohlinteressee. Und die nationale Entwicklungspolitik müsste in einen Diskurs mit den Unternehmen gehen und sagen: Siemens, Audi, Telekom, Post was macht ihr, was produziert ihr, was habt ihr für Ideen? Und dann kommen wir mal zusammen und beschreiben interessante Aufgabenfelder. Daraus kann man Gemeinwohl ableiten und Profit soll dabei auch herauskommen. Und wenn und wo das nicht möglich ist, muss man regulieren.

Also, wir brauchen eine Angebot zur Kooperation, aber auch eine starke Politik!

Herr Trommer, wir suchen das Gespräch mit Ihnen als Mitglied des Kuratoriums und als Präsident der Architektenkammer. Was bewegen Sie zur Zeit in der Kammer?

Ich bin mit großer Unterstützung dabei, eine Neuformierung des Selbstverständnisses in zweierlei Hinsicht herbeizuführen. Die mir wichtigste ist, dass wir uns an einer übergeordneten Struktur orientieren müssen. Wir müssen nicht fokussieren auf die tolle Architektur, den tollen Entwurf, die tolle Darstellung eines schönen Parks, die tolle Innenarchitektur eines Kreuzfahrtschiffes oder das wunderbare Industriequartier, was wir als Städtebauer retten sollen, sondern wir müssen die gemeinsame Klammer suchen. Das gemeinsame Feld sind die Stadt und die Region – da fügt sich sehr vieles gut zusammen, da finden wir uns alle wieder. Es bedeutet sehr viel Selbstverpflichtung auf den Raum, auf die gesellschaftliche Verantwortung, und da merke ich – das macht mir große Freude – es wird akzeptiert. Wenn ich mich nur um meine Architektur kümmere, dann habe ich noch nichts für die Stadt getan. Aldo Rossi hat's gesagt: *Wenn Du ein Haus baust, denk an die Stadt.* Das heißt, sich mit dem Ort auseinandersetzen, ihn begreifen lernen und zu gestalten für die Nutzer, für die Bürger.

Das ist so eine Linie, die ich sehr verstärken will. Die Bundesregierung, für die die Bundeskammer ein wichtiger Partner ist, erkennt, dass sie mit dem Berufsstand der Architekten und Ingenieure etwas anfangen kann, weil diese sich gesellschaftlich engagieren.

Ohne Selbstverpflichtung auf den Raum, auf die gesellschaftliche Verantwortung kommen wir nicht weiter.

Ich komme dann mit der Frage der Ethik. Das ist ein Streitpunkt. Ich muss Geld verdienen als Architekt, trotzdem habe ich auch eine ethische Rolle und ich muss diese ethische Rolle ausfüllen. Architektenkammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie führen quasi öffentliche Aufgaben durch. Dieses Selbstverständnis muss stärker werden. Das heißt, wir wollen das nationale und auch europäische

Gebilde Stadt und seine Zukunft mit gestalten, und zwar aus Gemeinwohlinteressee heraus.

Die zweite große Linie für Architekten und Ingenieure ist: ich glaube, unsere Berufsstände haben nicht richtig realisiert, dass wir ein unglaubliches Kraftpaket darstellen. Denn unser Brutto-Inlandsprodukt besteht zu 30 bis 40 % aus Bauwerken. Und Bauwerke entstehen immer in den Köpfen von Menschen, von Architekten und Ingenieuren. Die Tatsache, dass einer der stärksten Anteile an Ökonomie durch unsere Köpfe produziert wird, muss bewusst werden. Wir haben eine unglaubliche Verantwortung für das Ganze, die wir wahrnehmen müssen und die wir nicht ignorieren dürfen.

Menschen, die wirtschaftlich stark geworden sind, sind auch bereit, der Gesellschaft etwas zurückzugeben.

Ihre Einschätzung der Verantwortung bringt mich auf Ihre Rolle in der Montagstiftung. Da haben Sie versucht, verschiedene Gebiete zusammen zu bringen und neu zu denken, nicht zuletzt mit kulturellen, mit künstlerischen, mit gesellschaftlichen Aktivitäten. Bieten denn solchen Stiftungen einen Ausgleich für öffentliche Defizite?



In unserer Zeit kann der Staat, der sich wegen Erschöpfung aus vielen Leistungsbereichen zurückziehen muss, darauf setzen, dass Menschen mit wirtschaftlicher Kraft bereit sind, der Gesellschaft etwas zurück zu geben. So, und dabei spielen Stiftungen eine sehr gute Rolle.

Die Montag Stiftungen setzen sich ganz generell ein für benachteiligte Bereiche in der Gesellschaft. Wir denken darüber nach, wie wir diese Teile der Gesellschaft emanzipieren können, um an der Gesamtgesellschaft teilzuhaben. Sich ... mit Leidenschaft und Augenmaß für eine soziale, freie und chancengerechte Gesellschaft zu engagieren ... mit dem Leitsatz *Handeln und Gestalten in sozialer Verantwortung*. So beschreibt es der Stifter Carl Richard Montag in seiner Charta. Dafür haben wir Instrumente. Zum einen die Montag Stiftung Kunst und Gesellschaft. Kunst ist ein Motor für gesellschaftliche Veränderungen. Über und mit Kunst werden soziale Prozesse entwickelt. Zum anderen gibt es die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. Sie hilft insbesondere der Jugend, die in schwierigen Situationen lebt, in der Gesellschaft ihren Raum zu finden. Zum dritten gibt es die Montag Stiftung Urbane Räume. Sie widmet sich der Gestaltung und des Lebens im urbanen Raum, der großen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung hat.

Und dann – das ist mein Bereich – gibt es die schon angesprochene *Denkwerkstatt* der Montag Stiftungen. Sie versucht Gedankenprozesse zu erspüren wie Udo Lindenberg sagt, oder besser, singt: hinterm Horizont geht's weiter. Zwischen dem sichtbaren und dem nächsten Horizont wie ein Scout zu wirken und zu suchen: Wo und welches sind brennende Themen, besonders solche, die tabuisiert werden? Welche Menschen könnten sich damit beschäftigen, die – und das ist ja der Kraftquell – transdisziplinär zum Denken angeregt werden können, um diese Themen zu erschließen.

Gibt es Resonanz in der Öffentlichkeit?

Bei aller Nachdenklichkeit eines sehr positiv denkenden Menschen – der bin ich nun mal, sonst kann man nicht Städtebauer sein – stelle ich immer wieder fest, dass der überwiegende Teil der Menschen bereit ist, über die gerade von uns

angerissenen Dinge sehr intensiv nachzudenken und darüber zu reden. Diese Bereitschaft sollte sich besser entfalten können in den Ausbildungs-Institutionen, in kommunaler Mitwirkung, in Politik und Vereinen, in Betrieben. Die Montag Stiftungen haben Resonanz.

Junge Menschen sollten eher befähigt werden zu lernen, als dass sie gelehrt werden. Das eigenständige Lernen und das Erlebnis Resonanz zu erzielen und sich weiter zu entwickeln bringt viel mehr Freude und Selbstbewusstsein als das Erlernen des gelehrtens Stoffs. Das Thema Bildung ist eine Kernaufgabe in den Montag Stiftungen.

Die etablierte, in der Verantwortung stehende Generation, muss – und das bedeutet sehr viel – lernen und erkennen, dass es über die von ihr zu bewältigenden unmittelbaren Aufgaben hinaus gesellschaftliche Ansprüche gibt. Erst wenn man sich auch ihnen widmet, kann man zu einem erfüllten Leben gelangen. Mit seinem Engagement ist der Stifter Vorbild.

Gemeinwohlorientiertes Engagement ist die wohl wichtigste urbane Energie für die Entwicklung unserer Städte. Gilt der gesellschaftliche Anspruch auch für ein Engagement in der internationalen Zusammenarbeit?

Absolut.

Was können wir lernen mit unseren internationalen Erfahrungen? Können wir sie auch als Ressource für die Entwicklung unserer Städte nutzen?

Das Erkennen und Erfahren dieser Welt ist das Eine, aber der Rückblick aus diesen Ländern auf unsere Welt ist mindestens genauso wichtig. Daraus ergeben sich viele Erkenntnisse, die wiederum für eine erfolgreichere eigene Aufstellung und Ausrichtung der Gesellschaft führen können. Ich glaube, dass eine internationale Vernetzung der Menschen und Institutionen wie z.B. Kammern oder auch Hochschulen ein dringendes Anliegen ist. Und mein großer Wunsch ist, dass wir junge Menschen nicht nur in der Theorie international vernetzen, sondern auch durch Arbeitsmöglichkeiten. Ein halbes Jahr sollte jede Studentin und jeder Student mal in einer Firma z.B. in Indien, China, in Saudi Arabien oder in Südamerika arbeiten und international werden. Ich habe das selbst als junger Mann gemacht.

Ich muss einen Kurzkomentar zur Ressource Stadt sagen. Das Vergeuden unserer städtischen Ressourcen haben wir an einem anderen Ende der Welt, in Mumbai, als Gewinn gesehen. Mit all dem, was wir hier wegwerfen, entstehen dort neue Ökonomien, neue Arbeitsplätze, Produkte, die existenzielle Grundlagen für sehr viele Menschen bieten. In Dharawi, im angeblich größten Slum Asiens, bilden sich neue Organisationsformen einer Stadtgesellschaft aus diesen neuen Ressourcen der Stadt. Können solche Erfahrungen auch unseren Umgang mit städtischen Ressourcen in ein anderes Licht setzen?



Ich denke, das ist eine der großen Herausforderungen!
Generell: Auf der einen Seite der geradezu unverschämte Reichtum, und auf der anderen das jämmerliche Leben von hunderten von Millionen Menschen in Armut – da ein Stückchen Würde hineinzubringen, das ist alle Unterstützung wert.

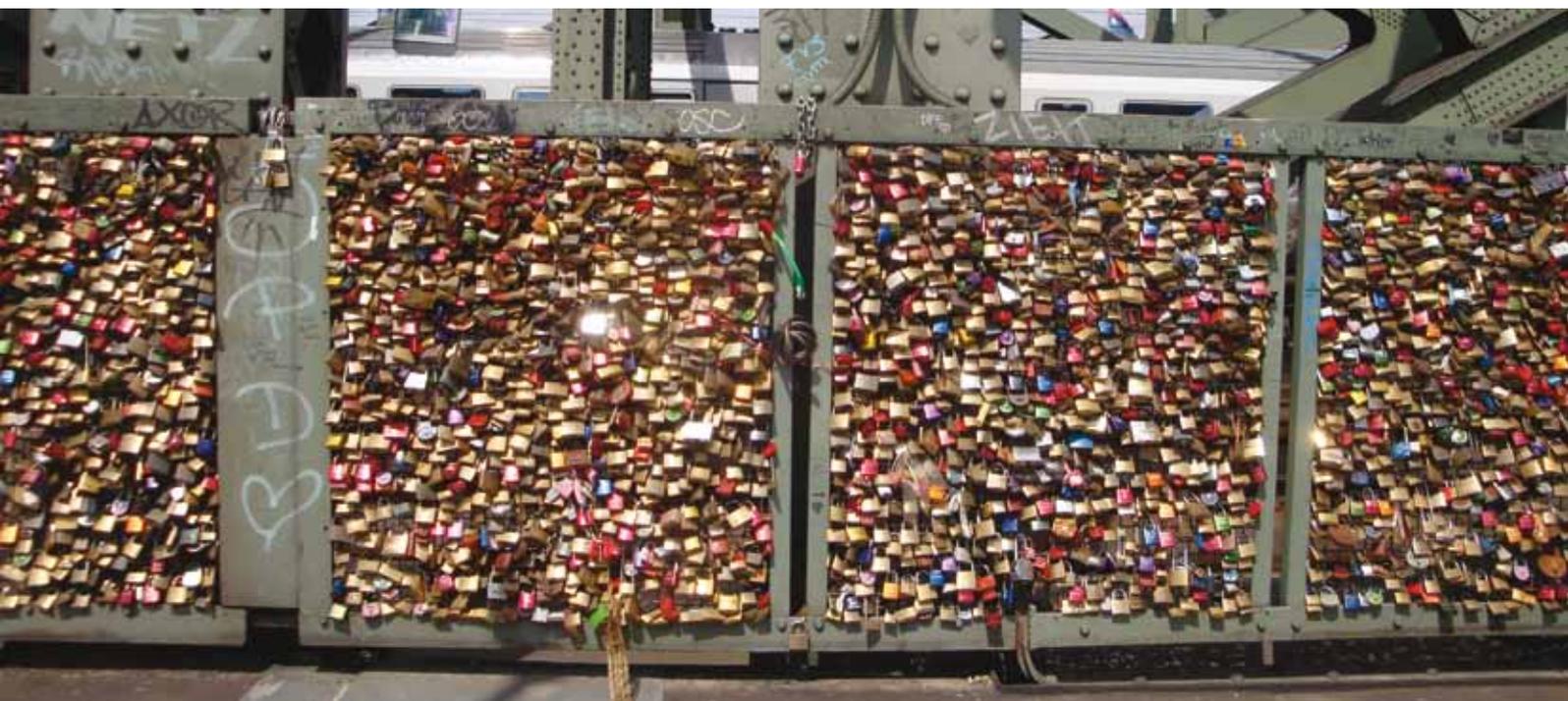
Speziell: Es gibt Strukturen, in denen viele Menschen arbeiten und mit denen sie leben können, viele Dinge, die funktionieren: zum Beispiel Kleingewerbe, Transport. In Delhi war ich in der unglaublich virulenten Altstadt und hörte: Da muss dringend eine Straße durchgebaut werden. Was würde das bedeuten? Dort gibt es vielleicht zehntausend Menschen, die auf ihrem Rücken oder auf ihrem Karren oder mit dem Dreirad oder mit irgendeinem Tier Transporte auf den engen Straßen erledigen, die zwar ziemlich verstopft sind, aber alle finden ihr Ziel. Und wenn ich dort eine Straße durchbrechen würde, brauche ich statt der zehntausend Menschen nur noch zwanzig Lastwagenfahrer und zwanzig Lastwagen: ich verbrauche viel mehr Ressourcen, und ich zerstöre einen kleinen Kosmos, der heute funktioniert. Mit diesen örtlichen Dingen klug umzugehen, mit Geschick und mit einem Hineindenken in die lokalen Abläufe – da wird auch von Organisationen, die sich angeblich hilfreich kümmern wollen, so manches falsch gemacht. Und wir sollten im Umgang mit städtischen Ressourcen und Funktionen nachdenklicher werden.

In den heißen Regionen hat man noch vor 50, 60 Jahren hinsichtlich des Raumklimas besser gewohnt als heute und weitaus weniger Energie verbraucht. Das wird zur Zeit mit untauglichen städtebaulichen Strukturen und Architekturen zerstört. Dort sollten wir uns einbringen, weil wir in der Ausbildung und aus Erfahrung viel über die weltweiten klimatischen Gegebenheiten gelernt haben. Mit den arabischen Wohnformen, den asiatischen Wohnformen, in Städten mit Hitze und Kälte umzugehen, sind wir ganz gut vertraut und können international dazu beitragen, Probleme zu verringern.

Und wir müssen im Bewusstsein unserer ethischen Werte den Kulturen internationaler Partner Respekt erweisen. Dazu gehört auch, geschichtliche Entwicklungen bei uns in einen Kontext zu den Verhältnissen bei anderen zu stellen. Es ist in Europa noch keine zweihundert Jahre her, dass die Leibeigenschaft abgeschafft wurde, die von der christlichen Religion gestützt wurde so wie der Buddhismus das Karma und damit die elenden Verhältnisse in einigen Bereichen Asiens stützt. Wie ist es bei uns dazu gekommen, dass wir uns von der Leibeigenschaft befreit haben? Das waren Anstöße von klugen Menschen, die mit Aufklärung zu einer gesellschaftlichen Erneuerung beigetragen haben. Daran sollten wir uns erinnern. Und voneinander lernen.

Herr Trommer, haben Sie herzlichen Dank, dass Sie uns an die Verantwortung von Architekten und Stadtplanern erinnern!

Die internationale Vernetzung der Köpfe und Institutionen ist ein dringendes Anliegen.



Dr. Michael Vesper
Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes

Integration durch Sport

Städte und Gemeinden in Deutschland sind mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert: regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklungen und insgesamt ein Bevölkerungsrückgang, deutliche Alterungstendenzen, sozialräumliche Polarisierungen, gesundheitspolitische Probleme durch Zunahme lebensstilbedingter Erkrankungen. Diese und weitere Entwicklungen gefährden vor dem Hintergrund einer strukturellen Unterfinanzierung kommunaler Kassen die politische Handlungsfähigkeit vor Ort.

Trotz einer Vielzahl von Studien und politischen Handlungsempfehlungen werden diese Probleme nicht kleiner, sondern summieren sich zu einem Engpass der Stadtentwicklung. Staatliche Interventionen allein, die ausschließlich auf die bekannten Instrumente und Akteure der Stadtentwicklung und der Städtebauförderung setzen, werden diese Engpässe nicht beseitigen können. Stadtentwicklung in Deutschland benötigt neue Energien – und das heißt vor allem neue Partner!

Stadtentwicklung in Deutschland benötigt neue Energien und vor allem neue Partner.

Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse zum Staats- und Marktversagen ist die Stadtentwicklung und sind die entsprechenden politischen Programme von Bund, Ländern und Gemeinden gut beraten, wenn sie die Organisationsleistungen und die Aktivitäten der über 91.000 Sportvereine in Deutschland in ihre Strategien mit einbeziehen. Das flächendeckende System der Sportvereine leistet angesichts eines beschleunigten sozialen Wandels einen zentralen Beitrag zum Gemeinwohl in Deutschland. Der organisierte Sport unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) hat seine Angebote stark ausgeweitet, seine Leitbilder modernisiert und auf eine differenzierte Gesellschaft hin ausgerichtet, Qualifizierungskonzepte weiterentwickelt und Qualitätsmanagements eingeführt.

Sportvereine sind zunehmend Motoren kommunaler Kooperationen und arbeiten mit Gesundheitsämtern, Schulen, Kindergärten, Krankenkassen, Jugend- und Sozialämtern zusammen. Sie bieten nicht nur Sport an, sie sind auch Orte von Ganztagsbetreuung und informellen Lernens. Sportvereine bieten für Ältere, Hochaltrige und Familien bundesweit über 18.000 qualitätsgesicherte Gesundheits-sportangebote an – die vielfältigen Angebote für Menschen mit Behinderung nicht eingerechnet. Spezielle Programme wenden sich an Frauen und Mädchen sowie an Menschen mit Migrationshintergrund. Eine zunehmende Anzahl von Vereinen engagiert sich für Natur- und Klimaschutz.



Keine anderen Freiwilligenvereinigungen in Deutschland erreichen so viele Kinder und Jugendliche in allen sozialen Gruppen wie die deutschen Sportvereine.

Angesichts dieser Befunde ist es mehr als verwunderlich, dass die Förderprogramme, Projekte und Interventionen der Stadtentwicklung die deutschen Sportvereine und ihre Potenziale nicht schon längst umfassender berücksichtigen und sich noch zu häufig in isolierten Einzelvorhaben verlieren. Stattdessen sollten Kommunen und nationale Stadtentwicklungspolitik die Strukturen des organisierten Sports systematischer nutzen.

Sport und Sportvereine machen Kommunen zu Orten mit hoher Lebensqualität. Zu den *Energien*, die der Sport der Stadtentwicklung geben kann, und zu seinen Potenzialen gehört beispielsweise seit 1989 das bundesweite Programm *Integration durch Sport* des DOSB. Über 750 Stützpunktvereine dieses Programms machen in allen Bundesländern aus dem zufälligen Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft einen zielgerichteten Prozess. Sie suchen, etwa mit Hilfe von Migrantenorganisationen, den direkten Kontakt zur Zielgruppe und gestalten Angebote, die Menschen nicht-deutscher Herkunft räumlich, sprachlich und finanziell entgegenkommen.

Da Integration nur selten auf einem Handlungsfeld alleine entsteht, machen Stützpunktvereine – häufig im Netzwerk – weitergehende Angebote wie zum Beispiel Sprachkurse, Hausaufgabenhilfe oder Jobberatung. Wissenschaftliche Begleitungen und Qualifizierungsangebote runden das DOSB-Programm *Integration durch Sport* ab. Integration ist ein sensibler Prozess. Viele kleine Fortschritte sind wahrscheinlicher und nachhaltiger als ein politisch oft gewünschtes *Leuchtturmprojekt* oder ein sogenanntes *Modellvorhaben*.

Der DOSB verfügt nicht nur im Bereich der Integration über entsprechende Potenziale, sondern kann mit seinen *Energien* wertvolle Beiträge liefern, um die beschriebenen vielfältigen Herausforderungen vor Ort zu gestalten. *Der organisierte Sport*

kann ein mächtiger und wirksamer zivilgesellschaftlicher Akteur bei der Integration der Stadt sein – diesem Zitat von Prof. Dr. Hartmut Häußermann ist nichts hinzuzufügen.

Sportvereine sind Motoren kommunaler Kooperationen, sie machen Kommunen zu Orten hoher Lebensqualität.

Hans-Josef Vogel

Bürgermeister der Stadt Arnsberg

Mehr Raum für soziale, kulturelle und ästhetische Belange

Wir leben in Umbruchzeiten: Demografischer Wandel, Globalisierung, Individualisierung, Automatisierung geistiger Tätigkeiten, rücksichtslose materieller Wohlstandsmehrung ohne Grenzen, Klimawandel. Einziger glaubwürdiger Ort konkreter gesellschaftlicher Gestaltung von Umbrüchen ist die Stadt. Dort, wo viele Menschen wohnen, wirtschaften, feiern und unterwegs sind, nehmen die verschiedenen Umbrüche reale Formen an und werden gestaltbar.

In der Stadt finden wir die Gestaltungsenergien in den Potenzialen ihrer Bürger und Bürgerinnen. Diese Potenziale lassen sich trotz mächtiger materieller Besitzstände zur Entfaltung bringen, um die Umbrüche verträglich zu gestalten. Voraussetzung ist, dass wir Stadtentwicklung nicht allein als Sache von Planern, Architekten und Investoren oder von Politik im engeren Sinne verstehen, sondern als ein Thema von Bürgerengagement.

Bürgerengagement ist etwas anderes als Bürgerbeteiligung und *Bürger-Mitnehmen*. Bürgerengagement heißt Handeln-der sein und konkrete Verantwortung übernehmen.

Wir leben in Zeiten des Umbruchs: Klimawandel, demografischer Wandel, Individualisierung, Automatisierung geistiger Tätigkeiten, Globalisierung, rücksichtslose Finanzgeschäfte.

Die Kommune muss die Bürgerschaft mit den Herausforderungen konfrontieren, ihr Engagement nachfragen, individuell stärken und vernetzen. Sie muss sich als Integrationszentrum in die demokratische Alltagsbildung positiv einmischen. Tut sie das, so ist sie im Sinne von *Citizen Governance Work* für die wichtigsten Herausforderungen an die Stadtentwicklung gerüstet und kann



- Städte für ein langes Leben organisieren auch bei langfristigem, teilweise schon heute deutlich spürbarem Bevölkerungsschwund,
- Städten hochentwickelter Vielfalt gewinnbringend Form verleihen, in der sich globale Gesellschaften verankern,
- Städte nachhaltig gestalten, damit wir mit weniger Ressourcen, Energie- und Umweltverbrauch auskommen und erneuerbare Energien verbrauchernah erzeugen, und
- Städte bauen, die immaterielle Wohlstandsmehrung unterstützen, damit sich ihre Bürgerinnen und Bürger auch bei rückläufigem materiellem Wohlstand in ihnen wohlfühlen.

Wir können die Stadt für eine langlebige Gesellschaft alltagstauglich machen. Wir können die Stadt so gestalten, dass der Staat nicht kostenträchtig bürokratische Leistungen erbringen muss, die eine Bürgergesellschaft quasi nebenbei entwickelt. Wir können die Nutzungen wieder mischen und kurze Wege schaffen. Wir können öffentliche Gebäude effizienter benutzen, nachhaltige Verkehrskonzepte umsetzen und in gut 30 Jahren den gesamten Baubestand nachhaltig gestalten.

Wir können den nichtökonomischen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger durch eine stärkere Berücksichtigung sozialer, kultureller und ästhetischer Belange mehr Raum geben. Wir können die Gemeinschaftspotentiale des öffentlichen Raums stärken.

Wir können Stadtentwicklung – wie wir es versuchen – durch Zukunftsagenturen unterstützen, die ganzheitliche Aufgabenstellungen formulieren, Bürgerengagement nachfragen, Handlungskompetenzen der Bürger stärken, orts- und personenbezogene Ansätze aufeinander abstimmen und Baukultur zum öffentlichen Thema machen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann die Potenziale der Städte als Motoren gesellschaftlicher Selbstgestaltung mobilisieren. Sie kann die Innovationsfähigkeit der Städte bei der Gestaltung des Wandels unterstützen und

zum Erfolg nationaler Strategien beitragen. Eine nationale Demografiestrategie, eine bundesweite Integrationspolitik, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie und auch die Energiewende werden nicht gelingen ohne das Engagement der Städte und ihrer Bürgerschaften, ohne eine integrierte und von allen Ebenen unterstützte Stadtentwicklung.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann die komplexe Koordination lokal wirksamer Aufgaben und Programme ressortübergreifend leisten. Sie kann Europäische Union, Länder und Städte miteinander und mit der Bürgergesellschaft im Sinne neuer *Multi-level-Governance* verbinden. Sie kann staatliche Experimentierklauseln für Kommunen einwerben, um Such- und Lernprozesse zu eröffnen und zu fördern. Dazu muss sie die Instrumente erhalten. Umbruchzeiten sind Aufbruchzeiten.

Bürgerengagement heißt handeln und konkret Verantwortung übernehmen. Umbruchzeiten sind Aufbruchzeiten.

STADT
WANDEL



4

Der Blick von außen

Hilmar von Lojewski

Dipl. Ing. Raumplaner, Programmleiter Nachhaltige Stadtentwicklung Syrien für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) GmbH 2007 – 2010, Beigeordneter des Deutschen Städtetages

Nationale Stadtentwicklungspolitik Syrien

Angesichts der Bilder von Gewalt, Tod, Zerstörung und Chaos den Blick von Syrien auf Deutschlands Nationale Stadtentwicklungspolitik zu richten, mutet bizarr, wenn nicht weltfremd an und macht doch Sinn. Nach der Publikation des Memorandums in Deutschland begann auch Syrien, seine Nationale Stadtentwicklungspolitik zu formulieren: Der Prozess *Towards a Syrian Urban Development Policy* wurde im September 2009 mit der Präsentation des *Memorandum on Sustainable Urban Development in Syria* abgeschlossen. Syriens Memorandum wurde auf der *First Arab-International Conference on Syrian Cities*, einer eigens zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Veranstaltung, zusammen mit einem Katalog von zehn Selbstverpflichtungen der Städte zu guter Regierungsführung und 30 Forderungen der Städte an die Zentralregierung verabschiedet. In Kooperation mit der *Arab Town Organisation* und unterstützt von Folkert Kiepe, Deutscher Städtetag fand die Herangehensweise des deutschen Memorandums inhaltlich wie methodisch Nachahmer, die sich die Stadtentwicklungspolitik als integrierten Politikansatz selbst unter diametral entgegengesetzten politischen, gesellschaftlichen und administrativen Bedingungen zu eigen machten.

Ein spannender Sachverhalt, der einerseits einen Blick von außen auf das deutsche Memorandum zulässt, andererseits aber auch verlangt, den Transfer eines eigentlich auf deutsche Verhältnisse zugeschnittenen Politikansatzes kritisch zu reflektieren. Hintergrund ist das *Programm zur Nachhaltigen Stadtentwicklung in Syrien*, kurz *UDP*, das die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* im Auftrag des *Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)* von 2007 bis zum Abzug des internationalen Personals im April 2011 durchführte. Anknüpfend an das international bekannte Projekt zur Sanierung der Altstadt von Aleppo verfolgte es räumlich wie politisch einen ungleich breiteren Ansatz. Zusammen mit der *Cities Alliance* arbeitete es auf lokaler Ebene an einer stringent beteiligungsorientierten Stadtentwicklungsstrategie für Aleppo, an städtischen Möglichkeiten des Umgangs mit informellen Siedlungen, an der Entwicklung der lokalen Wirtschaft und an der Altstadtsanierung.

Da sich das *UDP* in Aleppo auf mehr als 15 Jahre Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung stützen konnte, brachte es eine Reihe von Themen voran, die beispielhaft für andere syrische Städte und Regionen wirkten. Die gesammelten Erfahrungen dieser Altstadtsanierung wurden mit Unterstützung von Peter Herrle und Sonja Nebel in einem *Tool kit* zur integrierten Stadterneuerung zusammengeführt.



Eine Typologie informeller Siedlungen und die Aufbereitung einer *urban form* der Stadtentwicklungsstrategie durch das Berliner Büro *Überbau* ergänzten als Gegenbild zu dem von der Regierung verfolgten Masterplan die innovativen Ansätze in Aleppo.

Bei der Altstadtsanierung Damaskus versetzte ein Bürgerbeteiligungsansatz die Verwaltung überhaupt erst in die Lage, Sanierungsprozesse mit Bewohnern und Gewerbetreibenden dialogisch in Angriff zu nehmen. Hauptziel war es, einen Sanierungsfonds aufzulegen, historische Khans wirtschaftlich und physisch zu rehabilitieren und sowohl die Verwaltung als auch die Bewohner der Altstadt in technischen und organisatorischen Sanierungsfragen zu beraten.

Eine Strategie für Syrien, um Verteilungsgerechtigkeit zwischen informellen und formellen Stadtteilen herzustellen.

Auf Grundlage der Erfahrungen in Aleppo wurde eine dringend nachgefragte Strategie zum Umgang mit informellen Siedlungen und Stadtteilen erarbeitet. Die Strategie leistete einen Beitrag, das informelle Wohnen auch in Syrien endlich vom Stigma zu befreien. Sie erkannte den Beitrag des Informellen zur Behausung großer Teile der Stadtbevölkerung und der lokalen Wirtschaft an und zeigte die Instrumente auf, die den Menschen in diesen Siedlungen wirtschaftliche Chancen und Bildung eröffnen – eine Strategie, um Verteilungsgerechtigkeit zwischen informellen und formellen Stadtteilen herzustellen und die Siedlungen zu einem aktiven Teil der Stadtentwicklung zu machen. Von diesen Siedlungen und Stadtteilen geht heute ein wesentlicher Teil des Widerstands gegen das Regime aus.

Kern der Aktivitäten der *UDP* auf zentraler Ebene war der Transfer der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nach Syrien. Hiermit beschriftete sie Neuland, denn mit Ausnahme der *Sustainable Jordan Declaration* gab es zu dem Zeitpunkt weder im Maghreb noch im Mashreq einen übergreifenden Politikansatz zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Das deutsche Memorandum lud – nicht zuletzt durch seine Verfügbarkeit in einer englischen Übersetzung – quasi zur Übertragung ein: Die Präambel machte die Zielrichtung deutlich. Die Termini *Nationale Stadtentwicklungspolitik*, *Stadtentwicklung als moderne Struktur- und Wirtschaftspolitik* und die Annäherung an ein *Vernetztes Europa* waren in arabischer oder englischer Übersetzung durchaus Treiber, um den Entscheidungsträgern diesen Ansatz zu vermitteln.

Auf zentraler Ebene waren verschiedene Defizite offenkundig: es gab keine umfassende Analyse der Entwicklungsbedingungen der Städte, nur punktuelle Ansätze dezentraler Entscheidungsfindung und -umsetzung; eine deutliche Tendenz der zentralen Ebene zur Wahrnehmung dezentral anfallender Funktionen und Aufgaben – das heißt eine deutliche Umkehr des Subsidiaritätsprinzips.

Es gab keine funktionale Vertretungskörperschaft und keinen informellen Zusammenschluss der Städte gegenüber der Zentralregierung; wenig Kontakte zwischen den städtischen Vertretern zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Lernen anhand von guten Beispielen. Es gab erhebliche Begriffs- und Definitionsunsicherheiten

zwischen den Termini Politik, Strategie, Programm, Plan, Regionalplanung, Stadtentwicklung etc.; keine verlässlichen statistischen Basisdaten zur städtischen Bevölkerung (Demographie, Einkommensverhältnisse, Dichtewerte etc.).

Diese Schwächen verstärkten sich auf lokaler Ebene noch durch die Unsicherheit über Entscheidungsbefugnisse: Entscheidungsstaus in den Städten durch Zuwarten auf Entscheidungen und Finanzierung durch die Zentralregierung, lang währende Abstimmungs- und Zustimmungungsverfahren; inadäquate Personalzuweisung durch die Zentralregierung. Auf den mittleren Ebenen gab es Aufgabenkonkurrenzen zwischen lokaler Verwaltung und Gouverneuren in 13 der 14 Provinzen; mangelhafte sektorübergreifende Abstimmungs- und Planungsmechanismen; fehlende Leitbildentwicklung und fehlende informelle Planungsinstrumente bei gleichzeitiger Blockade von formellen Planverfahren.

Eine Schwächenanalyse geht immer mit der Entwicklung von Stärken einher und Chancen lassen sich nur weiter entwickeln, wenn ein klarer Blick den damit verbundenen Risiken gilt.

Zu den Stärken zählte fraglos die politische Bereitschaft, sich überhaupt auf einen politischen Dialog und Aushandlungsprozess für eine nationale Stadtentwicklungspolitik einzulassen und der damit einhergehende grundlegende Wille, einen Veränderungsprozess einzuleiten. Die Reformkräfte im Ministerium und die meisten Oberbürgermeister haben das Erfordernis unschwer erkannt. Zu den Stärken zählten aber auch die physischen Ausgangsbedingungen der Städte: das historische Erbe in den Altstädten; die hohe Dichte der Bebauung, die nicht nur in den Altstädten anzutreffen ist, sondern auch in den Stadterweiterungssiedlungen der Mandatszeit und der 1950er bis 1970er Jahre; die kurzen Wege zwischen Wohn- und Arbeitsorten, soweit es sich noch immer um funktional und sozial durchmischte Quartiere handelt, und die Mischung von Nutzungen, die sich ebenfalls nicht auf die Altstädte beschränkt.

Hinzu kamen städtebauliche und architektonische Qualitäten in Form mitunter recht ökonomischer Stadtgrundrisse mit hoher Aufenthaltsqualität und Gebäudeformen mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten und guter Gestaltqualität. Diese Stärken galt es angesichts der zunehmenden Trennung von Nutzungen, der Kopie von Stadterweiterungskonzepten und Satellitenplanungen des komplexen Wohnungsbaus und *gated communities* wie auch der Flächenansprüche des Autoverkehrs sowie einer sich in den letzten 15 Jahren recht eklektizistisch gerierenden Architektur in den Mittelpunkt zu rücken.

Zu den Zielen

Das Memorandum sollte ein klareres Bild über den Status Quo der syrischen Städte zeichnen, Stärken, Schwächen,



Chancen und Risiken der Stadtentwicklung offenlegen und den Veränderungs- und Reformbedarf benennen, um gesamtwirtschaftlichen Nutzen aus der ungebremsten Urbanisierung des Landes zu ziehen und die Stärken der Städte zu bewahren. Es sollte den Städten und der Regierung vermitteln, dass Syrien über stadtstrukturelle Werte verfügte, die viele europäische Städte bewahren oder wieder gewinnen wollen. Insbesondere ging es darum, überhaupt einen Prozess kooperativer Politikentwicklung anzustoßen. Den Beteiligten sollte vermittelt werden, dass eine Schwächenanalyse immer auch mit der Entwicklung von Stärken einhergeht und Chancen sich nur weiter entwickeln lassen, wenn ein klarer Blick den damit verbundenen Risiken gilt – kurz, dass alles Bemühen auf zentraler und lokaler Ebene wenig nützt, wenn die Rahmenbedingungen für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung nicht grundlegend korrigiert werden.

Methoden und Verfahren

Das deutsche Memorandum war die Referenz für das syrische Memorandum. Methode und Verfahren zu seiner Erstellung und natürlich auch die Inhalte unterschieden sich jedoch grundsätzlich. Die Methode legte einen Schwerpunkt auf

- eine querschnittsorientierte Stärken- und Schwächen-Analyse der Städte mit den Schwerpunkten Stadtplanung, städtische Dienstleistungen, Wirtschaft, Umwelt, Informalität und Identität;
- eine Indikatoren-basierte Analyse der Referenzstädte mit der Absicht aufzuzeigen, wie relevant Vergleichbarkeit und Messbarkeit städtischer Leistungen sind, um die Priorisierung von Projekten und die Vergabe von Fördermitteln zu erleichtern;
- eine Klärung der bestehenden Verwaltungskapazitäten und notwendigen Veränderungen;
- die Dokumentation der Forderungen der syrischen Städte an die Regierung;
- Empfehlungen zur Umsetzung der Stadtentwicklungspolitik;
- die Vermittlung, wie wichtig die Städte für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und den seinerzeit moderat hoffnungsvoll stimmenden Reformprozess sind, um angesichts des ungebremsten Stadt- und Bevölkerungswachstums auf ein *Urban Age of Syria* vorbereitet zu sein und in der Region und global wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. zu werden.

Neben den thematischen und analytischen Inhalten des Memorandums sowie den Ergebnissen der sektoralen und der SWOT-Analyse, also dem *Was* stand insbesondere das *Wie* der Erstellung des Memorandums im Vordergrund:

- Syrische Consultants bearbeiteten die Sektorkapitel und mussten über die Status quo-Beschreibung und Analyse hinaus umsetzbare Aktivitäten skizzieren, um die Konsequenzen aus der SWOT-Analyse zu konkretisieren. Das war für sie konkretes *Learning on the job* und hat zur Qualifizie-

Trotz des grundsätzlich unterschiedlichen syrischen Handlungsrahmens hat das deutsche Memorandum die genetische Codierung der Reformidee und des Reformprozesses in Syrien befruchtet.

rung von Arbeitsmethoden beigetragen.

- Die Partner im MLA mussten in dem iterativen Verfahren zur Erstellung des Memorandums Vermittlungsarbeit in die politische Entscheidungsebene leisten. Dies sollte zur *Ownership* des Memorandums beitragen, die Verfahrenskompetenz erhöhen (bei einem diffizilen Projekt *monatlang am Ball zu bleiben*) und die Identifikation mit den Inhalten befördern.
- Vertreter aus den 16 Städten haben die Inhalte und unterschiedlichen Fassungen des Memorandums diskutiert. Mit der Intensität des fachlichen Austauschs entwickelten sich auch ein intensiverer persönlicher Austausch; die erste – wengleich informelle – Basis für ein Netzwerk zwischen Städten war gelegt, das sich in den Verhandlungen über die städtischen Forderungen als durchaus wehrhaft erwies.
- Eine Kerngruppe von Oberbürgermeistern verhandelte und redigierte zusammen mit betroffenen Ministeriumsvertretern unter Leitung des Stellvertretenden Ministers für Lokale Verwaltung die *Forderungen der Städte*, was bei den Beteiligten die ohnehin vorhandenen Fähigkeiten zur Interessenwahrung in Aushandlungsprozessen schärfte.



• Das Memorandum sollte Syriens Reformwilligkeit und seine Reformfähigkeit auch auf der internationalen Ebene dokumentieren. Es wurde schließlich durch den Staatssekretär des Ministeriums für Lokale Verwaltung beim *World Urban Forum 2009* in Rio de Janeiro international vorgestellt.

Der drohende kulturelle Verlust des Landes macht sprachlos.

Zu den Wirkungen

Heute verbietet es sich, über die Wirkungen der Aktivitäten des Stadtentwicklungsprogramms in Syrien und insbesondere des Memorandums zu rasonieren. Lähmend wirkt die derzeitige Unsicherheit über Verbleib und Schicksal syrischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits während der Arbeit am Memorandum häufiger Observation und Befragung ausgesetzt waren. Sprachlos macht der drohende kulturelle Verlust des Landes, das trotz finsterster Repressionsmethoden – Bösemeinende sind der Auffassung, gerade wegen dieser Methoden - eine faszinierende und im nahöstlichen Kontext funktionierende Koexistenz von Ethnien, Kulturen und Religionen vorgelebt und dazu noch in vielen Teilen baukulturelle Identität bewahrt hat. Die mediale Schwarz-Weiß-Malerei des Westens beschämt. Es bleibt abzuwarten, ob es am Ende dieser Schreckenszeit in Syrien noch oder wieder Raum für Reformen gibt und welche Anknüpfungspunkte es für einen politischen Prozess der Stadtentwicklung gibt, der uns schon in Deutschland

auf allen Ebenen fordert, auch wenn es hier keineswegs um existenzielle Fragen geht.

Das deutsche Memorandum hat trotz des grundsätzlich unterschiedlichen syrischen Handlungsrahmens die genetische Codierung der Reformidee und des Reformprozesses befruchtet. Dort ging es trotz teilweise verwandter Themen (Partizipation, Identität, Baukultur) weniger um inhaltlichen Transfer und noch weniger um den Transfer von Verfahren und Methoden – da erscheint das syrische Memorandum in seinem iterativen und dialogischen Erstellungsprozess womöglich sogar breiter aufgestellt als das deutsche – als vielmehr um den Transfer einer Idee und eines Formats. Es ging darum zu erkennen, dass eine umfassende integrierte Stadtentwicklungspolitik erforderlich ist, um gesamtgesellschaftlichen Nutzen aus dem an Dynamik zunehmenden syrischen *Urban Age* für das Land zu ziehen. Und es ging schließlich darum, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es erst ermöglichen, städtische Dienstleistungen zu liefern und das Niveau der Daseinsvorsorge zu sichern, das die Stadtbewohner zu Recht erwarten.

Idee und Format wurden zwar maßgeblich von den deutschen Beratern initiiert, aber von syrischen Reformern innerhalb und außerhalb des Regierungsapparats und vielen Oberbürgermeistern und Stadträten getragen. Nicht verschwiegen werden soll aber, dass mindestens genauso viele sich gegen das Memorandum und Veränderungen des Status quo gestellt haben.

Dennoch – das syrische Memorandum hat insbesondere bei den städtischen Entscheidungsträgern befördert, dass sie über die eigene Rolle nachdenken, über ihre Aufgaben und deren Erfüllung, über Erwartungen der Bevölkerung und über die grundsätzlich reformbedürftigen politischen Rahmenbedingungen. Es hat das städtische Selbstbewusstsein gestärkt, Forderungen zu stellen, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen sie den seinerzeit anstehenden Aufgaben überhaupt ansatzweise hätten gerecht werden können.

Angesichts des andauernden städtischen Schlachtens bleibt nur festzustellen, dass die amtierende syrische Regierung Idee und Ergebnis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik verworfen hat. Das politische Handeln zielt ausschließlich auf den Machterhalt des engeren Regierungszirkels und die Vernichtung von vermeintlichen und tatsächlichen Gegnern. Das individuelle Handeln richtet sich für große Teile der Bevölkerung auf das schiere Überleben. Die Aufgaben nach Ende des Bürgerkriegs werden anderer Natur sein, als sie ein Memorandum erfüllen könnte. Syrien wird um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Die Aufgaben nach Ende des Bürgerkriegs werden anderer Natur sein, als sie ein Memorandum erfüllen könnte.



Klaus Johannis

Bürgermeister der Stadt Hermannstadt/Sibiu, Rumänien
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Kultur als städtische Energie

Die Stadt in einer Umbruchsituation zu retten und neu zu gestalten – das war die Aufgabe, die Sie vor über zehn Jahren in Hermannstadt aufgenommen haben. Das war eine Herausforderung, die Sie über die Mobilisierung vieler unterschiedlicher Kräfte zu einem Erfolg geführt haben, der sich heute überall ablesen lässt. Was sehen Sie heute, auf die Gesamtstadt bezogen, als die wichtigsten Herausforderungen für die nächsten Jahre?

Oft gibt ein Rückblick genauso viel Aufschluss wie ein Ausblick. Wenn ich zurückdenke, was Hermannstadt vor 12 Jahren war – damals wurde ich zum ersten Mal zum Bürgermeister gewählt – und wenn ich es heute anschau, ist unschwer zu erkennen, dass einige Dinge sich radikal verändert haben: vor allem die Art und Weise, wie die Hermannstädterinnen und Hermannstädter ihre Stadt begreifen und wie sie damit umgehen. Radikal verändert haben sich aber auch die Infrastruktur, die Anzahl und die Qualität der Arbeitsplätze, die Funktionalität von ganzen Stadtteilen.

Die Stadt hat eine neue Identität erhalten und die Hermannstädter haben ein neues Selbstwertgefühl.

Ich denke, das alles lässt sich mit dem Begriff ‚Identität der Stadt‘ umschreiben. Die Stadt hat eine neue Identität erhalten und die Hermannstädter haben ein neues Selbstwertgefühl. Solche Änderungen passieren in Städten sehr selten und noch seltener passiert beides gleichzeitig. Hermannstadt war bis 2000 eine Stadt, die von den Gebäuden her identisch war mit dem, was wir jetzt vor Augen haben. Aber alles war recht heruntergekommen und es gab überhaupt kein Konzept, was mit diesem Erbe anzufangen wäre. Dadurch, dass wir Vieles – manchmal gleichzeitig, manchmal sukzessive – veränderten, haben wir der Stadt nicht nur ein neues Aussehen, sondern auch eine neue Identität gegeben.

Hermannstadt ist heute als Kulturstadt wohlbekannt. Die Stadt lebt diese Identität. Dabei macht ihre Attraktivität sie zu einem wichtigen Standort für den Tourismus.

Der Tourismus gibt uns die Möglichkeit, einen ganz neuen Wirtschaftszweig aufzubauen, der ausgezeichnet zu Hermannstadt passt. Das alles passiert paradoxerweise – zumindest auf den ersten Blick – in einer Stadt, die, sieht man genau hin, eine Industriestadt ist. Hermannstadt lebt auch heute vor allem von der Industrie, nicht vom Tourismus und nicht von der Kultur.



Aber Industriestädte gibt es tausende, Industrie allein macht eine Stadt noch nicht attraktiv. Dank der neuen Identität sind neue Investoren nach Hermannstadt gekommen. Kultur und Tourismus sind städtische Energien, die für manche unerwartet waren, sich aber durchaus positiv auf die Stadt auswirken.

Es gibt unzählige Projekte, von Infrastruktur- bis zu einzelnen Kulturprojekten, die aufzuzählen in diesem Kontext nicht viel bringt. Ich will nur zeigen, wie eine Stadt sich durch scheinbar zusammenhanglose Einzelmaßnahmen im Ganzen verändern kann.

Industrie und Kulturtourismus – wie denkt man das zusammen?

Dass Industrie und Tourismus sich nicht widersprechen, das hat man im Ruhrgebiet sehen können. Das ist kein Widerspruch.

Hermannstadt ist heute als Kulturstadt bekannt und lebt diese Identität. Ihre Attraktivität macht sie zu einem Standort für den Tourismus. Und das alles passiert paradoxerweise in einer Industriestadt.

Im Fall Hermannstadt überrascht nur, dass der Teil, der die Touristen interessiert, absolut nichts mit der Industrie zu tun hat. Die meisten Touristen wissen gar nicht, wo in Hermannstadt die Industrie angesiedelt ist. Es fällt nicht auf, dass wichtige Unternehmen nach wie vor ihren Standort in Hermannstadt haben.

Was sind für Sie die wichtigsten Einrichtungen, die Sie fördern, damit die Kulturstadt über das Jahr 2007 hinaus ihre Gültigkeit behält?

Wir haben die Kultur schon seit 1995 unterstützt. 2003, 2004 haben wir angefangen, Kulturveranstaltungen in größerem Stil zu fördern. Wir hatten schon damals einige sehr gute Veranstaltungen, zum Beispiel unser internationales Theaterfestival. Das ist Anfang der 90er Jahre als Studententheater-Festival entstanden, allmählich gewachsen und heutzutage das weltweit drittgrößte Theaterfestival. Das ist eine große Leistung, so etwas in der Stadt zu halten.

Wir hatten die Idee, aus dem Vielen würde sich wohl das Wertvolle herauskristallisieren, und so war es auch. Wir hatten für 2007 auch Neugründungen. Zum Beispiel hatten wir bemerkt, dass es ein ziemlich großes Publikum für Ballett gibt. Da alle Gastveranstaltungen immer ausverkauft waren, haben wir unser eigenes Ballett-Theater gegründet. Es funktioniert bis auf den heutigen Tag und hat konstant ein großes Publikum in Hermannstadt.

Kultur und Tourismus sind städtische Energien, die sich aber positiv auf die Stadt auswirken.

Die Kulturveranstaltungen sind ganz unterschiedlicher Art. Wir haben zum Beispiel jedes Jahr im August ein riesiges Hardrock-Festival in der Stadt. Vor einer Woche hatten wir gerade die Schlussveranstaltung der rumänisch-amerikanischen Musikabende. Da gab es hier am Großen Ring eine großartige neu interpretierte Aufführung barocker Musik mit sehr modernen Effekten, darunter Nebelwerfer und zig Laserprojektoren auf dem Großen Platz. Solche Veranstaltungen halten Hermannstadt im Gespräch der Szene, weil dabei immer wieder etwas Neues entsteht.

Inzwischen fördert die Stadt Kultur alljährlich mit einer recht großen Summe. Das zahlt sich allemal aus, weil das kulturelle Profil der Stadt wesentlich dazu beiträgt, dass die Stadt bekannt ist, ergo Gäste kommen, was wiederum Geld in die Stadt bringt. Ich bin der festen Überzeugung, dass Investitionen in Kultur zu den besten Investitionen gehören, die Kommunen überhaupt tätigen können, so das Ganze Teil eines Konzeptes ist.



Sie haben große Infrastrukturprojekte mit der Erneuerung des Kanalisationsystems, des Wassersystems begonnen. Wie sieht es mit dem Verkehr aus? Wird der öffentliche Nahverkehr künftig in der Lage sein, den Individualverkehr zu reduzieren? Wie weit sind Sie mit der Mobilisierung des Fahrradverkehrs gekommen? Was haben Sie sich für die nächsten Jahre im Infrastrukturbereich vorgenommen?

Ich denke, dass ein ganzer Komplex von Maßnahmen dazu gehört, die Stadt mobil zu halten oder noch mobiler zu machen. Und zwar auf eine Art, die für die Hermannstädter auch angenehm ist. Wir arbeiten oft an mehreren Projekten gleichzeitig, um eine gute Mobilität innerhalb der Stadt zu gewährleisten.

Eines der größten Hindernisse war bis vor zwei Jahren der Transitverkehr, der mitten durch die Stadt ging und den Stadtverkehr erstickt hat. Das Problem ist glücklicherweise gelöst, seit es eine Umgehungsstraße als Teil der zukünftigen Autobahn gibt und der Transitverkehr dadurch weg ist.

Damit alles funktioniert, müssen wir das Straßennetz soweit möglich anpassen, daran arbeiten wir praktisch die ganze Zeit. Das ist alles nicht einfach. Es ist teuer und die Resultate sind nicht sensationell. Aber in kleinen Schritten kommen wir voran. Der Verkehr ist immerhin verträglicher geworden und wir haben keine Staus mehr.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Investitionen in Kultur zu den besten Investitionen gehören, die Kommunen tätigen können.

Wir versuchen aber gleichzeitig, die Hermannstädter zu überzeugen, dass sie Alternativen nutzen. Hermannstadt ist nicht groß. Man kann praktisch überall hin zu Fuß gehen, wenn man ein wenig sportlich ist. Man kann aber auf jeden Fall überall mit dem Fahrrad hinkommen, so lange das Wetter mitspielt. Deshalb habe ich die Hermannstädter ermutigt, ihr Fahrrad aus der Garage zu holen und zu benutzen. Wir haben zu dem Zweck viele Kilometer Fahrradwege markiert – nicht um den Hermannstädtern zu zeigen, wo's langgeht, sondern, um eine gewissen Sicherheit im Stadtverkehr zu gewährleisten.

Bis dahin waren die Autofahrer rücksichtslos, schlicht, weil sie an Fahrradfahrer überhaupt nicht mehr gewöhnt waren. Wir haben ganze Straßenzüge neu gestalten müssen, um Platz für einen Fahrradweg zu schaffen. Inzwischen haben wir in der Stadt ca. 40 km Fahrradwege markiert, die auch befahrbar sind. Das sind nicht einfach so Fahrspuren auf dem Asphalt, sondern da, wo ein Fahrradweg eingezeichnet ist, kann man auch tatsächlich gut fahren.

Das ist die eine Variante, an der wir weiter arbeiten. Vorläufig haben wir nur zwei Kilometer Fahrradwege, die als solche neu gebaut wurden, der Rest sind auf den Straßen markierte Spuren. Wir wollen die Markierungen ausweiten

und dazu übergehen, mehr spezielle Fahrradwege zu bauen. Da bleibt noch viel Arbeit für die nächsten Jahre.

Wir haben einen sehr guten öffentlichen Personennahverkehr – ein Transportsystem, das pünktlich ist, zuverlässig und relativ bequem. Langsam aber sicher werden wir doch viele Hermannstädter überzeugen können, ihr Auto in der Garage zu lassen und den Bus zu nehmen.

Wohnen in der Stadt: Beeindruckend ist in Hermannstadt auch, dass die Häuser noch überwiegend als Wohnhäuser genutzt werden. Hat sich das Wohnen in der Innenstadt stabilisiert? Die Preise steigen, wir haben von Wohnungsverkäufen gehört, die an deutsche Preise heranreichen. Was tun Sie, um diese Wohnqualität zu sichern und Stabilität zu schaffen?

Seit 2000 gab es in Hermannstadt den ungunstigen Trend, dass die Leute aus dem Stadtzentrum weg wollten. Nicht, weil es hier nicht schön war, sondern weil alles schlecht funktionierte. Die Infrastruktur in der Altstadt war völlig heruntergekommen. Angesichts der zunehmend sozial schwachen Nachbarschaften war es vielen nicht mehr angenehm, in der Innenstadt zu wohnen. Wir haben es – auch mit Hilfe der GTZ – geschafft, zu zeigen, wie die Altstadt restauriert werden kann und was für einen Wert sie hat. So konnten wir die Hermannstädter überzeugen, sie als Wohnstadt zu akzeptieren und das hat sehr gut funktioniert.

Inzwischen haben wir die gesamte Infrastruktur erneuert. In der Altstadt ist wirklich alles neu, was an Installationen dazugehört: Wasser, Abwasser, Gas, Kabelfernsehen, optische Kabel, all das bietet optimale Bedingungen. Allerdings sind dadurch auch die Preise gestiegen und zum Teil viel zu hoch.

2006/2007 war es in Hermannstadt teurer eine Wohnung zu kaufen als in jeder vergleichbaren deutschen Stadt. Das hat sich inzwischen etwas normalisiert. Wir haben 2003 damit begonnen, die ganze Stadt neu zu konzipieren und auch wirklich zu erneuern, zumindest was den öffentlichen Raum angeht.

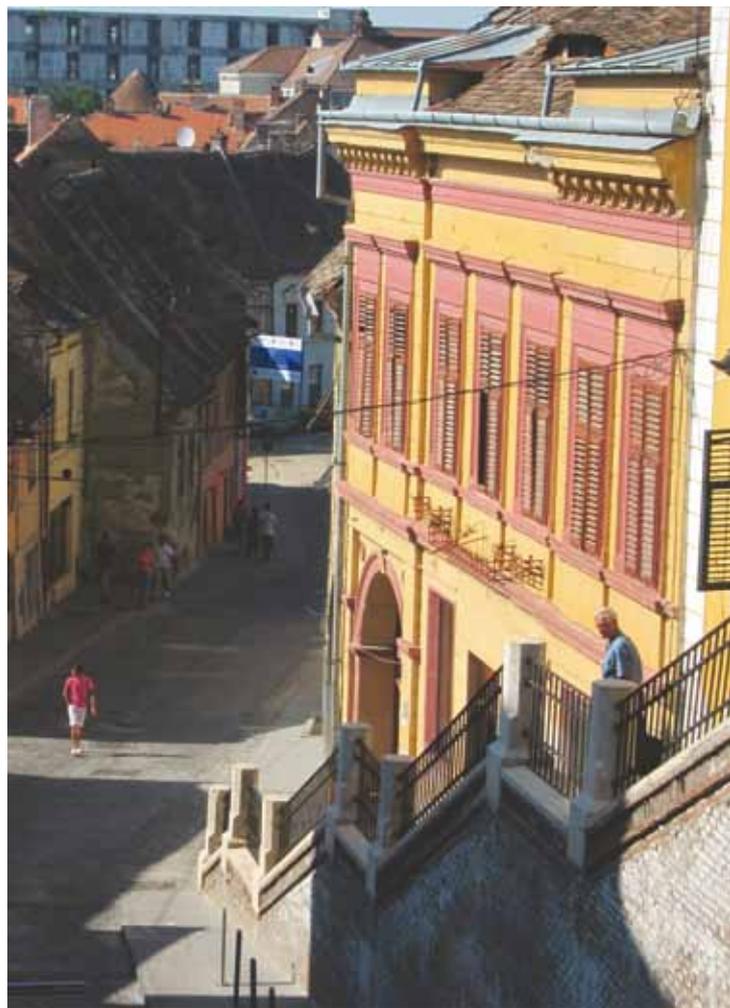
Wir haben in Deutschland das Problem, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Da gibt es viele, die sich nicht mehr leisten können, in der Innenstadt zu wohnen. Wie ist es hier mit den Wohnkosten: Wer kann sich bei den durchschnittlich sehr niedrigen Einkommen jetzt eine Wohnung in der Altstadt leisten? Wie sichern Sie den sozialen Zusammenhalt?

Unser Problem ist durch die Struktur der Besitzverhältnisse völlig anders gelagert als in Deutschland. Es hat politisch bedingte Manöver gegeben, schon in den Jahren des Kommunismus und auch nachher, den ehemaligen Mietern ihre Wohnungen – für'n Apfel und ein Ei wie man in Deutschland sagt – zu verkaufen. Völlig anders als in Deutschland haben wir über 80% Hauseigentümer und unter 20% Mieter. In Deutschland ist es genau umgekehrt und von

daher ist die Problematik eine ganz andere. Die Kosten des Wohnens sind hier eher definiert durch die Nebenkosten, die nicht billig sind: Wasser, Gas, Abwasser, Kabelfernsehen usw. Sie sind relativ teuer verglichen mit dem durchschnittlichen Einkommen in Rumänien. Aber sobald man Eigentümer einer Wohnung ist, kann man sich auch leisten, darin zu wohnen. Erst wenn man zur Miete wohnt, wird es problematisch. Die Mietpreise sind zwar nicht besonders hoch, kein Vergleich zu deutschen Städten, aber sie sind ein relevanter Kostenfaktor.

Zunehmend werden regenerative Energien, andere Formen von Energieproduktion und Energieeinsparung notwendig. Das wird teuer, besonders für einkommensschwache Haushalte. Wie sieht das bei Ihnen aus?

Es gibt zwar viele geplante Ansätze, aber noch wenig ausgeführt. Wenige Windanlagen, aber geplant sind sehr viele. Wenn das alles einmal gebaut ist, wird es auf dem rumänischen Energiemarkt auch statistisch relevant werden. Es



gibt sehr wenige Solaranlagen, die effektiv funktionieren, aber geplant sind einige, auch in der Umgebung von Hermannstadt.

Immer mehr Leute merken allerdings, dass es günstig ist, wenn man sein Haus wärmeisoliert. Auch die großen Wohnblocks aus kommunistischen Zeiten sind inzwischen zu einem guten Teil wärmeisoliert – mehr oder weniger gut, das ist mehr eine Detailfrage. Aber die Leute haben das verstanden. Viele Besitzer von Einfamilienhäusern haben inzwischen eigene Solaranlagen auf dem Dach, die meisten allerdings nicht zur Herstellung von Elektrizität, sondern zur Warmwasseraufbereitung. Was man aus deutschen Städten kennt, dass da viele Hektar Dachfläche von Solarzellen bedeckt sind, die elektrische Energie erzeugen, das gibt es bei uns nicht.

In der Altstadt wäre das ja auch schrecklich, zumal auf den denkmalgeschützten Häusern.

Das wäre schlicht katastrophal, um das nicht anders zu formulieren.

Das Wichtigste, was ich erreicht habe, ist, dass ich den Hermannstädtern ihren Optimismus zurückgegeben habe. Wenn die Leute motiviert sind, kann man sie leicht mobilisieren.

Da wird man sicherlich integrierende Konzepte brauchen, die die Altstadt durch dezentrale Produktion von regenerativen Energie an anderer Stelle entlasten. Die Bundesregierung in Deutschland hat sich für eine Energiewende entschieden, ihre lokale Umsetzung ist jedoch schwierig, vor allem wegen der erwarteten Kosten und der Belastungen für einkommensschwache Haushalte. Bei uns drängt auch die Wirtschaft, weil die Energiekosten für die Industrie eine nicht unbedeutende Rolle spielen.



Meines Erachtens gibt es in Rumänien keine kohärente Energiepolitik. Von daher läuft das alles eher ein bisschen chaotisch. Die Industrie weiß schlicht nicht, bei wem sie Lobby machen soll, solange es keine relevante Energiepolitik gibt. Das ist bei uns ein Problem. Die Industrieminister der letzten Jahre haben es nicht geschafft, im Bereich Energie eine vernünftige Politik aufzubauen. Andererseits gibt es für den Individualverbraucher keine Zuschüsse. Muss er die Anlagen jedoch aus der eigenen Tasche bezahlen, sind sie so teuer, dass das nichts bringt. Manche Leute tun es trotzdem, weil sie es sich leisten können oder weil sie sich für die neuen Energien begeistern, dann ist es aber keine Einsparungsmaßnahme.

Bei uns sind Gas und Strom teuer, trotzdem zahlt man monatlich und das war's. Baut man eine Wärmedämmung ein, zahlt man pro Monat wahrscheinlich ein bisschen weniger, aber die Initialsumme kriegt man von keiner Bank. Solche Arbeiten finanziert niemand unter günstigen Bedingungen. Wenn Sie in Rumänien zu einer Bank gehen und eine Baufinanzierung beantragen, bekommen Sie etwas, womit Sie nichts anfangen können. Die Zinsen sind so hoch, dass Privatpersonen sich Kredite nicht leisten können.

Und die staatliche Politik heute? Ist es unrealistisch, sich vorzustellen, dass mit der Zeit eine neue Energiepolitik entwickelt wird?

Wir erwarten ja auch alle, dass irgendwann eine Regierung kommt, die merkt, dass es in diesem Bereich gilt, eine Politik zu definieren. Das ist bis jetzt noch nicht passiert.

In den Berichten zur Stadtentwicklung von Hermannstadt, die vor zehn Jahren geschrieben wurden, stehen lauter Begriffe, die jetzt in Deutschland anlässlich der Energiewende wieder neue Aktualität gewonnen haben: Zusammenhalt der Gesellschaft, Aktivierung und Motivierung der Bürger, interdisziplinäres Denken und Handeln bei den Akteuren, Kooperationen verschiedener Bereiche, neue Partnerschaften. Was braucht es, um die Gesellschaft zu mobilisieren, damit sie die Aufgaben der nächsten Jahre zu ihren eigenen macht und sich neue Partnerschaften herausbildet?

Es gibt Bereiche, die kann man durchaus lokal mobilisieren und Bereiche, die kann man lokal nicht mobilisieren. Was man tun kann, ist zum Beispiel, die Leute so weit zu bringen, dass sie merken: ein gut hergerichtetes Haus hat einen anderen Wert als ein Haus, das schlecht aussieht. Das haben wir immer wieder festgestellt und das ist sehr interessant zu beobachten, dass da, wo die Stadt nichts tut, wo eine Straße schlecht ist, auch die Häuser nicht gepflegt werden. Aber da, wo die Stadt kommt und anfängt, die Straße herzurichten, die Leitungen zu ersetzen und dem Ganzen eine Form zu geben, beginnen plötzlich auch die Eigentümer, ihre Häuser herzurichten.

Dadurch, dass wir die Infrastruktur der Stadt massiv verbessert haben – wir haben Modernisierungen in hunderten von Straßen durchgeführt – haben ja etliche, ich würde

fast sagen tausende Hermannstädter begonnen, ihre Häuser herzurichten. Das hat dazu geführt, dass insgesamt viel mehr Bewegung in diesen Bereich gekommen ist. Die Stadt funktioniert besser, sieht auch besser aus. Im Bereich Energien kann man aber nichts tun, weil die Leute sich das eigentlich kaum leisten können.

Humane Energien spielen bei der Wahrnehmung der Energiewende eine erstaunlich große Rolle, es geht neuerdings viel um jene Energien, die von den Menschen ausgehen. Wie ist das in Hermannstadt?

Man hat mich 2004, am Ende meines ersten Mandats, gefragt, was das Wichtigste war, das ich in Hermannstadt getan habe. Die Journalisten haben alle erwartet, dass ich eine Straße, eine Bebauung nenne. Aber ich denke, das Wichtigste, was ich erreicht habe, ist, dass ich den Hermannstädtern ihren Optimismus zurückgegeben habe. Es ist wirklich unglaublich, wie wichtig die Einstellung der Leute zu ihrer Stadt ist und was sie alles bewegen kann. In diesem Sinne stimmt das ganz bestimmt: Wenn die Leute motiviert sind, kann man sie auch leicht mobilisieren. Und sind sie gern in ihrer Stadt, machen sie auch gern mit. Dann merkt man auch wie lebendig die Stadt ist.

Es gibt Städte, die schlafen, auch wenn sie gut aussehen. Und es gibt Städte, die leben, auch wenn nicht überall alles wunderbar funktioniert. Die Art und Weise wie die Leute ihre Stadt empfinden und wie sie mit ihr umgehen, ist meines Erachtens einer der wichtigsten Standortfaktoren. Natürlich darf man da nicht übertriebene Hoffnungen in etwas setzen, was immaterieller Art ist. Man kann nicht erwarten, dass die Leute von sich aus Dinge tun, die schlicht nicht in ihren Aufgabenbereich gehören. Aber wenn man die menschliche Energie fördert, dann ist es effektiv so, dass die Leute mehr tun, mehr leisten. Das führt dazu, dass die Investoren zufrieden sind mit den Leuten, die sie beschäftigen. Das hat lauter positive Effekte.

Wir sind gestern Nacht kurz vor zwölf durch die Stadt gegangen und die Plätze und Lokale waren voll von jungen Leuten. Es war erstaunlich. Was sind das für Leute, sind das Hermannstädter?

Ja, das ist ein Geheimnis von Hermannstadt: es lebt wirklich. Touristen finden Sie tagsüber und am Abend in der Stadt, aber nicht unbedingt spät abends. Da sind es meistens Hermannstädter. Das war ein Effekt, den ich mir erhofft hatte. Aber ich hatte ehrlich gesagt nicht erwartet, dass es so schnell passiert.

Nachdem wir das Konzept Fußgängerzone entwickelt hatten, dachten wir, es muss etwas geben, das die Fußgänger anzieht. Wir haben die Wirtshausbesitzer ermutigt, Terrassen einzurichten. Das Konzept gab es noch nicht in Hermannstadt. 2003 habe ich gesagt: stellt Tische raus und Sonnenschirme. Das haben sie zwar getan, aber es sah entsetzlich aus – Plastikstühle, Plastiktische, bunte Schirme,

katastrophal! Sogar Plastikzelte haben manche rausgestellt.

Dann haben wir von einem Jahr zum nächsten begonnen, ihnen genauer zu erklären, was wir meinen. Wir haben an Reglements gearbeitet und schon nach zwei Jahren lief das Ganze sehr gut. Da konnte man sich treffen und bis spät abends sitzen. In Hermannstadt haben wir ja im Unterschied zu den meisten deutschen Städten ein nahezu mediterranes Klima. Jedenfalls ist das alles sehr schnell gewachsen. Da entstand eine Terrasse nach der anderen, fast alle gut aussehend und gut besucht.

Gibt es Kooperationen mit den Einrichtungen für Bildung und Ausbildung in Hermannstadt?

Wir arbeiten praktisch mit der städtebaulichen Abteilung der Universität zusammen. Wir sind nicht in Kontakt mit den allgemeinen Schulsystemen und Universitäten, aber die Kontakte in Hermannstadt funktionieren. Es ist uns öfter gelungen, spezielle Programme aufzubauen, die zum Beispiel Probleme am Arbeitsmarkt für uns gelöst haben. Nicht immer waren diese Programme erfolgreich, aber meistens haben wir doch etwas bewegt, und auf jeden Fall arbeiten wir zusammen. Das finde ich wichtig.

Wie Leute ihre Stadt empfinden und wie sie mit ihr umgehen, ist einer der wichtigsten Standortfaktoren.

Die Universitäten sind von den Inhalten her unabhängig, können ihr Angebot also auf den lokalen Markt zuschneiden, was seitens der Hermannstädter Universität auch passiert. Die Tatsache, dass wir hier viel neue Industrie haben, ist auch der Existenz der Ingenieur fakultät zu verdanken. Sie hat 5000 Studenten. Es gibt intensiven Kontakt mit diversen Unternehmen, Stipendienprogramme, Praxisausbildung usw., das funktioniert gut. Von daher muss ich



sagen, zumindest für rumänische Verhältnisse stehen wir sehr gut da, was die Einbeziehung der Stadt in die Bildung und umgekehrt ausmacht.

Wie beziehen Sie die Bürger mit ein?

Die Hermannstädter werden auf jeden Fall beteiligt. Es ist meines Erachtens wichtig, dass die Bürger bei der Ausarbeitung von Plänen beteiligt werden. Das machen wir auch, und es ist übrigens gesetzlich vorgeschrieben. Aber wenn es um technische Details geht, möchte ich lieber nicht die Meinung von allen Nachbarn oder von der Straße haben, weil man sonst nie zu Ende kommt. Jeder hat eine andere Meinung, wo die Kanalisation eingebaut werden und was für eine Neigung sie haben muss usw. Es ist richtig, dass man die Leute in der konzeptionellen Phase beteiligt, aber im Detail sollten doch die Fachleute agieren.

Welche Erwartungen haben Sie an internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit Deutschland? Wo brauchen Sie am stärksten Unterstützung für Ihre Arbeit?

Der größte Bedarf liegt nach wie vor im Bereich des Know How. Wir wissen oft, was wir für die Stadt tun wollen, wir können Konzepte erarbeiten, aber wissen dann nicht, wie wir sie praktisch umsetzen sollen.

Ein aktuelles Beispiel: Wir haben uns entschieden, in Hermannstadt ein Konferenzzentrum zu bauen mit einem neuen

integrierten Theater. Beides brauchen wir, beides zusammen soll Synergien schaffen. Das gibt es nirgends in Rumänien und niemand in Rumänien weiß, wie man so etwas angeht. Von daher werden wir sicher noch viel Hilfe brauchen, damit wir das nicht dilettantisch machen, sondern ein Know How anwenden, das es anderswo sicher gibt. Man kann Fehler vermeiden, und wir waren in der glücklichen Lage, dass wir durch die vielen Kontakte mit Deutschland auch viele Fehler vermeiden konnten, die man dort gemacht hat.

Wenn Sie auf die restaurierte Altstadt von Hermannstadt schauen, auf die neuen Unternehmensansiedlungen – lässt sich heute etwas von den guten Erfahrungen, die Sie bei der Stadtentwicklung hier gemacht haben, verallgemeinern und auf die Entwicklungen in Osteuropa übertragen?

Nein, ich denke, so wie jeder Mensch seine Persönlichkeit hat, die einzigartig und einzig ist, hat auch jede Stadt ihre Identität, die nicht replizierbar ist. Sicher sind einige Ansätze übertragbar, aber das ist nichts, was wir hier erfunden haben. Dass wir die Altstadt auf eine moderne Art und Weise bewahren und herrichten, das kann man sicher als ein gutes Modell sehen, egal wo. Dass es wichtig ist, die Leute heranzuziehen, wenn man die Stadt aufbauen will, das kann man auf jeden Fall weiter empfehlen.

Herr Johannis, mit Ihrer Energie und Ihrem Optimismus sehen wir gute Chancen für Hermannstadt. Wir wünschen Ihnen weiterhin eine gute Hand.

Es gibt Städte, die schlafen, auch wenn sie gut aussehen. Und es gibt Städte, die leben, auch wenn nicht überall alles perfekt funktioniert.



Dr. Emmanuel Moulin

Leiter des URBACT Sekretariats, Paris,
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Prozesse für einen gesellschaftlichen Konsens

Was macht Frankreich in der Stadtentwicklung? Ist das Ihre Frage?

Ja, und: Wie sehen Sie aus französischer Perspektive die Diskussion um die Energiewende in Deutschland?

Frankreich war bekanntlich lange stark zentralisiert, was auch Einfluss auf die Energiepolitik hatte, die hier vom Staatskonzern EDF in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium mitbestimmt wurde. Ist die deutsche Atompolitik mit den Folgen des zweiten Weltkrieges verbunden, so hat man sie in Frankreich als ein Stück nationalen Selbstbewusstseins und als Willen zur Unabhängigkeit betrachtet.

In Deutschland wird Energiepolitik auf lokaler Ebene betrieben, mit Stadtwerken zum Beispiel, die selber Energie produzieren. In Frankreich ist das bis auf wenige Ausnahmen im Elsass und in Lothringen, die aus der Zeit der deutschen Besetzung zwischen 1870 und 1918 stammen, nicht der Fall. Kommunale Selbstverwaltung ist seit Beginn des 19. Jahrhunderts deutsche Tradition. In Frankreich haben die Gemeinden etwa die gleichen Kompetenzen und Befugnisse wie deutsche Gemeinden erst Anfang der achtziger Jahre errungen. Außerdem sind sie viel kleiner als die deutschen; Frankreich hat 37 000 Gemeinden, Deutschland nur 8000. In Frankreich kann die Kommunalpolitik erst seit ungefähr zehn Jahren eine integrierte Stadtentwicklung im Rahmen *zwischenkommunallicher Verbände* betreiben, die seit Anfang 2000 sehr viel stärker geworden sind.

Auch unsere Regionen sind mit ihrer eher programmatischen Funktion nicht mit den deutschen Ländern vergleichbar. Die Integration verschiedener Politikbereiche wie Raumordnung, Transport, Energie ist auf regionaler Ebene schwach ausgeprägt.

Drei Ziele von dreimal zwanzig Prozent: Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 %, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020.

Viele Impulse kommen nach wie vor von der zentralen Ebene. Das früher sehr mächtige Infrastrukturministerium (*Ministère de l'Équipement*) wurde 2006 in der Absicht, nachhaltige Entwicklung zum Zentrum seiner Aktivitäten zu machen, mit dem Umweltministerium zusammengelegt. Das neue Ministerium für Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Transport und Wohnen hat immerhin 65 000



Mitarbeiter, wovon 90% heute in Regional- und Bezirksagenturen arbeiten. Diese Agenturen setzen die Politik des Ministeriums um und helfen den Gemeinden bei ihren Aufgaben.

Ich habe lange für dieses Ministerium gearbeitet, bin aber Anfang des Jahres zu URBACT gewechselt und dort für das Sekretariat zuständig. URBACT ist ein europäisches Programm, das zum Ziel hat, Städte zu vernetzen, die sich nachhaltig entwickeln wollen.

In welcher Weise hat ihre jetzige Arbeit mit urbanen Energien zu tun?

Das Thema Energie steht ganz oben auf der Agenda der Europäischen Union, mit dem bekannten Ziel von dreimal zwanzig Prozent: Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 %, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020.

Ein wichtiges Instrument der europäischen Union sind die Strukturfonds. Die Kommission kämpft dafür, dass in den Staaten ein Mindestanteil der Mittel für Zukunftsenergien mobilisiert wird – mindestens zwanzig Prozent für die entwickelteren europäischen Regionen. Das hängt natürlich von den Staaten ab. Da kann man von Rumänien zum Beispiel nicht dasselbe erwarten wie von Dänemark. Jeder Staat hat seine eigene Position.

URBACT ist finanziell gesehen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, das Programm verfügt für 2007-2013 über 69 Millionen Euro. Es ist aber das einzige Programm, das von der Europäischen Kommission finanziert wird und das sich ausschließlich mit Themen der Stadtentwicklung beschäftigt. Uns geht es in erster Linie um das Know How ; wir stärken die Fähigkeit, Entwicklungsstrategien zu planen und umzusetzen (*Capacity Building*).

Wie wirken sich diese Programme auf die französische Stadtentwicklungspolitik aus?

In Frankreich haben wir das Ziel, die Mittel der nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik aus dem von der Kommission vorgeschlagenen 350 Milliarden-Topf des Strukturfonds für 2014-2020 hauptsächlich für benachteiligte Viertel zu verwenden, wobei natürlich auch die Energiefrage berücksichtigt wird.

Frankreich hat besondere Schwierigkeiten mit benachteiligten Vierteln. Das hat viel mit der Art zu tun, wie die Stadt sich in den 1960er-70er Jahren entwickelt hat, als man die Trabantenstädte baute. Die Mittelschicht ist gegangen, die armen Leute sind geblieben. Daher hat die Soziale Stadt eine lange Tradition in Frankreich. Das hat bei uns viel früher angefangen, in Westdeutschland hatte man zu der Zeit nicht dieselben Probleme. Die Politik der Sozialen Stadt war von Anfang an integriert gedacht, Frankreich wollte nicht nur in den Bau investieren, sondern sich auch um die Menschen kümmern und die ganze Breite der Instrumente nutzen.

Das war schon die erklärte Politik von Präsident Mitterand, das Programm ‚Banlieue 89‘ von 1986 hat auch uns in der Bundesrepublik inspiriert.

Genau. Es gibt insgesamt mehr als 700 strukturschwache Wohngebiete (*zones urbaines sensibles*) in Frankreich, und das sind Viertel, die wirklich Schwierigkeiten haben. Die Absicht war, nicht nur im Viertel, sondern auch auf Stadtebene integriert zu arbeiten. Der Wille zu Verträgen, die alles integrieren, war von 1998/99 an in den städtischen Aktionsplänen (*Contrats de ville*) vorgegeben. Die Zersplitterung der Gemeinden hat als Bremse gewirkt. Seit Baron Haussmann, also seit 1860, ist es in Frankreich nicht gelungen, die kleinen Gemeinden zu größeren Kommunen zusammenzufassen!



In dieser Hinsicht stammt das wichtigste Gesetz von 1999: Wenn Gemeinden einer Agglomeration zusammenarbeiten und Kompetenzen an einen zwischengemeindlichen Verband abgeben, bekommen sie mehr Geld.

Das hat sich seither gut entwickelt, mehr als die Hälfte aller Investitionen der Gemeinden wird jetzt auf der Ebene zwischengemeindlicher Verbände getätigt. Die Gemeindeebene wird allmählich unterhöhlt. Für die nächste Kommunalwahl 2014 werden die Vertreter der zwischengemeindlichen Verbände auf der Liste der Gemeindevertreter direkt gewählt, wodurch die Legitimität der Vertreter des zwischengemeindlichen Verbands und des von ihnen gewählten Präsidenten des Verbands gegenüber der Legitimität der Bürgermeister der Gemeinden gestärkt wird.

Wie erreicht man, dass ökologische Quartiere nicht zu Stadtvierteln der Reichen werden, sondern in eine vernünftige Stadtentwicklungspolitik integriert sind?

2004 hat der damalige Minister Jean-Louis Borloo einen Kurswechsel in der Politik der Sozialen Stadt vollzogen: *Stadtpolitik ist gut, aber ich möchte Erfolge sehen und die Substanz der Stadt wirklich verändern.* Er wollte sich insbesondere die großen Neubausiedlungen (*grands ensembles*) vornehmen, La Courneuve im Norden von Paris zum Beispiel, wo der Hauptteil der viertausend Wohnungen abgerissen werden sollte. Sein Ministerium beschloss damals, sich mehr oder weniger von der smarten Idee integrierter Stadtentwicklung zu lösen. Borloo wollte starke nationale Agenturen und hat eine nationale Agentur für Stadterneuerung (*Agence nationale de rénovation urbaine*) gegründet, deren Zahlen beeindruckend sind.

In dieser Agentur, die über beträchtliche Mittel verfügt, arbeiten weniger als hundert Leute. Im Verlauf von zehn Jahren – zwischen 2004 und 2014 – werden insgesamt mehr als 40 Milliarden Euro in 400 Viertel investiert. Dieses gewaltige Programm ist zentral gesteuert, die Bürgermeister selbst kommen in Begleitung des lokalen Präfekten oder seines Repräsentanten in die Pariser Agentur, um ihre Projekte vorzustellen. Die Deutschen würden wirklich staunen.

In den Städten werden konkrete Programme aufgelegt. Ich nehme mal ein Viertel als Beispiel, das ich gut kenne, Sarcelles im Norden von Paris. Die Stadt hat 70 000 Einwohner und die meisten leben in Quartieren, die renovierungsbedürftig sind oder abgerissen werden müssen.

Sarcelles hat eine dieser Großsiedlungen ...

Ja, in diesem Viertel läuft ein Programm von etwa 300 Millionen Euro, wovon die Agentur ein Drittel aufbringt. Man weiß genau, wie viele Wohnungen rehabilitiert, wie viele abgerissen und wie viele neu gebaut werden sollen. Es gibt natürlich soziale Begleitung und das Ziel, für jede abgerissene Wohnung eine neue zu bauen. Nicht so leicht zu

erreichen ist das Ziel, die soziale Mischung zu verbessern, in Vierteln, wo sich die Armut konzentriert wie im Norden von Paris. In dieser Hinsicht wurden mehr Erfolge außerhalb der Pariser Region erzielt oder in Bereichen der Pariser Region, wo die soziale Struktur ausgeglichener ist.

Wer bestimmt die Politik dieser Agenturen?

Das Stadtministerium (*Ministère de la Ville*), was aber eigentlich ein Ministerium für die Soziale Stadt ist, das die Politik dieser Agenturen bestimmt. Es verfügt dazu über eine querschnittsorientierte Abteilung (*Secrétariat Général au Comité interministériel à la Ville*) und über zwei Agenturen, von denen eine für die räumlichen Umsetzungen zuständig ist und die andere für die soziale Begleitung.

Wir haben gelernt: Einerseits gibt es den starken Staat und die Agenturen, die relativ gut ausgestattet für die benachteiligten Quartiere (quartiers défavorisés) arbeiten. Auf der anderen Seite gibt es zwischengemeindliche Verbände (Communautés d'agglomération et urbaines), die für die vielen kleinen Kommunen zuständig sind. Brauchen Sie für die Umsetzung eines so ambitionierten Programms Kooperationen? Mit der Wirtschaft? Mit Umweltverbänden? Mit den Universitäten? Mit den Bewohnern, mit Initiativen?

Diese Aufgabe übernehmen die zwischengemeindlichen Verbände. Sie sollen die Schlüsselakteure der nachhaltigen Stadtentwicklung integrieren und mit der Wirtschaft zusammen arbeiten. Die integrierte Stadtentwicklungspolitik gibt es jetzt überall in Frankreich.

Eine besondere Stellung hat der Raum Paris. 12 Millionen Einwohner, ein Drittel unserer Wirtschaftskraft, fast die Hälfte der Wissenschaftler – das macht den Unterschied. Die Pariser Region hat mehr als 1000 Gemeinden und sehr viel zwischengemeindliche Verbände, die einzeln meist nicht stark sind.

Neben der Politik der Sozialen Stadt gibt eine zweite wichtige nationale Stadtpolitik: Die vom Umweltministerium getragene Politik der nachhaltigen Stadtentwicklung (*développement urbain durable*) ist 2008 mit den Schlüsselbegriffen Nachhaltiges Quartier (*éco-quartier*) und Nachhaltige Stadt (*éco-cité*) lanciert worden.

Diese Programme funktionieren auf der Basis von Wettbewerben und sammeln auf diese Art und Weise interessante Vorschläge, bei denen es oft mehr um den Prozess selbst als um die Technik geht. Wie erreicht man zum Beispiel, dass ökologische Quartiere nicht zu Stadtvierteln der Reichen werden, sondern in eine vernünftige Stadtentwicklungspolitik integriert sind?

Welche Rolle spielen dabei die Universitäten?

Vielleicht keine so große wie in Deutschland. Aber die Universitäten werden zunehmend in den Prozess integriert,

Wissenschaftler werden als Experten beteiligt.

Wie sieht es mit den Bewohnern aus? Wird Bürgerbeteiligung gefördert?

Die Frage direkter Beteiligung ist ein Kernthema in den Quartieren. Wie Bürgerbeteiligung gefördert wird? Bei dem Europaprogramm URBACT ist es ein zentrales Anliegen, in Frankreich aber, auf nationaler Ebene, ist das Thema nicht aktuell. Es gibt keine besondere Förderung. Das Wesentliche spielt sich in den Gemeinden und zunehmend in den zwischengemeindlichen Verbänden ab.

Bürgerbeteiligung ist da besonders wichtig, wo den Menschen kaum Möglichkeiten aktiver Teilhabe geboten werden.

Inwieweit die Bevölkerung – wenn überhaupt – am Prozess beteiligt wird, ist je nach Gemeinde verschieden. In bürgerlichen Vierteln wissen die Leute selbstverständlich ihre Interessen zu wahren. Dabei wäre Bürgerbeteiligung da besonders wichtig, wo den Menschen kaum Möglichkeiten aktiver Teilhabe geboten werden.

In Deutschland wird versucht, die verschiedenen lokalen Kräfte zu mobilisieren, damit sie den Umbau der Städte gemeinsam bewältigen können. Was unternehmen Sie in Frankreich konkret?

Ich habe die nachhaltigen Quartiere erwähnt, aber noch nicht die nachhaltige Stadt. Im Rahmen dieses wichtigen zukunftsorientierten Investitionsprogramms ist bisher ca. eine Milliarde Euro für die nachhaltige Stadt mobilisiert worden. Ziel ist es, eine neue Mobilität zu fördern, neue Bauweisen, neue Nutzungs- und Produktionsweisen der Energie zu fördern, die kompakte Stadt zu fördern. Drei-



zehn Städte haben Konsortien gegründet, den Kreditanstalten in Deutschland vergleichbar, die über 49 Prozent des Kapitals verfügen. Das Übrige soll von privaten Investoren erbracht werden. Dabei handelt es sich um die Mobilisierung wirtschaftlicher Akteure. In der nachhaltigen Stadt geht es darum, das Know How der Privatwirtschaft zu mobilisieren.

Liegt für die nachhaltigen Quartiere die Betonung auf Bürgerbeteiligung, verlangt die Stadtebene nachdrücklich nach einer Mobilisierung der Wirtschaft, der neuen Technologien und der finanziellen Mittel, damit französische Firmen ihr Know How exportieren können. Das ist zum Teil klassische Wirtschaftspolitik.

Vielleicht sollte ich noch hinzufügen, dass ein Konsens in der Gesellschaft, ein Abkommen wie das *Grenelle de l'environnement*, wirklich alle Akteure mobilisiert hat.

Was ist das Abkommen von Grenelle?

Nach der Revolution von 1968 hat man einen Konsens in der Gesellschaft angestrebt und soziale Gesetze verabschiedet, die *Les Accords de Grenelle* genannt wurden. Das ist eine wichtige Zeit im Gedächtnis der Franzosen, deshalb benutzen sie diesen Begriff noch heute. Sie wissen, dass es keine Pflastersteine mehr gibt? (lacht)

Ich war an runden Tischen beteiligt, an denen sich ein Jahr lang alle Akteure - die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, die Planer - zusammenfanden. Da wurden alle Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung diskutiert. Dort ist zum Beispiel das Thema *trames vertes - trames bleues* aufgekommen, die Natur in der Stadt.

Die grün-blaue Infrastruktur?

Ja, das war ein ganz wichtiges Moment der Erneuerung von Planungen und auch der Mobilisierung der Gesamtgesellschaft. Die Veränderungen griffen weit über die Stadtent-

wicklung hinaus zum Beispiel auf die Landwirtschaft über und viele lokale Körperschaften wurden mobilisiert. Die Region Ile de France zum Beispiel hat eine Initiative zur Vernetzung nachhaltiger Quartiere gestartet und im Raum Paris finanziert. Diese Mobilisierung der Energien hat vor Ort viele Ideen generiert.

Wird das Abkommen von Grenelle jetzt fortgeschrieben oder ist es abgeschlossen?

Grenelle wird fortgesetzt. Man kann sagen, es geht weiter, aber der politische Impuls auf zentraler Ebene ist seit einem Jahr schwächer als zuvor.

Was sind in Frankreich die größten Hindernisse für die Mobilisierung neuer urbaner Energien?

Der kritische Punkt nachhaltiger Entwicklung und besonders der Energie-Mobilisierung ist für mich die ärmste Schicht. Ich betone das immer wieder, weil ich davon zu tiefst überzeugt bin: Der Fortschritt geht meines Erachtens zu Lasten des benachteiligten Teils der Bevölkerung. Bei den mobilisierten Mitteln muss diese Gruppe unbedingt die Priorität haben. Anders kann ich das nicht beantworten.

Betrifft das die Soziale Stadt?

Ja aber nicht nur, es geht viel weiter! Das ist nicht nur ein Thema für Frankreich oder Deutschland oder Europa, das ist ein Weltthema, weil sich die Städte außerhalb von Europa noch viel mehr und viel schneller ausbreiten. Bisher fehlen die Instrumente, die den Menschen wirklich helfen, ohne deren Mithilfe sich nichts für die Umwelt machen lässt. Dafür muss man die benachteiligten Gruppen mobilisieren und dafür braucht man andere, bessere Systeme.

Haben Sie ein Beispiel, wie die Bevölkerung aus der Pariser Banlieue zu motivieren ist?

Der finanzielle Punkt ist hier wichtig: Wie schafft man eine soziale Balance? Wie kooperiert man? Der zweite Punkt ist das Verhalten. Wie benutzt man ein Haus? In Garges, in der Nähe von Sarcelles, ist in den letzten Jahren ein Großsiedlungs-Viertel in ein Öko-Quartier umgewandelt worden. Ich habe da viele Sozialwohnungen besichtigt und bemerkt, dass es nicht reicht, den Bewohnern einfach nur die Schlüssel auszuhändigen. Sie müssen begleitet werden, man muss ihnen zeigen, wie eine energetisch modernisierte Wohnung zu benutzen ist, wo der Vorteil liegt. Unterlässt man das, verschenkt man den ganzen Vorteil der Erneuerung.

Der kritische Punkt der Energie-Mobilisierung ist die ärmste Schicht. Der Fortschritt geht zu Lasten der Benachteiligten. Bei der Förderung muss diese Gruppe Priorität haben.



Wenn Sie den größten Unterschied zwischen französischer und deutscher Stadtplanung benennen sollten, welcher wäre das?



Es gibt mehrere Differenzierungen. Zum einen ist es klar, dass das Umweltbewusstsein in Deutschland früher aufgenommen ist als in Frankreich. Es gibt einen Zeitvorsprung und entsprechend mehr Erfahrung.

Ein anderer großer Unterschied ist die große Anzahl der Gemeinden, die eine integrierte Stadtentwicklung in Frankreich erschwert. Wir hatten das Abkommen von Grenelle in Frankreich wirklich nötig, viel mehr noch als Deutschland. Das ist eng mit unserer Kultur, unserer Geschichte verbunden.

Wir brauchen Prozesse, die – wie das Abkommen von Grenelle – den gesellschaftlichen Konsens stärken!

Nationaler Konsens, klare Vorgaben der Regierung, die Betonung nachhaltiger Entwicklung, die Suche nach der sozialen Balance, der Vorrang benachteiligter Quartiere – die französische Stadtentwicklungspolitik nimmt die Verpflichtungen der Leipzig Charta ernst. Herr Moulin, wir danken Ihnen für die Informationen, die bei uns viel zu wenig präsent sind!

Wir brauchen Prozesse, die den gesellschaftlichen Konsens stärken!



Prof. Franz Oswald

Architekt und Stadtplaner, em. Prof. der ETH Zürich, wiss. Programmleiter des Future Cities Laboratory im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Offen sein für den Anderen

Welche Bedeutung haben ‚Urbane Energien‘ aus Deiner Sicht für die Entwicklung der Städte? Welche Energien sind da zu mobilisieren?

Unter *urbanen Energien* verstehe ich Kräfte, die Fähigkeiten haben, Dinge zu verändern oder aber zu erhalten. Verändern und erhalten sind für mich zusammengehörige Wirkungsfelder von Kraft und Energie.

Die Frage, die ich mir didaktisch stelle: Wer oder was sind die wichtigsten Energieträger? Erstens sind es die Menschen. Reden wir also nicht von Gebäuden, sondern von Menschen. Die Stadt ist als erstes definiert durch eine hohe Dichte an Menschen an einem Ort. Aber da gibt es eine Wechselbeziehung. Die Menschen sind nämlich immer auf Wanderschaft. Wir reden von einem urbanen System. Und wir wissen, dass die Klimafrage und die Machtfrage zwei zusammengehörige Dinge sind, die uns beschäftigen und bedrohen. Menschliche Macht und das Klima haben auch eine Wechselbeziehung. Beide Wirkungsfelder von urbanen Energien beziehen sich heute auf den ganzen Planeten.

Ja, wir zerstören unsere Lebensgrundlagen durch den Verbrauch von Ressourcen, durch die Belastung des Klimas. Wir wissen, dass wir so nicht weiter wirtschaften können. Wie kommen wir zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Energie und wie mobilisieren wir neue Energien?

Wer oder was sind die wichtigsten Energieträger? Es sind die Menschen. Reden wir also nicht von Gebäuden, sondern von Menschen.

Indem wir die Einzigartigkeit des Planeten schützen. Wir haben eine reproduktive Biomasse von ca. 50 bis 60 cm Hu-



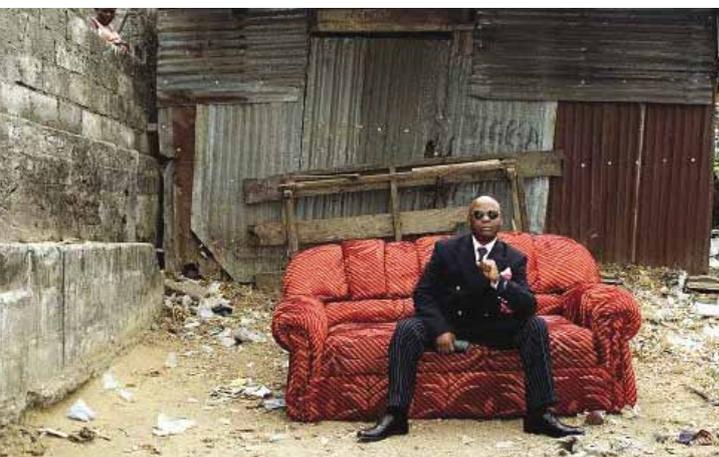
mus und wir wissen, dass es Jahrhunderte braucht, Humus zu erzeugen. Unter dem Humus gibt es wenig reproduzierbares Material. Darüber kommt eine zehn Kilometer hohe Luftschicht mit Feuchtigkeit. In diesen rund 10 km Luft plus 50 cm Humus existiert das reproduktive Leben. Dieser Lebensraum ist für mich der Stadtraum. Ich nenne es Stadtraum, weil es keinen Flecken mehr auf der Welt gibt, der noch nicht urbanisiert ist. Wir haben alles auf der Welt besetzt, jeder Quadratmeter ist eingegrenzt und gehört irgendjemandem. Das ist unser urbanes System.

Wesentlich finde ich die Beziehung der heutigen Stadt zu ihrem Umland. Wenn nicht mehr das geographisch benachbarte Umfeld, sondern der ganze Planet als Stadt gilt, dann ist der Planet auch die Ressource, aus der die Stadt sich erhält. Trotzdem muss die Partnerschaft von Stadt und Umland aufrechterhalten werden.

Was müssen wir mobilisieren, um Nachhaltigkeit zu erreichen? Welchen Beitrag leistet Wissenschaft? Was sollen Universitäten, Architekten, Planer leisten? Was muss die Politik tun? Welchen Beitrag erwartest Du von unserem eigenen Verhalten? Wie können wir Verantwortung für die Stadt übernehmen?

Ich neige dazu, Komplexitäten zu reduzieren. Nachhaltigkeit bedeutet für mich auch, dass eine wesentliche Mehrheit der Bevölkerung sie trägt, gewisse Prinzipien teilt: zum Beispiel das Prinzip der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen öffentlich und privat. Oder dass wir, die jetzt lebenden Generationen, mit nachwachsenden Ressourcen auskommen müssen...

Am nachhaltigsten wäre, gewisse Ressourcen gar nicht mehr anzurühren. Aber wie überzeugt man Mehrheiten davon?



...und allen zukünftige Generationen ihre eigenen freien Entscheidungsmöglichkeiten offenhalten.

Genau. Über gewisse Prinzipien kann man Einigkeit herstellen. Aber wie erreiche ich, dass wir auch zu einer Übereinstimmung über die Grenzen finden? Über die Grenzen des Verbrauchs von Ressourcen zum Beispiel? Man könnte ja sagen: Wir haben jetzt dieses neue Ölfeld entdeckt, aber das lassen wir besser in Ruhe. Es wäre bestimmt nachhaltig, gewisse Ressourcen gar nicht mehr anzurühren. Aber wie erreichst Du das? Wie überzeugst Du eine Mehrheit davon?

Grenzen setzen, den anderen respektieren, Regeln aufstellen, mit denen man kollektiv und individuell leben kann – das sind doch Prinzipien, die das europäische Stadtmodell geformt haben...

Richtig.

... und es sind relativ erfolgreiche Prinzipien. Die Städte haben sich über Jahrhunderte erhalten und entwickelt. Sie sind ständig in Veränderung begriffen und bewahren doch eine jeweils eigene Identität. Sie funktionieren wirtschaftlich, mehr oder weniger. Wie sieht dieses erfolgreiche Modell der europäischen Stadt aus größerer Entfernung aus? Wie verändert sich der Blick auf das, was Europa jetzt macht, in der Perspektive von außen?

Wenn wir von Städtebaupolitik reden, müssen wir zuerst fragen, was eine Stadt am Leben hält. Das ist vor allem eine politische Frage, weniger eine Frage der materiellen Ressourcen.

Es gibt noch keine europäische Städtebaupolitik. Das finde ich schade. Eine Diskussion, die ich für notwendig halte, würde auch die Schwächen des gegenwärtigen europäischen Zusammenhalts aufzeigen. Wir erleben aber gerade jetzt die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrisen auch als eine Chance, aus dieser Konstellation heraus eine solche Diskussion zu führen.

Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass die Städte als politische Größenordnungen möglicherweise bessere Chancen haben als der Nationalstaat, mit Herausforderungen der Zukunft umgehen zu können. Ich spreche da die heikle Relation zwischen dem Bund und den Städten und Ländern im föderativen Verband an. Das ist schwierig, aber doch eine Chance. Wenn es um europäische Stadtpolitik geht, müsste man herausarbeiten, dass in einer Krisensituation ersten Ranges die Chance besteht, neue Handlungs- und Denkrichtungen zu entwickeln. Meiner Meinung nach müsste man definieren, was das spezifisch Europäische ausmacht. Darüber habe ich im letzten Jahr viel gelernt.

Du hast Abstand gewonnen durch Deine Arbeit in Singapur und Äthiopien, durch Deine Reisen in Asien, durch Deine Aufenthalte in den USA. Was hältst Du für notwendig, wenn es um nachhaltige europäische Stadtentwicklungspolitik geht?

Wir müssen die strukturellen Fragen immer wieder politisch diskutieren, besonders in der gegenwärtigen Situation, wo eine kleine Gruppe von Milliardären über mehr Macht verfügt als die große Gruppe normaler Steuerzahler.

Ich kann das Europäische, das sich von den meisten Gebieten unterscheidet, die ich in den letzten zehn Jahren kennen gelernt habe, an drei Leitgedanken festmachen. Ich stelle mit Absicht ein politisches Prinzip in den Vordergrund: die **Autonomie der Stadt**. Die Stadt als geschichtlich gewachsene, sich verändernde, aber auch geographisch-territorial und in Zahlen fassbare Größe ist charakteristisch für Europa. Da jede Stadt ein Gebilde ist, das aus unterschiedlichen Gemeinschaften besteht, res publica und res privata zugleich, muss sie in der Lage sein, sich selber zu bestimmen. Die Selbstbestimmung der Städte ist in den letzten Jahrzehnten immer weiter eingeschränkt, kaputtgemacht, mit Absicht zerstört worden. Neoliberale Politik besteht darin, den Staat auszuhöhlen. Dagegen wehre ich mich. Wenn wir von Städtebaupolitik reden, müssen wir zuerst diejenigen Faktoren benennen, die eine Stadt am Leben erhalten. Und das ist in erster Linie eine politische Frage und weniger eine Frage der materiellen Ressourcen.

Das zweite Element, über das Europa in einer wirklich einzigartigen Weise verfügt, ist die **Infrastruktur**. Sie sichert den materiellen und immateriellen Zusammenhalt nicht nur der Stadtteile, sondern auch der Städte untereinander, den nationalen wie den föderalen Verband. Auch wenn ich von Autonomie rede: eine Stadt allein kann nicht existieren, sie existiert im Netz mit anderen Städten genauso wie das menschliche Individuum in wechselseitiger Beziehung zur Gesellschaft. Wo gibt es auf Erden ein ähnliches Austauschsystem von Frischwasser und Brauchwasser? Wo findet man ein ähnlich dichtes Netz von Energien, von Bildung und Ausbildung? Wo gibt es ein ähnliches Netz von unterschiedlichsten, weitgehend miteinander gekoppelten Mobilitätsformen? Diese Infrastruktur, das ist etwas typisch Europäisches.



Angesichts der aktuellen Fragen nach dem Klimawandel, dem Energie- und Ressourcenverbrauch wird man sich mehr einfallen lassen müssen: Wie sind neue Netze aufzubauen? Wie schafft du Energiestränge, die von den großen Energieproduktionen auf offenem Meer den Strom nach dem Süden leiten? Da handelt es sich um den Bau völlig neuer Infrastrukturen. Wie schafft man es, die Verknüpfungspunkte von Schiene, öffentlichem Nahverkehr, individuellem nicht motorisierten Verkehr so zu gestalten, dass Nutzer unter den verschiedenen Mobilitätsformen ständig frei wählen und sie neu kombinieren können?

Ich betrachte die Frage der Infrastruktur als eminent politisch. Wie ist es in England in den letzten 20, 30 Jahren mit dem Eisenbahnnetz gegangen? Oder was ist mit dem Gesundheitswesen passiert? Und jetzt die Diskussionen über Energie. Wir müssen diese Fragestellungen, die ja strukturell sind, immer wieder in den politischen Diskurs einbringen. Sie müssen in unserem Verständnis von privaten und öffentlichen Interessen präsent sein, insbesondere in der gegenwärtigen Situation, wo ja eine ganz kleine Gruppe von Milliardären über mehr Geldmacht verfügt als die große Gruppe der normalen Steuerzahler.

Das dritte Element ist das Bild, das Europa von sich selbst nach außen projiziert. Wie stellen wir uns selber dar? Was für ein Bild haben andere Kulturen heute von der europäischen Stadtkultur? Was wollen wir, dass andere in uns sehen – auch in Kenntnis dessen in uns sehen, was wir in den letzten vierhundert Jahren Kolonialismus an Schuld auf uns geladen haben? Wobei die Ausbeutung heute nur andere Formen annimmt: beim Landkauf in Äthiopien zum Beispiel, wo China zur Sicherung seiner eigenen Nahrungproduktion in großem Maßstab Land aufkauft, auf Kosten dessen, was an Nahrung in Afrika selbst gebraucht würde. Das Bild der europäischen Stadtbaupolitik ließe sich nach außen hin am ehesten dadurch verbessern, dass die Europäer ihr Modell städtebaulicher Nachhaltigkeit tatsächlich bewusst und glaubwürdig vertreten.



Nicht unwichtig ist zu guter Letzt die Frage der Schönheit. In Singapur wurde ich eingeladen, Leitgedanken der künftigen Entwicklung Singapurs zu diskutieren. Meinen Beitrag habe ich folgendermaßen abgeschlossen: *Before you do anything, you must make sure, that what you do is loved by the people. You can be sustainable and do that, but if people don't care, you will never go to be sustainable. You have to love first. How do you generate love?* Das hat schon etwas mit Emotionen zu tun, mit Anmutung. Das ist ja auch ein europäisches Know How. China will deutsche Städte bauen.

„Die alte europäische Stadt ist schön, die neuen Städte sind es nicht?“ Das ist wohl auf der ganzen Welt so?

Das Bild europäischer Stadtbaupolitik ließe sich nach außen hin verbessern, wenn die Europäer ihr Modell städtebaulicher Nachhaltigkeit bewusst und glaubwürdig vertreten.

Nein, das ist nicht auf der ganzen Welt so, das habe ich gelernt. Ich behaupte, dass in der Zwischenzeit z.B. in Singapur Neubauquartiere entstanden sind, die schön sind. Ich behaupte, sogar im Slum: Du gehst durch einen Slum und siehst liebevoll gestaltete Räume. Oder in Marokko, wo vieles von außen völlig unzumutbar erscheint. Gehst du aber hinter eine Mauer, erblickst du den Versuch, Paradiesgärten zu bauen.

Ich gehe davon aus, dass Forschung eine wichtige Rolle für neue Energien in Städten spielt. Nun habt ihr in Singapur mit der ETH exemplarisch Möglichkeiten aufgebaut, interdisziplinär zu forschen. Welchen Gewinn verspricht Du Dir von interdisziplinärer Forschung, wenn es darum geht, bessere Lebensverhältnisse in den Städten zu schaffen?

Transdisziplinarität ist ein ganz heikles, schwieriges Thema. Man braucht Geduld und Zeit, man muss zuhören können. Aber – das ist jetzt eine Kritik am ganzen akademischen Betrieb: die Anreize, die Anreizsysteme für Auszeichnungen stehen gegen Transdisziplinarität. Du musst Ränge, du musst Auszeichnungen in einer Disziplin haben. Messbare Größen sind z.B. Publikationen. Im hoch spezialisierten akademischen Wissenschaftsbetrieb setzt das voraus, dass du etwas in einem angesehenen spezialisierten Journal publizierst. Und das steht genau gegen Transdisziplinarität.

Daher kommen interessanterweise innovative Denkschritte weniger von den Akademien als aus der Praxis. Ich behaupte, dass je nach Disziplin kaum eine akademische Institution den Anspruch erheben kann, progressiv oder innovativ zu sein. Nicht, wenn es um Verständnisfragen, wenn es um analytische Vorgänge geht, da ist es etwas anders. Aber wir reden ja vom Konstruieren, vom Dinge zusammenfügen, zusammendenken. Da ist der Computer

Zu europäischer Stadtkultur gehört auch die Frage der Schönheit.

ein sehr problematisches Instrument. Wie willst Du Komplexitäten zusammenbringen? Glaubst Du, dass Komplexität sich durch das Zusammenfügen von Daten bewältigen lässt? Das ist ein weites Feld, ich möchte das lieber offen lassen.

Ich hatte bisher einen anderen Eindruck von Deiner Arbeit. Bei Deinem äthiopisches Projekt hast du Transdisziplinarität im Denken wie im kontextuellen Handeln angewandt. Mit Deinen früheren Arbeiten über Metabolismus hast Du Neuland betreten, was erst durch interdisziplinäre Arbeit möglich wurde, und beide Arbeitsfelder hast Du überwiegend im Wissenschaftsbetrieb entwickelt.

Das stimmt, bezogen auf Beobachtungen, die ich in der Arbeit im sogenannten City-Lab mit einer jüngeren Generation in einem komplexen Forschungsprogramm in Singapur gemacht habe und auch bei dem äthiopischen Projekt. Als ich im März in Addis Abeba war, haben junge, in der Forschung arbeitende Äthiopier mir etwas gesagt, das mich sehr gefreut hat: „What you are trying to do here, is an integrative way of building a town“. Ein integriertes Vorgehen, wo du Planen, Bauen, das Beteiligen, das Etablieren von Know How für landwirtschaftliche Produktion und Vermarktung, das Organisieren einer sozialen Struktur auf der notwendigen Basis einer Genossenschaft zusammendenkst und entsprechend handelst. Da manifestiert



sich, dass eine Stadt zu bauen keine Frage von Plänen ist, sondern dass viele mehr oder weniger parallel laufende Stränge angesprochen werden müssen. Sie müssen nicht nur angesprochen, sondern auch in Aktion umgesetzt werden. Ob das gelingt, weiß ich noch nicht. Aber es ist ganz sicher ein Produkt aus der Zusammenarbeit mit Kollegen der ETH und auch aus dem transdisziplinären Denken und Handeln eurer Arbeit in der Internationalen Bauausstellung EmscherPark.

Ich habe vor 35 Jahren ein partizipatives Wohnquartier entworfen. Wir haben eine Genossenschaft gegründet und die Bewohner beteiligt, haben Selbstbau und Fremdbau gemischt. Ohne diese Erfahrungen und das daraus gewonnene Vertrauen in solche Prozesse hätte ich das Projekt in Äthiopien nicht machen können.

Wenn Du jetzt von außen auf die europäische Stadt und die Stadtentwicklungspolitik schaut – was sind die dringlichsten Dinge, die geschehen müssen?

Das ist eine schwierige Frage, weil Europa derartig reich an Unterschieden ist. Zu dieser Diversität müssen wir stehen und sie pflegen. Ich sage nicht erhalten, sondern pflegen.

Wenn wir an Deutschland denken?

Was mir durch den Kopf geht, hat einfach viel mit Menschen zu tun. Menschen bestärken in ihrer Wertschätzung, einem gewissen Stolz auf das, was sie haben. Das zweite: Genauso wichtig, weil nur so das Selbstwertgefühl erträglich wird, finde ich das Offensein für den anderen. Selbstwertgefühl also nicht autistisch, sondern gekoppelt an die Einladung des anderen, zu mir zu kommen, gekoppelt mit der Offenheit gegenüber dem anderen. Und der andere, das sind viele.

Richard Sennett sagt, *Stadt ist ein Gebilde, in dem die Wahrscheinlichkeit, dass ich dem anderen begegne, sehr hoch ist.* Also gehe ich vom anderen aus, um Stadt zu begreifen. Ich behaupte, dass aus so einer Dialektik konkrete Energie entsteht.

Lieber Franz, Dein Engagement hat urbane Energien geweckt, in der Forschung und in Deiner Arbeit für die Städte. Und in diesem Gespräch – wir danken Dir !

Wichtig finde ich für den anderen und gegenüber dem anderen offen zu sein. Ich versuche, vom anderen auszugehen, um Stadt zu begreifen. Aus so einer Dialektik entstehen konkrete urbane Energien.

Prof. Ron Shiffman

Architekt, Pratt Graduate Center for Planning and the Environment, Pratt University Brooklyn NY.,
im Gespräch mit Peter Zlonicky und Elke Wendt-Kummer

Investitionen in die Menschen

Aus deiner persönlichen Sicht des engagierten Planers, Praktikers und Lehrers: was sind die aktuellen urbanen Herausforderungen in den USA, insbesondere in New York?

Meiner Ansicht nach haben die urbanen Herausforderungen, vor denen wir stehen, mit dem Klimawandel zu tun, und zwar im Kontext der großen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit, die wir haben und die zur größten Herausforderung wird. Wie wir eine Gesellschaft schaffen, die dem Klimawandel und den anderen Themen nachhaltiger Entwicklung in einem äußerst gespaltenen politischen Umfeld gewachsen ist – das ist eine Herausforderung, der wir uns besonders in den Vereinigten Staaten stellen müssen. Wenn wir uns mit diesen Themen nicht auseinandersetzen, setzen wir das Überleben unserer Enkel und Urenkel auf's Spiel.

Die nächste Planergeneration muss sich kreativ den Themen Soziale Gerechtigkeit und Klimawandel stellen. Sie werden mit mehr Intelligenz vorgehen müssen als wir.

Ich glaube, besonders die nächste Planergeneration muss sich sehr kreativ Themen wie Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Klimawandel stellen. Sie werden mit sehr viel mehr Intelligenz vorgehen müssen, als wir das als Planer brauchten. Sie werden ihre Planungspraktiken so abstimmen müssen, dass sie nachhaltige Themen zwar ansprechen, aber den Begriff der Nachhaltigkeit in einem viel weiter gefassten Sinn anwenden als wir das früher getan haben. Sie werden es mit Nachhaltigkeit im Sozialen, in der Wirtschaft und der Umwelt zu tun haben, die miteinander zusammenhängen. Ich denke, wir müssen anfangen, über dieses entropische Netz von Themen und wie wir damit umgehen, nachzudenken.

Früher haben wir hauptsächlich für Wachstum geplant; vor allem in den Vereinigten Staaten haben wir uns darauf konzentriert, sicherzustellen, dass eine vorgegebene Geographie Wachstum den entsprechenden Raum bieten kann, und in einigen Fällen war das Wachstum selbst das Ziel – kein qualitatives Wachstum, sondern pures quantitatives Wachstum. In Europa wurde über Wachsen und Schrumpfen geredet, aber ich glaube, worauf wir uns konzentrieren

In Europa wurde über Wachsen und Schrumpfen geredet, aber wir sollten uns besser für Qualität einsetzen, eine saubere Umwelt und ein gutes Leben für alle.



sollten, ist qualitativ zu planen, für eine saubere Umwelt und ein gutes Leben für alle.

Welche Erfahrungen gibt es in den Staaten hinsichtlich des Klimawandels?

Im April 2007 hat New York City angefangen, den Plan zur Nachhaltigkeit zu entwickeln – NYC 2030. Bloombergs Stadtverwaltung initiierte eine Reihe von Strategien gegen den Klimawandel und für ein besseres Leben in der Stadt. Das Büro des Bürgermeisters begann sich mit einer Reihe von zusammenhängenden Strategien gegen den Klimawandel zu befassen, die der Erderwärmung entgegenwirken sollten. Sie konzentrierten sich auf eine ganze Reihe mildernder Maßnahmen. Sie wollten innerhalb einer bestimmten Zeitspanne messbare Ergebnisse erzielen. Sie trieben den Aufwand, auf den Straßen New Yorks eine Million Bäume zu pflanzen, um sie in eine viel lebenswertere, sicherere Umwelt zu verwandeln. Sie schufen mehr Raum für Fußgänger, weniger für Autos, mehr Platz für Fahrräder, hunderte Meilen neuer Fahrradwege. In der Stadt gibt es anstelle von zwei jetzt drei bis vier Prozent Fahrradfahrer; der Fahrradverkehr ist dramatisch angestiegen.

Interessanterweise ist einer der Studenten, der bei einem unserer Workshops dabei war, die wir vom Pratt aus mit deiner Kooperation unternahmen, heute der Leiter der Verkehrsbehörde.

Da sieht man, dass es eine Verbindung gibt zwischen dem, was wir von Europa gelernt haben und dem, was jetzt in New York City geschieht. Da sind nicht nur Fahrräder, sondern auch Fußgänger einbezogen. Genau wie München, Kopenhagen und andere europäische Städte haben sie Plätze und Fußgängerzonen angelegt. Geht man zum Time Square oder Herald Square in New York City sieht man, dass Straßen, die früher vom Auto-

verkehr verstopft waren, jetzt Fußgängern überlassen sind, die dort zusammensitzen und sich unterhalten. Die Stadt ist gesünder und angenehmer geworden und sie ist auch kühler – durch den Einstieg der gesamten Stadt in grüne Infrastrukturprojekte speichert das Straßensystem Wasser und baut den Hitzeinsel-Effekt ab.

Autos können die Straßen noch benutzen, aber Fahrräder eben auch; und neue Schnellbus-Transit-Systeme werden entwickelt, die mehr Leuten Platz bieten und die Fahrdauer verkürzen. Und was am wichtigsten ist: der Fußgänger hat Vorrang. Ich glaube, das war ein wichtiger Schritt, der zu einer besseren Stadt führt.

Wir erleben auch, dass die Stadtverwaltung unsere Investitionen in die Infrastruktur mit ganz neuen Augen sieht. Anstatt sich ausschließlich auf harte Infrastruktur zu stützen, sehen wir, dass sie grüne Infrastrukturtechniken einführt. Wo immer wir können, verwenden wir durchlässige, weiche Straßenbeläge, damit sie das Regenwasser absorbieren können. Wir versuchen, die Wassermenge, die in die Wasseraufbereitungsanlagen muss, wesentlich zu verringern. Die Stadt tut eine Menge für die Infrastruktur, für Begrünung, für die Umrüstung von Gebäuden, um sie energieeffizienter zu machen und ihre Co2-Bilanz zu verringern.

Dank unserer Subways ist die Mobilität in der Stadt relativ gut. Der Bürgermeister wollte eine Zone ausweisen, in der Autofahrer viel mehr Geld hätten zahlen müssen. Aber unglücklicherweise hat ihm das Parlament des Staates New York (*New York State Legislative*) das nicht erlaubt. Sie haben dann sehr geschickt die Zufahrt beschränkt, indem sie die Anzahl der Straßen reduziert und Spuren ausschließlich für Busse und Taxen eingerichtet haben, einige Autostraßen in Fahrradwege umgewandelt, aus einigen Fußgängerzonen gemacht, aus anderen Plätze.

Verringert man die Breite der Straßen, reduziert man die Verkehrsmenge, die in die Innenstadt fährt. Sie haben mehr Bäume gepflanzt, die eine Menge Schadstoffe absorbieren. Diese neuen grünen Gebiete wirken als Filter für die Umwelt, die die Schadstoffe im Laub abfangen und verhindern, dass sie in die Atmosphäre kommen und die Region belasten.

Gut, dass Europa alternative Energiequellen wie den Wind nutzt – bedenklich ist, dass es sich meist zentral und nicht dezentral versorgt.

Wie steht es mit der Energie? Energieverbrauch, Wärmedämmung, alternative grüne Energien – wie sieht da die Politik der Stadt aus?

Erst einmal ist die Stadt energieeffizient gebaut. Wir haben einen engeren Perimeter pro Wohneinheit als die meisten anderen amerikanischen Städte, wodurch wir unseren Wärmeverlust insgesamt verringern. Wir haben

Jedes neue oder instand gesetzte Gebäude sollte Energie für seinen eigenen Gebrauch und den anderer produzieren.

ein effizientes, wenngleich etwas lautes und antiquiertes U-Bahnssystem, aber seine Größe und das Gebiet, das es abdeckt, sind so eindrucksvoll wie die Anzahl der Leute, die es transportiert. Unsere Gebäude verbrauchen mehr Energie als unser Verkehrssystem. Einerseits ermutigt die Stadt Hauseigentümer, Gebäude nachzurüsten, um den Energieverbrauch zu reduzieren. In einigen Fällen hat der Staat New York Zuschüsse bewilligt, um die Umrüstung alter Gebäude zu befördern und ihren Energieverbrauch auf eine dezentrale Versorgung umzustellen. Mit anderen Worten, anstatt Energie nur aus einer Quelle zu beziehen, erzeugen wir sie jetzt aus einer Vielzahl von Quellen.

Während Europa meinen Beifall dafür hat, dass es alternative Energiequellen wie den Wind nutzt, macht es mir Sorgen, dass es sich meist zentral und nicht dezentral versorgt. Zentralisierte Systeme wie Wind oder Sonnenfarmen brauchen Überlandleitungen, um die Elektrizität von der



Quelle zum Verbraucher zu bringen. Und wenn jedes neue oder instand gesetzte Gebäude seinen Energieverbrauch reduzieren und gleichzeitig Energie produzieren müsste für seinen eigenen Gebrauch und den anderer? Das würde zu einer Vielzahl unterschiedlicher Energiequellen führen, die an andere verteilt werden könnten.

Wir wollen die Energie der Gezeiten nutzen, weil die Gezeiten immer da sind und sich anders als Wind und Sonne prognostizieren lassen.

Wir haben untersucht, wie wir Energie aus dem Boden holen können, geothermische Energie. Wir haben sondiert, wie man Energie aus den Flussläufen um Manhattan gewinnen kann. Wir wollen die Energie der Gezeiten nutzen können, weil die Gezeiten immer da sind und sich anders als Wind und Sonne prognostizieren lassen. So experimentieren die Leute nun mit den Gezeiten, um ihre Kraft zur Energieproduktion zu erfassen. Die Leute kümmern sich sogar um Energie, die man von den Straßenoberflächen ernten kann – Straßen sind heiß, weil sie eine Menge Hitze absorbieren. Kann man die Hitze von dort nehmen und sie in eine Form von Energie verwandeln, die unseren Bedürfnissen nützt? Wir müssen uns alle möglichen innovativen Technologien anschauen. Windmühlen, die wie Schraubenzieher sind, die Wind einfangen können und so leise sind, dass man sie in hoch verdichteten Hochhausgebieten einsetzen könnte. Die Leute beginnen, sich etwas einfallen zu lassen.



Ich denke, ein Teil dessen, was man tun kann, ist in grüne Energie zu investieren, damit die Leute vorankommen mit den neuen Technologien und den neuen Methoden, Technologien zu schaffen. Wir kümmern uns auch darum, die Energiesysteme mit so genannten *smart grids* zu verbinden, die zu einer intelligenten nachhaltigen Stadt verhelfen. Die Einführung von Computern und Breitband/Digital-Technologien erlaubt uns, eine größere Effizienz zu erzielen und unseren Energieverbrauch durch die effizientere Nutzung des Verfügbaren zu reduzieren. Wir fangen gerade an, den Nutzen der *smart-grid*-Technologien zu begreifen und elektronische Instrumente zu nutzen, um den Energieverbrauch in den Städten tatsächlich zu reduzieren; und das verbinden wir mit Wärmedämmung und einer besseren Ausrichtung der Gebäude, mit intelligentem Einsatz von Pflanzen und Bäumen, grünen und bepflanzten Dächern, die ihr in Deutschland seit Jahrzehnten habt. All das verringert unseren Energieverbrauch.

Die Idee ist, den Energieverbrauch der Stadt bis 2030 dramatisch zu senken. Bürgermeister Bloomberg muss man zugute halten, dass in NYC eine Menge passiert, und vieles davon durch die Initiativen, die er an den Tag gelegt hat.

Bedauerlicherweise hat die Leitung des Bürgermeisters aber noch nicht dazu geführt, dass die Einwohner der Stadt sich so engagieren, dass sie ein Teil des Projekts sind. Wir müssen uns dringend um unser gesellschaftliches Kapital kümmern und darauf achten, wie wir die Menschen bilden und bestärken, sich so zu verhalten, dass wir unseren Energieverbrauch wirklich aus regenerativen Energien bestreiten und anfangen, eine wahrhaft nachhaltige und gerechte Stadt zu bauen. Die Stadt hat das Thema Gerechtigkeit und soziale wie wirtschaftliche Integration zu lange aus dem Blick verloren, und New York driftet wirtschaftlich auseinander, um den höchsten Preis, den unsere wenig oder schlecht verdienenden Nachbarn zahlen müssen.

Wie kannst du sicher sein, dass Investitionen in grüne Infrastruktur sozial im Gleichgewicht bleiben? Wie setzt man so eine Infrastruktur und Gebäuderenovierung in armen Vierteln durch? Wie sorgt man dafür, dass Leute ohne Zugang zu öffentlichen Budgets teilhaben können?

Das ist interessant, weil in den Vereinigten Staaten ein großer Teil des Impetus, für die Energieproduktion saubere und sichere alternative Energiequellen zu nutzen, in erster Linie von den Kommunen mit geringem Einkommen ausgingen. Der Grund ist, dass es in den Staaten eine Geschichte von Umwelt-Diskriminierung und -Ungerechtigkeit gibt. Wann immer ein Kraftwerk oder eine Müllkippe, ein Ölheizkraftwerk oder eine Chemiefabrik gebaut werden soll, kommt es bestimmt dorthin, wo arme oder farbige Leute leben. Wir entdeckten, dass meist arme Kommunen, wo Afroamerikaner, Latinos oder viele Frauen lebten, die Ge-

Die Leute beginnen, sich etwas einfallen zu lassen.

bierte waren, in denen der Großteil dieser unerwünschten Nutzungen untergebracht wurde.

In den frühen 80er und den frühen 90er Jahren erlebten die Staaten das Aufkommen der Bewegung für Umwelt-Gerechtigkeit (*environmental justice movement*). Gruppen in Gebieten mit geringem Einkommen begannen, bessere und saubere Methoden der Energiegewinnung zu fordern. Zur gleichen Zeit hatten arme Leute einen verhältnismäßig viel höheren Betrag ihres Einkommens für Heizung und Elektrizität zu zahlen. Druck kam von Kommunen mit niedrigen Einkommen, innovative Produktionsmethoden für saubere Energie zu finden. Widerstand von Gruppen mit niedrigem Einkommen gegen die Ansiedlung belastender Nutzungen veranlasste leitende Beamte der Stadt, die Ansiedlung der belastenden Nutzungen über die ganze Stadt zu verteilen. Aber die reicheren Kommunen wollten sie nicht. Also fanden sie keinen Platz dafür. Aber sie hätten einen dritten Weg, einen sauberen Weg, einen effizienteren Weg finden können – und den entwickeln wir seither.

In den letzten Jahren hat mein Institut mit Gruppen mit niedrigem Einkommen über Umweltgerechtigkeit gearbeitet. Gruppen wie *Nos Quedamus (Wir bleiben)* in der South Bronx sind typisch für diese Themen. *Nos Quedamus* setzte den Standard, dass, wenn es um Energie und Nachhaltigkeit geht, immer Gebäude errichtet werden sollen, die im Prozess die neuesten Standards der Reduzierung des Energieverbrauchs, einer angemessenen Dichte und einwandfreie Planungsprinzipien anwenden. Geht man heute in dieses Gebiet, sieht man Sonnenkollektoren und Windturbinen auf den Gebäuden. Die Häuser sind sehr gut gedämmt, einige haben Windmühlen, alle sind LEED – zertifiziert. Dieses Quartier hat der Stadt gezeigt, wie man sich für nachhaltiges Bauen einsetzt.

Den höchsten Preis für Energie zahlen unsere wenig oder schlecht verdienenden Nachbarn.

Nachhaltigkeits-Initiativen begannen mit lokalen Umweltgerechtigkeits-Gruppen, lokalen Wohnungsunternehmen und vielen lokalen Initiativen. Führend unter ihnen war eine stadtweite Gruppe, die sich *New Yorker Bündnis für Umwelt-Gerechtigkeit (New York Environmental Justice Alliance)* nannte.

Eins der Mitglieder der NYEJA ist *El Puente*, eine lokale Organisation, die schon lange an Themen wie Sozialgerechtigkeit, Bildung, Kultur und Umwelt arbeitet. 2009 haben wir eng mit ihnen zusammengearbeitet, um einen Plan für das *Broadway-Triangle* zu entwickeln, eine große leere, schwach genutzte, beiderseits der Kommunen *Williamsburg* und *Bedford Stuyvesant* gelegene Mischnutzungszone. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit war ein städtebauliches Konzept für ein *Null-CO2* und *Null-Immissionen* Entwicklungsgebiet mit hoher Dichte, das den Bedürfnissen der verschiedenen ethnischen Gruppen des Gebiets entgegenkommen würde. Ein Schlüsselement des Plans war, eine kommuneeigene *Energiegesellschaft* anzustoßen,

die die von dem neuen Entwicklungsgebiet generierte dezentrale Energie organisieren und verkaufen, und die für jede Energiemenge, die sie durch die Instandsetzung vorhandener Gebäude einsparte, entlohnt werden sollte. Da dieser Plan wegen einiger vorher getroffener belangloser politischer Abmachungen anfänglich von der Stadt abgelehnt wurde, steht er immer noch im Fokus anwaltschaftlicher Bemühungen der Kommune und wird jetzt vor Gericht verhandelt.

Wir sollten in Menschen investieren – in gesellschaftliche Innovation und in Bildung.

El Puente bat uns, ihnen behilflich bei der Gründung von etwas zu sein, das sie als *Grünlichtbezirk* bezeichneten. Keinen *Rotlichtbezirk*, sondern einen *Grünlichtbezirk*. Sie wollten, dass wir ihnen helfen, eine grüne Linie zu entwickeln – ein Mittel, um zu messen, ob wir die Ziele des *Grünlichtbezirks* erreicht haben oder nicht. Wir entwickelten den Plan, alle Gebäude des Gebiets zu sanieren. Wir schlugen vor, wenn Gebäude inspiziert werden mussten, es vom Keller bis zum Dach zu tun: Was war zu tun, damit das Haus nachhaltig würde? Konnten wir ein schwarzes Dach nehmen und es weiß anstreichen? Konnten wir ein bepflanztes Dach installieren? Konnten wir einen Garten auf dem Dach einrichten? Hatte das Gebäude die Kapazität, mehr Gewicht zu tragen? Wir arbeiteten zusammen mit einem Kollegen, *Paul Mankevicz*, der das *Gaia-Institut* leitet und einfach ein brillanter Mann ist. Er entwickelte ein Pflanz-Medium, bei dem er nicht Erde benutzte, sondern eine Kombination aus so zusammengemischter Erde und recyceltem Plastik, dass Pflanzen darin wachsen. Es ist viel



leichter als normaler Erdboden, aber es hält ausreichend Wasser. Mit ihm haben wir für begrünte Dächer gesorgt. In einigen Fällen haben wir untersucht, ob wir Dächer mit Gärten zum Anbau von Lebensmitteln ausstatten könnten.

Du machst das jetzt mehr als vierzig Jahre – wie verbreitet ist das Bewusstsein von diesen Ideen in der Bevölkerung?

Als wir anfangen, war es noch sehr punktuell. 1995 richtete einer meiner Kollegen zum Beispiel im Osten New Yorks eine Farm ein; er half der Gemeinde, eine der ersten urbanen Farmen seit Jahrzehnten zu entwickeln. Heute gibt es an die zwei Dutzend von Kommunen betriebene Farmen in New York City. Sie arbeiten mit Kindern und trainieren sie, Farmer zu werden. Sie bauen gesellschaftliches Kapital auf und nutzen es als einen Weg, eine lokale Wirtschaft aufzubauen oder dazu, jungen Leuten ein lokales Training anzubieten.

Wir müssen grüne Arbeitsplätze schaffen, in Kooperativen investieren und in neue Wohn- und Lebensformen.

Das ist nicht nur eine neue Herausforderung für die Planung, sondern auch eine neue Rolle für die Planer und auch für die Ausbildung von Planern.

Ich halte das wirklich für wichtig. Wir sind auch nicht die einzige Schule. Vor mehr als dreißig Jahren gab es die ersten grünen Märkte in New York, jetzt sieht man sie überall in der Stadt. Einige Leute haben sogar vorgeschlagen, die Dächer von Supermärkten als Farmen zu nutzen. Wir haben zirka ein halbes Dutzend Restaurants in New York City, die ihr eigenes Essen auf dem Dach anpflanzen oder bei Erzeugern aus der Gegend kaufen. Einige recyceln sogar ihre Ölabbfälle und fahren damit Auto.



Die Leute fangen an zu experimentieren, es ist wie – ich möchte ja nicht wie Mao Tse Tung klingen, aber – *lass hundert Blumen blühen* und eine Revolution findet statt. Genau das passiert. Eine Kommune lernt von der anderen, es herrscht so was wie eine anschwellende Grundstimmung zur Veränderung. Das finde ich wichtig. Der Bürgermeister hat von oben angefangen und die Leute machen von unten weiter – wir müssen irgendwie herausfinden, wie wir das richtig zusammenbringen. Wir brauchen eine Nationale Politik, die haben wir noch nicht. Die Obama-Regierung versucht es, aber der Widerstand im Kongress ist ahnungslos, destruktiv und stur. Solange wir uns nicht von diesen wissenschaftsfeindlichen Ideologen freimachen, haben wir ein Problem.

Obama hat gerade versucht, *grüne Jobs* wie er sie nennt zu schaffen. Aber die Opposition der Ölgesellschaften und finanziell gut ausgestatteter Denkfabriken mit eigennützligen Interessen und versteckten Agendas hindern uns auf nationaler Ebene, auf dem Weg zu einer grünen Ökonomie weiter zu kommen. Aber ich denke, je mehr wir auf Gemeindeebene arbeiten können, desto verbreiteter wird sie, bis der Punkt erreicht ist, wo sie unumgänglich wird.

Wenn du von Amerika nach Europa schaust, was können wir aus deiner Sicht voneinander lernen?

Zuallererst denke ich, haben wir eine Menge gelernt. Die erste Reise, die ich mit deiner Kooperation geleitet habe, führte uns in den frühen 90ern zur IBA EmscherPark. Wir haben viele Ideen mit nach Hause gebracht und ein Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland begann. Durch unseren Austausch haben wir neue Informationen über alternative Wege bekommen, wie man Brachen neu nutzen kann. Eine neue Dienststelle namens *Neue Gemeinden* tauchte in den Staaten auf, die inzwischen dieselbe Technologie anbietet, wie man Brachen erneuert – wie man aus Brachen Grünflächen macht. Wie man Grünflächen davor schützt, wieder bebaut zu werden. Und so begann der Einfallsreichtum, den wir in der IBA EmscherPark kennen gelernt hatten, langsam aber sicher Politik und Praxis in den Staaten zu beeinflussen. Ich denke, weder du noch ich haben wirklich eine Vorstellung davon, was das für Auswirkungen hatte, es ist unglaublich! Ich sage das in aller Bescheidenheit und nicht, um dir eine Freude zu machen – es ist wirklich wahr! Wohin du auch gehst, überall beschäftigen Leute sich mit Projekten auf der Basis jener Prinzipien, die wir auf dieser Reise kennen gelernt haben. Daher ist mir der Gedanke, sich auszutauschen, sehr wichtig.

Nach der IBA EmscherPark haben wir mit dir wieder in Williamsburg gearbeitet. Erinnerst du dich, Peter, wie du mit deiner Studentenschar zum Workshop nach Williams-

Finanzielle Schulden können zurückgezahlt werden, Umweltschulden sind nicht wieder gut zu machen.

burg gekommen bist? Das Areal umfasste Wohngebiete und Industrie. Die Leute sagten, wir wollen nicht kontaminiert werden, aber wir brauchen die Arbeitsplätze. Und wir sagten uns, wir können keine Fabrikation zulassen, die erfordert, dass man auf saubere Luft und seine Gesundheit verzichten muss, um einen Arbeitsplatz zu haben. Die Menschen brauchten beides, saubere Luft und Arbeitsplätze, und mit diesem Entweder-oder-Muster, eins gegen das andere auszuspielen, musste Schluss sein. Wir mussten einen dritten Weg finden.

Wir fingen an, Vorschläge für eine saubere grüne Produktion zu machen. Daraus erwuchs das *New York Industrial Retention Network (NYIRN)*, und diese Organisation ist jetzt 15 Jahre alt. Sie hat Fabrikanten mit Geld versorgt, mit ihnen gearbeitet und ihnen geholfen, grüner zu werden, nicht nur bei dem, was sie herstellen, sondern auch wie sie es herstellen.

Passiert das nur in New York oder auch sonst in den Staaten?

Auch in anderen Teilen des Landes. Ob in New York, Chicago oder Los Angeles, überall diskutiert man heute, wie sich die Qualität der jeweiligen Gemeinden und Industriegebiete verbessern lässt, die Vitalität der Gewerbetreibenden gleichzeitig beibehalten werden kann und verzweifelt gebrauchte Jobs gesichert werden können. Eine Sache, die mich sehr betroffen macht, ist, dass es selbst in dem Memorandum, das du mir gestern gezeigt hast, keinen wirklichen Nachdruck auf der Schaffung von Jobs gibt. Wir müssen unbedingt darüber reden, wie wir eine ganze neue Generation grüner Jobs schaffen.

Wo sind die Gegenden, in denen es die höchste Konzentration von Computern, i-Phones und Handys gibt? Das sind die urbanen Gebiete. Wenn wir also fähig sind, in urbanen Gebieten zu schürfen und die bereits hergestellten Komponenten für die nächste Produktgeneration zu nutzen, müssen wir unser natürliches Kapital nicht länger auf der Suche nach Rohmaterialien plündern. Das heißt, die Städte werden zu Orten, an denen nichts hergestellt, sondern Komponenten auseinander genommen, gelagert und danach für die nächste Generation neu hergestellt werden. Wir müssen anfangen, über eine grüne Umwelt, über nachhaltige Jobs und Existenzgrundlagen genauso nachzudenken wie über eine saubere, gesunde Umwelt.

Wie erklärst du dir, dass es auf der städtischen und der Gemeindeebene soviel Bewusstsein und Kreativität gibt, während die Staaten auf nationaler Ebene nicht bereit sind, internationale Verträge, die diese Themen vorwärts bringen, zu unterzeichnen?

Wir haben eine schizoide Bundesregierung. Obamas Regierung hat das positiv gesehen. Verwaltungstechnisch haben seine Umweltschutzbehörde, sein Wohnungsamt und seine Verkehrsbehörde eine sehr starke Verbindung aufgebaut und sich bei den Nachhaltigkeitsthemen administrativ

koordiniert. Was er von der Verwaltung her tun konnte, hat er getan.

Ein riesiger Geldberg von den Ölgesellschaften und anderen verhindert, dass alles, was mit Umweltpolitik zu tun hat, unterzeichnet wird. Aber auf der Ebene der Staaten und der Stadt passiert eine Menge.

Wenn weiter so Politik gemacht wird, wie du es beschreibst, glaubst du, dass die Tendenz zur Erderwärmung dann noch gestoppt werden kann?

Nein, die Erderwärmung kann nicht mehr gestoppt werden. Sie findet statt. Hoffentlich können wir verhindern, dass sie noch schlimmer wird. Wir können versuchen, die nachteiligen Auswirkungen mit der Zeit abzumildern. Aber ich denke, wir werden uns auch – ob wir wollen oder nicht – anpassen müssen an die Veränderungen, die sich ereignen werden. Anpassung ist sehr wichtig. Das bedeutet, dass wir an unsere Umwelt auf eine Art denken müssen, die einige von den natürlichen Puffern wiederherstellt, die historisch unsere Stadtgebiete geschützt haben.

Hast du eine Idee, wie das alles finanziert werden kann?

Ja, davon wollte ich gerade reden – von diesen sehr teuren Dingen, die getan werden müssen. Die Bedürfnisse der industrialisierten Nationen, der reicheren Nationen zu finanzieren, ist schwer, aber nicht unmöglich. Wir dürfen aber auch die Bedürfnisse der ärmeren Nationen nicht vergessen. Wir dürfen die Armen in unserem eigenen Lande nicht vergessen, aber genauso wenig dürfen wir die Armen der ganzen Welt vergessen. Ich sage das aus zweierlei Sicht, aus humanitärer und aus egoistischer, denn tun wir das nicht, werden die Spannungen auf der Welt eskalieren. Ein



Großteil der Kriege, die wir in Afrika und an anderen Orten erleben, rühren von zu wenig Wasser her, von Hunger und alledem. Mit diesen Themen müssen wir uns auseinandersetzen, speziell mit Wasser.

Ein Weg, auf den vermutlich alle schauen, ist die Tobin-Steuer. Ich weiß nicht einmal mehr welche Zahlen der Nobelpreisträger Tobin nannte, als er sich das ausgedacht hatte. Man kann es auf die verschiedensten Arten machen. Ein Weg ist die Börsensteuer (*stock transfer tax*). Wir haben riesige Beträge, die tagtäglich auf den Finanzmärkten weltweit gehandelt werden. Würden wir nur eine äußerst geringe Börsensteuer erheben, könnten wir bedeutende Geldmengen erwirtschaften, mit denen wir unsere Länder und die Welt sicherer machen könnten. Für einen sehr kleinen Aufschlag könnten wir eine riesige Menge der Erlöse von London, Hong Kong, New York, Frankfurt und anderen Börsen generieren. Wenn alle Börsen der Welt nicht einmal 0.01 Prozent der Summen ihrer Transaktionen beitrügen, ergäbe das eine riesige Menge Vermögen.

Ein anderer Weg ist, alle Transaktionen (*cross border currency transactions*) mit Fremdwährungen zu besteuern, bei denen es um annähernd 2 Billionen Dollar (*2 trillion dollars*) pro Tag geht. Eine kleine Steuer auf diese Transaktionen könnte annähernd 500 Milliarden Dollar pro Jahr



generieren, die wiederum dazu genutzt werden könnten, notwendige Infrastrukturen sowohl in den entwickelten als auch in den unterentwickelten Ländern der Welt zu sponsern. Ein Volkswirt sagte mir, dass diese Art von Steuer tatsächlich hilft, unnötige Spekulation und die Manipulation der Märkte einzudämmen. Allein aus diesem Grund würde sie sich schon lohnen, angesichts des Desasters, das der Weltwirtschaft vor vier Jahren passiert ist. Was aber noch wichtiger ist: wir könnten Milliarden über Milliarden Dollars und Euros generieren, die in den sich entwickelnden und in den unterentwickelten Ländern dazu benützt werden könnten, sich mit den Infrastrukturen zu befassen, die für die stattfindenden und kommenden Veränderungen vonnöten sind.

Mit diesem Einsatz könnten wir Leuten Arbeitsplätze verschaffen und uns gleichzeitig um eine Menge anderer Notwendigkeiten kümmern. Wir könnten den durch menschliche Einwirkung entstandenen Erwärmungstrend allmählich verlangsamen und nach hundert Jahren hoffentlich umkehren.

Die andere Investition, die ich tätigen würde, ist in Menschen. Ich würde in unser Humankapital und unsere gesellschaftlichen Strukturen investieren – in gesellschaftliche Innovation und in Bildung.

Wir müssen nach neuen Wegen suchen, Arbeitsplätze zu schaffen, neue Wege, Geld und Handelsdienste zu beurteilen, neue Wege, in Gemeinschaften, Kooperativen zu investieren und in neue Wohn- und Lebensformen. Wir sollten versuchen, die sozialen Strukturen zu schaffen, die sich ohne weiteres an die Veränderungen anpassen, mit denen wir unvermeidlich konfrontiert werden.

Diese Dinge zu tun ist für uns als Professionelle und Bürger nicht länger eine Option, sondern eine Verpflichtung – eine Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern, eine Verpflichtung, die nicht mehr aufgeschoben werden darf.

Lieber Ron, wieder einmal beeindruckst Du uns mit Deinem Engagement. Hab' herzlichen Dank für dieses Gespräch!

Diese Dinge zu tun ist eine Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern, eine Verpflichtung, die nicht mehr aufgeschoben werden darf.



5

Botschaften des Kuratoriums

Prof. Peter Zlonicky

Dipl. Ing. Stadtplaner und Architekt, em. Professor der TU Dortmund, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung München

Das Kuratorium - ein Forum für die Stadt

Nationale Stadtentwicklungspolitik ist auf die Mitwirkung der Bürger aus Zivilgesellschaft und Politik, aus Kultur und Religion, Wirtschaft und Verbänden, Wissenschaft und Bildung angewiesen. Vierzig Vertreter von gesellschaftlich relevanten Gruppen wurden berufen, sich für die Stadtentwicklungspolitik zu engagieren.

Dieses Kuratorium ermöglicht den Austausch von unterschiedlichen Erfahrungen. Die Kuratorinnen und Kuratoren beraten die Stadtentwicklungspolitik des Bundes nicht nur aus ihrer persönlichen Sicht und der ihrer Institutionen, sie sind auch Botschafter der Stadtentwicklungspolitik des Bundes, die sie über die engere *Fach-Community* hinaus erklären und vertreten können. Vor allem aber eröffnet die Begegnung der Kuratoren und ihrer Institutionen untereinander die Chance, sich zu aktuellen Fragestellungen auszutauschen und neue Bündnisse zu begründen.

Mit den vorliegenden Beiträgen haben die Kuratorinnen und Kuratoren ihre Selbstverpflichtung wahrgenommen, sich für die Politik des Bundes zu engagieren. In diesem Jahr haben sie den Schwerpunkt *Städtische Energien* gesetzt.

Das Thema gehört seit langem zum Selbstverständnis der Städte – jede Stadt lebt von den Energien ihrer Bürgerinnen und Bürger, ihrer lokalen Akteure und ihrer partnerschaftlichen Beziehungen über ihre Grenzen hinaus. Dennoch ist das Thema *Städtische Energien* neu. Es gewinnt mit der Klimakrise und der Energiewende, der europäischen Finanzkrise und den extremen Belastungen kommunaler Budgets an Schärfe. Gerade in diesen Zeiten erscheint es dringend notwendig, neben dem Einsparen und der Produktion regenerativer Energien auch urbane Energien unserer Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Sie sind ein Rohstoff, der erschlossen und bearbeitet werden muss.

Was fördert die Mobilisierung neuer Energien? Welche Initiativen können den weiteren Austausch anregen und verdichten? Welche neuen Orientierungen vermittelt der Austausch mit europäischen und amerikanischen Gesprächspartnern? Die Positionen des Kuratoriums sind aus unterschiedlichen Blickwinkeln formuliert und finden sich häufig in gleichen Einschätzungen zusammen.

Energien – neue Ressourcen erschließen

Die Energiewende fordert ein radikales Umdenken auf allen Ebenen, ganz besonders bei ihrer Umsetzung vor Ort. Eine nachhaltige Energieversorgung aufzubauen ist – in Abwägung aller ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und gestalterischen Dimensionen – eine der schwierigsten Aufgaben. Grundsätzlich: *Die sauberste Energie ist immer diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird!*

Große Unternehmen haben Energie, Mobilität und Infrastruktur längst als neue, zukunftssträchtige Geschäftsfelder erkannt. Sie bieten technologisch intelligente Lösungen für den Umbau der Städte, für Neubauten, die Energie für den eigenen Gebrauch und auch für den des Quartiers produzieren, Energie speichern und auch das eigene Fahrzeug versorgen können. Es gibt Gemeinden, die mit neuen Technologien inzwischen doppelt so viel Strom gewinnen wie sie selbst verbrauchen. Mit intelligenten Netzen könnten bis 2020 mehr als eine Milliarde Tonnen CO₂ eingespart werden. Neue regenerative Quellen warten, erschlossen werden: zum Beispiel Solarkraftwerke in den Sonnenländern oder die Energie der Gezeiten, die immer verfügbar ist – vorausgesetzt, die neuen Stromtrassen sind zeitnah zu realisieren.

All das setzt transdisziplinäres Forschen und sektor-übergreifendes Handeln auf allen Ebenen voraus und erfordert ein Innovationsmanagement bei den Städten wie beim Bund. Zugespitzt: *Wir brauchen nicht nur eine Energiewende, wir brauchen eine Energierevolution!*

Wirtschaft – lokale Verantwortung wahrnehmen

Große Technologie-Unternehmen, die Automobilindustrie, Forschungs- und Entwicklungsbetriebe arbeiten an neuen Formen der Energieproduktion – ihre Arbeit ist für die Entwicklung lokaler Energien unverzichtbar. Aber mehr denn je zeichnen gerade kleine und mittelgroße Betriebe die Strukturen der Stadt aus und erweisen sich als unerlässlich, wo urbane Mischungen erhalten werden oder neu entstehen sollen. Mit diesen Betrieben, die – anders als globale Großunternehmen – auch lokale Verantwortungen übernehmen, können neue, *grüne* Arbeitsplätze auch in der Produktion geschaffen werden.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik wäre gut beraten, mit Unternehmen in einen intensiven Diskurs zu gehen, die Initiativen für die lokale Energiewende bieten, und ihre Bereitschaft zu lokaler Verantwortung zu stärken.

Mobilität – das Umsteigen erleichtern

Neben dem Umbau des Gebäudebestandes kann ein Umbau der Mobilität und ihrer Infrastrukturen die höchsten Einsparungen an Energie erzielen und gleichzeitig auch noch einen hohen Anteil urbaner Energien erzeugen. Die Städte sollten künftig so gestaltet sein, dass sie den Umstieg auf umweltfreundlichen Verkehr erleichtern und immer weniger motorisierter Individualverkehr gebraucht wird.

Voraussetzung dafür ist vor allem ein Wandel unseres Bewusstseins, mit dem wir unser Verhalten ändern, auch in der Wahl unserer Verkehrsmittel.

Wohnen – die soziale Balance sichern

Es ist das Selbstverständnis der europäischen Stadt, dass sie allen sozialen Gruppen, allen Altersgruppen Raum bietet. Wenn urbane Energien geweckt werden sollen, dann am ehesten in städtischen Strukturen, die eine Nähe von *Wohnen, Wirtschaften, Wissen* haben, also im besten Sinne der europäischen Stadt gemischt sind.

Zur Zeit führen die Aufwertungen innerstädtischer Quartiere und ihr energetischer Umbau zu unterschiedlichen Belastungen. Wie erreicht man, dass der Aufwand für die lokale Energiewende nicht Stadtviertel fördert, die nur noch für reiche Bewohner bezahlbar sind? Die Energiewende trifft die ärmeren Bevölkerungsgruppen in ohnehin benachteiligten Quartieren am stärksten. Soll sich die Schere zwischen *reichen* und *armen* Quartieren nicht noch weiter öffnen, muss die soziale Balance im Vordergrund der städtischen Politik stehen. Ein Verlass auf den Markt erscheint nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht mehr zu verantworten.

Neue wohnungspolitische Initiativen sind dringend notwendig. Unter den Bedingungen der lokalen Energiewende gehört das Thema eines *neuen sozialen Wohnungsbaus* wieder auf die Agenda der Politik.

Beteiligung – von Anfang an

Für den Umbau der Städte sind Prozesse notwendig, die Bürgerbeteiligung und den gesellschaftlichen Konsens stärken. Stadtpflege, Innovation, Nachhaltigkeit und stadt-wirtschaftliche Vernunft sind die Maßstäbe für eine gute Entwicklung der Städte. Die aktive Teilhabe der Zivilgesellschaft entwickelt urbanes Milieu und damit neue Energien.

Beteiligung von Anfang an, bereits bei den ersten Entscheidungen! Wenn die Bürgerbeteiligung wie in der Schweiz schon bei den Grundsatzentscheidungen beginnt, sind später die Details, in denen bekanntlich der Teufel steckt, einfacher zu klären. Eine Stärkung der bürgerschaftlichen Mitverantwortung kann nur eine Mitwirkung bereits in den Zieldiskussionen vor ersten Entscheidungen ermöglichen.

Wird die Beteiligung der Bürgerschaft erst genommen, so müssen Staat und Kommunen ihre gewohnten Formen der Entscheidungsfindung überdenken. Neue Formen der Kommunikation mit den städtischen Akteuren brauchen neue Formen der Beteiligung und werfen neue Fragen auf, zum Beispiel: Wie können Bürgermeinungen aus dem Internet in den Planungsprozess eingebunden werden?

Urbane Energien – Bewusstsein wecken

Für die Umsetzung der Energiewende auf lokaler Ebene reichen die klassischen und auch die neuen Formen der Energieversorgung nicht aus. Wir brauchen zusätzlich eine Mobilisierung gesellschaftlicher Energien. Wie gelingt es, urbane Energien zu einem öffentlichen Thema zu machen?

Die Stadt selbst ist Inkubator für gesellschaftliche Energie. Das Bewusstsein für notwendige Veränderungen weckt Potenziale. Das Engagement der Bürger für das Gemeinschaftsprojekt Stadt ist der Kern urbaner Energien.

Informieren, Öffnen, Beteiligen, Mitwirken – die Veränderungen des Bewusstseins sind Grundlage aller städtischen Energien. Als Bürger kann ich Veränderungen anstoßen: durch einen anderen Umgang mit Ressourcen, durch die Wahl meiner Energieversorgung, meiner Verkehrsmittel, mit allem, was ich tue. In einer Gruppe vervielfältigen sich die Möglichkeiten, urbane Energien zu erzeugen: Die Beteiligung an urbanen Projekten weckt neue Energien. Begreift man die Stadt als große Ressource, stehen die Türen für die Entdeckung neuer Energien weit offen.

Nationale Stadtentwicklungspolitik – Innovationen fördern

Stadtentwicklungspolitik sollte verstärkt integrierend konzipiert werden. Die Erwartungen weisen in Richtung einer Koordination der Förderprogramme, die auch gemeinsam mit anderen Ministerien auf die Entwicklung von Städten gerichtet sind. Neu einzuführen wäre ein ministerienübergreifendes Innovationsmanagement, das die lokale Energiewende unterstützt. Dazu wären die Planungsgesetze den heutigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Verhältnissen anzupassen.



Zum Beispiel erscheinen Änderungen der Baunutzungsverordnung denen, die sich vor Ort mit der Energiewende auseinandersetzen, dringend geboten. Das könnte bei geeigneten Projekten bereits kurzfristig über *Ausnahmen auf Zeit* in Gang gesetzt werden – nach einer Evaluierung könnten Ausnahmen aufgehoben oder in dauerhafte Regeln übertragen werden. Ein Programm für einen *Experimentellen Städtebau* wäre in Zeiten der Energiewende dringend zu wünschen. Wir brauchen auch Querdenker: *Wir sollten auf einem bestimmten Entwicklungsniveau Phantasie entwickeln anstatt zusätzliche Wachstumsprozesse zu generieren, die immer auf Kosten der anderen gehen.*

Nationale Stadtentwicklungspolitik ist kein Selbstzweck – sie kann Voraussetzungen schaffen, dass Städte in eigener Verantwortung neue Optionen entwickeln. Sie nimmt auf, was der Schlussappell der Leipzig-Charta formuliert: *Euro- pa braucht starke Städte.*

Der Blick von außen – Selbstvergewisserung

Eigentlich ist es überwiegend ein *Blick nach innen*, mit dem Verhältnisse in den USA, in Frankreich, in der Schweiz (aus der Perspektive eines Engagements auch in Afrika und Asien), in Syrien und in Rumänien beschrieben werden. Letztlich geht es aber überall um die gleichen Themen: die Entwicklung der Stadt in Zeiten der Energiewende, der Gefährdung durch den Klimawandel, durch soziale Spaltungen. Und es geht um neue Energien durch Beteiligung und Aktivierung der Gesellschaft – um die Schaffung von mehr Bewusstheit, um verantwortungsbewusstes Verhalten, um eine Sensibilisierung für mehr Mitmenschlichkeit.

Gemeinsam ist den Gesprächspartnern die Anerkennung des deutschen Memorandums zur Stadtentwicklungspolitik – hier gibt es viele Parallelen in den einzelnen Ländern. Die Berufung auf die Leipzig-Charta als gemeinsames Verständnis der Entwicklung in den europäischen Städten wird auch in den USA zur Kenntnis genommen: Die englische Übersetzung des ersten Hefts der *Positionen* des Kuratoriums hat mehr Verbreitung erfahren, als wir dies aus der deutschen Perspektive wahrnehmen, besonders in New York. In einer ähnlichen Weise gilt das auch für Syrien. So absurd es heute erscheint, in Zeiten des Kriegs, des Mordens und der Zerstörung der Städte von einer *Nationalen*

Stadtentwicklungspolitik zu reden – mit Unterstützung des deutschen Memorandums, vor allem seiner Idee und seines Programms war es Syrern möglich, ein städtisches Selbstbewusstsein zu entwickeln und Forderungen an die zentrale Regierung zu stellen. Es bleibt die Hoffnung, dass dieses Bewusstsein nach dem Wiederaufbau des Landes wieder geweckt werden kann.

Neben der grundsätzlichen Befürwortung deutscher Stadtentwicklungspolitik im Ausland gibt es auch verhaltene Kritik. In Europa werde zu wenig über die Qualität der Stadtentwicklung geredet, über eine saubere Umwelt und ein gutes Leben für alle. Wenn anerkannt wird, dass Europa alternative Energiequellen entwickelt, so wird doch kritisiert, dass dies ein zentralistisches Denken ist und keine Stärkung der notwendigen dezentralen Versorgung. Zu dezentralen Konzepten gehört auch die Förderung von Produktion und *grünen* Arbeitsplätzen in innerstädtischen Quartieren. Kritisch beobachtet wird auch die Auseinanderentwicklung von *Stadtvierteln der Reichen* und *Stadtvierteln der Armen*. Gefordert wird, die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den unterschiedlichen Stadtteilen herzustellen. Bei der Mobilisierung von Energie wäre daher insbesondere die ärmste Schicht zu fördern. Dazu braucht es Prozesse, die den gesellschaftlichen Konsens stärken.

Städte sollen in Menschen investieren – in gesellschaftliche Innovation und in Bildung. Will die nächste Planergeneration sich den Themen Soziale Gerechtigkeit und Klimawandel noch entschiedener stellen, wird sie mit mehr Intelligenz vorgehen müssen als Planerinnen und Planer heute.

Werte – ein gemeinsames Ethos vermitteln

Urbane Energien sind zuallererst Humanenergien. Der Umbau der Städte braucht gemeinsame Werte und ein gutes Miteinander. Die Energiewende hat ihren Preis, auch für das Leben der Gemeinschaft. Es geht darum, das *Immer mehr* in eine Kultur des *Genug* zu verwandeln. Ein gemeinsames Ethos, das Grundverständnis, dass alle für die Stadt verantwortlich sind, ist unverzichtbar. Bei der Erschließung urbaner Energien ist die Verantwortung für den Ort, für die Gemeinschaft der Menschen zu wecken, die zentrale Aufgabe.



Diese Verantwortung gilt über den Tag hinaus und ist eine Verpflichtung auch gegenüber den nächsten Generationen. Auch sie sollen ihre Lebensverhältnisse nach ihren eigenen Vorstellungen entwickeln und realisieren können: *Wir leben nicht nur in der Stadt, in der wir leben – wir träumen auch immer von einer anderen Stadt.*

Was fehlt?

Urbane Energien wecken – das heißt zu allererst bei den städtischen Akteuren ein Bewusstsein dafür zu bilden, dass wir angesichts der großen Umbrüche unser Verhalten ändern müssen. Das können wir. Wir können die lokale Energiewende zumindest in Gang setzen und mit neuen Kooperationen, mit integrierenden Stadtentwicklungspolitiken und mit der Unterstützung neuer Technologien weiter entwickeln.

Der Blick auf die Energiewende, auf *Städtische Energien* blendet aber andere, zur Zeit weniger aktuelle Felder der Stadtentwicklung aus. Auch die offen bleibenden Themen werfen Fragen auf, die im Zusammenhang mit urbanen Energien stehen:

- Gehört Produktion in die Stadt? Betont wird die Unterstützung kleinerer und mittlerer Betriebe. Warum soll angesichts veränderter Produktionstechniken nicht ein Nebeneinander von Wohnen und Produktion möglich sein? Das brächte erhebliche Vorteile mit sich: kurze Wege, neue Arbeitsplätze, Chancen für geringer qualifizierte Beschäftigte, möglicherweise auch für preiswerte Wohnungen. Voraussetzung wären Änderungen in unseren Planungsgesetzen, vor allem in der Baunutzungsverordnung.

- Welche Energien kann eine Integration von Migranten freisetzen? Dabei geht es nicht allein um Gemüsehändler, Restaurantbesitzer und Bergarbeiter – es geht vielmehr um Fähigkeiten, Dinge herzustellen, die in der Bundesrepublik

gebraucht, aber kaum mehr produziert werden. Es geht um handwerkliches Können, um Reparaturen. Es geht auch um soziale Arbeit, um Pflege. Es gibt Stadtteile im Ruhrgebiet, die ohne Selbsthilfe und Investitionen von Migranten längst entleert und verfallen wären.

- Rufen Kultur und Kunst urbane Energien hervor? Die unterschiedlichsten Formen von Kultur sind längst als *urbane Energien* wirksam. Zu diskutieren wäre die Wirkung von Kunst, die nicht unbedingt in Ausstellungen zu sehen ist. In besonderen Fällen begleitet Kunst politische Veränderungen – zu erinnern ist an den Fall der Berliner Mauer, aber auch an die revolutionären Veränderungen in Libyen und Ägypten und Syrien. Die *Dokumenta* in Kassel, die *Skulpturen-Projekte* in Münster, die temporären Ausstellungen in Eichstätt, die Aktionen der *Urbanauten* in München – sie setzen in den Debatten um Kunst und Stadt mehr Energien frei als das viele andere wohlmeinende Projekte vermögen. Auch das Theater kann in seinen Darstellungen menschlichen Verhaltens Vorschein zukünftiger gesellschaftlicher Lebensverhältnisse und neuer Energien sein.

- Gehen von deutschen Akademien urbane Energien aus? Die Akademie der Künste in Berlin hat zum Beispiel in den letzten Jahren verstärkt aktuelle gesellschaftliche Diskussionen aufgegriffen und in künstlerische Formen übersetzt an die Gesellschaft zurückgereicht.

Ein Forum für die Stadt

Die aktuellen Botschaften des Kuratoriums, aber auch alle zukünftigen Themen werden auf diesem einmaligen Forum für die Entwicklung der Städte und Gemeinden diskutiert. Es ist ein Forum, das Raum für die Positionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Institutionen und Persönlichkeiten bietet – ein Forum, das mit seinen Botschaften Veränderungen in den Städten und in der Politik für die Städte bewirken kann. Wie bei den Urbanen Energien.



6

Perspektiven der Stadtenwicklungspolitik

Dr. Ulrich Hatzfeld

Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung, ländliche Infrastruktur im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Nationale Stadtentwicklungspolitik – weiter denken, weiter gehen

Mit kalkulierter Selbstüberschätzung hat sich die Nationale Stadtentwicklungspolitik gleich zu Beginn dem Stress hoher Anforderungen ausgesetzt. Die Stadt und das Zusammenleben in Städten sollten – so formuliert es das erste Memorandum – zu einem *öffentlichen Thema* gemacht werden. Gemeint ist damit, dem fachpolitischen Ansatz der Stadtentwicklung zu einer größeren allgemeinpolitischen Aufmerksamkeit zu verhelfen und ihn zugleich besser mit anderen (stadtrelevanten) Politikfeldern zu vernetzen. Wodurch begründet sich ein solcher Anspruch?

Zunächst dadurch, dass Stadtpolitik politischer werden muss, weil die Städte politischer werden. Bürgerschaftliche Beteiligungs- und Mitwirkungsforderungen werden konkreter, kompetenter und substanzieller. Fragen der Stadtentwicklung – häufig medial verstärkt – werden zu öffentlichen Streitgegenständen. Fachpolitik muss auf diese (eigentlich immer gewünschten) Beteiligungsforderungen positiv reagieren: mit neuen Kooperationsangeboten, neuen Kommunikationsverfahren und mit einer frühzeitigen und offenen Debatte über die Zukunft der Region, der Stadt und der Nachbarschaften. Eine solche öffentliche Debatte gehört im Übrigen zum Selbstverständnis von Stadt und Stadtteil als kleinste Einheiten demokratischer Meinungsbildung und Mitwirkung.

Zweitens erfordern immer mehr aktuelle Stadtentwicklungsaufgaben *holistische Herangehensweisen* in dem Sinne, dass diese Aufgaben nur noch fachlich übergreifend und gesellschaftlich integriert gelöst werden können. Wenn es etwa um Fragen der Integration und Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen oder Migranten geht, helfen tradierte Instrumente wie Satzungen und Baumaßnahmen allein nicht. Schlüsselmaßnahmen liegen hier im Bildungssektor oder im Arbeitsmarkt. Der energetische oder der altersgerechte Umbau der Städte ist nicht nur eine Frage der Normensetzung und finanziellen Förderung; ebenso erforderlich ist ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch über die fachlich *richtige Strategie*, die Bewertung von Strategiealternativen und die sozialen Implikationen der Umbaumaßnahmen.

Auch Themen wie *Wohnen in Wachstumsregionen* oder *Daseinsvorsorge im ländlichen Raum* lassen sich nicht allein durch Förderpolitik und Regelsetzung erledigen. Sie bedürfen einer allgemeinpolitischen Einbettung.

Kurz: Die Zukunft des sozialen und kulturellen *Projekts Stadt* erwächst ganz wesentlich aus einer öffentlichen Debatte darüber, wie es denn nun weitergehen soll. Aus der damit einhergehenden Selbstvergewisserung entwickelt die tendenziell labile Form des städtischen Zusammenlebens Stabilität und Perspektiven.



Eine dritte Begründung für eine Debatte auf Bundesebene ergibt sich aus der Notwendigkeit, die stadtpolitischen Aktivitäten des Bundes in den Bereichen Gesetzgebung, Förderung und Forschung fachlich zu fundieren und strategisch zu vernetzen. Das gilt in besonderem Maße für eine Abstimmung der nationalen Strategien mit den europäischen Aktivitäten.

Wenn es zutrifft, dass eine öffentliche Debatte auf Bundesebene für die Stadt- und Baupolitik auf lokaler und regionaler Ebene hilfreich ist, schließt sich die Frage an, mit welchen Inhalten und Prozessen sich eine solche Debatte beschäftigen sollte. Betrachtet man die gegenwärtige Situation, gibt es in der Bundesrepublik keinen Mangel an solchen Themen:

- Wenn heute jeder Fünfte in einem Ein-Personen-Haushalt lebt und die Anzahl dieser Singlehaushalte weiter stark wächst, erfordert dies einen grundlegenden Umbau des Wohnungsbestandes und der sozialen Infrastruktur. Ähnliche Anpassungsmaßnahmen rufen Sprünge der Bevölkerungszahlen (gleichzeitiges Auftreten von Schrumpfung und Wachstum von Städten, *Ausbluten* peripherer Räume, ...) und die Alterung der Bevölkerung (barrierearmer Umbau der Städte, ...) hervor.
- Wenn bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 % und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 % reduziert werden sollen (bezogen auf 1990), ist dies mit einer grundlegenden energetischen Sanierung des Gebäudebestandes und einer ebenso grundsätzlichen Erneuerung der energetischen Infrastruktur in den Städten und im ländlichen Raum verbunden. Hinzu treten die Anforderungen der Klimaanpassung in Städten.
- Wenn beklagt wird, dass sich die Einkommensverhältnisse in der Bundesrepublik weiterhin polarisieren und in Form von Gentrifizierung (in Innenstadtquartieren) bzw. Suburbanisierung von Armut (in marginalisierten Stadtteilen) virulent werden, muss sich Stadtpolitik frühzeitig auf die damit verbundenen Konflikte einstellen.

- Wenn ein Unternehmen wie IBM die technologische Perspektive der *Smart cities* ausruft, Siemens eine Unternehmenssparte *City and Infrastructure* einrichtet, die Kfz-Hersteller AUDI bzw. BMW die *Urban Future Initiative* bzw. das Guggenheim-Lab auf den Weg bringen und sich andere Automobilfirmen mit innovativen Verkehrskonzepten gegenseitig übertreffen, sind das deutliche Hinweise darauf, dass die Städte vor einem technologischen Entwicklungssprung stehen.
- Wenn sich ländliche Räume im Hinblick auf die öffentliche und private Infrastrukturversorgung zu Problemreichen entwickeln, muss Fachpolitik Konzepte und Strategien entwickeln, um den sich abzeichnenden Strukturwandel dieses Raumes zu begleiten.

Über diese im engeren Sinne fachlichen Herausforderungen legen sich zusätzlich generelle Risiken, die in den letzten Jahren im Rahmen der Resilienz-Debatte thematisiert wurden. Darunter kann man zum einen größere Sicherheitsereignisse, Cyber-Angriffe oder Umweltkatastrophen verstehen. Darunter fallen aber auch die durch die globale Finanz- und Währungskrise ausgelösten Risiken. Die Abhängigkeit der lokalen Ökonomie von weltumspannenden Geldmarktprozessen und den Strategien weltmarktorientierter Unternehmen nimmt Tag für Tag zu. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise führt zudem zu hohen Belastungen der öffentlichen Haushalte. Vielerorts wird beklagt, dass die kommunalen Einnahmen sinken, während die Transferausgaben deutlich steigen. Städte seien damit gleichzeitig den Gefahren einer Verschärfung des globalen Wettbewerbs, einer verstärkten Risikoanfälligkeit nationaler und lokaler Ökonomien, einer Zunahme von Arbeitslosigkeit sowie einer intensivierten Konkurrenz zwischen Kommunen ausgesetzt.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik *quer lesen*

Seit nunmehr fünf Jahren ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik eine Klammer für verschiedene Programme, Projekte, Maßnahmen und Instrumente der Stadtentwicklung und Städtebauförderung. Inzwischen ist sie mit ihren vielen Gremien (Kuratorium, Projektgruppe, Arbeitsgruppe), Trägern (Bundesländer, Deutscher Städtetag, Städte- und Gemeindebund), Veranstaltungen (jährlicher Bundeskongress, Hochschultag, Stiftungsgespräche, ...), Partnern (Kammern und Verbände,...) und Projekten (u.a. *Kirche findet Stadt*, *Stadt und moderne Technologie*, ...) in der Tat zu einem *runden Tisch der Stadtentwicklung* geworden. Es ist gelungen, das Bewusstsein für eine an Nachhaltigkeit orientierte Stadtpolitik zu stärken.

Die Grundzüge des Politikfeldes wurden in Anknüpfung an die Leipzig Charta im Jahr 2007 in dem Memorandum *Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik* festgehalten.

Auf Empfehlung einer zur Konstituierung gebildeten Expertenkommission gliedert sich die Nationale Stadtentwicklungspolitik in drei Bausteine:

1. In der *Guten Praxis* geht es um eine kontinuierliche Diskussion zur problemorientierten Fortschreibung von Förderprogrammen, Gesetzgebungsinitiativen und Forschungsprojekten. Ziele, Fördergegenstände und Verfahren der *lernenden Städtebauförderprogramme* bedürfen einer ständigen Anpassung an die Erfordernisse der Praxis.

2. Die *Projektreihe für Stadt und Urbanität* verbreitert den Praxisbezug der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Hier wurden aus zwei Projektaufrufen mit über 700 Interessensbekundungen rund 100 innovative, partnerschaftliche und beispielhafte Projekte gewonnen.

3. Durch zahlreiche Kongresse, Veröffentlichungen und Expertengespräche entwickelt die Nationale Stadtentwicklungspolitik Anstöße für die bundesweite Diskussion über raumrelevante Entwicklungen und Probleme.

Das inhaltliche Profil wird durch sechs Handlungsschwerpunkte aufgespannt:

- Zivilgesellschaft – Bürger für ihre Stadt aktivieren,
- Soziale Stadt – Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren,
- Die innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung,
- Klimaschutz und globale Verantwortung – Die Stadt von morgen bauen,
- Baukultur – Städte besser gestalten,
- Regionalisierung – Die Zukunft der Stadt ist die Region.

Diese inhaltliche Grundkonstruktion der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat sich als tragfähig erwiesen. Unabhängig davon muss sie sich aber auch aktuellen bzw. schon jetzt erkennbaren Zukunftsproblemen stellen. In der Diskussion, wie eine thematische Nachjustierung aussehen muss, könnten nachfolgende Aspekte eine Rolle spielen.

1. Das Wohnungsproblem angehen

Nach einer längeren Phase weitgehend ausgeglichener Wohnungsmärkte kommt die Frage einer ausreichenden Wohnraumversorgung nun wieder auf die politische Agenda. In immer mehr Wachstumsregionen werden Gentrifizierungsprozesse mit der Folge einer zu schnellen und rücksichtslosen Umwandlung eines städtebaulichen Bestandes in Richtung einer Aufwertung beklagt. Als noch problematischer wird die Situation in solchen städtischen Gebieten (meistens in den suburbanen Räumen) bewertet, die aus Gentrifizierungsgebieten verdrängte Bevölkerungsgruppen aufnehmen müssen. Als zusätzlich problematisch werden Gruppen angeführt, die sich die durch eine energetische Sanierung hervorgerufenen Mieterhöhungen nicht leisten können und sich zum Umzug gezwungen sehen.

Ebenfalls wieder wachsend ist das Problem der leer stehenden Wohnungen im Ostteil des Landes. Hier wird die so genannte zweite Leerstandswelle erwartet, die nach Experteneinschätzung zu mehr als 1 Million leer stehenden Wohnungen führen wird. Ähnliche Überangebotssituationen ergeben sich in vielen ländlichen Räumen.

Um auf diese neuen Probleme reagieren zu können, bedarf es neuer wohnungspolitischer Initiativen, die sinnvoll mit der energetischen Erneuerung und dem altersgerechten Stadtumbau verbunden werden sollten.

2. Sozialen Ausgleich und Teilhabe fördern

Die sozialräumliche Segregation nimmt zu. Die Zahl der Soziale-Stadt-Gebiete, in denen sich Probleme von Einkommensmangel, Bildungsferne und gesellschaftlicher Desintegration überlagern und verstärken, wächst nach wie vor. Außerdem sind solche Gebiete unverändert Zuwanderungsziele von Migranten. Um solchen Gebieten bzw. den dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohnern verbesserte Lebenschancen bzw. mittel- bis langfristige Entwicklungsperspektiven zu geben, sollte über eine Intensivierung bzw. bessere Vernetzung von sozialräumlich orientierten Handlungsansätzen nachgedacht werden. Dies umfasst insbesondere Maßnahmen im Bildungssektor sowie der wohnortnahen Arbeitsplatzschaffung. Bemühungen, verschiedene Förderansätze in den Gebieten zu vernetzen, sollten konsequenter gestaltet werden.

3. Baukulturelle Qualitäten schaffen

Unter dem Begriff Baukultur werden Aktivitäten subsumiert, die auf einen bewussten und qualitätsorientierten Umgang mit dem Planen und Bauen zielen. Die Sensibilität für ein solches Qualitätsbewusstsein in der alltäglichen Praxis des öffentlichen und des privaten Bauens sollte nachhaltig gefördert werden. Daneben werden die Potenziale eines aktiven Umgangs mit dem baukulturellen Erbe (Denkmalschutz und Denkmalpflege) noch zu wenig genutzt. Die baukulturelle Dimension zu vernachlässigen bedeutet, die Potenziale nicht zu nutzen, die aus der Identität von Städten und der Identifikation ihrer Einwohner entstehen.

Die langfristigen und qualitätsorientierten Aspekte des Planens und Bauens brauchen eine stärkere Berücksichtigung in Planungsprozessen. Dazu gehören Qualifizierungsverfahren und Wettbewerbe, aber auch politische, kommunikative und investive Initiativen des Bundes. Die Übernahme von baukultureller Verantwortung sollte mindestens die Qualität von Selbstverpflichtungen erhalten.

4. Energetische Erneuerung stadt- und sozialverträglich gestalten

Ausgehend von den Zielen der Bundesregierung und der EU vollzieht sich zurzeit eine – mit enormen Finanzmitteln angetriebene – energetische Sanierung des baulichen Bestandes. Angesichts der Potentiale im Bereich der gebäude- und quartierbezogenen Energieeinsparung und –ef-

fizienz sind derartige Maßnahmen dringend erforderlich. Gleichwohl muss sich auch die energetische Erneuerung des städtebaulichen Bestandes an integrierten Sichtweisen orientieren. Das bedeutet konkret: auch die Belange der Baukultur, die sozialen Konsequenzen und die Aspekte der Nachhaltigkeit der energetischen Sanierung müssen im Blick behalten werden. Außerdem muss die energetische Sanierung von Einzelgebäuden auf eine energetische Optimierung von Stadtquartieren erweitert werden. Die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen aus Sicht der Immobilienbesitzer sollten mit der sozialen Zumutbarkeit der Maßnahmen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

5. Städtebauförderung modernisieren

Die Programme der Städtebauförderung gehören zu den Grundpfeilern der Stadtentwicklungspolitik. Um ihre anerkannte Wirksamkeit auch in Zukunft sicher zu stellen, bedarf das Instrument einer ständigen und intensiven Debatte im Hinblick auf den Problembezug der Inhalte und die Praktikabilität der Verfahren. Dabei kann es auch um die Programmstruktur, die vom Bund und den Ländern gestalteten Verfahren und das Management der Mittel vor Ort gehen. Daneben gilt es, bewährte Planungsstrategien wie die der Internationalen Bauausstellungen oder der Europäischen Kulturhauptstadt weiter zu entwickeln. Auch im städtebaulichen Bereich braucht es immer wieder Innovationen und Experimente, um zum Beispiel neue Formen des Wohnens, der Gewerbeentwicklung oder der öffentlichen Kommunikation in ihrer praktischen Anwendung auszuprobieren.



6. Beteiligung und Mitwirkung anregen

Mit zu den wichtigsten aktuellen Veränderungen im Bereich des Planens und Bauens gehören die verstärkten Beteiligungsforderungen aus der Bevölkerung. Nahezu alle größeren Infrastrukturprojekte werden inzwischen zum Gegenstand einer lokalen und überregionalen Auseinandersetzung über Erforderlichkeit, Nachhaltigkeit und Qualitäten von öffentlichen und privaten Investitionen. Hier ist die Stadt- und Regionalplanung gefordert. Ihre Methoden und Instrumente zur frühzeitigen Einbeziehung der Bewohnerschaft in Planungsprozesse müssen ausgebaut und verbessert werden – bei Großprojekten, aber auch im Planungsalltag kleinerer Vorhaben und Konzepte. Das bedeutet nicht, Verantwortung und Verantwortlichkeit zu delegieren. Am Ende muss immer der Beschluss der politisch Verantwortlichen stehen. Allerdings muss jeder Entscheidung ein ergebnisoffener, von tatsächlichen Alternativen geprägter öffentlicher Diskurs vorangehen.

7. Stadt und Regionen zusammen sehen

Die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum entwickelt sich zu einem flächendeckenden Problem. Besonders deutlich

wird dies in den neuen Bundesländern, in denen der Rückbau von Wohnungen und Infrastruktur zu einem fast ubiquitären Phänomen geworden ist. Ziel muss sein, die ökonomische und gesellschaftliche Funktion des ländlichen Raums neu zu bestimmen – zum Beispiel als Energielandschaft, als Kulturlandschaft, als Freiraum. Dies muss einhergehen mit einer neuen räumlichen Aufgabenverteilung (*Konzentration von Angeboten*) und einer Modernisierung der sozialen und technischen Infrastruktur (*Multifunktionalität*).

8. Neue Technologien als Chance sehen

Von den in der jüngsten Vergangenheit zu verzeichnenden Entwicklungssprüngen in der Technologie bzw. Steuerungstechnik werden in Zukunft erhebliche Impulse für die Stadt- und Regionalentwicklung ausgehen. Der sich abzeichnende Technologiesprung wird sich vermutlich auf viele städtische Funktionen auswirken, etwa auf die Mobilität (alternative Antriebstechniken, Zusammenwachsen von ÖV und IV, Lärm- und Abgasminderung, ...), Wohnen (Unterstützungstechnologien, ...), Daseinsvorsorge (dezentrale Energieversorgung, ...) und Arbeiten (internationale Vernetzung, ...).

Aufgabe einer vorausschauenden Stadtpolitik ist die Organisation eines Kommunikationsnetzwerks, das technologische Innovationen unterstützt, zugleich aber auch mögliche negative Implikationen thematisiert. Gegebenenfalls sind Grenzen zu setzen oder Umfeldbedingungen zu definieren.

Mit diesen Stichworten sollen Aspekte angedeutet werden, die bei einer Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eine Rolle spielen könnten. Daneben wird es erforderlich sein, auch weiterhin nach Unterstützern für eine qualitätsorientierte Stadt- und Regionalentwicklung zu suchen.

Diese wenigen Überlegungen sollen zeigen, dass sich bei der Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik viele neue Fragen stellen – und das wird sich angesichts der Lebendigkeit des Phänomens Stadt auch in Zukunft kaum ändern.





Bildnachweis

Andreas Kaufmann
Seiten 11 (2 Fotos), 134, 135

Stadt Landshut
Seite 83

Inge Zimmermann
Seite 63 unten rechts

Elke Wendt-Kummer und Peter Zlonicky
München: Titelbild und Seiten 13, 39, 52, 53, 93
Berlin: Seiten 23, 29, 63 oben, 92, 94, 97, 142, 143
Frankfurt/Main: Seite 34
Leipzig: Seiten 44, 45, 46, 47
Eichstätt: Seite 49
New York: Seiten 71, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131
Köln: Seiten 99, 103
Völklingen: Seiten 68, 69, 96, 137
Hermannstadt/Sibiu: Seiten 111, 112, 113, 114
Paris: Seiten 116, 117, 118
Bordeaux: Seite 119
Seiten 26, 32, 33, 36, 41, 43, 48, 51, 54, 56, 59, 84, 87, 88, 89 (drei Fotos), 90, 91, 95, 98, 109, 110, 115, 119 oben, 120 oben, 123, 124, 141

Rechte für alle anderen Fotos bei den jeweiligen Autoren



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Referat Stadtentwicklungspolitik
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Stand

September 2012

Druck

Ulenspiegel Druck
Andechs

Konzeption

Prof. Peter Zlonicky

Redaktion und Übersetzungen

Elke Wendt-Kummer

Gestaltung

Didier Vancutsem
Elke Wendt-Kummer
Peter Zlonicky
Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, München

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

